

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Johann Michalek*.
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 1. September 1919, Nr. 352.

Der Dank der Stadt Wien an die Schweiz für die Kinderhilfsaktion. - Fortsetzung
der Schweizerhilfsaktion für die Wiener Kinder. Zu Beginn des vorigen Monats begaben sich in Ausführung eines Stadtratsbeschlusses VB. Max Winter und der Direktor des städt. Jugendamtes Gold in die Schweiz, um den in der Fürsorge für die Wiener Kinder so hilfsbereiten Schweizern den Dank der Stadt Wien zu übermitteln. Rund 6000 Wiener Kindern war es durch das Schweizer Hilfswerk gegönnt 6 bis 8 Wochen bei Schweizer Familien liebevolle Unterkunft zu finden. Eine ausführliche Schilderung alles dessen, was die Schweizer Bevölkerung für die Wiener Kinder getan hat, würde zu weit führen; es sei hier nur darauf hingewiesen, dass nach ziffermäßigen Aufstellungen die Gesamtauslagen für das zweite Schweizer Liebeswerk, das rund 3.600 Kinder umfasste, die allerdings nicht nur aus den Kosten für die Verteilung der Kinder, ihrer Unterbringung und Verpflegung, sondern auch aus denen der vollkommen neuen Bekleidung, die fast jedes Pflegeelternpaar seinen Schützling zum Geschenke machte, bestehen, sich auf 15 bis 20 Millionen Kronen belaufen.

Der Besuch des VB. Winter und des Direktors Gold, dem sich als Abgesandter der Staatsregierung Sektionschef Enderes anschloss, hatte einen vorläufigen Erfolg insoweit, als die drei bestehenden Komitees in St. Gallen, Zürich und Bern, mit deren jedem einzelnen Verhandlungen gepflogen wurden, ihre Tätigkeit nicht einstellen werden, sondern daran gehen werden, das Hilfswerk für die Wiener Kinder fortzusetzen. Es ist die Aussicht vorhanden, dass das Hilfswerk durch ein einheitlich organisiertes interkantonales Komitee in Zukunft unterstützt werden wird. Die einzelnen kantonalen Komitees bleiben aufrecht. In Kantonen, die bisher noch keine Kinder beherbergt haben, sollen neue Komitees gebildet werden. Alle Bestrebungen aber, den Wiener Kindern zu helfen, sollen in einem interkantonalen Komitee ihre Sammlung finden. Diesem Komitee würde zur Aufgabe fallen, alles das zu erfüllen, was allen Komitees als gemeinsam gilt: Die Beschaffung der Einreisebewilligung, die Verhandlungen mit den Bahnverwaltungen, die Organisation des ärztlichen Grenzdienstes und des Samariterdienstes während der Reise. Den einzelnen kantonalen Komitees würde die Aufbringung der Kostplätze, die Beschaffung der nötigen Geldmittel und die Verteilung der Kinder auf die Kostplätze zufallen. Wenn hiedurch die vielfachen Sonderwünsche berücksichtigt werden können, so wird dadurch doch in die Aktion ein einheitlicher Zug kommen. Diesen Schweizer Plänen müsste auch in Wien die Vereinheitlichung der Aktion entsprechen, und zwar, wie die Schweizer wünschen, im Wiener städtischen Jugendamte. Die Schweizer wollen keine Sonderaktionen, sondern mit einer Stelle verfahren, was der Aktion manche Erleichterungen und wahrscheinlich auch grossen Nutzen bringen wird. Es wird vielleicht

möglich sein, eine solche Organisationsform zu finden, das in ganz bestimmten Zeiträumen immer wieder Züge von Wien abgehen, dieselben Züge Kinder aus der Schweiz zurückbringen, sodass förmlich fahrplannässig Kinder in die Schweiz gesandt werden können. Der Aufenthalt der Kinder wäre mit 6 bis 8 Wochen zu berechnen.

Wenn sich auch heute noch kein abschliessendes Urteil über die Möglichkeiten fällen lässt, unter denen in Zukunft die Kinderhilfsaktionen organisiert werden, so kann doch mit Gewissheit festgestellt werden, dass die Schweizer die ursprünglich bestandene Absicht, die Wiener Hilfsaktion langsam abzubauen, nun fallen gelassen haben und dass sie nach einer kurzen Ruhepause mit neuem Eifer darangehen, ihre Kräfte in den Dienst der Fürsorge für die Wiener Kinder zu stellen.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag bis Donnerstag werden in den Bezirken 19 bis 21 Frühkartoffeln holländischer Herkunft, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 gegen Abtrennung des Abschnittes „K“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Vom Bezirksschulrate. Der Bürgermeister hat den bisherigen administrativen Referenten Stellvertreter des Bezirksschulrates in Wien Mag. Rat Friedrich Paul zum administrativen Referenten und Mag. Sekr. Dr. August Sigmund zu seinem Stellvertreter bestellt.

Sühneverhandlungen. In den Gemeindevermittlungsbüroen Mariahilf und Neubau finden die Sühneverhandlungen am 3., 10., 17. und 24. September vormittags statt.

Erste österr. Sparkasse. Im Monat August wurden bei der genannten Anstalt im Spar- und Scheckverkehr von 72 74 Parteien 12,636.397 K eingelegt und an 15.907 Parteien 22,797.161 rückgezahlt; der Gesamteinlagenstand belief sich am 31. August auf 684,915.753 K. Hypothekendarlehen wurden 2,946.100 zugezahlt, 2,709.588 rückgezahlt, sodass sich der Stand der Hypothekendarlehen Ende des Monats auf 319,312.597 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 31. August auf 17,529.559 K; 60 jährige Pfandbriefwaren 18,043.000 im Umlaufe. Wechsel wurden 1,799.200 eskontiert, 9,698.487 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzseinen betrug sonach am 31. August 11,641.900 K.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Johann Michlew.**
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 2. September 1919, Nr. 353.

Abgabe von Frühkartoffeln. Mittwoch bis Freitag werden in den Bezirken 2, 5, 6, 8, 9, 11 und 13 Frühkartoffeln inländischer Herkunft, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 per kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Forderungen an die ehemalige k.u.k. Heeresverwaltung. Der Wiener Magistrat erlässt beaufs Schaffung einer Uebersicht über sämtliche gegen die Liquidationsmasse der ehemaligen Heeresverwaltung noch bestehenden Forderungen eine Kundmachung, worin Allen denen materielle Ansprüche gegen die Liquidationsmasse der ehemaligen Heeresverwaltung zustehen, eingeladen werden diese Ansprüche bei der Abteilung 15 des liquidierenden Kriegministeriums Wien III., Radetzkyplatz, Hotel Hungaria, II. Stock tunlichst mit 1. Oktober d. J. schriftlich anzumelden. Die Anmeldungen haben in getrennten Eingaben nach folgenden Kategorien von Ansprüchen zu erfolgen: 1.) Ansprüche auf Ausfolgung von dem Anmeldenden eigentümlich gehörigen, in Verwahrung, Benützung oder sonstiger Innehabung der Heeresverwaltung stehenden Vermögensobjekten; 2.) Forderungen aus milit. Lieferungsverträgen oder sonstigen mit militärischen Behörden oder Anstalten abgeschlossenen Verträgen; 3.) Forderungen aus sachlichen Kriegsleistungen; 4.) Sonstige Forderungen auf Ansprüche, insbesondere Ersatzansprüche, Forderungen an Personalgebühren, etc. Welche Angaben jede Anmeldung zu enthalten hat, besagt die Kundmachung des Magistrates (Abt. 16).

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 2. September 1919, Nr. 354.

Beginn der Schweinefleischrayonierung. Donnerstag, den 4. September tritt die Bezugsregelung von frischem Schweinefleisch in Kraft. Von diesem Tage können die in die Kundenliste einer befugten Schweinefleischabgabestelle eingetragenen Haushalte nur bei dieser das ihnen jeweils zukommende frische Schweinefleisch beziehen. Die Abgabe von Schweinefleisch an nicht in ihre Kundenliste ordnungsmässig eingetragenen Parteien ist den Abgabestellen strengstens verboten. In der Woche vom 4. bis 10. September erhalten diejenigen Haushalte frisches Schweinefleisch, welche in die Kundenliste von Abgabestellen eingetragen sind, deren Inhaber bzw. Firma mit den Buchstaben A bis einschliesslich H beginnen. Die Wochenmenge beträgt für jede Person $\frac{1}{3}$ kg. Zur Abtrennung durch den Verkäufer gelangt der Abschnitt 65 des amtlichen Einkaufscheines (weiss, grün, blau, braun). Nachdem jedem Bezugsberechtigten die jeweils gebührende Menge von frischem Schweinefleisch gesichert ist und der Verkauf von $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh an an allentzähligen Tagen stattfindet, ist jedes Anstellen unnütz.

Lebensmittelabgabestelle der städtischen Angestellten. Ab 4. September kommen in den Verkaufsstellen Sardinen zum Preise von K 6.20 pro Dose zum Verkauf und werden an rayonierte Kunden für einen Haushalt mit 1 bis 2 Personen 1 Dose, mit 3 bis 4 Personen 2 Dosen, 5 bis 6 Personen 3 Dosen, für mehr als 6 Personen 4 Dosen abgegeben. Alle übrigen Kunden erhalten auf Grund der auf unseren Bezugbüchern ersichtlichen Personenanzahl bis zu 4 Personen 1 Dose, über 4 Personen 2 Dosen. Neueingelangt: Slibowitz, Liköre verschiedener Sorten, Schmierseifenersatz, Sardellensenf (Brottaufstrich), Rasiercreme, Schürzen, Skiffon, Knabenanzüge aus Zeltblattstoff, Kochkisten in verschiedenen Grössen und Sparscheiter.

Auszeichnung von Lehrern. Der Unterstaatssekretär für Unterricht hat dem Oberlehrer an der Volksschule für Knaben in Wien X., Laimäckergasse, Karl Blüml, dem Oberlehrer an der Volksschule für Knaben, IX., D'Orsaygasse, Franz Klaper, dem Oberlehrer an der Volksschule für Knaben, X., Keplergasse, Viktor Keldorfer, und dem Oberlehrer an der Volksschule für Mädchen, IX., Grünetorgasse, Karl Schauer den Titel „Direktor“ verliehen; dem Oberlehrer an der Volksschule für Knaben und Mädchen, XI., Kaiserebersdorferstrasse, Johann Edlhofer und dem Oberlehrer an der Volksschule für Mädchen, VIII., Langegasse, Josef Hertl, wurde in Anerkennung ihres vieljährigen und pflichteifrigen Wirkens auf dem Gebiete des Schulwesens der Dank und die Anerkennung des Staatsamtes für Unterricht ausgesprochen.

Aus dem Stadtrate. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Siegel dem Ansuchen der Bezirkskrankenkassa, in der Hüttelbergstrasse im XIII. Bezirk ein Luft- und Sonnenbad errichten zu dürfen, Folge gegeben. Nach einem Berichte desselben Referenten wurden für die Erweiterung des Wannbades in der Badeanstalt in Floridsdorf 30.000 K bewilligt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 3. September 1919, Nr. 355.

Abgabe von Frühkartoffeln. Donnerstag bis Samstag werden in den Bezirken 10, 12 und 17 Frühkartoffeln inländischer Herkunft, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Zum Streik der Eisenbahner. In der heutigen Sitzung des Stadtrates machte Bürgermeister Reumann über den Eisenbahnerstreik folgende Mitteilung: Vollständig ist der Streik, wie mir mitgeteilt wurde, auf der Südbahn, auf der Ostbahn erstreckt ersich nur auf Wien. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt und man hofft annehmen zu können, dass es bald zu einer Vereinbarung kommen werde. Es ist selbstverständlich, so bemerkte der Bürgermeister weiters, dass diese Bewegung zu den schwersten Besorgnissen Anlass gibt und es ist daher wirklich wünschenswert, dass dieser Streik sobald als möglich beigelegt werde.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 3. August 1919, Nr. 355.

Die städt. Gaswerke im Geschäftsjahr 1917/18. In Stadtrate brachte StR. Breitner einen Bericht über die Geschäftsabwicklung der städt. Gaswerke im genannten Jahr zur Kenntnis. Während in den, den Berichtsjahr vorangegangenen Jahren trotz des Krieges die Gasabgabe eine Zunahme aufzuweisen hatte, fiel im Berichtsjahre die abgegebene Gasmenge von rund 231.711 Kubikmeter auf rund 215.390 Kubikmeter. Dieser Rückgang wurde hauptsächlich durch die behördlich verfügten Sparmassnahmen verursacht. Die Kohlenlieferungen aus dem unter staatlichen Einfluss stehenden Otrau-Farwiner Revier blieben im Jahre 1917 um ungefähr 126.000 Tonnen und von Jänner bis Oktober 1918 um 143.000 Tonnen hinter den zugewiesenen Mengen zurück. Als die Hauptursachen dieser Minderlieferungen bezeichnet der Bericht die ausserordentlichen Ansprüche Ungarns, die von der österr. Regierung und der Hintanstetzung der Bedürfnisse Oesterreichs befriedigt wurden. Die grossen Lieferungsanfänge an Kohle haben im besonderen Masse zum Werden der katastrophalen Lage beigetragen, in der sich jetzt die Gasversorgung Wiens befindet. Die Bilanz der Gaswerke zeigt für das Berichtsjahr folgende Ziffern: Gesamteinnahmen rund 78 Millionen Kronen, Betriebsunkosten rund 60 Millionen Kronen, Reineinnahmen rund 17 Millionen Kronen. Aufgewendet wurden zu Abschreibungen, Anlehenszinsen u.s.w. rund 11 Millionen Kronen, so dass sich ein Gebarungüberschuss von rund 6 Millionen Kronen ergab. Der Geldaufwand für Beamte und Arbeiter der Gaswerke stellte sich im angeführten Jahre auf rund 12 Millionen Kronen. Referent StR. Breitner bemerkte zu dem Berichte, dass er heute nur geahnen Falles deshalb Interesse erwecken könne, weil er dartue, unter welchen günstigen Bedingungen man im Jahre 1917/18 noch habe arbeiten können. Wenn der Personalaufwand in dieser Zeit rund 12 Millionen Kronen ausmachte, so ist er im ersten Halbjahre 1919 auf 19 Millionen Kronen gestiegen und wird sich im zweiten Halbjahre noch bedeutend erhöhen.

Die Aufstellung von Verkaufständen in den Strassen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Dr. Fritz Winter über ein Ansuchen zur Aufstellung eines Verkaufständens für Zuckerwaren in der Hohenbergstrasse beim Eingange zum Tivoli. Der Referent betonte, dass der Magistrat dieses Ansuchen mit Rücksicht auf einen seinerzeit gefassten Stadtratsbeschluss abgewiesen habe, in dem es für wünschenswert erklärt worden sei, dass die Acnter derartige Ansuchen im Hinblick auf die sanitären Gefahren, die mit der Feilbietung von Zuckerwaren in Strassenverkaufständen verbunden seien, abgelehnt hat. Der Referent betont, sich mit diesem Vorgange nicht einverstanden erklären zu können und beantragt daher die Aufhebung des erwähnten Stadtratsbeschlusses, damit in Zukunft jedes einzelne Ansuchen geprüft werden könne. Weiter beantragte er die Stattgebung des Ansuchens in vorliegenden Falle.

StR. Dr. Kienböck spricht sich gegen die Aufhebung des seinerzeitigen Stadtratsbeschlusses aus und stellt für den Fall, als die Aufhebung doch erfolgen sollte, den Zusatzantrag, dass dann die Bewilligung zur Aufstellung von Verkaufständen nur in besonders berücksichtigungswerten Fällen erteilt werden solle.

StR. Vaugoin bemerkt, dass es im Interesse der Bevölkerung gelegen wäre, wenn zuerst der rayonierte Zucker an die Haushaltungen abgegeben werde und dass erst dann die Zuckerlgeschäfte mit Zucker versorgt werden sollen. Was die Aufhebung des erwähnten Stadtratsbeschlusses betreffe, so müsse er sich dagegen aussprechen, weil gegenwärtig eine Vermehrung der Zuckerlgeschäfte nicht notwendig erscheine.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag und der Zusatzantrag des Stadtrates Dr. Kienböck angenommen.

Die Einreihung der städt. Lehrer und Beamtens. Die Einreihung der 9000 im Schuldienste der Stadt Wien stehender Lehrpersonen in das neue Gehaltsschema ist vollendet und die neuen Bezüge und die Nachzahlungen von 1. Mai 1919 wurden am 1. September 1919 ausgezahlt.

Die Arbeiten dafür bestanden in der Berechnung der in Betracht kommenden Schuldienstzeit, in der Festsetzung des Rangtages für jede einzelne der 9000 Lehrpersonen, zu welcher letzterer Arbeit vielfach zeitraubende Erhebungen, Aushebung von Vorakten über Dienstzeitanrechnung u.s.w. erforderlich waren, weiters in der Anlegung von Tabellen, getrennt nach den einzelnen Kategorien der Lehrpersonen mit Angabe der Bezugsklasse und Stufe, sowie der Bezüge für die Zwecke der Anweisung.

Diese umfangreichen und mühevollen Arbeiten konnten die Beamten des Bezirksschulrates und der Stadtbuchhaltung von Mitte Mai bis Mitte August nur unter der weitestgehenden Inanspruchnahme ihrer dienstfreien Zeit, darunter auch der Sonn- und Feiertage bewältigen. Zu der nach Beendigung der Einreihung und Gehaltsbemessung einsetzenden Liquidierung in der städt. Hauptkassa mussten ausserdem noch sechs Buchhaltungsbeamte herangezogen werden. Nur unter Anspannung aller Kräfte und freiwilligen Verzicht der Beamten auf Urlaub während der drei Monaten gelang es, dass sämtliche Lehrpersonen am 1. September 1919 die neuen Bezüge und die Nachträge ab 1. Mai 1919 erhalten konnten. Es gibt selbstverständlich noch eine Reihe von Fällen, die genauere Erhebungen und nachträgliche Berechnungen notwendig machen. Um die Lehrer nicht länger auf ihre Bezüge warten lassen zu müssen, wurde die vorliegende Roheinreihung durchgeführt.

Die Einreihung der ^{übrigen} städt. Angestellten ist noch nicht beendet, da für ungefähr ein Drittel aller Angestellten die Neubemessung bisher nicht vollzogen werden konnte, weil die Vorschläge der bezüglichen Personalstellen trotz angestrengter Arbeit bis jetzt noch nicht vorgelegt werden konnten.

Der Kollektivvertrag mit den landwirtschaftlichen Arbeitern. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Hackl den mit den Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern abgeschlossenen Normallohn- und Arbeitsvertrag genehmigt.

Wohltätigkeitsfest der Gänsehüfelfriedensteten. Die Badebediensteten des Strandbades „Gänsehüfel“ veranstalten am 20. September in Kadmanns Sälen zum goldenen Kreuz II., Irater nächst dem Lustspieltheater ein grosses Wohltätigkeitsfest mit Konzert, Varieté, Schönheitskonkurrenz und Tanzkränzchen. Das Reinertragnis fliesst der Unterstützungskasse für in Not geratene Bedienstete des Gänsehüfels zu. Karten im Vorverkauf sind an den Kassen, sowie bei den Bediensteten des Strandbades erhältlich.

Geehrter Herr Kollege! Das Stadtbauamt, das stets bereit ist den Wünschen der Redaktion bezüglich des Gänsehüfels Rechnung zu tragen, ersucht höflichst um Aufnahme dieser Notiz.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur **Emmy Michler**,
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 4. September 1919, Nr. 357.

Abgabe von Frühkartoffeln. Freitag bis Montag werden in den Bezirken 18, 19, 20 und 21 Frühkartoffeln inländischer Herkunft, und zwar 2 kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „L“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Ein neuer Markt in Döbling. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Kokrda der Errichtung eines Marktes auf dem Sonbergplatz und auf dem Platz vor der Fabrik Egger in der Heiligenstädterstrasse zugestimmt. In den vom Magistrat zu dieser Angelegenheit vorgelegten Berichte heisst es, dass die in jüngster Zeit errichteten Detailmärkte an der Einmündung der Quellenstrasse und die Triesterstrasse im X. Bezirk und in der Minwandgasse im XIII. Bezirk nicht den Erwartungen entsprochen haben, die die Bevölkerung auf sie gesetzt hat, was in der Knappheit an Lebensmitteln begründet ist, die es nicht möglich macht eine ausgiebige Beschickung der bestehenden Märkte mit Lebensmitteln sicherzustellen. Da jedoch die Bezirksvertretung und die Bevölkerung von Döbling sich von der Richtung des erwähnten Marktes sich viel verspricht, hat der Stadtrat seine Errichtung beschlossen.

Ein Kredit für das Ziegelwerk in Ober-Laa. Die Gemeinde Wien hat vor 2 Monaten das Ziegelwerk in Ober-Laa angekauft, das einer Ausgestaltung bedarf. Hierüber berichtet die heutige Stadtratsitzung StR. Stiegel und beantragte die Gewährung eines Kredites von ungefähr 1 Million Kronen für die Ausgestaltung des Ziegelwerkes. Der Referent betonte, dass der verlangte Kredit voraussichtlich schon im ersten Jahre gedeckt sein werde, da das Ziegelgeschäft jetzt sehr rentabel ist.

Die Ansuchen der Bezirksvertretungen um Bilder aus den städt. Sammlungen. StR. Breitner erstattete heute in Stadtrate einen Bericht über die Ansuchen einzelner Bezirksvertretungen um Entlehnung von Bildern aus den städt. Sammlungen. Die städt. Sammlungen sprechen sich gegen die Gewährung dieser Ansuchen aus, welcher Anschauung sich auch der Referent anschloss. Der Stadtrat fasste den Beschluss, dass die Entlehnung von Bildern aus dem städt. Museum ausserhalb des Rathauses vollkommen unstatthaft ist und ausnahmslos nicht bewilligt werden kann.

Strassenperre für Lastkraftwagen. Der Magistrat erlässt eine Kundmachung, nach welcher für Lastkraftwagen die Durchfahrt in dem Teile des Rennweges zwischen der Kreuzung mit der Ungar- und Fasangasse und der oberen Einmündung der Aspangstrasse untersagt wird. Lastkraftwagen haben statt dieses Teiles des Rennweges die Aspangstrasse zu benutzen. Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen oder Arreststrafen geahndet.

Das Schwimmbad im Schönbrunner-Park. Seit Anfang vorigen Monats ist das Schwimmbad im Schönbrunner Schlosspark in Betrieb und es wird von dem im Schönbrunner Schloss untergebrachten Kindern unentgeltlich benützt. VB. Winter erstattete im Stadtrat einen Bericht, der sich mit der Ausgestaltung des Bades beschäftigt. Es ist beabsichtigt das Bad zu pachten, wobei sich die jährliche Pachtzins auf rund 6.000 K stellen würde. Der Magistrat steht in Verhandlungen, doch wird das Bad mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit erst im nächsten Jahre für die Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Das Schwimmbad besitzt eine Länge von 78 Meter, es ist nahezu 24 Meter breit. Es weist eine durchschnittliche Tiefe von 2 1/2 Meter auf. Das Wasser erhält das Bad vom Gloriette-Teich.

Lehrerernennungen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Hellmann über die Besetzung einer Bürgerschuldirektorstelle und 5 Oberlehrerstellen. Für erstere schlug er dem Bürgerschuldirektor Karas, für die letzteren die Lehrer Karl Krüger, Ludwig Hartmann, Wasserburger, Friedrich Jenny und Wilhelm Risch vor. Er bezeichnete dieselben als ausgezeichnet qualifizierte Lehrkräfte und beantragte deren Ernennung.

StR. Vaugoin sagte, er habe nichts gegen die Herren, die zur Besetzung vorgeschlagen seien, einzuwenden; er sei nur mit der Art und Weise, wie die Besetzung erfolge, nicht einverstanden. Es sei ein Wunsch der Lehrer, dass ältere Lehrpersonen, welche schon mehr als eine 32 1/2 jährige Dienstzeit haben, für solche Stellen vorgeschlagen werden. Nun sehe man in diesen Vorschlägen Lehrer, welche bereits eine 36 1/2 und 37 1/2 jährige Dienstzeit hätten, ja die meisten hätten die vorgeschriebene Höchstdienstzeit von 32 1/2 Jahren bereits überschritten. Wenn diese Besetzung tatsächlich so, wie sie der Referent in Vorschlag bringt, durchgeführt wird, so wird damit das gemacht, was im direkten Gegensatz zu dem steht, was die Lehrerschaft anstrebt. Es wird damit der Wunsch der Lehrerschaft, im Avancement mit den Buchhaltungsbeamten auf die gleiche Stufe gestellt zu werden, direkt ad absurdum geführt, und es wird das, was die Lehrerschaft erst kürzlich erreicht hat, nämlich die 32 1/2 jährige Dienstzeit, durch die 40 jährige Dienstzeit ersetzt. Das sei überaus hart und ungerecht für die Lehrer und stehe auch in völliger Widersprüche mit dem bisherigen Vorgehen der Majorität, die bei den Beamtenernennungen immer die jüngeren Kräfte für solche Stellen herangezogen hat. Aus diesen Gründen könne er sich diesen Vorschlägen nicht anschliessen. Man möge solchen Älteren Lehrkräften vielleicht anlässlich ihrer Pensionierung einen Titel verleihen, aber die Ernennung zu Schulleitern sei jedenfalls eine Ungerechtigkeit gegenüber den jüngeren Lehrkräften.

StR. Täubler: Es ist gewiss das Prinzip, das bei der Ernennung der Magistratsbeamten eingeschlagen wurde, indem jüngere Leute ernannt wurden, welche noch in der Vollkraft ihrer Jahre stehen, richtig. Wir stehen vor einer Schulreform und wir müssen deshalb auf leitende Posten solche Personen einsetzen, welche mehrere Jahre dort verbleiben können. Diese Gründe anerkennen wir voll und ganz und ich kann den Herrn Vortrager auch die Versicherung geben, dass er in Hinblick mit unseren Ernennungen vollständig zufrieden sein wird. Leider sind wir nicht in der Lage, diese unsere Absichten zu verwirklichen, weil wir in diesem Stadtrate ein Unrecht, ja ein Verbrechen gut zu machen haben, das früher an der Lehrerschaft begangen wurde. Um nur halbwegs der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, müssen wir die Lehrer, die früher übergegangen wurden und denen damit, wie schon gesagt, ein schweres Unrecht zugefügt wurde, unterkürmert um deren Dienstalter, ernennen. Es sind dies durchwegs Leute, die schon längst Anspruch auf Ernennungen gehabt hätten, welche tüchtig und ausgezeichnet qualifiziert waren. So ist der eine, der vorgeschlagen wurde, der Lehrer Jenny, 21 Jahre hindurch Unterlehrer gewesen. Bei 26 Ernennungen wurde er übergegangen. Der Mann war überaus tüchtig und sehr gut qualifiziert, man konnte an ihm absolut nichts aussetzen, nur ist die frühere Partei inner streng nach dem Prinzip vorgegangen, dass nur solche Lehrer ernannt wurden, welche ihr nahestanden oder die dem Vereine der Lehrer und Schulfreunde angehörten. In den letzten Jahren, unter dem Regime d. Michler, haben sich diese Verhältnisse allerdings etwas bessert. Jenny aber hat noch bis zu seinen 40. Lebensjahre mit 720 Gulden jährlich begnadigt müssen. Diesen Leuten ist ein fürchterliches Unrecht geschehen und dieses Unrecht müssen wir vorerst gut machen. Wir halten es deshalb für ein Gebot der Gerechtigkeit, dass wir diese Leute ernennen. Die Befürchtungen des Herrn StR. Vaugoin werden, das kann ich Sie versichern, in Wirklichkeit nicht eintreten, weil wir ausdrücklich sagen, dass wir nur die aller grössten Fälle gut machen wollen. Dann werden wir, wie er es wünscht, jüngere Leute ernennen, die längere Zeit auf ihren Stellen verbleiben können. Köhner tritt zum Schluss der Anträge des Referenten zuzustimmen.

StR. Müller (12. Bezirk) erklärt es als nicht richtig, dass von den Christlichsozialen parteiisch vorgegangen worden sei. So sei es insbesondere unrichtig, dass man die Lehrer, welche Mitglieder des Vereines für Lehrer und

Schulfreunde waren, besonders protegirt hätte. Die Christlichsozialen hätten nie Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit genommen. (Heiterkeit bei der Majorität).

StR. Dr. Kleinböck betonte, dass wenn irgend-jemand ein Unrecht geschehen sei, so sei es selbstverständlich, dass dieses wieder gut gemacht werden müsse. Ob hier ein Unrecht vorliege, das wisse er nicht. Es gehe aber nicht an, dass ein solches angebliches Unrecht auf Kosten der Schulverwaltung gut gemacht werde. Wenn Sie jetzt ältere Lehrer einsetzen, so begehen Sie hiermit neuerlich ein Unrecht. StR. Haider bemerkte, dass wenn tatsächlich ein Unrecht begangen worden sei, dieses wieder gut gemacht werden müsse. Nun könne dies nur in einem Falle behauptet werden. Sie (zur Majorität gewendet) gehen daher zu weit, wenn Sie sagen, dass die frühere Majorität in zahlreichen Fällen absichtlich parteiisch vorgegangen sei. Ebenso geht es nicht an, dass diese Wiedergutmachung nunmehr auf Kosten der Lehrerschaft gemacht werden solle, indem die Dienstzeit derselben auf Jahre hinaus verlängert wird.

StR. Speiser betonte, dass er die Erregung, die bei dieser Debatte seine Kollegen Täubler gereizt hat, sehr begreiflich finde. Man dürfe nicht vergessen, dass er selbst einer derjenigen ist, welche an ihrem eigenen Leibe gespürt haben, was es heisst, wenn man eines Tages in seine Schule hinein will und man bekommt beim Eintritt ein Dekret in die Hand, dass das Schulhaus versperrt ist - ein Mann, der als pädagogischer Schriftsteller weit bekannt war, der als fleissiger und gewissenhafter Lehrer sich bewährt hat und der allerdings den Fehler begangen hat, für eine selbstständige aufrechte Organisation einzutreten, zu einer Zeit, wo die herrschende Partei eine solche Organisation nicht dulden wollte. Ich begreife daher die Aufregung des StR. Täubler vollständig. Wenn nun sachlich eingewendet wurde, dass es von Standpunkte der Schulverwaltung aus nicht gut sei, dass ältere Lehrer an leitende Posten kommen, weil sie sich diesem Posten nicht mehr lange widmen können und damit nicht jene Kontinuität in der Schulverwaltung erhalten, welche notwendig ist, so kann man diesen Argumenten nur zustimmen und ich glaube die Versicherung geben zu können, dass wenn die allergrössten Fälle von Präterier ungen erledigt sein werden, wir zu jenem Prinzip zurückkehren werden, von dem StR. Vaugoin gesprochen hat. Wenn auch unsere Objektivität ungenügend wird, so will ich bemerken, dass wir bereits die schwersten Vorwürfe für unsere bis zur Selbstverleugung geübten Objektivität erdulden mussten, dass wir aber nichts desto weniger, trotz dieser Angriffe an dieser Objektivität festhalten werden. Im Uebrigen freue ich mich, dass Sie zugestanden haben, dass früher Unrecht geschehen ist. Ich verweise diesbezüglich nur auf die Lehrer-einreichung im Jahre 1904, die wirklich eine Massenmassenregelung von Lehrern war. Dass Sie das Unrecht zugestanden haben, ist ein erfreuliches Zeichen, weil dadurch vielleicht die Möglichkeit gegeben wird, dass wir uns auch auf diesem Gebiete zu einem gemeinsamen Vorgehen noch zusammen finden werden.

Referent StR. Hellmann betonte in seinem Schlusswort, dass es ihm zur Befriedigung gereiche nach Möglichkeit das Unrecht, das so vielen während der christlichsozialen Herrschaft im Rathause zugefügt wurde, gutzumachen. Von diesem Gesichtspunkte aus werden noch die kommenden Lehrerernennungen diktiert werden, denn es werde längere Zeit erfordern, bis man alle Opfer der christlichsozialen Gewaltpolitik für ihre erlittenen Nachteile entschädigt habe. Bei der Abtinnung wurden die Gegenanträge des StR. Vaugoin, wonach sie an erster Stelle von Ortsschulräte vorgeschlagenen Lehrpersonen ernannt werden sollen, abgelehnt und die Anträge des Referenten angenommen wurden.

Ein Antrag des StR. Müller Josef, dem zufolge eine Abstimmung der Lehrerschaft über die Aufrechterhaltung der Bezirksgrenzen bei Stellentestungen vorgenommen werden solle, wurde gleichfalls mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Kriegswohnhäuser auf der Schmelz. Das Stadtbauamt hat für den Bau von 53 Häusern auf der Schmelz für den 15. September eine öffentliche Anbotverhandlung anberaumt. Zur Vergebung gelangen Erd-, Baumeister-, Zimmermanns-, Stukkatur- und Tischlerarbeiten, sowie die Lieferung und Herstellung von Betondecken. Nähere Angaben sind im Anschlag der Stadt Wien, Heft 21, enthalten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 5. September 1919, Nr. 358.

Abgabe von Frühkartoffeln. Samstag bis Dienstag werden in den Bezirken 1, 3, 4, 7, 14, 15 und 16 Frühkartoffeln inländischer Herkunft, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Verwendung der städt. Schulgebäude für militärische Zwecke. Bei den Verhandlungen, die der Magistrat wegen der Räumung der noch in militärischer Verwendung stehenden städt. Schulen führt, stösst er trotz allen Entgegenkommens seitens der militärischen Stellen und der Staatsämter auf die Ungunst tatsächlicher Verhältnisse. In vielen Fällen ist die Räumung von belegten Schulgebäuden deshalb nicht möglich, weil kein Ersatzobjekt zur Unterkunft der ⁱⁿden Schulen Bequartierten vorhanden ist. Dem Stadtrate lag in seiner letzten Sitzung ein Bericht über die Rückgabe städtischer Schulen aus militärischer Verwendung vor, dem zu entnehmen ist, dass in der Zeit vom Juni 1918 bis anfangs August 1919 148 Schulen von militärischer Belage geräumt wurden. Derzeit stehen noch 6 Schulen für Bequartierungszwecke in Verwendung. Hievon wird die Schule in der Johannesgasse als Transportheim für Mannschaften der fremdländischen Missionen benützt. Hieher gehört auch die Volksschule in der Selzergasse, in der das nummehr aufgelöste Volkwehrcorps 41 untergebracht war. 7 Schulen werden noch für Spitalzwecke in Anspruch genommen. Hieher gehören die Schulgebäude in der Gassergasse, wo die Invalidenschulen untergebracht sind. Diese Gebäude werden mit Rücksicht auf ihre Einrichtungen und die mit einem sehr bedeutenden Kostenaufwande hergestellten Zubauten wohl dauernd für Spitalzwecke Verwendung finden müssen.

Die Entlohnung der Arbeitsleistung der Lainzer Pfléglinge. Bürgermeister Reumann berichtete im Stadtrate über die Erhöhung der Entlohnung für die von den Pfléglingen des Lainzer Versorgungshauses geleisteten Arbeiten. Die hierdurch für die Gemeinde erwachsenden Kosten in einem jährlichen Betrage von 168.000 Kronen wurden vom Stadtrate genehmigt. Ein Pflégling bekommt nun für die geleistete Arbeit täglich 3 K.

Steinbruchverpachtung. Nach einem Berichte des Stadtrates Rudolf Müller (Hernals) beschloss der Stadtrat den Steinbruch in Spitz an der Donau an die Wachauer Stein- und Schottergewinnung gegen einen jährlichen Pachtzins von 700 K auf zwei Jahre zu verpachten.

Ärzte Ernennungen. Der Stadtrat hat zu provisorischen Sekundärärzten im Lainzer Versorgungshaus ernannt, die Doktoren: Leopold Schwarz, Hans Maly, Josef Ballner, Egon Nicolovich, Ernst Fischer, Bela Herz und Maximilian Mann.

Baurat Otto gestorben. Vor kurzem ist der technische Direktor der grossen Berliner Strassenbahn Baurat Otto gestorben. Dem Wiener und österreichischen Fachgenossen war Baurat Otto von dem in Wien stattgefundenen Lokal- und Strassenbahnkongressen her bekannt. Er galt als einer der hervorragendsten Strassenbahnfachleute Deutschlands und hat sich während des Krieges grosse Verdienste um die Aufrechterhaltung des Betriebes der Berliner Strassenbahn erworben.

Ein neuer Leiter des magistratischen Bezirksamtes Margarethen. Der Bürgermeister hat den bisherigen Leiter des magistratischen Bezirksamtes für den 20. Bezirk, Magistratsrat Dr. Rudolf Pape, zum Leiter des magistratischen Bezirksamtes Margarethen bestellt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michalek.
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 6. September 1919, Nr. 359.

Haferflocken und Pferdefleisch für Mindestbemittelte. In der 116. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Haferflocken pro Person des Haushaltes zum Preise von 40 h, gegen Abtrennung des Abschnittes 27, in den Geschäften der Großschlächterserei an folgenden Tagen: Mittwoch, den 10. September für A - F, Freitag, den 12. September für G - K, Montag, den 15. September für L - R, Mittwoch, den 17. September für S - Z. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Stunden: XVIII., Bezirk Gersthofenmarkt und Johann Nepomuk Voglplatz, XIX. Bezirk, Sonnbergplatz rayoniert sind. Abgetrennt wird der links oben befindliche, durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt der rosafarbenen Einkaufscheine. Für jede Person des Haushaltes werden 10 dkg zum Preise von 1 K abgegeben werden. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Haferflocken. An die Ausspeisungen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 125. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Haferflocken (zum Preise von 3.30 per kg) abgegeben werden.

Butter

Geldabgabe. Vom 7. bis 13. September gelangen bei den städtischen Abgabestellen sowie bei den Konsumentenorganisationen per Kopf und Woche 12 dkg Oel zur Ausgabe. 12 dkg kosten K 4.32.

stell

Eröffnung des Kraftwagenverkehrs. Am Sonntag, den 7. September 1. J. wird der Betrieb der städtischen Kraftstellwagenunternehmung auf der Linie Nordbahnhof - Praterstern - Ferdinandsbrücke - Rotenturmstrasse - Stefanplatz - Graben - Am Hof - Schottengasse - Schottentor eröffnet. Der erste Wagen verkehrt um 5 Uhr früh, der letzte um 11 Uhr 45 Minuten nachts ab Praterstern. Der Nachttarif gilt bei allen nach 10 Uhr nachts vom Praterstern abfahrenden Wagen. Es verkehren nur grosse Benzinkraftstellwagen mit Überdeck, teils offen, teils geschlossen. Ueber die Zoneinteilung und die Fahrpreise haben wir schon seinerzeit berichtet.

Lebensmittelabgabestelle der städt. Angestellten. Rayonierte pro Kopf: 3/8 kg Mehl, 1/8 kg Rollgerste, 12 dkg Oel, ausserdem als Zubuße 1/4 kg Oel zum Preise von K 7.25, 1/2 kg Kartoffel auf Buchstaben „M“ der Kartoffelkarte, 1 Ei K 3.05. Ferner Verkauf der laufenden Artikel: Fruchtsaft (Heidelbeer 1/2 Lt. K. 1.3., Slibowitz 1/2 Lt. K. 2.7., 1 Lt. K. 5.1., diverse Liköre in Originalpackung, Kochkisten gegen bar und auf Teilzahlungen, Sparkocher verschiedener Systeme, Schürzen, Chiffon, Knabenanzüge aus Zeltblattstoff, neue Sendung Frankkaffee bereits eingelangt. Sardinen sind ausverkauft. Wir machen unsere Floridsdorfer Kunden schon jetzt aufmerksam, dass voraussichtlich in der Zeit zwischen 17. und 20. September d. J. das Geschäftslokal renoviert und daher geschlossen sein wird. Diesbezügliche Anschläge werden rechtzeitig im Lokal selbst angebracht werden, damit die Kunden ihren Einkauf darnach regeln können. Ab Dienstag, den 9. September werden die Geschäftsstunden in den Verkaufsräumen I., Bartensteingasse 13 wie folgt festgesetzt: Verkaufsräum I täglich von 1/2 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 1 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags. Verkaufsräum II täglich von 1/2 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags. An Samstagen sind beide Verkaufslokale von 1/2 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Mehl- und Rollgersteabgabe. In der kommenden Woche werden bei allen städtischen Abgabestellen und Konsumentenorganisationen 3/8 kg Mehl und 1/8 kg Rollgerste pro Kopf auf Grund der gelben bzw. lilafarbenen Mehlbezugskarte abgegeben. Detailverkaufspreis für Mehl K 5.40, für Rollgerste K 3.40 per Kilogramm.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag bis Donnerstag werden im 5. Bezirke Kartoffeln holländischer Herkunft und Mittwoch bis Freitag in den Bezirken 2, 9, und 13 Kartoffeln inländischer Herkunft, und zwar in beiden Fällen 1/2 kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Kleingartenausstellung im Rathaus. Wie bereits gemeldet, findet Sonntag und Montag im Arkadenhofe und in der Volkshalle des Rathauses eine Schrebergartenausstellung statt. Bürgermeister Reumann wird am Sonntag um 1/2 9 Uhr vormittags die Ausstellung eröffnen. Zur Ausstellung gelangen insgesamt 1600 Objekte! Davon rund 1200 Körbe Gemüse, 150 Kleintiere, darunter Hasen, Hühner, Enten, Gänse, Schafe und Ziegen, weiters etwa 80 Körbe Obst, zahlreiche Bilder, Geräte und Modelle, Ausstellungen von Firmen u.s.w. An beiden Tagen konzertiert vormittags und nachmittags im Arkadenhofe eine Musikkapelle. Der Eintrittspreis beträgt K 1 pro Person, Schulpflichtige Kinder haben in Begleitung Erwachsener freien Eintritt.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 6. September 1919, Nr. 360.

Von der Fleischhauergenossenschaft. Zum 217. Male findet wie alljährlich am Montag den 8. September das feierliche Dankeshochamt der Wiener Fleischhauergenossenschaft in der Karlskirche statt. Das Hochamt wird unter Mitwirkung des Männergesangsvereines der Wiener Fleischhauer abgehalten, welcher unter der Leitung des Chormeisters Herrn Franz Xaver Rossi die Deutsche Messe von Franz Schubert, das Tantum ergo von Kloss und das Ave Maria von Rudolf Gliedh (Gesungen von Frau Anna Eder, Mitglied der Oper, Frau Marianne Smola und den Herren Alois Neumann und Rossi) zur Aufführung bringen wird. Orgel: Herr Professor Viktor Boschetti. Am Schusse Tedeum. Intradon: Ein Bläserchor der Oper. Anfang der Predigt um 1/2 11 Uhr, des Hochamtes um 11 Uhr vormittags. Die Festpredigt hält der bekannte Kanzelredner Hochwürden Monsignore Artur Lauf, Kirchendirektor.

Die Entlohnung der Pflingearbeiten in Wiener Versorgungsheimen. Wie bereits gemeldet, hat der Stadtrat über Antrag des Bürgermeisters Reumann eine Erhöhung der Entlohnung für die von den Pflingern in Wiener Versorgungsheimen geleisteten Arbeiten beschlossen. Die Zahl der in Betracht kommenden Pflingearbeiter beträgt ungefähr 700. Die Erhöhung der Arbeitsentlohnung beträgt durchschnittlich 100 %, und zwar bei verschiedenen Dienstleistungen, übersteigt in manchen Fällen aber 100 %. So beträgt sie zum Beispiel bei den Holzhackern mehr als 300 %, die bisher für vier Raummeter 90 h, und nunmehr für einen Raummeter K 1 bekommen. Auch bei den Professionistenarbeiten beträgt die Erhöhung für Arbeitslohn durchschnittlich 100 %, in manchen Fällen auch mehr. Statt des bisherigen Lohnes für Tagelöhnerarbeiten von 36 h werden jetzt 100 h gezahlt. Die Pflingearbeiter erhalten nach Inkrafttreten der Lohnerhöhung für die verschiedenen geleisteten Arbeiten eine Bezahlung bis zu 3 K täglich, wobei die Verpflegungsgebühr, Kost, Kleidung u.s.w. nicht mit inbegriffen sind.

Von der Volkoper. Direktor Weingartner hat Herrn Arthur Preuss der Volkoper verpflichtet; derselbe tritt am 8. ds. in „Die Meisterlänger von Nürnberg“ als David sein Engagement an. In der Dienstag, den 9. ds. stattfindenden Aufführung von „Rigoletto“ singen zu ersten Male: Die Gilda Fräulein Eisner, den Rigoletto Herr Tauber. Die übrigen Rollen sind mit den Damen Weiner, Salinger,

Mardayn und den Herren Frischler und Mainau besetzt. Dirigent Herr Sternfeld, Spielleiter Herr Mainau.

Sauerkraut wird in der kommenden Woche ohne Einschränkung der Menge und ohne Farbe zum Preise von 70 h für 1 kg abgegeben.

Aus dem Stadtrate. Der Stadtrat tritt in dieser Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag Vormittag zu Sitzungen zusammen.

Abgabe von Unterzindholz. Die Abgabe von je 5 kg Unterzindholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 8. bis 13. ds. M., gegen Abtrennung des Buchstabens „F“ der Mehlbezugskarte. Der Preis ist derselbe.

An die Besitzer von Lastautomobilen. Zufolge Verordnung der niederösterreichischen Landesregierung werden die gesamten Waldbestände Nieder-Österreichs hinsichtlich des Brennholzesanfalles, sowie das bereits gewöhlagerte, noch in Reviere befindliche Brennholz beschlagnahmt und soll dieses Holz hauptsächlich zur Versorgung der Gemeinde Wien dienen. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen dieses Versorgungsplanes ist jedoch die unverzügliche Bereitstellung einer ausreichenden Menge von für diese Zwecke geeigneten Transportmitteln. Der Abtransport des Holzes soll grösstenteils mittels Lastautomobilen bewerkstelligt werden und ergeht hiermit an sämtliche Lastautomobilbesitzer die Aufforderung ihre Automobile für diese allgemeinen öffentlichen Interesse durchzuführende, äusserst wichtige und dringende Aktion gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen. Das erforderliche Benzin wird beigestellt. Die Lastautomobilbesitzer können die Fahrwerke beim Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 8, Neues Amtshaus, I., Ebendorferstrasse 1, III. Stock anmelden.

Neue Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren. Am 14. September treten neue Milchkarten für die Kinder im Alter bis zu 2 Jahren in Kraft, und zwar Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahre und solche für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre. Die Haushalte, welche auf eine solche Milchkarte einen Anspruch besitzen, können diese vom 9. September angefangen an einem beliebigen Wochentage während der gewöhnlichen Amtsstunden bei der zuständigen Brotkommission beheben. Die mit der Behebung beauftragte Person hat die bisherige Kindermilchkarte und ein Dokument des Haushaltungsvorstandes (Taufschein, Geburtschein, Heiratschein, Gewerbeschein, Arbeitsbuch, Dienstbotenbuch, amtliche Legitimation u.dgl.) vorzuweisen.

25. Jahrgang, Wien, Sonntag, den 7. September 1919. Nr. 301.

Die Eröffnung der Kleingartenausstellung. Von schönem Wetter begünstigt fand heute Vormittag die Eröffnung der im Arkadenhofe des Wiener Rathauses stattfindenden Kleingartenausstellung statt. Der Obmann des Ausstellungskomitee StR. Siegel hielt an die versammelten Festgäste eine Eröffnungsansprache, in der er darauf hinwies, dass vor ungefähr 50 Jahren die Gartenstadtbewegung in Berlin eingesetzt habe. Der Arzt Dr. Schreber habe damals gegen die Verwahrlosung der Jugend gepredigt und die Idee des Kleingartens propagiert. Seine Idee hat grossen Anklang gefunden und bald hatte sich um die Grossstadt Berlin ein Gartenkranz gebildet und bald hatte die Idee hunderttausende Anhänger. Nahezu ein halbes Jahrhundert hat es gedauert bis die Idee nach Oesterreich gedrungen ist. Vor dem Kriege waren nur kümmerliche Anfangsversuche zu bemerken und erst der Krieg, der in so manchen Lehrmeister war, hat der Gartenstadtbewegung jene Bedeutung geschafft, die er heute beigemessen wird. Die Not der Ernährung der Stadt und die Sorge um die Ernährung der Bevölkerung haben befruchtend auf die Idee der Kleingartenbewegung gewirkt. Was die Schrebergärten heute sind, denen vor einigen Jahren von den öffentlichen Gewalten kein nennenswertes Interesse entgegengebracht wurde, das soll die Ausstellung zeigen. Die Schrebergärtnererei wird aber weiter den Anfang machen für die Entwicklung der Gartenstadtbewegung. Der Schrebergärtner will auch auf den Grund und Boden, den er bewirtschaftet wohnen. Die Pflege der Kleintierzucht und die Bienenzucht sind Aufgaben des Schrebergärtners. Was die Schrebergärtner geleistet haben, nicht nur dadurch, dass sie ~~xxxx~~ real beitragen für die Ernährung der Stadt und seine Bewohner, sondern auch dadurch, dass sie ideale Werte schaffen.

Bürgermeister Reumann begrüßt es, dass die Ausstellung in den Räumen des Wiener Rathauses stattfindet und er begrüßt es, dass die Idee der Schrebergartenbewegung von der arbeitenden Bevölkerung mit dem richtigen Verständnis aufgenommen wurde. Zahlreiche Arbeiter haben gezeigt, welche nützliche Arbeit sie in der ihnen nur kurz zur Verfügung stehenden freien Zeit im Interesse der Allgemeinheit geleistet haben. Welche sittlichen Wert die Arbeit der Schrebergärten hat, das zeigt sich in den Ergebnissen der Arbeit, welche die Ausstellung zeigt. Der Bürgermeister betont, dass er mit Freude vernommen habe, dass die Schrebergärtner an ihrer Scholle auch ihren Wohnort anschlagen wollen und ~~xxxxxx~~ gibt der Meinung Ausdruck, dass die Gemeinde Wien verpflichtet

sei, das ihre Beizutragen, um den diesbezüglichen Wünschen der Schrebergärtner nachzukommen. Die Folgen des Krieges haben uns materiell tief herabgedrückt und es muss manches unterlassen werden, weil die Gemeinde nicht in der Lage ist, alles das was notwendig wäre, zu tun. Wenn davon gesprochen wird, dass alles angewendet werden muss, um den Schrebergärtnern seitens der Gemeinde die nötige Unterstützung zuteil werden zu lassen, so wird diese in der nächsten Zeit leider nur eine gringe sein können. Die Gemeinde kann eben nicht materielle Mittel dem Boden abbringen. Namens der anwesenden Gemeinderäte versichert der Bürgermeister, dass die Schrebergärtner der Unterstützung des Wiener Gemeinderates in ihren Bestrebungen versichert sein können. Der Bürgermeister weist auch auf die Arbeiten der Jugend hin, die während des Krieges Liebe zu Scholle gewonnen hat und die sich als nützliches Mitglied der Gesellschaft betätigt hat. Auch der Mitarbeit der Frauen gedenkt der Bürgermeister, die während der schweren Kriegsjahre alles dazu beigetragen haben, um die materielle Lage der Familie zu bessern. Der Bürgermeister spricht allen, die sich ~~im Interesse~~ den Bestrebungen der Schrebergärtner und der Kleingartenbewegung betätigt haben den aufrichtigsten und wärmsten Dank der Gemeinde Wien aus und erklärte die Ausstellung für eröffnet.

Hierauf wurde der Bandgang durch die Ausstellung angetreten, an dem Bürgermeister Reumann samt Gemahlin, viele Stadt und Gemeinderäte, sowie Magistratsdirektor Dr. Hartl, Präsidialvortrag Obermagistratsrat Gmeiner, Kanzleivicedirektor Scheiblauer und andere teilnahmen. Die Führung durch die Ausstellung übernahm Inspektor Siller vom Landwirtschaftsamt, der den Festgästen Aufklärungen und Beschreibungen über die ausgestellten Objekte gab. Unter den Arkaden rechter Hand beginnen die Gemüsausstellungen. Von der rechten Arkade, in der die Kleingärtner der Wasserwiese, Kleingärtner vom II. Bezirk und von der Dognerswiese untergebracht sind, führt der Ausstellungsengang in die Volkshalle. Im rechtsliegenden Vorraum der Halle ist die Bilderausstellung untergebracht. Ausserdem befindet sich dort ein Tisch mit Modellen. In der Volkshalle selbst ist Platz für 600 Aussteller, und zwar gelangen dort Gemüse-, Obst- und Konservenobjekte aller Schrebergartenvereine des XIII. Bezirkes, sowie der grossen Vereine Nordrand Sohmels, Sandleisten und Gartenfreunde der Jubiläumshäuser. An der nördlichen Abschlusswand der Halle sind mit farbigen Tabellen vernehene statistische Daten angebracht. Der Verband der Schrebergartenvereine Deutsch-Oesterreichs zählte im Jahre 1915 rund 2000 Mitglieder und ist im Jahre 1919 auf rund 3000 Mitglieder angewachsen. Die Fläche von 1 Million Quadratmeter, die der Verein für Gartenzwecke im Jahre 1915 hatte beträgt nunmehr mehr als 2 1/2 Millionen Quadratmeter. Unter den Schrebergärtnern waren im Jahre 1915 17000

Arbeiter, 492 Geschäftsleute und 139 Beamte; heuer sind unter den Mitgliedern 36000 Arbeiter, 1300 Geschäftsleute und 2300 Beamte. Die Zahl von 1200 Familien, die im Jahre 1914 Schrebergärten hatten ist bis zum vergangenen Jahre auf 8.500 Familien gestiegen. Die Fläche der Schrebergärten hat sich im gleichen Zeitraum von 200.000 Quadratmetern auf nahezu 3 Millionen Quadratmeter vergrössert. Im Jahre 1916 waren in den Schulkriegsgemüsegärten 9.700 Schulkinder tätig, im Jahre 1918 7000; die bearbeitete Fläche ist im gleichen Zeitraum von 205.000 auf 282.000 Quadratmeter gestiegen. Die von der Gemeinde Wien angelegten Kriegsgemüsegärten wurden im Jahre 1915 von rund 1100 Familien bearbeitet, im Jahre 1918 von rund 10.000 Familien. Von 500.000 Quadratmetern im Jahre 1915 hat sich die Fläche bis zum Jahre 1918 auf 2.800.000 Quadratmeter vermehrt. Unter den Arkaden längs der Volkshalle sind grosse Fische für Gemüse und Obst untergebracht. Dort gelangen hauptsächlich Erzeugnisse der Strassenbahner Brigittenau und der Schrebergartenvereine des II. Bezirkes zur Ausstellung. Unter den nördlich liegenden Arkaden und quer durch den Hof stehen Fische, die zur Aufnahme der restlichen Gemüsausstellungen dienen. Neben dem Eingange in die Arkaden sind in den grossen Vorräumen die Haustiere untergebracht. Unter dem Kapellenvorbau befindet sich die Kleintierausstellung der Schrebergärten der „Steg“. An der West- und Südwand haben die ~~xxxx~~ Erzeugnisse der Firmen, die für die Schrebergartenwirtschaft arbeiten, ihren Platz gefunden. Den oberen Teil des Arkadenhofes füllt ein vollständiges Schrebergartenhaus aus, das vom Verbande der Schrebergartenvereine aufgestellt wurde. Ausgestellt sind im ganzen 12000 ^{Körbe} Gemüse, 60 Körbe Obst, 5 Gruppen Konserven, 132 Kleintiere, 8 Ziegen, 2 Schafe, 100 Bilder, 4 Gruppen Geräte und 8 Modelle.

Nach Schluss der Besichtigung sprach der Bürgermeister allen, die an dem Gelingen der Ausstellung mitgearbeitet haben den Dank aus.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Franz Michler*,
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe:

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 9. September 1919, Nr. 362.

Neue Petroleumkarten. Für die anspruchsberechtigten Bewerber mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens A - G werden am 11. September, H - Q am 12. September und R - Z am 13. September bei der zuständigen Brotkommission die neuen Petroleumbezugskarten in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags ausgegeben. Die Bewerber um neue Petroleumkarten haben den polizeilichen Meldesettel und die alte Petroleumbezugskarte, die dann eingezogen wird, beizubringen. Hauseigentümer haben sich mit einem ihre Eigenschaft bekundeten Dokusent, Heimarbeiter mit einer Bestätigung ihres Arbeitgebers oder einer anderen die Heimarbeit darstellende Bescheinigung, Wohnungsinhaber mit Untermieter mit dem Meldesettel des Untermieters auszuweisen. Neu ausgegeben werden: Petroleumbezugskarten für die Beleuchtung von Waschküchen, Geschäftslokalen und Heimarbeiterwohnungen, die einzig und allein auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind. Hausbesitzer, deren Waschküche ausschließlich auf Petroleumbeleuchtung angewiesen ist haben für diese, sofern sie nicht hierfür einen 3 Liter übersteigenden Petroleumvorrat haben, die Petroleumbezugskarte anzusprechen und für die Beleuchtung der Waschküche an allen Wochentagen von den Parteien über Verlangen den entsprechenden Teil der jeweils bestimmten Wochenmenge an Petroleum gegen Bezahlung des Einkaufspreises zu überlassen. Ferner Petroleumbezugskarten für Wohnungen, die zu ihrer Beleuchtung einzig und allein auf Petroleum angewiesen sind und endlich solche, für in Untermiete gegebene Wohnräume, die ebenfalls nur auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind. Für eine Wohnung wird nur eine Bezugskarte für Aftervermietung unabhängig von der Zahl der Untermieter ausgegeben. Für die Beleuchtung der Wohnräume des Dienstpersonals, sowie für Badezimmer, Keller u.s.w. werden keine Petroleumkarten ausgegeben. Die für die Beleuchtung des Flures, Hofes, der Gänge und Stiegen ausgegebenen Petroleumkarten bleiben in *gültigkeit*. Die auf die einzelnen Petroleumbezugskarten entfallenden Wochenmengen werden rechtzeitig in den Tagesblättern bekannt gegeben werden. Betreffend die Rayonierung mit den neuen Petroleumbezugskarten tritt insofern eine Änderung ein, als dem Verbraucher wie bisher die freie Wahl der Abgabestelle zusteht, er jedoch nach erfolgter Rayonierung während der Gültigkeitsperiode der Petroleumbezugskarten in der Regel an die gewählte Abgabestelle gebunden bleibt. Es wird empfohlen, die bisherige Bezugsquelle beizubehalten. Kann der Inhaber einer Petroleumbezugskarte keine Petroleumverkaufsstelle finden, die ihm zur Belieferung übernimmt, so hat er sich mit seiner Bezugskarte an das Bezirkswirtschaftsamt Stelle 5, Neues Rathaus, II. Stock zu wenden. Im Falle der Umrayonierung ist von der bisherigen Verkaufsstelle der Bestellabschnitt zurückzuverlangen. Hauseigentümer, Geschäfts- und Wohnungsinhaber, die wegen ihres Vorrates an Petroleum vom Bezuge der amtlichen Petroleumkarten ausgeschlossen sind, erwerben den Anspruch auf Ausfüllung von Petroleumbezugskarten erst nach Verminderung des Vorrates, bei einem das zulässige Mass nicht übersteigenden Verbrauch.

Abgabe von Frühkartoffeln. Mittwoch bis Freitag werden in den Bezirken 12, 17, 18 und 20 Frühkartoffeln holländischer Herkunft, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zur Preise von K 2.50 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe:

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 9. September 1919, Nr. 363.

Auflassung der Magistratsabteilung XI a. Zufolge Erlasses der Magistratsdirektion wird die Magistratsabteilung XI a (Heimatsgesetznovelle) aufgelassen und werden ihre Agenden der Magistratsabteilung XVI zugewiesen. Es fallen somit in die Geschäfte der Magistratsabteilung XVI noch die Prüfung und Vorlage sämtlicher Ansuchen um die Aufnahme bzw. die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband, der Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes, sowie die Amtshandlung hinsichtlich aller Berufungen gegen die getroffenen Entscheidungen für Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes und Amtshandlungen über alle ausserhalb Wiens wohnhaften Personen betreffenden Ansuchen und Ansprüche wegen Aufnahme oder Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband.

Titelverleihung. Dem Oberlehrer an der Knabenvolkschule XXI, Ostmarkgasse 30 Rochus Böck, wurde in Anerkennung seines vieljährigen, verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete des Schulwesens der Direktortitel verliehen.

Von der städtischen Feuerwehr. Nach dem Jahresbericht der städtischen Feuerwehr für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 betrug der tatsächliche Stand der Feuerwehr vom 1. Juli 1918 495 Mann, 191 Stellen waren unbesetzt. Zur Kriegsdienstleistung waren 173 Mann eingezogen. In Berichtsjahre wurden 4137 Anzeigen über Brände und Unfälle bei der städtischen Berufsfeuerwehr gemeldet. Die Höchstzahl der Alarmierungen brachte der 9. Jänner 1918 mit der Zahl 46. An zehn Tagen wurde die Feuerwehr je einmal alarmiert, an 53 Tagen je zweimal. Von nennenswerten Bränden fallen in die Zeit des Berichtes der Brand der Servitenkirche, das Feuer in den Vogel'schen Mühlen, das Grossfeuer am Wagenplatz des städtischen Fuhrwerksbetriebes im IX. Bezirk, das Grossfeuer im israelitischen Tempel in der Leopoldstadt, das Grossfeuer in Kroatisch-Haslau, der Brand in der Munitionsfabrik Weiffenbach, das Grossfeuer in Hotel National, in der Dampfzähle Mallovan, Brände am Nord- und Ostbahnhof, das Grossfeuer in Militärbarackenlager in der Heinrich-Collinstrasse und in der Rotunde. Die Summe der ordentlichen Ausgaben betrug in Berichtsjahre rund 3 Millionen Kronen, denen Einnahmen in Betrage von rund 600.000 Kronen gegenüberstehen.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens im Juli. Infektionskrankheiten wurden im Juli 1315 angezeigt, wovon die grösste Zahl 117 auf Typhus entfällt. Die Sterblichkeit ist gegenüber dem Vormonat um rund 400 Fälle auf 5224 zurückgegangen. Im Juli 1918 wurden 3970 Sterbefälle gemeldet. Den grössten Anteil an den Todesfällen haben Tuberkulose und Scharlach mit 882 Fällen. Das männliche Geschlecht verlor in der Berichtszeit rund 46 %, das weibliche rund 52 % Todesfälle auf.

Die Dienstleistung der Lehrer. Da eine dekretmässige Zuweisung des Lehrpersonals an die einzelnen Schulen zu Beginn des kommenden Schuljahres mit Rücksicht auf die grosse Zahl der mit 1. Mai definitiv gewordenen Lehrpersonen und durch die hierdurch notwendig werdende Neuaufstellung des Lehrstatus unzulässig ist, hat der Bezirksschulrat verfügt, dass sämtliche Lehrpersonen ihren Dienst an jenen Schulen anzutreten haben, an denen sie am Schluss des Schuljahres wirkten, wenn nicht in Einzelfällen eine spezielle Anordnung getroffen wird.

Der Autobusverkehr. Am Sonntag wurde der städtische Stellesswagenbetrieb auf der Linie Nordbahnhof - Stefansplatz - Schottentor eröffnet und fand schon vor Betriebsbeginn an trotz der Feiertage, die erfahrungsgemäss einenschweben Verkehr durch die innere Stadt aufweisen, einen recht guten Zuspruch. Es verkehren vorläufig 7 Wagen, deren Chassis von den österreichischen Fahrzeugwerken geliefert wurden. Es ist dies eine bewährte Omnibustype, die allerdings mehr für den Ueberlandverkehr bestimmt ist, da sie wegen des Kettenantriebes nicht so geräuschlos läuft, wie dies bei den ausschliesslich für den innerstädtischen Verkehr gebauten Kraftsollwagen erreichbar ist. Die Wagenkasten haben alle ein Obergeschoss teils offen, teils geschlossen, nach der patentierten Wiener Originalausführung, die insbesondere für die schlechtere Jahreszeit Vorteile bietet. Nur durch diese, in Wien bereits vor dem Kriege erprobte Ausführung ist es möglich geworden, das Obergeschoss von Autobussen geschlossen zu erbauen, ohne dabei die Standfestigkeit des Wagens zu gefährden. Durch die eigentümliche Ineinanderschachtelung der Sitzbänke im Unter- und Obergeschoss wird dieses um rund 4 bis 500 mm niedriger als es bei einfacher Aufeinandersetzung der Gesesse möglich wäre. Dadurch wird ein tieferer Schwerpunkt des Wagens und eine Verkleinerung der dem seitlichen Winddruck ausgesetzten Wagenwand erreicht. Diese Verminderung der Höhe ist wegen der Durchfahrt durch Viadukte notwendig. Nach weiterer Anlieferung der bestellten Wagen und Beistellung der noch ausstehenden Gummireifen soll der Autobusverkehr zunächst auf den Linien Nordbahnhof - Stefansplatz - Oper - Süd- und Ostbahnhof, sowie Schottentor - Stefansplatz - Wollzeile - Bürgertheater aufgenommen werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michalek*,
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 10. September 1919, Nr. 364.

Einführung der Rohölfeuerung in den städtischen Elektrizitätswerken. Unter der Drucke der Kohlennot hat der Stadtrat heute den Beschluss gefasst, dass ein Teil der Kessel des städtischen Elektrizitätswerkes auf Rohölfeuerung eingerichtet werde. Es stellt dies insofern ^{keine} Neuerung dar, als im vorigen Jahre in dieser Art die Stromerzeugung schon geübt wurde, so dass ^{genügend} ^{ziemlich} Erfahrungen für diese komplizierte Betriebsweise vorliegen. Es ist geplant, allmählich etwa ein Fünftel der Kessel für die neue Heizmethode umzugestalten. Das notwendige Rohöl für eine etwa 8 monatige Betriebsperiode zu sichern ist der Gemeinde ^{bereits} gelungen. Der Preis wurde im Laufe langwieriger Unterhandlungen von der ursprünglich geforderten Höhe ganz bedeutend herabgedrückt und bewegt sich derzeit im Rahmen von ungefähr 120 Kronen pro hundert Programm. Noch immer aber stellt sich die Rohölfeuerung ^{als} ^{ausserordentlich} ^{teuer} ^{dar} und um etwa 150 % kostspieliger als der Kohlenbetrieb. Die Anträge ^{des} ^{Referenten} ^{Dr.} ^{Breitner} wurden nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Kartoffelabgabe. Donnerstag bis Samstag werden im 6., 8., ^{10.} ^{11.} und 11. Bezirk Freitag und Samstag im 19. und 21. Bezirk 1/2 kg Kartoffel zum Preise von 2,80 K gegen Abtrennung des Abschnittes M der Kartoffelkarte abgegeben. Donnerstag bis Samstag werden im 3. Bezirk polnische Kartoffel, 1/2 kg zum Preise von 2 K pro Person, gegen Abtrennung des Abschnittes N der Kartoffelkarte abgegeben.

Donnerstag werden im 3., 8., 16. und 20. Bezirk Kipflerkartoffeln, 1/2 kg pro Person zum Preise von 3K84 abgegeben. Diese Abgabe erfolgt gegen Durchstreichung des Buchstabens T am unteren Rande der gelben oder lila Mehlebesatzkarte und ausserhalb der Rayonierung.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 10. September 1919, Nr. 365.

Verbilligung der Lebensmittel für die Feuerwehrmannschaft. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Weigl über die ^{dieselben} Verbilligung der Lebensmittel für die Feuerwehrmannschaft durch Einbeziehung/in die „Aktion der Gemeinde“ zur Verbilligung der Lebensmittel für die Angestellten. Durch diese Aktion, führte der Referent aus, soll es ermöglicht werden, dass auch der Feuerwehrmannschaft in Hinkunft verbilligte Lebensmittel zugeführt werden können. StR. Müller (12. Bezirk) stellte bei dieser Gelegenheit den Antrag, es möge dem Stadtrate ein Bericht über die gesamte Küchenaktion der Gemeinde vorgelegt werden, damit sich die Stadträte endlich ein Bild davon machen könnten. Referent StR. Weigl erklärte sich mit dem Antrage Müller's einverstanden und betonte, dass überhaupt eine einheitliche Regelung der Küchen- und Ausspeiseaktion der Bediensteten der Gemeinde geplant sei. Der Referentenantrag wurde sodann angenommen.

Ernst Häckelasse oder Platz. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Dr. Grün den Antrag, es sei nach dem Forscher Ernst Häckel entweder eine Gasse oder ein Platz zu benennen.

Lohnaufbesserungen für die Angestellten des städtischen Lastkraftwagenbetriebes.

StR. Weigl erstattete in der heutigen Sitzung des Stadtrates ein eingehendes Referat über die Lohnaufbesserung von Angestellten des städtischen Lastkraftwagenbetriebes. StR. Müller (12. Bezirk) beantragte, der Magistrat möge dem Stadtrate eine Vorlage unterbreiten, worin alle Arbeiterkategorien angeführt erscheinen, welche noch keine Lohnaufbesserung erhalten haben. Es gäbe nämlich noch städtische Arbeiter, die 300 Kronen Monatslohn hätten, womit sie natürlich bei den heutigen Verhältnissen ihr Auskommen nicht finden können. Der Referent betonte in seinem Schlussworte, dass eine solche Regelung ohnehin schon vorgesehen sei; im übrigen ersuchte er um die Annahme seiner Anträge. Dieselben wurden einstimmig angenommen.

Reorganisation des gemeinnützigen Ausspeisewesens der Gemeinde Wien. Frau StR. Seidel berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über einen Antrag der Frau Gemeinderat Kramer auf Reorganisation des gemeinnützigen Ausspeisewesens der Gemeinde Wien und die Einsetzung eines, mit der Durchführung dieser Aktion, zu betrauenden Komitees. Frau GR. Kramer, die der Sitzung beigezogen war, begründete in längeren Ausführungen ihren Antrag, indem sie auf die verschiedenen Mängel hinwies, die sich bei den Ausspeisungen ergeben haben. StR. Müller (12. Bezirk) setzte sich ebenfalls für die Schaffung eines solchen Komitees ein, nur dürfte dasselbe nicht mit der Untersuchung betraut werden, sondern müsste auch das Recht ^{haben} ^{zu} ^{erstatten} ^{Vorschläge} zu erstatten. Bürgermeister Reumann betonte, dass die Ausspeiseaktion Gegenstand unausgesetzter Aufmerksamkeit seitens der Gemeinde sei. In einer der nächsten Stadtratsitzungen werde diesbezüglich ein eingehender Antrag vorgelegt werden. Selbstredend stehe die Gemeinde nicht auf dem Standpunkte, dass Kriegsküchen aufgelöst werden sollen, es sei denn solche, die überflüssig geworden seien. Mit dem dem Stadtrate zur Vorlage kommenden Antrag werde eine durchgreifende Regelung der gesamten Küchenfrage erfolgen. StR. Rummelhardt wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, dass, wie man ihn berichtet habe, in einigen Küchen die Zubereitung der Speisen jeder Beschreibung spotten solle. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Referentin, beziehungsweise der Frau GR. Kramer angenommen.

Die neue Rauchfangkehrordnung. Die seinerzeit angekündigte Aenderung der Kehrordnung für Rauchfänge und Herde tritt nunmehr in Kraft. Die Zahl der Kehrungen für Rauchfänge wurde mit 8 und für nicht transportable Herde mit 4 jährlich festgesetzt. Für die Kehrung dieser Herde haben die Mietparteien (auch in Form von Trinkgeldern) nichts zu zahlen, weil hierfür die Hauseigentümer aufzukommen haben.

Auflassung mehrerer Stellen des Bezirkswirtschaftsamtes. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Bürgermeister Reumann über die geplante Auflassung mehrerer Stellen des Bezirkswirtschaftsamtes. Es sollen solche Stellen aufgelassen werden, wie beispielsweise die Stelle für die Versorgung mit Kraut, Kartoffel etc., von denen es sich erwiesen hat, dass sie nicht mehr notwendig sind. Gleichzeitig wird geprüft werden, welche Stellen weiter noch aufzuheben sein werden. Zu diesem Behufe schlug der Referent der Einsetzung einer stadträtlichen Kommission vor, dem die Lösung dieser Frage zu überantworten sein werde. Der Antrag des Bürgermeisters wurde einstimmig angenommen.

Die Erholungsheime für die städtischen Angestellten. Die Mitglieder des Verbandes der städtischen Angestellten werden aufgefordert, die Anmeldungen für die Erholungsheime des Verbandes in Waldogs, Gutenstein und Neuhaus in der Verbandskanzlei bekanntzugeben, da im Falle nicht genügender Anmeldungen ein Teil der Erholungsheime gesperrt werden müsste.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michow,
Wien, I., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, 11. September 1919, Nr. 366.

Die Anstellung von Heimkehrern bei der Gemeinde. In der heutigen Stadtratsitzung umgierte StR. Hummelhardt seinen schon seinerzeit gestellten Antrag betreffend die Anstellung von Heimkehrern bei der Gemeinde Wien und beantragte neuerlich, dass alle bei der Gemeinde Wien freiwerdenden Beamten- und Lehrerstellen mit Heimkehrern besetzt werden, die eine entsprechende Qualifikation aufweisen. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsässigen Behandlung zugewiesen.

Ehrung eines Schweizer Schriftleiters. In Stadtrate wurde ein Dringlichkeitsantrag des StR. Kienböck angenommen, dem Schriftleiter Buchberger des Blattes „Ostschweiz“ in St. Gallen in Anerkennung des Umstandes, dass er sich grosse Verdienste um die Schweizer-Hilfsaktion für die Wiener Kinder durch die warmherzigen Schilderungen der Notlage der Wiener Kinder in dem genannten Blatte erworben hat, ein Werk über die Stadt Wien zu widmen.

Der Kohlenplatz in der Vorgartenstrasse. OR. Fischer beantragte seinerzeit im Gemeinderate den in der Vorgartenstrasse befindlichen städtischen Kohlenhof aufzulassen, damit die Vorgartenstrasse wieder für den Verkehr geöffnet werde. StR. Haackl berichtete hierüber in der heutigen Stadtratsitzung und wurde dem Berichte der Stadtbauverwaltung, den Kohlenumschlagplatz weiter bestehen zu lassen, Folge gegeben. Dem Antrage des StR. Haackl, den Kohlenplatz gegen Diebstahl zu sichern und einen Gehweg durchzuführen, wurde stattgegeben.

Aus Sängerkreisen. Drei alte und angesehene Wiener Männergesangsvereine, der „Wiener Sängerbund“ (gegründet 1856), der „Arion“ und der „Wiedener Männerchor“ haben sich unter Führung des Vorstandes des Sängerbundes, Obermagistratsrat Hanisch zu einer „Freien Vereinigung“ zusammengetan, deren Aufgabe die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung aller gesanglichen Veranstaltungen dieser Vereine sein wird. In die gemeinsame Leitung wurden gewählt: Zum Vorsitzenden: Hanisch, zum Vorsitzenden Stellvertreter: Wawrik und Last, zum künstl. Beirat: Ehrenchormeister Lafite, zu künstl. Leitern die Ehrenchormeister Rehbeck und Max Kehler, zum Zahlmeister: Pomeisl, zum Zahlmeister Stellvertreter Slova, zu Schriftführern: Faust, Lagler und Schönberger, zum Gastmeister: Wilfert und zu Sangräten Dolenz (Archivar), Gimzel, Rudolf Adress und Langbein. Ausserdem gehört der Leitung an: Der Aelteste der Sänger: Homben. Die Kanzlei dient jene des Wiener Sängerbundes (I., Bäckerstrasse 6, Halbsteck, bei Schriftführer Rudolf Faust); die wöchentlichen Uebungen finden Dienstag von 7 bis 9 Uhr abends im Musikvereinsgebäude (Schauspielschul-Saal) statt. Erste Uebung: Dienstag, den 16. ds. Die Gründungsliedertafel dieser 170 Sänger zählenden Vereinigung wird im November ds. J. stattfinden.

Das Befahren der Gartenanlagen mit Kinderwagen. Nach einem Antrage der StR. Amalie Seidl beschloss der Stadtrat alle bisherige Verfügungen, die das Befahren der Verkehrsflächen in den städtischen Gartenanlagen mit Kinderwagen oder die Benützung dieser Flächen für die Aufstellung von Kinderwagen verboten, ausser Kraft zu setzen. Es können also nunmehr sämtliche städtische Gartenanlagen mit Kinderwagen befahren werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michow.*
Wien, I. Neues Rathaus.

Wien, Freitag, den 12. September 1919.

Die drohende Abholzung des Wiener Waldes. Einer Anregung des VB. Max Winter zufolge, versammelten sich eine Anzahl von Vertretern der in- und ausländischen Presse, um, wie VB. Winter dabei betonte, wenn möglich noch in letzter Stunde die Gefahren zu bannen, die durch den Kohlenmangel der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung drohen und die zur Verwüstung unseres herrlichen Wiener Waldes führen müssten.

Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde hierauf der Senior der Wiener Kommunalberichterstatte Redakteur Ludwig Basch (Extrablatt),

Zum Schriftführer Redakteur Windbichler (Reichspost) gewählt.

Vorsitzender Redakteur Basch dankte dem Vicebürgermeister und dem Journalisten Winter für die Einladung und den anwesenden Kollegen für die Ehre der Wahl. Er führte aus, dass es eine merkwürdige Zeit sei in der wir leben, dass wir Zeugen grosser Ereignisse waren. Die Zeit sei aber auch merkwürdig für die Wiener Presse, die früher als minder behandelt wurde und er gab der Freude Ausdruck, dass diese Zeit vorüber sei und dass schon unter dem früheren Bürgermeister der Presse Gelegenheit gegeben ~~gewesen~~ ^{worden} sei, an den Geschichten der Stadt und ihrer Bewohner mitzuarbeiten. Die Presse wurde die schwarze Kunst genannt und es ist Aufgabe der Presse ^{zusammen zu wirken,} das Verständnis der Bevölkerung ^{zu wecken und zu vertiefen,} die in der Verwüstung des Wiener Waldes liegen.

VB. Winter wies darauf hin, dass der Kohleneinlauf, der sich im Jahre 1917 noch ungefähr in derselben Höhe wie im Jahre 1913 bewegte, im Jahre 1918 schon um 1/4 geringer war und im ersten Halbjahre 1919 um mehr als die Hälfte des Einlaufes des Jahres 1918 herabgesunken ist. Diese traurige Tatsache müsste ^{jetzt} in den Sommermonaten festgestellt werden. Im Winter haben wir dann hungrige und frierende Menschen, denen zu Hilfe gekommen werden soll. Es darf nicht solange gewartet werden, bis die ersten Menschen auf die Ringstrasse gehen und die Bäume niederlegen, bis die Parks von den frierenden Bewohnern verwüstet sind. Dann ist es zu spät. Wenn noch etwas zu tun ist, so ist es schon heute hoch an der Zeit. Was getan werden kann, ^{das} ist ein Hilfeschrei in die Welt hinauszudenden, der sagt, was durch die Abschneidung Wiens und durch die Beiseitstellung Deutschösterreichs angerichtet worden. Da nun richtet der Bürgermeister an die Vertreter der Presse des neutralen Auslandes und jenes Auslandes, das bis gestern noch als feindliches Ausland gegolten hat, die Bitte, die grosse Not Wiens und die Gefahren des Kohlenmangels zu kennzeichnen. An sie richtet er die Bitte, ihren ganzen Einfluss zur Rettung Wiens geltend zu machen.

Die Wiener Gas- und Elektrizitätswerke stehen jeden Tag vor der Gefahr der Stilllegung des Betriebes. In den Gas- und Elektrizitätswerken befindet sich soviel Kohle wie auf den Kohlenrutschen des Nordbahnhofes; diese sind aber leer. Eine neue Erscheinung zeigt im Strassenbilde der Stadt, und das sind die zahlreichen Holzfuhrwerke. Diese Holzfuhrwerke zeigen eigentlich den Beginn der Katastrophe, der die Stadt Wien entgegen geht, die eigentlich nicht mehr abgewendet, sondern nur gemildert werden kann.

Der ^{Vize-}Bürgermeister schlägt den Anwesenden vor eine Besichtigung der Lage in den Gas- und Elektrizitätswerken vorzunehmen und ladet sie ein die Verwüstungen im Wiener Wald zu schauen, damit sie sich von der Grösse der Gefahr und der Not der Stadt ein Bild machen können.

Küchenbrandkarten, die zum Bezuge von 20 kg Braun- bzw. 15 kg Steinkohle pro Woche und Brand berechtigen, wurden 514.560 ausgegeben; dies ergibt einen täglich Bedarf von 1715 Tonnen Braunkohle bzw. 1286 Tonnen Steinkohle. Bei einer Wochenmenge von 20 kg würden täglich 172 Waggon Holz für die Küchenbrandversorgung notwendig sein. Soll der Heizwert des Holzes dem der Kohle

gleich sein, so braucht Wien täglich 360 Waggon Holz. Rechnet man einen Waggon Holz mit 20 Raummetern und diese gleichgehalten 7 Bäumen, so ergibt das 2520 Bäume, das sind in 200 Tagen, und das ist rund die Dauer des Winters, 1/2 Million Bäume. Dabei ist aber nur der Küchenbrand und ein ganz bescheidener Zimmerbrand gedeckt. Die Belastung von einer halben Million Bäumen kann der Wiener Wald nicht ertragen. Das Holz kann aber auch infolge der hohen Transportkosten, denn die Züge müssen mit Kohle geführt werden, nicht von weiter her nach Wien gebracht werden. Das Holz müsste also aus der nächsten Nähe Wiens genommen werden. Wenn die Gefahr der Verwüstung des Wiener Waldes nicht gebannt wird, wird Wien in viel noch höheren Masse, als im vergangenen Jahre sehen, wie die Menschen sich in der kalten Jahreszeit auf die Wälder stürzen werden und ungeahnte Verwüstungen anrichten werden.

Pflicht aller ist es, zusammen zu helfen, um ~~das~~ Bevölkerung zum Bewusstsein zu bringen, dass die Volksgesundheit in Gefahr ist und der Kampf, den vor 30 Jahren der Journalistenvorfahre Schöffel gegen die Verwüstung des Wiener Waldes durch eine kapitalistische Gesellschaft geführt hat, muss, wenn auch viel schwerer ist, aufgenommen werden. Dem neutralen und überhaupt dem ganzen Auslande muss gesagt werden, dass jeder Waggon Kohle, den die Stadt Wien bekommt, etwa 20 Wienerwald Bäume rettet und an sie muss der Hilferuf ergehen, dass sie alles tun, um die Kohlenzufuhren nach Wien zu heben. Auch an den tschechoslovakischen Staat muss insbesondere die Bitte gerichtet werden, die Stadt Wien nicht in Stiche zu lassen.

Das Jahr 1918 weist in Wien 64% Kinder mit schlechten Ernährungszustand auf; das sind 360.000 Kinder, die unterernährt sind und die mehr Wärme brauchen als ihnen gegeben werden kann. Wird ihnen aber auch der Wiener Wald weggenommen, der die Stadt Wien zur gesündesten Stadt machen kann, so ist es unmöglich der Tuberkulose, die im Knaben- und Mädchenalter am stärksten wütet, Herr zu werden. Bei allem Entgegenkommen der Schweiz, Hollands und Dänemarks ist es nicht möglich alle unterernährten Kinder zur Erholung dort hin zu schicken; denn dies scheidet an den nötigen Geldmitteln.

Der ^{Vize-}Bürgermeister betonte, dass ja Alle darin einig seien, dass alles, was an Schaffenskraft vorhanden ist, zusammen gerafft werden müsse und dass ein grosser Schrei in die Welt hinaus gesandt werden muss, der die Bitte um Hilfe und um Abwendung der Wien bevorstehenden Katastrophe beinhalten muss. Die Welt wird den Notschrei der Stadt Wien nicht überhören können.

In der sich an die Ausführung des ^{Vize-}Bürgermeisters knüpfenden Aussprache gab Redakteur Reich der Meinung Ausdruck, dass durch Einführung der Rohölfeuerung in den Gas- und Elektrizitätswerken ein bedeutendes Ersparnis an Kohle erzielt werden könne.

Redakteur Back betonte, dass die Kommunalberichterstatte die Not der Stadt Wien erkannt haben und dass sie an der Aufklärung der Bevölkerung mitgearbeitet haben und mitarbeiten werden. Er begrüsst es, dass die Konferenzen, die früher stattgefunden haben, wieder abgehalten werden sollen und betont, dass die Presse im Interesse der Gemeinde Wien arbeiten wird.

Redakteur Karpath weist darauf hin, dass durch die Kohlennot auch das Opern- und Burgtheater zur Sperre gezwungen werden würden, was einen grossen kulturellen Schaden für die Stadt Wien in sich birgt.

Chefredakteur Puchstein regt an, periodische Berichte über unsere traurige Lage in guten Uebersetzungen ins neutrale und andere Ausland gelangen zu lassen.

Regierungsrat Winternitz verspricht sich die beste Abhilfe von einem freundschaftlichsten Einvernehmen mit den Tschechoslovaken, die uns allein unmittelbar helfen können.

Redakteur Philippe Gaiger sagt: Mit tiefer Bewegung und erschüttert haben wir alle die Ausführungen des VB. Winter, der ja stets Beweise echter Menschlichkeit empfindens gegeben hat, angehört. Ich bitte ihm zu glauben, dass die Vertreter der auswärtigen Presse es als eine publizistische und menschliche Ehrenpflicht betrachten werden mit leidenschaftlicher Ergebenheit an die Verteidigung jener heiligen Interessen zu gehen, die Wiens Bevölkerung

und seine natürliche Schönheit so tief bedrohen. Wir werden alles tun, damit diese von uns allen so geliebte Stadt, ihre Bevölkerung und ihre universell anerkannte Kultur den Schutz der gesamten Menschheit finde.

VB. Winter führte schliesslich aus, dass den gegebenen Anregungen zum Teile bereits entsprochen sei und fährt fort: Eine so alte Kulturstätte, wie es Wien ist, kann nicht plötzlich durch einen papierenen Friedensschluss zugrunde gerichtet werden. Es steht uns sicher eine furchtbar harte Zeit bevor, aber Wien, das an der Donau liegt, an der Schwelle des Ostens, Wien, das einer der wichtigsten Verkehrsader Europas darstellt, kann nicht zugrunde gehen ohne dass auch das ganze übrige Ausland mit zugrunde gehen müsste. Wien liegt im Blutkreislauf Europas an einer so wichtigen Stelle, dass man es nicht einfach ausschalten kann; Europa kann aber auch nicht die 2 Millionen Wiener zum Tode verurteilen. Nach einem Danke des Vorsitzenden Redakteur Basch schloss die Erörterung.

Sehr geehrter Herr Kollega!

VB. Winter lässt bitten den vorstehenden Bericht nicht einfach wörtlich zum Abdruck zu bringen, sondern im Interesse der Sache noch individuell umzuarbeiten

Der Einlauf an Kohle, der sich im Jahr 1917 noch ungefähr in derselben Höhe wie im Jahre 1913 bewegte, war schon im Jahre 1918 um 1/4 geringer und im ersten Halbjahre 1919 um etwas mehr als die Hälfte geringer als der Eingang an Kohle im ersten Halbjahre 1918. Da Wien aber in den Sommermonaten Vorräte für den Winter sammeln muss, war durch den geringen Einlauf eine Vorratssammlung im heurigen Jahre bisher völlig ausgeschlossen. Wien muss von Tag zu Tag leben.

Was speziell die Elektrizitätswerke anlangt, so liegen folgende Daten vor:

	Stromerzeugung	Kohleneingang - Kohlenverbrauch:
1913	194,366.416 Kilowattstunden	263.086 t.....239,004 t
1914	204,043.362 "	251.325 t.....254.318 t
1917	234,043.068 "	447.209 t.....429.736 t
1918	220,858.416 "	298.145 t.....333.493 t

Für die Kohlenversorgung von Wien ist die Anlieferung aus Schlesien und aus dem tschecho-slovakischen Staatsgebiete entscheidend.

Sowohl Oberschlesien als auch tschechoslovakischer Staat wird Wien durch eine längere Reihe von Jahren voraussichtlich bedeutend schlechter beliefern, als es bei normaler Förderung liefern konnte, bzw. früher geliefert hat.

Gründe:

Die oberschlesische Kohlenproduktion wird wegen der drückenden Friedensbedingungen für Deutschland (Verlust der Saarbecken, riesige Lieferungsverpflichtungen an Frankreich und Belgien) in bedeutend erhöhter Masse für den Bedarf Deutschlands in Anspruch genommen werden.

Aus dem tschechischen Staatsgebiete werden grössere Mengen Braunkohle an Deutschland gegen deutsche Steinkohlen abgegeben als früher und dadurch wird weniger Braunkohle an Deutschösterreich geliefert werden.

So teilt auch das Fachblatt „Tägliche Montanberichte“ in Nr.172 am 30. Juli 1919 mit, dass die tschechische Regierung sich verpflichtet hat, vom 1. Juli allmonatlich, statt wie bisher 70.000 t, 262.000 t Braunkohle nach Deutschland zu liefern. Zum Ausgleich liefert Deutschland mehr Steinkohle als bisher an Böhmen.

Aller Ausfall trifft Wien.

An Küchenbrandkarten wurden 514.560 Stück ausgegeben. Die Küchenbrandquote beträgt derzeit 20 kg Braun- bzw. 15 kg Steinkohle pro Woche und Brand; das ergibt einen täglichen Bedarf von 1715 t in Braunkohle, bzw. 1286 t in Steinkohle. In Holz würden schon bei einer Wochenquote von 20 kg täglich 172

Waggon für die Küchenbrandversorgung notwendig sein. Dabei müsste das Holz trocken, geschnitten und gehackt sein. Nun hat das Holz einen Kaloriengehalt von 3000 bis 3500 Kalorien, während die Braunkohle weit über 4000 Kalorien hat. Sollte dem Rechnung getragen werden, müsste die Holzquote eine Erhöhung erfahren.

Solche Mengen Holz sind absolut nicht aufzubringen. Ein Ersatz der Kohle durch Holz für die Küchenbrandversorgung ist schon ausgeschlossen. Die Ausgabe von Holz würde nur als Ergänzung, bzw. als Lückenbüsser in Betracht kommen. Für solche Notaushilfen wurde Holz wiederholt in Anspruch genommen, indem an die Kleinkohlenhändler Anhilfsfuhrten statt in Kohle in Holz angewiesen wurden. Dieses Holz war dann auf Grund der Küchenbrandabschnitte auszugeben. Mit Rücksicht auf die geringen Holzvorräte könnten diese Holzauhilfen jedoch nur im bescheidenen Ausmasse erfolgen.

Zur Vollständigkeit sei noch anzuführen, dass im Winter auch Zimmerbrand ausgegeben werden soll. Im Vorjahre wurden 439.942 Stück Zimmerbrandkarten ausgegeben. Die Quote mit 20 kg pro Woche berechnet würde dies einen Bedarf von täglich 1467 t in Holz schon täglich 148 Waggon Holz ausmachen. Ein Waggon Holz sind 20 Raummeter. Mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Kohleneinläufe konnte jedoch bereits im Vorjahre der Zimmerbrand nicht eingelöst werden.

Daten über den Ernährungszustand der Kinder.

Am 31. Dezember 1914 standen:

Im 1. bis 6. Lebensjahre	197.310 Kinder
" 7. " 14. "	304.585 "
" 15. " 19. "	182.277 "
	<hr/>
zusammen	684.172 Kinder.

Am 31. Dezember 1918 standen:

Im 1. bis 6. Lebensjahre	133.052 Kinder
" 7. " 14. "	281.163 "
" 15. " 19. "	150.000 "
	<hr/>
zusammen	564.215 Kinder.

Die Daten über Ernährung, Sterblichkeit und Krankheit auf diese Endzahl des Jahres 1918 übertragen ergeben:

Etwa 20% im mittleren Ernährungszustande	=	112.843 Kinder
" 64% im untermittleren Ernährungszustand	=	361.097 "
" 9% im nichtgeschädigten Ernährungszustand	=	50.779 "
	<hr/>	
93%		524.719 Kinder.

Angenommen, dass von den Lehrern schon eine gewisse Vorauswahl getroffen wurde, so bleiben immer noch sicher 300.000 unterernährte Kinder.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mitzew.
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 12. September 1919, Nr. 368.

Eine Freikartendebatte im Stadtrate. StR. Weigl berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über einen Antrag des StR. Rummelhardt, betreffend die Gewährung von Freikarten an die Abgeordneten der Landes- und Reichsvertretung, wogegen Staat und Land den Gemeinderäten Freikarten auf den Staats- und Landesbahnen geben könnten. Er sprach sich gegen den Antrag aus, und zwar insbesondere aus prinzipiellen Gründen. Außerdem aber auch noch deshalb, weil dadurch eine neue wesentliche Belastung des Strassenbahnunternehmens Platz greifen würde. Auch die Direktion der Strassenbahn legte einen in diesem Sinne gehaltenen Bericht vor. Die StRe. Breuer und Biber traten für den Antrag ein, und zwar ersterer mit der Motivierung, dass die Funktionsgebühren der betreffenden Vertreter nicht so reichlich bemessen seien, dass sie sich derartige Auslagen leisten könnten. StR. Rummelhardt begründete ebenfalls nochmals seinen Antrag zunächst im Sinne der Ausführungen der beiden Vorredner und führte als weiteres Argument an, dass sein Antrag, vielleicht doch auch den praktischen Wert habe, dass sich dann auch die Staatsverwaltung entschliessen würde, den Stadt- und Gemeinderäten, Freikarten auf den Eisenbahnen zu gewähren.

Referent StR. Weigl: Ich bin der Ansicht, dass das Freikartensystem überhaupt ungesund ist und habe auch die Erfahrung gemacht, dass es unter der Bevölkerung eine ausserordentliche Misgünstigkeit hervorruft. Wenn die Funktionsgebühren der Abgeordneten nicht ansehnlich sind, so soll man sie einfach erhöhen. Aber gegen derartige Erleichterungen, wie sie in dem Antrage vorgeschlagen werden, muss ich mich prinzipiell aussprechen. Ja, ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und sage, dass ich auch dafür bin, den Gemeinderäten die Freikarten auf den Strassenbahnen zu entziehen. Es ist heute geradezu beschämend, in der Strassenbahn eine Freikarte vorzuweisen. Ich muss daher bitten, im Sinne meines Antrages die Entscheidung zu fällen.

Bürgermeister Reumann: Wir haben durchaus nicht die Berechtigung, Anerbietungen für Freikarten zu machen. Wenn die Landesvertreter und die Mitglieder der Nationalversammlung an uns um Freikarten herantreten würden, so könnten wir darüber gegebenen Falles einen Beschluss fassen. Dass aber wir der Landesversammlung und der Nationalversammlung Freikarten anbieten, noch dazu mit dem Hintergedanken, vor diesen Körperschaften Eisenbahnfreikarten für uns zu erhalten, das geht denn doch nicht an. Ein solches Tauschgeschäft können wir absolut nicht durchführen. Ich bitte deshalb, den Antrag des StR. Rummelhardt abzulehnen.

In seinem Schlussworte wies der Referent nochmals darauf hin, dass er unter keinen Umständen den Antrag des StR. Rummelhardt befürworten könne. Erstens, weil dadurch eine ganz kolossale Belastung für die Strassenbahnunternehmung eintreten würde und zweitens, weil er es auch nicht für fair halten könne, Strassenbahnfreikarten für Eisenbahnfreikarten einzutauschen. Der Antrag des Referenten wurde sodann mit den Stimmen der Majorität angenommen.

Das elektrische Licht für Kleinwohnungen. StR. Schorsch berichtete heute im Stadtrate über die Vergebung von 10.000 Elektrizitätszählern, die für Kleinwohnungen - die Gemeinde hat bekanntlich die Herstellung von ungefähr 10.000 elektrischen Beleuchtungsanlagen für Kleinwohnungen beschlossen - Verwendung finden sollen. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 1.8 Millionen Kronen, die aber in den bewilligten Herstellungskosten von rund 6 Millionen Kronen bereits enthalten sind. Der bezügliche Referentenantrag wurde angenommen.

Die Rohölfeuerung in den Elektrizitätswerken. Bekanntlich wird in den städtischen Elektrizitätswerken mit Rücksicht auf die Kohlennot zum Teil die Rohölfeuerung eingeführt, wofür 13 Kessel umgebaut werden sollen. Ueber diese Angelegenheit erstattete StR. Schorsch einen Bericht im Stadtrate. Die Kosten der Herstellungen belaufen sich auf rund 500.000 Kronen, wozu noch Teuerungszuschläge kommen. Die von Referenten gestellten Anträge wurden angenommen.

Der Zölibat der Jugendfürsorgerinnen. Im Stadtrate berichtete StR. Dr. Alma Seitz über den von der GR. Walter gestellten Antrag betreffend die Aufhebung des Zölibats für die städtischen Jugendfürsorgerinnen. Nachdem GR. Walter, die der Sitzung beigezogen war, den Antrag begründet hatte, und StR. Dr. Grün die Erklärung abgegeben hatte, dass seine Parteigenossen prinzipiell gegen jeden Zölibat seien, wird der Antrag der Referentin, das Eheverbot für die städtischen Fürsorgerinnen aufzuheben, angenommen.

Abgabe von Frühkartoffeln. Montag bis Mittwoch werden im 4. und 7. Bezirk Kartoffeln, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von K 2-60 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „N“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Die Bezugserhöhung der Hilfsärzte im Jubiläumsspital. Auf die in einigen Tagesblättern in dieser Frage gemachten Mitteilungen ersucht StR. Dr. Grün um Aufnahme nachstehender Darstellung:

Dr. Grün hat dem Stadtrate 8 Forderungen der Aerateschaft des Jubiläumsspitals vollinhaltlich zur Beschlussfassung vorgelegt, bis auf die erste Forderung, in der er eine Verminderung des verlangten Betrages von 6.600 K auf 6000 K beantragte, womit er eine Gleichstellung der Bezüge zwischen den städtischen und den staatlichen Aerzten herbeiführen wollte. Denn bei Gewährung dieser Forderung wären Lohnforderungen vonseiten der Sekundärärzte der staatlichen Anstalten nicht unmöglich gewesen. Die Gemeinde Wien hätte aber von diesen Erhöhungen der Bezüge der Aerzte der staatlichen Anstalten deswegen mehr als $\frac{3}{4}$ zu bezahlen, weil die Stadt Wien ein Drittel als Stadt und für das Land 80% Umlagen bezahlt, sodass sie dann eigentlich den grössten Teil der Mehrforderungen der staatlichen Sekundärärzte zu bezahlen hätte. Nachdem Antrages des StR. Dr. Grün betragen die Bezüge eines Sekundärarztes Quartier, Beleuchtung, Beheizung, Verpflegung plus 6000 K jährlich, ein Gehalt, mit dem der nicht lange in der Praxis stehende Arzt umso eher sein Auskommen finden kann, als Kassenärzte nach mehrjähriger Tätigkeit ohne Quartier, Beleuchtung, Beheizung, Verpflegung auf kaum bis 5000 K jährlich kommen. Es ist also vollkommen unrichtig, dass Dr. Grün eine einzige bescheidene Forderung der Hilfsärzte um Mehrbezahlung von 600 K jährlich abgelehnt hat. Von den vielen Forderungen, die er zur vollen Zufriedenheit der Sekundärärzte beantragt hat, hat er lediglich die Kürzung um 600 K jährlich zur Gleichstellung mit den Aerzten der staatlichen Anstalten beantragt. Es bekommen aber die ausserhalb des Spitals wohnenden Aerzte den Mehrbetrag von 600 Kronen. Dr. Grün glaubt auf seine mehr als 20jährige Tätigkeit in der Ärztekammer und in der Aerzteorganisation hinweisen zu können, wenn er sich gegen eine unrichtige Darstellung seiner Anträge ausspricht, obwohl er erklären muss, dass er im Gemeinderate in erster Linie Vertreter der Gemeinde Wien und erst in zweiter Linie Vertreter der Standesinteressen ist.

Beschlagnahme von amerikanischem Schweinefleisch. Mit Rücksicht auf die in den Tagesblättern vom 11. und 12. verbreiteten Nachrichten über unachtsame Behandlung grosser Schweinefleischmengen, welche in Lagerkeller des Simmeringer Brauhauses untergebracht sind, hat die vom Bürgermeister Reumann unverzüglich angeordnete amtliche Feststellung folgendes ergeben:

Die Fa. Swift & Co., in Chicago hat mehrere Waggons amerikanisches Schweinefleisch, das für Böhmen und Ungarn bestimmt war, in Transitverkehr nach Wien gebracht und zur Durchsicht dieser schon beim Einlangen wahrscheinlich infolge längerer vorheriger Lagerung unter ungünstigen Verhältnissen oder infolge verzögerten Transportes beschädigten Ware, diese in einzelnen Kühlräumen, darunter auch im Brauhause Simmering, eingelagert. Wie in jedem Falle wurde auch dieses Fleisch vor der Einlagerung amtstierärztlich untersucht und mit Rücksicht auf den Zustand der Ware von den amtshandelnden Tierärzten auf die dringende Notwendigkeit der Herrichtung des Fleisches für menschliche Genusszwecke bei den massgebenden Stellen hingewiesen. Diese Zurichtung des Fleisches wurde auch sofort in Angriff genommen und wird mit tunlichster Beschleunigung von der

Fleischselcherfirma Josef Ziegler, Wien, IV., durchgeführt. Ein weiteres Verderben des Fleisches ist nicht zu befürchten, da die Lagerung bei einer Temperatur von 2 bis 5 Grad Kälte geschieht.

Die Verwendung dieses Fleisches zu technischen Zwecken im Interesse des Eigentümers erscheint ausgeschlossen, weil die Ware unter veterinärärztlicher Sperre steht und alle Manipulationen mit demselben unter Aufsicht von Amtstierärzten vorgenommen werden, welche begreiflicher Weise bestrebt sind, jede kleinste Fleischmenge für den menschlichen Genuss zu erhalten.

Neuordnung der landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt Wien. Am 30. Mai d. J. hat der Gemeinderat auf Grund eines einhelligen Beschlusses der Pachtung der schwächeren Güter des Anton Dreher und der kaiserlichen Fondsgüter Orth und Mannersdorf zugestimmt und gleichzeitig die Einwilligung gegeben, dass sich die Gemeinde an der Brucker Zuckerfabrik A. G. mit 40 % des Aktienkapitales beteilige. Der Magistrat wurde beauftragt, die bezüglichen Verträge auszuzufertigen. Ehe jedoch darangeschritten wurde, hat BGM. Reumann eine genaue Uebersetzung der ganzen Oekonomie angeordnet, die von den hervorragendsten Fachleuten durchgeführt wurde. Dieselbe hat ergeben, dass tatsächlich die im Vertrage mit der Brucker Zuckerfabrikgesellschaft der Gemeinde auferlegte Verpflichtung 1/4 der ganzen Fläche mit Rüben zu bebauen, eine ungemein drückende Bestimmung darstellt, welche ein Prosperität ausschliesst. Zudem musste die Bestimmung darstellt, welche ein Prosperität ausschliesst. Zudem musste die Bestimmung darstellt, dass die auf den Pachtgütern Aichhof, Katharinenhof und Ebergassing, die sich tatsächlich für den Rübenbau eignen, gezogenen Rüben an die bisherigen Pächter nach Göffing, also in die Tschechoslovakei geliefert werden müssen, die schwersten Bedenken hervorrufen. In mühseligen Verhandlungen ist es schliesslich gelungen, die Vereinbarung mit der Anton Dreher'schen Betriebsverwaltung und mit der Fondsdirektion bzw. deren bestellten Vertreter Dr. Harpner so umzugestalten, dass nunmehr nach Aussage aller Experten eine gedeihliche Bewirtschaftung menschlichen Ermessens nach vollkommen gesichert ist. Seitens beider Pächter wurde eine Herabsetzung der Pachtzinse in den ersten Jahren erzielt, was doppelt wichtig ist, weil gerade die Zeit des schwierigen Uebergang darstellt. Ebenso wurde in Bezug auf die kommenden Steuererhöhungen und allfällige neue Steuern Vereinbarungen getroffen, die wesentlich günstiger für die Gemeinde sind als die seinerzeitigen Abmachungen. Schliesslich ist es gelungen die Mitwirkung der Staatsverwaltung beim Wiederaufbau des Viehstandes zu sichern, das Staatsamt für Finanzen hat sich bereit erklärt als Teilhaber in die zu gründende Betriebsgesellschaft einzutreten. Es wird schon eine G. m. b. H. mit einem Kapital von 1 Million Kronen geschaffen werden, in der die Gemeinde Wien, die amtliche Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch sowie die Generaldirektion der Fondsgüter vertreten sind. Die Gemeinde wird den Präsidenten und dritten Vizepräsidenten der Gesellschaft stellen. Mit dem Verwaltungsrat der Brucker Zuckerfabrik und den Verpächtern der Gutsböden Katharinenhof, Aichhof und Ebergassing, welche die Grossaktionäre von Bruck sind, ist es jedoch nicht möglich gewesen, eine zweckdienliche Vereinbarung zu erzielen. Wohl aber haben dieselben ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen vom ganzen Vertrag zurückzutreten, welches Anerbieten der Stadtrat auch in einer heutigen Sitzung nach einem Referate des BGM. Reumann angenommen hat. In der Zuckerversorgung Wiens tritt damit naturgemäss keinerlei Veränderung ein, weil ja Zucker ein staatlich bewirtschafteter Artikel ist und die Erzeugung von Bruck unter allen Umständen der Verfügung der deutsch-österreichischen Regierung untersteht. Dagegen ist eine sehr harte Bestimmung, unter der die landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde von vornherein zu einem Misserfolg verurteilt gewesen wären, damit hinfällig geworden.

Ueber diesen Gegenstand entspann sich eine Debatte, an der die Stadträte Dr. Kienböck, Josef Müller und Breitner teilnahmen. Dr. Kienböck erklärte, dass seine Partei eine endgültige Stellungnahme sich vorbehalten, beanstandete, dass künftig die Gemeinde in diesen Pachtungen nicht mehr allein massgebend sein werde und erklärte, dass es vorzuziehen wäre, ebenso wie von Bruck, was ihm vollkommen begreiflich erscheine, von den Pachtungen überhaupt zurückzutreten und von einer Betätigung der Gemeinde auf diesem Gebiete unter den geänderten Verhältnissen abzusehen.

StR. Josef Müller (Meidling) verwies auf die Schwierigkeiten, die die Gemeinde in allen Arbeiterfragen habe und bezweifelte, ob es ihr gelingen werde, mit Erfolg tätig zu sein.

StR. Breitner betonte, dass die christlichsoziale Partei es gewesen sei, welche diese Pachtungen inaugurirt habe. Heute darüber zu streiten, ob sie zweckdienlich seien, wäre ganz missig, nachdem auf Grund des Gemein-

deratsbeschlusses schon seit 1. Mai der ganze Betrieb von der Gemeinde und unter deren vollen Verantwortung geführt werde. Es seien fast 2 Millionen Kronen Gemeindegelder bereits investiert und die Auflösung würde nur eine Fülle von Prozessen bewirken. Unter allen Umständen sei es aber für eine grosse Gemeinde wie Wien sehr wertvoll, einen klaren Einblick in die Gestehungskosten der Landwirtschaft zu haben und wenigstens auf diese Art preisregulierend wirken zu können. Uebrigens würde es auf den gepachteten 20.000 Joch möglich sein, zumindestens den Bedarf der Humanitätsanstalten der Gemeinde Wien in weit besserer Weise zu decken, als es gegenwärtig und voraussichtlich auch im nächsten Jahre der Fall sein werde. Die Errichtung einer Aufzuchtstation für Vieh unmittelbar vor den Toren Wiens bedeutet gleichfalls einen ausserordentlichen Vorteil, weil dieser Art das Halten von einigen Tausend Kühen ermöglicht wird, deren Milch unbedingt nach Wien kommt. Weiter bietet das Abkommen der Gemeinde die Möglichkeit, die Einstellwirtschaft von Kühen, mit der sehr unbefriedigende Erfahrungen gemacht wurden, zum Abschlusse zu bringen.

BGM. Reumann widerlegte in eingehender Weise alle von christlichsozialer Seite geäusserten Bedenken und hob hervor, dass nach der übereinstimmenden Anschauung der Experten unter den nunmehr geänderten Bedingungen die Gemeinde Wien mit Beruhigung die Pachtverträge abschliessen könne. Der Bürgermeister stellte fest, dass durch die Teilhaberschaft von Staat und Fondsdirektion in gar keiner Weise die ursprüngliche Absicht, die Lebensmittelversorgung Wiens, wenn auch nur in bescheidener Weise, zu verbessern, eine Änderung erfahre. Auch in den neuen Verträgen ist die ursprüngliche Bestimmung enthalten, dass alle Erzeugnisse der Versorgung Wiens dienen müssen.

Bei Stimmenenthaltung der Christlichsozialen wurden die Anträge in ihrer Gesamtheit genehmigt.

Unentgeltliche Abgabe von Lernmitteln an sämtliche Kinder der städtischen Schulen. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Speiser über die unentgeltliche Abgabe von Lernmitteln an sämtliche Kinder der städtischen Schulen. Er führte aus: Schon bisher wurden an bedürftige Kinder Lernmittel verabfolgt, doch knüpfte sich diese Verabfolgung an Erhebungen des Armeninstitutes. Das soll nun nicht mehr der Fall sein. Von den die städtischen Volks- und Bürgerschulen im Schuljahre 1918/19 besuchenden 207.472 Kindern, von denen 151.088 auf die Volksschulen und 56.384 auf die Bürgerschulen entfallen, erhielten 124.690 Kinder von der Gemeinde unentgeltlich die Lernmittel, das sind 81.850 Kinder der Volksschulen und 43.140 der Bürgerschulen, mithin 54% in der Volksschule und 76.5 % in der Bürgerschule. Dies stellt natürlich nur den Durchschnitt dar. Tatsächlich ist die Beteiligung mit Lernmitteln in einigen Bezirken, wie z. B. im 20., 17. und 10. Bezirk viel höher, bei 90 %. In der Knaben- und Mädchen Volksschule 10, Laaertrasse sind überhaupt sämtliche Kinder beteiligt. Nun sollen den Kindern beigestellt werden sämtliche Lehrbücher aber auch die sonstig schulbehördlich vorgeschriebenen Lernmittel (Schreibhefte, Zeichenhefte etc.) mit Ausnahme der sogenannten kleinen Schreib- und Zeichenbehelfe wie Bleistifte und Federn. Die Lernmittel bleiben Eigentum der Gemeinde, was vom pädagogischen Standpunkt aus insoferne vorteilhaft sei, als die Kinder frühzeitig angeleitet werden, auf fremdes Eigentum acht zu geben. Nach dem vor-

hargeachtet kommen also im Ganzen 82.782 Kinder, nämlich 69.538 Volksschüler und 13.244 Bürgerschüler in Betracht. Die Ausstattung aller dieser Kinder mit Lernmitteln schon vom nächsten Schuljahre an ist undurchführbar auch wenn man einen gewissen Prozentsatz von Kindern, denen ihre Eltern auch künftig noch die Lernmitteln aus eigenen Mitteln beistellen würden, sowie einen weiteren vielleicht 3 bis 5 prozentigen Rückgang in der Kindertzahl überhaupt in Erwägung bringt. Gegen eine solche allgemeine Beteiligung schon vom Schuljahre 1919/20 an sprechen ausser der Kürze der verfügbaren Zeit, welche zur Bestellung und Ausführung der Lieferungen auch in normalen Friedenszeiten wohl kaum hinreichen würde, noch der Mangel an Rohstoffen, der Papier- und Kohlenmangel, der besonders bei der Herstellung der Hefte durch die Pittener Papierfabrik eine Rolle spielt, sowie auch der Umstand, dass viele kleine Händler sich bereits mit den erforderlichen Schulbüchern und sonstigen Lernrequisiten zum Wiederverkauf an die Schulkinder versorgt haben. Diesen Geschäftsleuten müsste wohl aus Billigkeitsgründen in irgendeiner Form geholfen werden, etwa in der Art, dass ihre Bestände an solchen Lehrmitteln von der Gemeinde entgeltlich übernommen würden. Doch ist dies mit Rücksicht auf die Transportfrage und der ungleichen Mengen, die die einzelnen Verschleisser besitzen mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Ein wichtiges Bedenken gegen eine Beteiligung aller Schulkinder schon vom nächsten Schuljahre an liegt auch in der Frage der Lehrtexte, die noch nicht vollständig geklärt erscheint. Es kann demnach mit dem Beginne des nächsten Schuljahres nur an eine Verabfolgung der Lehrbücher an alle Schulkinder der Volksschule gedacht werden. Die Beistellung der Bücher wird einen Mehraufwand von ungefähr 240.000 K verursachen und für den höheren Handarbeitsmaterialkredit muss ein weiterer Betrag von 30.000 Kronen bewilligt werden, so dass mit Mehrkosten von 270.000 K im nächsten Schuljahre zu rechnen sein wird. An die Verabfolgung sowohl der Lehrbücher als auch der sonstigen Unterrichtsrequisiten und des Handarbeitsmaterials an sämtliche Kinder der Volks- und Bürgerschulen kann frühestens erst mit Beginn des Schuljahres 1920/21 geschritten werden. In diesem Falle ist mit folgenden Kosten zu rechnen: Mehrkosten für Lehrbücher 180.000 K, Erhöhung des Handarbeitsmaterialkredites 30.000 K, Mehrkosten aus der Bestreitung der Requisiten 600.000 K, so dass eine weitere Erhöhung der Gesamtkosten von 1.200.000 K um ungefähr 800.000 K eintreten würde und die Abgabe der Lehrbücher und Requisiten an alle Kinder der Volks- und Bürgerschulen einen Gesamtaufwand von rund 2 Millionen Kronen ergeben würde. Der Referent stellt schliesslich folgende Anträge: Im Schuljahre 1919/20 sind sämtlichen Schulkindern der öffentlichen Volksschulen in Wien über eine von dem gesetzlichen Vertreter auszustellende Erklärung, dass er von dem Rechte zum unentgeltlichen Bezug der

Lernmittel Gebrauch mache, die schulbehördlich vorgeschriebenen Lehrbücher beizustellen. Weiters ist den Volksschülerinnen auch das erforderliche Handarbeitsmaterial, das wie bisher von der Schulleitung aus dem Handarbeitsmaterialkredit zu beschaffen ist, unentgeltlich zu verabfolgen. 2. Vom Schuljahre 1920/21 an sind sämtlichen Schulkindern der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen in Wien die schulbehördlich vorgeschriebenen Lehrbücher, Schreib- und Zeichenrequisiten etc. beizustellen.

Zur Begründung glaube ich, ist nicht viel hinzuzufügen. Die Unentgeltlichkeit der Lehrbücher und der Lehrbeihilfe ist eine Forderung der Bevölkerung und ich glaube, dieser Forderung werden alle Kreise, die hier vertreten sind, nicht entschlagen können. In finanzieller Hinsicht möchte ich nur sagen: In der alten Zeit hat man einem Soldaten eine Gewehr beigelegt, wenn er in den Krieg musste; in der Neuzeit muss man dem Schulkinde ein Schulbuch geben wenn es in die Schule gehen muss.

StR. Haider glaubt, dass man Lernmittel nur an bedürftige Kinder zur Verteilung bringen soll. Eltern begüterter Kinder sollen sich die Lernmittel selbst beschaffen.

StR. Hellmann: Was hier im Antrage vom StR. Speiser gebracht wird, ist keine neue Forderung, sondern eine alte Forderung der Lehrerschaft. Die Frage darf man nicht bloss vom finanziellen Standpunkt betrachten, sondern auch vom pädagogischen. Man muss den erzieherischen Wert in Rechnung stellen, der dabei in Betracht kommt. Wenn Sie ein Kind frühzeitig daran gewöhnen auf fremdes Eigentum zu geben, so wird damit ein ganz bedeutender Erziehungswert geschaffen. Dass wir heuer nur die Volksschulen mit unentgeltlichen Lernmitteln bedenken können, das ist eine Sache deren technische Durchführung nicht möglich erscheint.

StR. Rummelhardt stimmt den Ausführungen des Vorredners vollinhaltlich zu. Vom pädagogischen Standpunkt aus sei der Unterschied, der zwischen arm und reich bisher gemacht wurde etwas Schreckliches und es sei deshalb ganz am Platze, wenn nunmehr eine allgemeine Verteilung der Lernmittel durchgeführt werde. Redner wünschte, dass diese Verteilung aber tatsächlich eine allgemeine sein solle, aus welchem Grunde er beantragt, dass die Verteilung auch nicht an irgendeine Erklärung seitens der Eltern gebunden sein solle.

StR. Speiser wies in seinem Schlusswort ebenfalls insbesondere darauf hin, dass die einheitliche Verabfolgung von Lernmitteln vom pädagogischen Standpunkte aus überaus wünschenswert erscheine, damit der Unterschied zwischen Armen und reichen Kindern endlich einmal aus der Schule verschwinde. Er erklärte sich mit der Streichung des Passus in seinem Antrage, dass der gesetzliche Vertreter des Schulkindes für den Bezug der unentgeltlichen Lernmittel eine Erklärung abzugeben habe, einverstanden.

Bei der Abstimmung werden die Vorredneranträge mit allen
Gegen die Stimme des Stadtrates Haider angenommen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 13. September 1919, Nr. 371.

Abgabe von Schweinefett. Vom 14. bis 20. September gelangen 12 kg Schweinefett per Person zur Ausgabe, sodass auch die Fettkartenabschnitte für nichtrayoniertes Fett zur Einlösung kommen. Bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen werden pro Person 12 kg Schmalz zum Preise von K 5.34 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 157 und der beiden Abschnitte Nr. 157 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Haferflocken und Pferdefleisch für Mindestbemittelte. In der 117. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Haferflocken pro Person des Haushaltes zum Preise von 40 h gegen Abtrennung des Abschnittes 28, in den Geschäften und Ständen der Großschlachtereien an folgenden Tagen: Samstag, den 20. September für A - F, Dienstag, den 23. September für G - K, Donnerstag, den 25. September für L - R und Samstag den 27. September für S - Z. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen XV. Bezirk Storchengasse, Neubaugürtel, Löhrgasse rayoniert sind. Abgetrennt wird der links oben befindliche durch eine Rosette gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 kg zum Preise von K 1.- abgegeben werden. Abgabetermine sind dieselben wie für Haferflocken. An die Ausspeisungsstellen, offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 124. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Haferflocken (zum Preise von K 3.30) abgegeben werden.

Lebensmittelabgabe für städtische Angestellte. An Rayonierete: die vorgeschriebenen Artikel und 1 Ei pro Kopf. An Nichtrayonierete: Apfel zum Preise von K 4.60 per kg, Tafelsalz 1/2 kg pro Buch K.-50, Mohn K 27.- per kg, Sardellen (Brotaufstrich) in grösserer Packung 1 Glas K 4.10, Scheuerteller 1 Stück K 1.-, ferner Kochkisten in verschiedenen Grössen gegen Bar und auf Teilzahlung, diverse Systeme Sparkocher, Chiffon, Schürzen, Knabenanzüge aus Zellblatstoff. Unsere Floridsdorfer Kunden werden ersucht ihre rayonierten Waren am 15., 16. oder 22. September ds. J. zu besorgen, da unsere Filiale vom 17. bis incl. 20. September wegen Renovierung geschlossen bleibt. Der Anmeldetermin für Kohlenrayonierung ist bis Ende September erstreckt worden.

Nährmittelzubußen für Kinder. Vom 17. bis 26. September werden für die Kinder bis zu 14 Jahren, für alle vier Altersstufen, als Zubußen je 1 kg Haferflocken abgegeben. Haushalte, die mit dem Mehlbezug bei städtischen Abgabestellen rayoniert sind, erhalten die Nährmittelzubußen für Kinder bei den städtischen Abgabestellen für Kinderzubußen, Mitglieder von Konsumentenorganisationen bei der Verschleißstelle ihrer Organisation. Der Bezug der Zubußen erfolgt für alle vier Altersstufen gegen Vorweisung der gelben, bzw. lilafarbenen Mehlbezugskarte und Abtrennung des Abschnittes „3“ der blauen, braunen, rosa- oder lilafarbenen Milchkarte. Detailverkaufspreis K 3.40 per 1 kg.

Eine Mehlaushilfe der Gemeinde. Da der Mehlbedarf Wiens für die Verbrauchswoche vom 21. bis 27. ds. infolge des bedeutenden Rückganges der Mehlsendungen aus den Ententelländern und des erheblichen Ausfalles in der Aufbringung der heimischen Ernte bisher nicht sichergestellt werden konnte, hat Bürgermeister Reumann ersuchen des Staatsamtes für Volksernährung 280 Waggon Mehlprodukte aus den letzten Reserven der Gemeinde Wien zur Behebung des augenblicklichen Notstandes zur Verfügung gestellt.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 13. September 1919, Nr. 370.

Eine Fachgruppe für Messeangelegenheiten. Im Stadtrate berichtete StR. Richter über eine Zuschrift des Handelsmuseums, in der die Gemeinde von der Gründung einer Fachgruppe für Messeangelegenheiten verständigt und zum Beitritt zu dieser Fachgruppe eingeladen wird. Dem Antrag des Referenten, die Einladung anzunehmen, wurde zugestimmt.

Die Einwendungen gegen die Geschworenen-Urliste. Die Verzeichnisse jener Personen, die gesetzlich in Wien zu Geschworenen berufen sind, liegen vom 15. bis 22. September von 9 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags gesondert nach Gemeindebezirken in den Gemeindebezirkkanzleien zur allgemeinen Einsicht auf. Jeden Beteiligten steht es frei, gegen die in den Listen angeführten Personen schriftlich oder mündlich Einwendungen zu erheben oder Befreiungsgründe geltend zu machen. Ueber erhobene Einsprüche und Befreiungsgründe entscheidet die Gemeindekommission und müssen Beschwerden gegen diese Entscheidung innerhalb dreier Tage nach amtlicher Mitteilung eingebracht werden. Von den Änderungen in der Liste werden die Beteiligten verständigt.

Aus dem Rathause. In der kommenden Woche tritt der Stadtrat Mittwoch und Donnerstag vormittags zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag, den 19. ds. um 5 Uhr nachmittags seine erste Sitzung nach den Sommerferien ab. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen vorläufig 50 Geschäftsstücke, darunter ein Bericht des Bürgermeisters Reumann über die Neuregelung der landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde, ein Bericht des VB. Hoss, betreffend der Ergänzung einzelner Bestimmungen des Tauschvertrages mit der Südbahngesellschaft, bezüglich der Gürtelstrasse im IV. und V. Bezirk, ein Bericht des VB. Winter über eine Subvention für den Verband für weibliche Vormundschaft, Berichte des StR. Weigl über die Wiederanstellung pensionierter Bediensteter der Strassenbahnen und über die Regelung des Dienst- und Lohnverhältnisses des Wasserleitungs-personales, ein Bericht des StR. Siegl über den Gesetzentwurf, betreffend die Besorgung der Kanal- und Senkgruben-Räumung im Gemeindegebiet Wien, ein Bericht des StR. Speiser, betreffend das Gehaltsregulativ für die Inspektoren, Oberinspektoren und Zentralinspektoren der Strassenbahn.

Der Dank des Bürgermeisters an die Schweiz. Bürgermeister Reumann hat an den Schweizer Bundespräsidenten Ador folgendes Schreiben gerichtet: Aus tiefstem Herzen spreche ich namens der Stadt Wien - namens zahlloser glücklicher Eltern - Ihnen, hochverehrter Herr Präsident, dem schweizer Hilfskomitee und dem ganzen Schweizer Volke für das edle Werk der Nächstenliebe zu Gunsten unserer Kinder, den innigsten Dank aus; - der helle Jubel und die Begeisterung, mit der die heimgekehrten, wieder lebensfrischen Wiener Kinder von dem lieben, guten Schweizer Volke erzählen, ist nahezu der einseitige Sonnenstrahl, der die dunklen Tage, die über unsere Stadt gekommen sind, erhellt. Insbesondere hat auch die Mitteilung, dass das rastlose Züricher Hilfskomitee die Liquidation der Hilfsaktion suspendiert hat und noch einen vierten Kinderzug vorbereitet, die Wiener Bevölkerung mit tiefer Rührung und Dankbarkeit erfüllt. Am Schlusse seines Schreibens bittet der Bürgermeister den Dank dem Schweizer Volke in geeigneter Weise vermitteln zu wollen.

Der soziale Friedhof. In dem heute erschienenen Heft des Amtsblattes der Stadt Wien veröffentlicht der Friedhofsarchitekt Franz Nothackberger (Stuttgart) im einem mit „Der soziale Friedhof“ überschriebenen Artikel Vorschläge zur Reform des Leichenbestattungs- und Friedhofswesens. Der Aufsatz, der eine Reihe von beachtenswerten Ideen und Anregungen enthält, fordert die Monopolisierung des Bestattungs- und Friedhofswesens die fakultative Feuerbestattung, Uebernahme der Denkmalszerzeugung durch die Gemeinde, Vereinheitlichung der Bestattungs- und Bestattungsform, eine neue Ordnung, die sich auf dem Grunde der Gleichbewertung, der Hygiene und des Sparens am Volksvermögen aufbaut. Der Artikel wird sicherlich der Ausgangspunkt einer fruchtbareren Diskussion sein, welche die Ansichten über die neue Ordnung und die einzuschlagenden Bahnen klären wird.

Steigen der Milchzufuhren. Das seinerzeit zur Eindämmung des Schleichhandels statuierte ausnahmslose Verbot des Rucksackverkehrs hat in der Öffentlichkeit einen Sturm des Unwillens hervorgerufen und vielfach wurde der Meinung Ausdruck gegeben, dass diese Massregel den beabsichtigten Zweck in keiner Weise erfüllen werde. Die tatsächlichen Verhältnisse haben jedoch denen recht gegeben, die sich von dieser von Wiener Stadtrate beantragten Massregel eine Vermehrung der Zufuhren und somit eine Verbesserung der Verhältnisse auf dem Wiener Milchmarkte erwarteten. Tatsache ist, dass die Milchzufuhren, obwohl die Wirkung der Grünfütterung schon längst vorüber ist, in stetigem Steigen begriffen sind. Während die täglichen Milchzufuhren vor Erlassung dieses Verbotes, also um die Mitte Juli, durchschnittlich nur ca. 64.000 Liter betragen, ist dieses Quantum derzeit auf nahezu 73.000 Liter gestiegen. Nach den Berichten, die aus der Provinz kommen, könnte noch bedeutend mehr geliefert werden, wenn es gelänge, auch jene Milch zu sammeln, die in verstreuten Gehöften erzeugt wird, und mangels nahegelegener Sammelstellen dergleichen für den Wiener Konsum nicht dienstbar gemacht werden kann. Um auch dieses Quantum schliesslich für Wien zu gewinnen, hat die Milchversorgungstelle einen ausführlichen Bericht an das Staatsamt für Volksernährung und an die Landesregierung gerichtet, in welchem auf diesen Umstand hingewiesen und das dringende Ersuchen gestellt wird, mit aller Energie dahin zu wirken, dass die Sammelstellen vermehrt werden und so auch jene Milchmengen für den Wiener Konsum verfügbar werden, die dergleichen Mangels eines organisierten Aufbringendienstes für Wien verloren sind. Falls diese Oberbehörden sich der Sache ernstlich annehmen, ist eine weitere Besserung der Zufuhren zu erwarten.

Abgabe von Unterzundholz. Vom 15. bis 20. September werden je 5 kg Unterzundholz an einen Haushalt für eine Woche gegen Abtrennung des Buchstaben „L“ der Mehlbezugskarte abgegeben.

Sauerkraut wird in der kommenden Woche ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Karte zum Preise von 70 h für das kg abgegeben.

Generalaufnahme sämtlicher Wohnungen und Geschäfte in Wien.

Wie wir erfahren, ist geplant in der ersten Oktoberhälfte eine

allgemeine Aufnahme sämtlicher Wiener Wohnungen und Geschäftslokale durchzuführen, um einen exakten Ueberblick über die

anforderbaren Räumlichkeiten zu erlangen. Diese Arbeit soll von

Kommissionen durchgeführt werden, an denen auch die Arbeiter-

schaft Anteil haben wird. Es ist die Bildung von etwa 200 Kom-

missionen in Aussicht genommen, sodass die gesamte Arbeit bei

der Gesamtzahl von rund 40.000 Häusern in verhältnismässig kurzer

Zeit bewältigt sein kann. Es wird eine Begehung jedes einzel-

nen Hauses und jeder einzelnen Wohnung erfolgen und bei diesem

Anlasse festgestellt werden, ob die Bewohnerzahl im Einklange mit

der Ausdehnung der Wohnung steht und ob die örtlichen Verhält-

nisse eine teilweise Inanspruchnahme zulassen. Gleichzeitig wird

auch erhoben werden, welche Wohnungen noch von Flüchtlingen oder

überhaupt Nichtösterreichern besetzt sind. Auf diese Art

wird es auch möglich sein, in vollkommen einwandfreier Weise fest-

zustellen, ob die mit 20. Sept. über ablaufende Abreisefrist auch

tatsächlich von der Masse der in Betracht kommenden Personen ein-

gehalten worden ist. Gleichzeitig wird die Möglichkeit geboten

sein, sich zu vergewissern, ob tatsächlich, wie es allgemein

heisst, Hunderte von Wohnungen, deren Bewohner in die Tschecho-

slowakei übersiedelt sind, nurmehr als Möbeldepot dienen. Ebenso

werden bei diesem Anlasse die leerstehenden Geschäftslokale auf

ihre Eignung zur Verwendung als Wohnräume geprüft werden und

schliesslich sollen die Generalbegehung auch bezüglich der Ante-

räume und deren teilweise Entbehrlichkeit Aufschluss bieten.

Doppelwohnungen, insbesondere die Villen im Wiener Gemeindegebiet

werden auch bei dieser Gelegenheit erfasst werden. Die Vorberei-

tungen für die ganze Aktion liegen in der Hand des Wohnungsamtes

und sind bereits im vollen Zuge.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 15. September 1919, Nr. 372.

Die Dachbodenwohnungen. Bekanntlich hat der Stadtrat die Nutzbarmachung von Dachbodenräumen für Wohnzwecke mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot beschlossen. Die hierdurch notwendig gewordenen Änderungen in der Bauordnung wurden in folgenden Bestimmungen zusammengefasst: Zufolge der Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Fürsorge vom Dezember 1918 wird die Herstellung von Wohnungen in Dachbodenräumen in den dazu geeigneten Häusern unter folgenden Voraussetzungen gestattet: Durch die Anbringung von Wohnungen im Dachbodenraume darf die Anzahl der zulässigen Geschoosse nicht vermehrt werden. Durch den Einbau von Wohnungen im Dachbodenraume darf eine Verschlechterung der unteren Geschossräume in Bezug auf Belichtung und Belüftung unter keinen Umständen eintreten. Die lichte Höhe solcher Räumlichkeiten muss in den mittleren Teilen mindest 2.6 m an der niedersten Stelle mindestens 2.1 m betragen. Die Räumlichkeiten müssen gegen den allfällig restlich verbleibenden Dachbodenraum und gegen die Dachbodentragwerke vollkommen feuersicher ausgestaltet, ferner gegen die Einwirkung von Kälte und Wärme ausreichend geschützt und mit einem vollkommen feuersicheren Zugang versehen werden.

Die Wiener Baumeister und der Wiederaufbau Nordfrankreichs. Mittwoch, den 17. September, nachmittags 5 Uhr findet im Sitzungssaale der ^{Genossenschaft der} Bau- und Steinmetzmeister die Vollversammlung des Vereines der Baumeister in Niederösterreich statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Besprechung der Angelegenheit für den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Der Vorsteher der Wiener Baumeistergenossenschaft Karl J. Schmidt war als Vertreter des Wirtschaftsverbandes des Bauhandwerkes von der Regierung nach Nordfrankreich entsendet worden und hat an Ort und Stelle wertvolle Erfahrungen gesammelt.

Die Forderungen an die ehemalige k.u.k. Heeresverwaltung. Der Wiener Magistrat erlässt behufs Schaffung einer Uebersicht über sämtliche gegen die Liquidationsmasse der ehemaligen Heeresverwaltung noch bestehenden Forderungen eine Kundmachung, worin Allen, denen materielle Ansprüche gegen die Liquidationsmasse der ehemaligen Heeresverwaltung zustehen, eingeladen werden diese Ansprüche bei der Abteilung IV des liquidierenden Kriegsministeriums Wien, III., Radetzkyplatz, Hotel Hungaria, II. Stock tunlichst mit 1. Oktober ds. J. schriftlich anzumelden. Die Anmeldungen haben in getrennten Eingaben nach folgenden Kategorien von Ansprüchen zu erfolgen: 1.) Ansprüche auf Ausfolgung von dem Anmeldenden eigentümlich gehörigen, in Verwahrung, Benützung oder sonstiger Innehabung der Heeresverwaltung stehenden Vermögensobjekten; 2.) Forderungen aus militärischen Lieferungsverträgen oder sonstigen mit militärischen Behörden oder Anstalten abgeschlossenen Verträgen; 3.) Forderungen aus sachlichen Kriegseleistungen; 4.) Sonstige Forderungen auf Ansprüche, insbesondere Ersatzansprüche, Forderungen an Personalgebühren, etc. Welche Angaben jede Anmeldung zu enthalten hat, besagt die Kundmachung des Magistrates (Abt. XVI).

Bauherstellungen im Ueberlandkraftwerk Ebenfurth. Wegen Vergebung der Arbeiten beim An- und Zubau des Kesselhauses der Ueberlandkraftwerke findet am 25. September um 10 Uhr vormittags bei ^{der} Direktion der Elektrizitätswerke, IX., Mariannengasse 4 eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung statt. Dort sind auch die näheren Bedingungen an Wochentagen von 9 bis 1 Uhr vormittags einzusehen.

Wiener Kommunalsparkasse Döbling. Der Gesamteinlagenstand der Anstalt Ende August betrug 19,689.790 K, davon wurden eingezahlt 1,266.670 K, rückgezahlt 1,023.152 K. Der Zuwachs betrug 243.517 K. Der Stand der Einlagen im Scheckverkehr war 1,191.982 K, der aushaftenden Hypothekendarlehen 11,975.966 K, der Darlehen auf Wertpapiere 56.491 K und der Wertpapiere (Nominale) 9,013.050

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.
Wien, 1. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 16. September 1919, Nr. 373.

Neue Strassenbahnwagen. Seit einigen Wochen sind in den Fahrpark der städtischen Strassenbahnwagen eine grössere Anzahl neuer Motorwagen eingestellt worden, welche in jeder Beziehung eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Bauart darstellen. Es sind Motorwagen mit besonderem Untergestell, auf dem der Wagenkasten federnd aufsitzt, so dass der Wagenkasten gegenüber dem Geleise doppelt abgedockert ist. Dies ermöglicht ein angenehmes weiches Fahren, aber auch eine wesentliche Schonung der elektrischen Wageneinrichtung; die Verwendung des besonderen Untergestelles aber ermöglicht einen kleineren Radstand wodurch eine grössere Schonung der Geleise in den Kurven und eine Verminderung des Geräusches bei deren Durchfahrung eintritt. Der Wagenkasten hat an den Enden kurze Längsbänke, um die Kommunikation im Wagen zu erleichtern, welchem Zweck auch die Verwendung doppelter Flügeltüren für den Plattformverschluss dient, die im geöffneten Zustand weniger tief in die Plattform hineinreichen als die einfachen Türen der bisher verwendeten Wagen mit Doppel-Ein- und Ausstieg. Die Wagen sind nach den eigenen Konstruktionsentwürfen der städtischen Strassenbahnen von der Sinneringer Waggonfabrik erbaut worden.

Einjährige Lehrkurse für die der Schulpflicht entwachsene Jugend. Die Anmeldungen zur Teilnahme an den einjährigen Lehrkursen für die der Schulpflicht entwachsene Jugend finden in der Zeit von 17. bis einschliesslich 30. September von 8 bis 12 Uhr vormittags bei den Bürgerschuldirektionen, welchen die Leitung der Kurse obliegt, statt. Aufgenommen können nur solche Schüler (Schülerinnen) werden, welche der gesetzlichen Schulpflicht bereits völlig Genüge geleistet haben, das Bürgerschulzeugnis besitzen und bezüglich des Unterrichtes in der französischen Sprache jene sprachliche Vorbildung nachweisen, welche nach dem Lehrplane für diese Sprache an der Bürgerschule gefordert wird. Die Zahl der Kursteilnehmer (innen) ist beschränkt. Ueber die Aufnahme entscheidet die der Kursleitung vorgesetzte Bezirkssektion des Bezirksschulrates Wien. Für die Teilnahme an Kurse ist kein Schulgeld zu entrichten.

Erholungsheime. Eine Reihe von Erholungsheimen wurde in heurigen Jahre von Verband der Angestellten der Gemeinde Wien eingerichtet, die allgemeinen Anknüpfung gefunden haben; so in Waldegg, Guttenstein und Neuhaus an der Triesting. Letzteres hat der Verband bis Ende 1921 gepachtet. Es besteht aus mehreren Hotels, einer grossen Wellenanlage mit herrschaftlicher Einrichtung, Kaltwasserheilstalt, Luftkuren etc. Es ist beabsichtigt, den Betrieb in Neuhaus auch während des Winters aufrecht zu erhalten, weshalb es im Interesse derer, welche davon Gebrauch machen wollen, gelegen ist sich ehe baldigst anzumelden. Die Villen in Neuhaus können auch an Interessenten, die ausserhalb des Verbandes stehen, für heuer und nächstes Jahr vergeben werden. Sie liegen teils sonnen- seitig, teils schattenseitig in herrlicher Umgebung. Eisenbahnstation ist Weissenbach a. d. Triesting. Die Verpflegung in den genannten Anstalten wird von allen Besuchern gelobt. Auskünfte entweder in der Kanzlei des Verbandes, Z., Rathaus, II. Stock oder in Neuhaus beim Verwalter Ario.

Abgabe von Gebinden, Fäss- und Werkholz. Wegen Vergabe der auf den Lagerplätzen: Fasslagerplatz Stammersdorf, St. Georgskeller im XXI. Bezirk, Prager-

strasse 18, Zentralviehmarkt St. Marx, Schafhalle des Zentralviehmarktes St. Marx, Lembacher Keller, III., Hauptstrasse 97, Lagerhaus der Stadt Wien, Lager Hütteldorf, XIII., Linzerstrasse 455 und Kühnplatz, IV. Bezirk gesammelten Gebinden, der Vorräte an neuem Fässholz, an Werkholz und an verschiedenen sonstigen Materialien wird vom Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 6 am Dienstag, den 30. September um 10 Uhr vormittags in Sektionszimmer III im Neuen Rathaus, VII. Stiege, I. Stock eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden. Der Anschluss der Vadien an das Offert ist unzulässig. Nähere Auskünfte werden im Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 6, I., Neues Rathaus V. Stiege, II. Stock und bei den oben genannten Lagerhaltungen während der gewöhnlichen Amtsstunden erteilt.

Kehrordnung und Maximaltarif für das Rauchfangkehrergewerbe. Mit Verordnung der Landesregierung wurde ein neuer Maximaltarif für das Rauchfangkehrergewerbe in Wien festgesetzt. Der Magistrat hat zugleich die Zahl der jährlichen Kehrunge von je 12 bei Rauchfängen und Herden auf 8 bei Rauchfängen und auf 4 bei Herden herabgesetzt. Die Hausbesitzer waren schon bisher verpflichtet, die nicht übertragbaren Sparherde auf ihre Kosten kehren zu lassen, während in Wirklichkeit allgemein üblich war, die Mietparteien diese Kosten zu tragen zu lassen. Auch die allgemein üblich gewesene Pauschalierung der Kehrgebühren wird abgestellt. Es ist demnach zu erwarten, dass die Hausbesitzerschaft von jeder Zinssteigerung umso eher absehen wird, als die Tarifierhöhung unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse kaum ins Gewicht fällt. Sollten aber dennoch derartige Versuche aus dem Grunde der Kehrgebührenerhöhung gemacht werden, so werden die Betroffenen aufgefordert, in jedem derartigen Falle die Ueberprüfung der Zinssteigerung durch das Mietamt vornehmen zu lassen.

Abgabe von Kipfler-Kartoffeln. Mittwoch bis Freitag werden im 8., 13., 14. und 15. Bezirke und Donnerstag bis Samstag im 6., 19. und 21. Bezirke 2 kg Kipfler-Kartoffeln pro Kopf zum Preise von Kr. 3.84 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „N“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Kartoffelrayonierung. Die bevorstehende Uebertragung des Kartoffelgeschäftes an die Wr. Obst- und Gemüseverteilungsstelle bedingt bei den städtischen Kartoffelabgabestellen die Aufnahme einer genauen Kartoffelkundenliste. Die Haushaltungen werden daher ersucht, in den nächsten Tagen ihre Kartoffelkarten bei ihrer Abgabestelle zur Eintragung in die Liste vorzuweisen. Die Kartoffelkarten sind von diesen Stellen nach Einsichtnahme sofort zurückzustellen. Auf die bei Konsumentenorganisationen rayonierten Haushaltungen bezieht sich diese Aufforderung nicht.

Zum Schulbeginn. Morgen beginnt an den Wiener Volks- und Bürgerschulen der ordentliche Unterricht. Leider wird der Schulbeginn auch heuer noch nicht ganz ungestört verlaufen. Acht Schulhäuser, die bisher in militärischer Verwendung standen, sind trotz aller Bemühungen der städtischen Schulverwaltung noch nicht zurückgegeben worden. Eine Reihe anderer Schulgebäude wurde so spät rückgestellt, dass ihre Wiederherstellung unter den jetzigen schwierigen Arbeitsverhältnissen nicht zeitgerecht möglich war. Diese Gebäude werden im Verlaufe der nächsten Wochen der Benützung übergeben werden können. Erst dann wird sich die Absicht der Schulverwaltung, den Wechselunterricht ganz abzuschaffen, die Schülerzahl in den Klassen herabzusetzen und eine möglichst gleichmässige Aufteilung der Schüler auf die einzelnen Klassen herbeizuführen, in einer grösseren Zahl von Bezirken verwirklichen lassen. Hierbei werden auch Kinder äusserer Bezirke zur Entlastung stark besetzter Klassen in Schulen in-

nerer Bezirke Aufnahme finden können. Das Staatsamt für Unterricht hat in einem Erlasse die Einführung des ungeteilten Vormittagsunterrichtes, welcher schon seit Jahren im Juni und Juli an Stelle der Hitzeferien eingeführt war und also der Wiener Bevölkerung nicht unbekannt ist, angeordnet. Nachmittags soll für jene Kinder, die nicht ohnehin bereits in bestehenden Fürsorgeanstalten aufgenommen sind und deren Eltern die Schulfürsorge in Anspruch nehmen, im Sinne dieses Erlasses Vorsorge getroffen werden. Für diese Fürsorgeeinrichtungen werden in erster Linie die noch überschüssigen Lehrkräfte herangezogen werden und selbstverständlich in entsprechender Weise vom Vormittagsunterrichte befreit sein. Der Bezirksschulrat erwartet, dass besonders auch ältere erfahrene Lehrkräfte sich der Schulfürsorge widmen werden. Der ungeteilte Vormittagsunterricht wird auch ermöglichen, dass die Schulgebäude an den Nachmittagen in grösserem Ausmasse als bisher den verschiedenen Fürsorgeaktionen zur Verfügung gestellt und auch den gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen für den Tagesunterricht eingeräumt werden können. Im Rahmen der Schulfürsorge wird ferner den Bestrebungen des Unterrichtsamtes nach allmählicher Einführung des Nachhilfeunterrichtes und der Errichtung von Kursen für besonders begabte Schüler Rechnung getragen werden können. Der Wiener Stadtrat hat jüngst den Beschluss gefasst, vom Schuljahre 1919/20 den Schüler und Schülerinnen der Volksschulen die schulbehördlich vorgeschriebenen Lehrbücher und nach Möglichkeit auch Schreib- und Zeichenrequisiten, den Mädchen auch das erforderliche Handarbeitsmaterial unentgeltlich zu verabfolgen. Vom Schuljahre 1920/21 an sollen diese Lernbehelfe auch den Bürgerschülern und -Schülerinnen beigegeben werden. Auch an den Bürgerschulen kann heuer der Kreis von Kindern, die die Schulbücher von der Schule erhalten, erweitert werden. Die Entscheidung über solche Ansuchen obliegt nunmehr den Schulleitungen und nicht mehr den Armeninstituten. Ebenso hat der Stadtrat in der vergangenen Woche 5 neue Schulärzte bestellt, da der zu Beginn des vorigen Schuljahres probeweise eingeführte schulärztliche Dienst eine bedeutende Erweiterung erfahren soll. Um einem langjährigen allgemeinen Wunsche der Bevölkerung entgegenzukommen, ist für heuer eine Vermehrung der sogenannten 4. Bürgerschulklassen in nächster Aussicht genommen. Einem Erlasse des Unterstaatssekretärs für Unterricht entsprechend werden die Elternkreise durch Zusammenschluss in Elternvereinen (Elternräten) nunmehr auch Gelegenheit zur werktätigen Mitarbeit in den verschiedenlichen Schulfragen haben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 17. September 1919, Nr. 373.

Ein abgelehntes Grabmal. In einer der letzten Sitzungen des Stadtrates referierte StR. Breitner über den Entwurf, der für das Ehrengrab des Professors Schauta vorgelegt worden war und stellte den Antrag, entgegen dem Vorschlage des Magistrates, die Zustimmung zur Aufstellung nicht zu geben. Der Referent führte aus, dass das vorgelegte Projekt, welches von einer Grabsteinhandlung herrühre, jene hässliche Schablone zeige - ein Obelisk aus Felsgestein mit einer Opferflamme - wie sie zu vielen Tausenden an Zentralfriedhöfen zu sehen sei. Wenn es die Gemeinde auch leider nicht in der Hand habe, ohneweiters das allgemeine Niveau der Friedhofkunst zu heben, so müsse sie doch zumindest bei den Ehrengräbern darauf achten, dass nur künstlerisch wertvolle Grabmäler zur Aufstellung gelangen. Dazu komme noch, dass die erdrückende Mehrheit der Wiener Bildhauer, infolge jahrelanger Stöckens jeglicher Bau-tätigkeit in schwerer Notlage sich befindet. Nach kurzer Debatte, wurde einstimmig beschlossen, mit der Familie des Professors Schauta im Sinne des Referentenantrages in Fühlung zu treten und künftig bei Ehrengräbern nur solche Denkmäler zu zulassen, deren Entwurf von Künstlerhand herrührt.

Abgabe von Kipflerkartoffel. Freitag bis Montag werden im 18. Bezirke $\frac{1}{2}$ kg Kipflerkartoffel pro Kopf zum Preise von K 3.84 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „N“ der Kartoffelkarte abgegeben.

„Gewürbe“ Lebensmittelabgabestelle. Ab Donnerstag, den 18. September Verkauf von Kunsthonig an alle Bezugsberechtigten pro Buch 1 kg zum Preise von K 5.20. Ferner die laufenden Artikel: Mohn, Salz, Sardellensenf, Marmelade, verschiedene Liköre, Medizinal Kognak, Rum, Miha (Zitronenersatz), Mineralwasser, Senf, Kaffee-Ersätze, Gewürze, Backpulver, Textilartikel: Ohifon, Schürzen, Knabenanzüge aus Zellblattstoff. Kohlenabteilung: Kohlenrayonierungen werden bis Ende September entgegengenommen.

Ankauf einer Liegehalle. Ueber Antrag des StR. Dr. Grün hat der Stadtrat beschlossen die Liegehalle in der Lungenheilstätte im XIII. Bezirk käuflich zu erwerben.

Eine städtische Mietheimstätte. StR. Dr. Alma Seitz beantragte im Stadtrate in dem durch Vermächtnis in das Eigentum der Gemeinde übergangenen Hauses Felsgasse 5 eine städtische Mietheimstätte für Invalide einzurichten. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Lehrerkinder in die Schweiz. Anmeldungen von katholischen und evangelischen Kindern städtischer Lehrer zu einem mehrwöchigen Aufenthalte in Zürich werden in der Kanzlei des Lehrerhausvereines, VIII., Zeltgasse Nr. 12, bis spätestens 21. ds. M. vormittags entgegengenommen. Taufscheine sind mitzubringen.

Pensionierungen. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Direktor Stellvertreters der städtischen Gaswerke Emil Krist, des Steueramts-Vizeleiters Max Dätzel, und des Magistratssekretärs Heinrich Müller um Versetzung in den dauernden Ruhestand Folge gegeben. In Würdigung vorzüglicher Dienstleistung wurde dem Direktor Stellvertreter Krist, dem Steueramts-Vizelektor Dätzel die Anerkennung und dem Magistratssekretärs Müller den Titel Magistratsrat verliehen.

Titelverleihungen. Der Stadtrat beschloss den neubestellten Leitern von Abteilung der Stadtbuchhaltung, den Rechnungsoberrevidenten Oskar Tilsch, Rudolf Winkler, Karl Bruckmayer und Franz Müller den Titel Rechnungsrat zu verleihen.

Die Rückgabe der städtischen Schulen aus der militärischen Verwendung. Im Stadtrate brachte StR. Siegl einen Bericht des Stadtbauamtes über die Rückgabe und die Wiederherstellungsarbeiten der in militärischer Verwendung gestandenen städtischen Schulgebäude zu Kenntnis. Von den in den Wiener Gemeindebezirken bestehenden 560 Volks- und Bürgerschulen wurden von der Heeresverwaltung während des Krieges 278 in Anspruch genommen. Bis Mitte des Monats wurden 262 Schulen zurückgegeben, so dass noch 13 Schulen in militärischer Benützung stehen, während bei zwei Schulen die Rückgabe in Durchführung ist. Schon im Jahre 1918 konnte ein grosser Teil der rückgegebenen Schulen Schulzwecken zugeführt werden. Im Laufe des heurigen Jahres wurden 52 Schulen vollständig instandgesetzt, so dass sie mit Beginn des Schuljahres ihre eigentlichen Zwecke zugeführt werden konnten. Trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, 39 rückübernommene Schulen bis zum Schulbeginn Benützungsfähig zu machen, wenn auch bei den meisten dies bis Ende Oktober möglich sein wird. Die Durchführung der Wiederinstandsetzungsarbeiten war infolge der herrschenden Verhältnisse und des meist nicht zu behebenden Mangels an Arbeitern und Baustoffen, sowie durch die Steigerung der Arbeitslöhne und der Preise der Materialien sehr gehindert. Dabei muss auch in Betracht gezogen werden, dass die von der Heeresverwaltung rückgestellten Schulen in einem äusserst verwahrlosten Zustande waren und ihre Wiederinstandsetzung sehr umfangreiche Arbeiten erforderte. Nichtsdestoweniger wurden alle Bemühungen gemacht, um die Schulgebäude ihrem eigentlichen Zwecke zuzuführen, die in der weitaus grösseren Anzahl der Fälle auch von Erfolg waren.

An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte. Frau StR. Seidl ersucht dahin zu wirken, dass die Schule in der Castelliggasse ehebaldest geräumt werde. Es seien darin - wie man ihr berichtete - 41 Invalide untergebracht, die man ihres Erachtens auch anderswo bequartieren und pflegen könne. StR. Josef Müller würde Gewicht darauf legen, dass die Schulen in der Ruckergasse 40 und 42 baldigst geräumt werden. Für die Kranken, die jetzt in diesen Schulen untergebracht sind, stünden in allernächster Nähe zwei viel geeignetere Objekte zur Verfügung. Das sei die Trainkaserno oder das Kriegsspital Nr. 4. StR. Rummelhardt bat den Bürgermeister bei der Heeresverwaltung vorstellig zu werden, dass die noch vom Militär belegten Schulen so rasch als möglich geräumt werden. In den Kasernen sei für die Volkwehr zweifellos genügend Platz vorhanden.

StR. Speiser: Alle Bestrebungen, dass die Schulen vom Militär geräumt werden finden selbstverständlich unsere vollste Unterstützung. Was das Nichtfertigwerden der bereits geräumten Schulen betrifft, so habe ich selbst den ganzen Monat August hindurch beim Stadtbauamte die Arbeiten urgirt, allein die Verhältnisse, die im Baugewerbe herrschen, machten die rechtzeitige Fertigstellung unmöglich.

Bürgermeister Reumann betonte gleichfalls, das bezüglich der Räumung der Schulen von Seite der Gemeindeverwaltung fortwährend Urgenzen an die Heeresverwaltung gegangen seien.

Der Bericht wurde schliesslich zu Kenntnis genommen.

Die Strassenbahnfreikarten. BGM. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratssitzung über eine Besprechung der Verkehrsausschüsse des Wiener Kreisarbeiterrates, in welcher gegen das Ueberhandnehmen des Freikartenwesens bei der Strassenbahn und gegen den Missbrauch, der mit „Schwarzen Kreuzfahrtscheinen“ getrieben wird, Stellung genommen wurde. Der Bürgermeister brachte in dieser Angelegenheit einen Bericht der Strassenbahndirektion zur Kenntnis, in dem es u. a. heisst:

Bis Ende August l. J. wurden folgende Fahrpreisbegünstigungen an betriebsfremde Personen (ausschliesslich Freikarten für Gemeinde- und Bezirksräte) auf Grund von Stadtratsbeschlüssen zugestanden: 24.500 Freikarten für Polizei, Feuerwehr, Kriegsinvalide, sonstige krüppelhafte Personen, Wohltätigkeitsinstitute, Journalisten, Schüler und Lehrlinge, 1.500 Anweisungen zur Lösung von Kinderfahrtscheinen für Wohlfahrtsinstitute und Waisenhauszöglinge, 3.700 Anweisungen für Kriegsinvalide und 7000 Anweisungen für Volkwehrräumer.

Zweifelloes werden durch diese Leistungen des Unternehmens geldlich namhaft geschädigt. Die Mindereinnahme d. h. Verfallstentgang auf Grund dieser Fahrpreisbegünstigungen muss für das zweite Halbjahr 1919 mit rund 10 Millionen Kronen veranschlagt werden. Dabei wurde für die Berechnung dieser Summe nur eine durchschnittlich dreimal tägliche Fahrt der Begünstigten angenommen. Von Seiten der Strassenbahndirektion wird, soweit die bestehenden Stadtratsbeschlüsse Anlass oder Stütze bieten, fortgesetzt daran gearbeitet, die Begünstigungen auf ein erträgliches Mass zurückzuführen. Verschiedene besonders ausschlaggebende Aktionen, wie die Frei- und Ermässigungskarten für Kriegsbeschädigte sind aber noch nicht abgeschlossen. Desgleichen wurde mittlerweile den Mannschaften des Gendarmenriedetachements für den verschärften Sicherungsdienst auf den Wiener Bahnhöfen die gleiche Begünstigung wie den Volkwehrräumer eingekäumt, das sind ungefähr wieder 4000 Mann Kosten. In letzter Zeit haben sich die einzelnen Vertrauensmännerorganisationen, wie die Interessenvertreter der Sicherheitswache, Provisionierungsausschüsse der Arbeiterräte, die Soldatenräte von Wien und andere mehr an uns mit dem Ansuchen um Freikarten gewendet. Wir haben den mit einem Stadtratsbeschluss vom 2. Juli ds. J. festgelegten Grundsatz zum Anlass genommen, diese Ansuchen abzulehnen oder einen ablehnenden Antrag gestellt aber nicht immer mit Erfolg. Die in Kriege geschaffenen „Schwarzen Kreuzfahrtscheine“ waren uns von jeher unsympathisch, und zwar deshalb, weil die Hintanhaltung von Missbräuchen ausserordentlich schwer, um nicht zu sagen, unmöglich ist.

Ausgegeben wurden seit Jahresbeginn 893.000 Stück schwarze Kreuzfahrtscheine. Nach Abschluss der Freikartenaktion in der jetzigen Ausdehnung dürfte die Gesamtsumme des rechnungsmässigen Einnahmenverlustes für ein Verwaltungsjahr mit rund 22 Millionen Kronen in Rechnung zu stellen sein. Bürgermeister Reumann beantragte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Direktion zu beauftragen, ehestens über den Umfang des Freikartenwesens zu berichten und Massnahmen vorzuschlagen, durch die einerseits schwere Schädigungen des Unternehmens verhindert, andererseits aber berechtigten Ansuchen Rechnung getragen wird. An den Bericht schloss sich eine Wechselrede, in der StR. Dr. Kienböck es merkwürdig fand, dass die Arbeiterräte auf der einen Seite um Fahrpreisbegünstigungen ansuchen und auf der anderen Seite gegen das Freikartenwesen Stellung nehmen. Er müsse auch die Haltung der Strassenbahndirektion verurteilen, die sich erst durch einen Beschluss des Kreisarbeiterrates veranlasst gesehen habe, über eine das Unternehmen so schwer schädigende Einrichtung wie das Freikartenwesen zu berichten.

StR. Weigl sagt zur Aufklärung für die Stellungnahme der Arbeiterräte, dass diese vor einiger Zeit um Begünstigungen auf den Strassenbahnen angesucht haben, dass das Ansuchen aber gemäss der in der letzten Zeit geübten Gepflogenheit wie alle anderen Ansuchen abgelehnt wurde. Die Abweisung veranlasste eine Beratung des Verkehrsausschusses des Kreisarbeiterrates in dieser Angelegenheit, der auch Vertreter der Strassenbahnerorganisation beigezogen war. Diese brachten in dieser Besprechung die Missstände im Freikartenwesen vor, was dann die Ursache zu der erwähnten Stellungnahme des Ausschusses wurde. Stadträtlichen Redner beantragte hierauf die Einsetzung eines Komitees, welches sich mit der Freikartenfrage der Strassenbahn zu befassen haben soll und dem Stadtrate entsprechende Anträge vorlegen wird.

StR. Täubler erklärte sich mit dem Vorschlage der Wahl eines Komitees einverstanden und wünschte, dass das Komitee zu dem Beschluss gelange, sämtliche Begünstigungen für Strassenbahnfahrten ohne Ausnahme einzustellen. Diejenigen Fürsorgeanstalten, welche durch eine solche Massnahme schwer geschädigt würden, sollen von der Gemeinde Wien eine entsprechende Subvention erhalten.

Der Antrag des Bürgermeisters, sowie der Antrag des StR. Weigl wurden einstimmig angenommen und in das genannte Komitee die StR. Haider, Täubler und Weigl gewählt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. September 1919, Nr. 374.

Die Einstellung der Strassenbahn. Die bevorstehende Einstellung des Strassenbahnverkehrs bedeutet nicht bloss für das gesamte Verkehrsleben und Geschäftsleben der Stadt Wien eine furchtbare Katastrophe, sondern ist auch in finanzieller Beziehung von verhängnisvoller Wirkung und müsste bei längerer Andauer zu einem förmlichen Zusammenbruch der städtischen Finanzen führen. Jeder Tag, an dem die Strassenbahn nicht verkehrt, bringt einen Entgang an Einnahmen von 750.000 bis 830.000 Kronen, während die Lasten unvermindert fortbestehen. Da die Strassenbahnen auch jetzt noch, trotz der Erhöhung der Tarife, mit Defizit arbeiten und auch noch aus dem Vorjahre einen Fehlbetrag mitzuschlagen haben, so sind keinerlei Reserven vorhanden, welche als Deckung für diesen neuerlichen Abgang dienen können. Sollte die Periode des Stillstandes längere Zeit andauern oder die Betriebsstörungen im Laufe des Winters sich wiederholen und auf die Gas- und Elektrizitätswerke übergrreifen, so wären die finanziellen Folgen nicht abzusehen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. September 1919, Nr. 375.

Die Kohlennot. In der heutigen Stadtratssitzung berichtete Bgm. Reumann über die triste Kohlen-situation. Der seit vielen Wochen vollständig unzulängliche Einlauf an Kohle habe neben der Hausbrandversorgung auch die Betriebe der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke stark beeinträchtigt. Schon Mitte Juli war die Aufrechterhaltung des Betriebes der Elektrizitätswerke in Frage gestellt. In einer Sitzung im Staatsamt für Handel- und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 21. Juli ds. J. wurde die Frage der weitergehenden Verminderung der Stromabgabe beraten. Mit Rücksicht auf die allgemein kritische Lage hat das Staatsamt sich entschlossen, den Betrieb der Elektrizitätswerke durch Zuweisung von Bahnkohle und der für die Industrie bestimmten Kohle aufrecht zu erhalten. Der bevorstehende Friedensschluss und die neuerlichen Verhandlungen mit der tschechoslovakischen Regierung gaben Hoffnung, dass durch diese Aushilfsmassnahmen der volle Betrieb der Elektrizitätswerke solange über Wasser gehalten werden könne, bis eine Besserung der Kohlenversorgung eintritt. Diese Hoffnungen wurden nicht verwirklicht. Die Kohlenlieferungen der tschechoslovakischen Republik an die Elektrizitätswerke bewegten sich andauernd um 25 % der Vertragsmenge. Die Staatsverwaltung musste daher täglich 600 Tonnen jener Kohle dem Elektrizitätswerk zuweisen, die eigentlich für Bahnzwecke und für jene Industrie bestimmt war, die mit dieser Kohle Kompensationswaren erzeugen sollte. Auf die Dauer war dieser Zustand nicht aufrecht zu erhalten. Die letzte Hoffnung, dass die Intervention von Vertretern der Gemeinde eine Besserung der Lage mit sich bringen werde, schlug fehl. Die tschechoslovakische Regierung hat bisher den Vertrag, der mit Oesterreich geschlossen werden soll, nicht ratifiziert. Die Kohlenlieferung hat sich nicht im mindesten erhöht. Die Regierung sah sich daher genötigt, die Einstellung der Zuschüsse an das Elektrizitätswerk zu verfügen, damit ~~war~~ natürlich der Betrieb desselben in dem bisherigen Umfange ausgeschlossen. In einer am Dienstag im Staatsamte stattgefundenen Besprechung an der Bürgermeister Reumann, VB. Emmerling und Vertreter des Magistrates und der Unternehmungen teilnahmen, wurde einstimmig als notwendig erkannt, die Konsequenzen aus den tatsächlichen Verhältnissen zu ziehen und den Betrieb des Elektrizitätswerkes auf den

Mindestumfang zu beschränken. Unter den Sparrmassnahmen gaben nur zwei Anlass zur eingehender Erwägung, die Einstellung des Strassenbahnbetriebes und die Einstellung an Stromabgabe an Industrien und Gewerbe. Die früher versuchte teilweise Einstellung des Strassenbahnbetriebes hatte gezeigt, dass hierdurch die Stromersparnis verhältnismässig gering ist und dass durch die Ueberlastung der Strassenbahnbetriebsmittel an diesen zu schwere Schäden verursacht werden, dass sie später nur unter grossem Zeitaufwande und mit grossen Mitteln behoben werden können. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als den Strassenbahnverkehr vollständig einzustellen. Bei Industrien und Gewerbe entschloss man sich vorläufig von Massnahmen abzusehen. Dagegen wurde die allgemeine 8 Uhr Sperre auch der Haustore verfügt. Wegen Wirkung einer derartigen Massnahme auf das ganze öffentliche Leben und die Sicherheitszustände erschien es unbedingt geboten die Angelegenheit zur Entscheidung dem Staatskanzler vorzulegen. Beim Staatskanzler Dr. Renner hat nun gestern eine Besprechung stattgefunden als deren Ergebnis die schon genannten Sparrmassnahmen anzusehen sind.

Der Bürgermeister betonte weiters, dass wir vor einer Situation stehen, die geradezu fürchterlich genannt werden müsse. Die bevorstehende Einstellung des Strassenbahnverkehrs bedeute nicht bloss für das gesamte Verkehrs- und Geschäftsleben der Stadt eine furchtbare Katastrophe, sondern sei auch in finanzieller Beziehung von verhängnisvoller Wirkung und müsste bei längerer Andauer zu einem förmlichen Zusammenbruch der städtischen Finanzen führen. Jeder Tag, an dem die Strassenbahn nicht verkehre, bringe einen Abgang an Einnahmen von 750.000 bis 830.000 Kronen, während die Lasten unvermindert fortbestehen. Da die Strassenbahnen auch jetzt noch, trotz der Erhöhung der Tarife, mit Defizit arbeiten, so sind keinerlei Reserven vorhanden, welche als Deckung für diesen neuerlichen gewaltigen Abgang dienen können. Sollte die Periode des Stillstandes längere Frist andauern oder die Betriebsstörungen im Laufe des Winter sich wiederholen, so wären die finanziellen Folgen nicht abzusehen.

An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte: StR. Biber erklärte er sei sich der ernsten Lage, in der sich die Stadt befinde, wohl bewusst, dessen ungeachtet ersuche er aber von Massnahmen abzusehen, durch die die technischen Gewerbe getroffen werden könnten. StR. Schorsch meinte, ob es nicht möglich wäre das Zillingdorfer- und Ebenfurther-Kraftwerk in ihrer Leistung höher anzuspannen. Es werde zwar in dieser Richtung von der Direktion ohnehin alles getan, aber vielleicht sei es doch noch möglich, eine grössere Kraftleistung zu erzielen. StR. Vaugoin wies auf die entsetzlichen Folgen hin, die die jetzt zur Durchführung kommenden Massnahmen für Wien haben werden. Tadder habe man auch kein Abschen, wie lange diese Massnahmen aufrecht erhalten werden müssen. StR. Brenner bat zu erwägen, ob es nicht möglich wäre, dass man wenigstens zum Zentralfriedhofe Wagen fahren lassen könne. StR. Dr. Kienböck meinte, es möge wenigstens einigermassen der Zeitpunkt fixiert werden, wie lange die Massregeln aufrecht erhalten werden müssen. Bgm. Reumann antwortete, dass eine solche Fixierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei, nachdem niemand eine Ahnung habe, wann Zuschübe einlangen werden.

Direktor Karell der städtischen Elektrizitätswerke bezeichnete die Situation für gänzlich unhaltbar. Die Vorräte seien alle aufgebraucht, so dass er tatsächlich nur mehr mit jenen Kohlenquantum rechnen könne, das ihm täglich zugeschoben werde. Nachdem auch die Zuschübe variabel seien, so höre sich eigentlich überhaupt jede Rechnung auf. Der Direktor gab weitere Aufschlüsse über die Abbauarbeiten in Wendorf und Zillingdorf und erwähnte, dass er schon in den nächsten Tagen dem Stadtrate einen Bericht vorlegen würde über die Errichtung eines zweiten Tagbaues. Binnen Jahresfrist glaube er von Zillingdorf 300.000 Kilowattstunden, aus der Hochquellenleitungsanlage 24.000, ebenso viele Kilowattstunden aus den kleinen Wasserkraften, welche jetzt angeschlossen werden, zu erhalten; dann rechne er mit 50 bis 60 Tau-

send Kilowattstunden aus Lunz und mit circa 30.000 Kilowattstunden aus einer erst zur Ausführung kommenden Anlage im Helmental. Das alles zusammen gebe so viele Kilowattstunden, dass er ungefähr die Hälfte des Bedarfes zu decken im Stande sein werde.

StR. Dr. Kienböck glaubt, dass, wenn eine Einstellung des Strassenbahnverkehrs notwendig ist, dieselbe vollständig durchgeführt werden müsse. Er sei deshalb auch nicht der Ansicht des StR. Brenner, dass man Wagen zum Zentralfriedhof verkehren lassen solle. StR. Iser betonte, dass man in der Gemeinde die Katastrophe, die jetzt eingetreten sei, schon lange vorausgesehen habe. Leider seien aber alle Schritte, die die Gemeinde in dieser Richtung unternommen habe, zweck- und erfolglos geblieben. StR. Körber sagte, dass das Hauptübel in der geringen Förderung liege. Er meinte deshalb, dass es vielleicht zweckentsprechend sei, wenn man einen Appell an die Arbeiterschaft zu vermehrter Arbeitsleistung richten würde.

StR. Sirotek bemerkte, es werde immer gesagt, dass die Verträge, die abgeschlossen worden seien, nicht eingehalten werden würden. Tatsächlich könnten sie nicht eingehalten werden. Die tschechoslovakische Republik sei gegenüber den Arbeitern machtlos. Er habe sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen überzeugt. Er sei im Steinkohlengebiete gewesen und er habe dort die volle Ueberzeugung gewonnen, dass es der tschechoslovakischen Regierung nicht möglich sei, die Verträge einzuhalten. Die Disziplinlosigkeit unter der Arbeiterschaft sei so gross, dass man gar keine Berechnungen aufstellen könne. Er selbst sei Arbeitervertreter, dennoch müsse er aber das sagen, weil es eben die Wahrheit sei. Die Bergarbeiter seien während des Krieges so drangsaliert worden, und man habe sie derart hungern lassen, dass sich jetzt bei ihnen der ganze Groll über diese Behandlung auslöse. Die Verhältnisse in den Kohlengruben seien geradezu schrecklich. Vor dem Kriege sei per Mann eine Förderung von 1 Tonne Kohle berechnet worden. Die ~~Zeichen~~ haben damals bei einer Belegschaft von 14.000 Mann täglich 14.000, ja sogar 16.000 Tonnen gefördert. Jetzt ist die Förderung soweit herabgesunken, dass von einem Bergarbeiter nur 425 kg gefördert werden, also nicht einmal die Hälfte. Es sei daher kein Wunder, dass überall Kohlenmangel herrsche. Wenn jetzt auch noch die Teschener Frage hinzu komme, so werde die Situation noch um vieles erschwert. Eine Besserung der Verhältnisse liegt in der Hand der Bergarbeiter. Auch er sei deshalb der Ueberzeugung, dass man einen Appell an dieselben richten müsse. Er selbst und seine Genossen würden versuchen, bei den Bergarbeitern zu intervenieren, es seien dies zwar sehr radikale Elemente, aber sonst gute Menschen und er glaube deshalb, dass eine solche Intervention von Erfolg gekrönt sein werde. Wenn die Arbeiter Deutschlands ein Einsehen gehabt hätten, und um zwei Stunden mehr gearbeitet haben, so rechne er darauf, dass er auch bei der tschechoslovakischen Arbeiterschaft auf Verständnis und Entgegenkommen rechnen könne.

StR. Josef Müller meinte, aus den Ausführungen des Vorredners habe hervorgeklungen, dass man die Tschechoslovaken für die Verhältnisse verantwortlich mache. Das sei aber tatsächlich nicht der Fall, es sei weder hier noch sonstwo gegen die tschechoslovakische Republik ein Angriff gerichtet worden. Man halte hier nur dafür, dass die tschechoslovakische Regierung nicht wisse, in welchen trostlosen Verhältnissen Oesterreich sich befinde. Das Vorhaben des StR. Sirotek einen Appell an die Arbeiterschaft zu richten, könne er nur begrüssen. Vielleicht würde man, wenn man öfters solche Wege einschlagen würde, zu einer Versöhnung kommen und auf diese Weise das nationale Moment mehr ausgeschaltet und das rein menschliche Empfinden in den Vordergrund gerückt werden.

Herr Reumann betonte nochmals, dass wir allen Anschein nach vor einer entsetzlichen Katastrophe stehen, auf die jedoch vonseiten der Gemeinde rechtzeitig aufmerksam gemacht worden sei. Schon im Sommer seien unzählige Schritte, von denen man sich wenigstens einen Abbau der Kohlenkatastrophe erhofft habe, gemacht worden, leider vergebens. Jetzt stehe man vor Beschlüssen, die von mittelmässiger Bedeutung seien, die aber in Hinblick auf unsere Lage leider als ungenügend empfunden werden müssen. Ein weiteres Hinausschieben der Massnahmen sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen undenkbar.

Zum Schlusse betonte er noch, dass man den Strassenbahngestellten Forderungen, die sich aus den Massnahmen ergeben, nicht tragen lassen könne, und dass man sie daher selbstverständlich auch während der Zeit, in der der Strassenbahnverkehr eingestellt sei, in vollen Ausmasse entlohnen müsse.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Wiederübernahme des Neufelder Tagbaus. StR. Schmied berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die Wiederübernahme des Neufelder Tagbaus durch Braunkohlengewerkschaft Zillingsdorf. Dieses Bergwerk wurde seinerzeit durch die Räteregierung in Ungarn beschlagnahmt und der Verwaltung durch die Gemeinde Wien vollkommen entzogen. Vom kommunistischen Arbeiter-rate dieses Unternehmens wurde im Vereine mit der Räteregierung der bis dahin als Steiger im Betriebe verwendete Josef Jisa zum Produktionskommissär ernannt. Nachdem die derzeitige ungarische Regierung verfügt hat, dass sämtliche durch die Räteregierung beschlagnahmten Betriebe wieder ihren Eigentümern zu übergeben sind, hat am 18. August im Beisein des Gemeindevorstehers von Leithaußfalu die Uebergabe des Neufelder Tagbaus durch den erwähnten Produktionskommissär und dem Präses des kontrollierenden Arbeiterrates an die Braunkohlengewerkschaft stattgefunden. Aus der Aufnahmeschrift, die über diese Uebergabe aufgenommen wurde, ist ersichtlich, dass sämtliche Einrichtungen im betriebsfähigen Zustande sich befinden, bis auf eine schmalspurige Lokomotive, die einer grösseren Reparatur unterzogen werden muss. Was die finanzielle Gebarung anlangt, hat der Uebergeber behauptet, dass in der Verkehrsbank Oedenburg ein Guthaben von mehr als 1 Million Kronen vorhanden ist und dass alle Rechnungen bis auf eine in der Höhe von 49.000 K bezahlt seien. In den Werkkassen wurden 24.674 K blaues Geld und 191.000 K weisses Geld vorgefunden. Ueber Ersuchen der Arbeitervertretung des Neufelder Tagbaus wurde seitens der Direktion der Gewerkschaft erklärt, dass sämtliche sich am Tage der Uebergabe im Dienste befindlichen Arbeiter übernommen werden, dass jedoch die Uebernahme der und Angestellte während der Räteregierung aufgenommenen Arbeiter vorbehalten bleibt. Produktionskommissär Jisa hat gebeten, in leitender Stellung beim Tagbau in Neufeld weiter verwendet zu werden. Die Vertreter des inzwischen von der Arbeiterschaft gebildeten Betriebsausschusses, in dem bereits eine nicht-kommunistische Mehrheit vorhanden ist, verlangte aber mit aller Entschiedenheit, dass Jisa entlassen werde und begründete das Verlangen damit, dass Jisa sich während seiner ganzen Betriebsführung durch grosse Geldausgaben bemerkbar gemacht, ganze Nächte beim Hazardspiel verbracht und Trinkgelage veranstaltet hat, welche oft viele Tausende von Kronen gekostet haben. Wenn er auch erklärt, dass er das Geld für diesen Aufwand teils im Spiele gewonnen hat und teils von der ungarischen Räteregierung als Provision für Warenbeschaffung erhalten haben will, so sind die Arbeiter doch der Meinung, dass auch seine Gehaltung mit den Geldern des Werkes keine einwandfreie war.

Tatsächlich wurde festgestellt, dass die Buchführung eine sehr mangelhafte war. Der Zustand der Bücher lässt sogar darauf schliessen, dass dieselben überhaupt erst in den letzten Tagen angelegt worden sind. Entgegen der Versicherung des Produktionskommissärs, dass alle Rechnungen bis auf eine bezahlt seien, sind bisher Rechnungen mit einer Gesamtsumme 145.000 Kronen eingelaufen. Ausserdem wurden noch unbezahlte Rechnungen im Gesamtbetrage von 95.000 Kronen vorgefunden. Auch die Angabe über das Guthaben von einer Million Kronen bei der Verkehrsbank in Oedenburg wurde dahin richtig gestellt, dass es sich um kein Guthaben, sondern um ein Passivsaldo von 41.000 Kronen handle. Ein besonders schlechtes Licht auf den Produktionskommissär wirft auch die Tatsache, dass derselbe aus den Geldern des Werkes 6 Autoreifen angeschafft hat, welche in die Ueberlandzentrale Ebenfurth, in einer Kiste verpackt, unter der falschen Bezeichnung - Kabeß - eingelangt sind. Jisa hat noch am Tage der Uebergabe des Betriebes an die Gewerkschaft einem Aufseher 2000 Kronen versprochen, wenn er diese Kiste mit den „Kabeß“ aus der Ueberlandzentrale Ebenfurth abhole und ihm übergebe. Dieser Plan scheiterte aber scheinbar, denn man fand die Autoreifen im Hause des Aufsehers auf.

Der Bericht wurde vom Stadtrate zur Kenntnis genommen und beschlossen, dem ehemaligen Steiger und nachmaligen Produktionskommissär Josef Jisa wegen seines Verhaltens während seiner Betriebsführung zu kündigen.

Die Koalitionsfreiheit bei den Strassenbahnen. In der gestrigen Stadtratsitzung richteten die Stadträte Haider, Josef Müller und Vaugin an den Bürgermeister eine Anfrage in der Angelegenheit des Plakates, welches die Sozialdemokratische organisierten Strassenbahner auf dem Bahnhofe Rudolfsheim angeschlagen hatten und indem angedroht wurde, dass die im Handes Transport- und Verkehrsarbeiterverband organisierten mit nichtorganisierten keinen Dienst mehr versehen werden.

Bürgermeister Reumann beantwortete in der heutigen Sitzung, dass das Plakat entgegen dem Willen der sozialdemokratischen Organisation von dem Angestellten des Bahnhofes Rudolfsheim angeschlagen wurde und dass er sofort, als ihm von diesem Vorfalle berichtet wurde und noch bevor er die Interpellation in Händen hatte, folgende Anordnungen getroffen habe: 1.) Dass die Plakate sofort entfernt würden, 2.) dass jeder, der mit einem Nichtorganisierten den Dienst zu verrichten sich weigere, genau so behandelt werde, wie wenn er den Dienst überhaupt verweigert hätte.

Da die Angestellten mit Gegenmassnahmen gedroht haben, habe er erklärt, dass er diese seine Verfügung auch auf die Gefahr der Einstellung des Betriebes hin aufrecht erhalten werde. StR. Dr. Kienböck erklärte diese Antwort des Bürgermeisters mit Dank und küsserster Zufriedenheit zur Kenntnis zu nehmen. Eine weitere Debatte über diesen Gegenstand wurde durch den Antrag des StR. Täubler abgeschnitten, der erklärte, dass es nach der Geschäftsordnung zu einer Interpellationsordnung keine Debatte gebe. Auf die Einwendung des VB. Hoss, dass es in der letzten Zeit üblich war auf solche Beantwortungen eine Debatte zu eröffnen, entgegnet StR. Täubler, dass von den Bestimmungen der Geschäftsordnung nur abgegangen werden könne, wenn sämtliche Mitglieder des Stadtrates damit einverstanden sind. Er verlangte daher, dass über seinen Antrag abgestimmt werde. Der Vorsitzende veranlasste hierauf die Abstimmung, wobei der Antrag des StR. Täubler angenommen wurde.

Pensionierung. Obermagistratsrat Karl Hanisch ist nach mehr als 33 jähriger Dienstleistung in den Ruhestand getreten, aus welchem Anlasse ihm für seine verdienstvolle Tätigkeit der Dank und die Anerkennung der Gemeinde ausgesprochen wurde. Obermagistratsrat Hanisch trat 1886 in den städtischen Dienst und war schon als junger Kommissär Bezirksamtsleiter in Fünfhaus, durch 7 Jahre Amtsleiter in Margarethen, sodann sieben Jahre Vorstand der Magistratsabteilung VIII für Wasserversorgung und städtische Bäder und zuletzt wieder Bezirksamtsleiter im 5. Bezirk. Als Abteilungsvorstand hat er namentlich während der Kriegszeit gewirkt und sich um die Erbauung des Kaiser Franz Josef Bades und um das Baden und Schwimmen der Schuljugend grosse Verdienste erworben. Von 1902 bis 1902 war er auch Vizepräsident bzw. Präsident des Vereines der städtischen Beamten und unter ihm wurde die Einführung der Zeitbeförderung, die Gehaltsgleichstellung mit den Staatsbeamten und die Herabsetzung der Dienstzeit von 40 auf 35 Jahren erzielt. Obermagistratsrat Hanisch ist auch in Sängerkreisen sehr bekannt. Er ist lange Jahre Vorstand des Wiener Sängerbundes, Gründer und Ehrenvorsitzender der „Währinger Tafelrunde“ und seit kurzem Vorsitzender der freien Vereinigung der Wiener Männergesangsvereine Wiener Sängerbund, Arion und Liedner Männerchor. Er ist auch Ehrenmitglied des Eggenburger M.G.V.

Die Behebung von Beleuchtungsstörungen. In der heutigen Stadtratsitzung brachte StR. Rummelhardt folgende Anfrage ein: Im St. Annenkinderspital im 9. Bezirk musste am 16. ds. um 6 Uhr 50 abends eine Operation an einer Krankenschwester vorgenommen werden. Der operierende Arzt, es handelte sich um eine Gallensteinoperation, hatte den ersten Schnitt getan, als infolge Kurzschluss die elektrische Beleuchtung versagte. Zur Behebung der Störung wurde sofort um einen Monteur in die städtischen Elektrizitätswerke geschickt. Ein Monteur kam aber erst nach einer Stunde und entschuldigte sein Spätkommen mit dem Mangel an genügender Zahl von Monteuren. Es wird daher gefragt, was der Bürgermeister vorzukehren gedenkt, damit in Zukunft eine genügende Anzahl von Monteuren zur sofortigen Behebung von Beleuchtungsstörungen vorhanden ist.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 18. September 1919,

Bestellung von Einspruchssenaten/sämtlichen einundzwanzig Bezirken

StR. Dr. Winter berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über Bestellung von Einspruchssenaten/sämtlichen 21 Bezirken Wiens. Die ~~mit~~ Anforderungsentscheidungen bezüglich Wohnungen werden ~~bisher~~ ^{mit} vom Wohnungsamt der Stadt Wien gefällt, ~~das~~ ^{sein} Sitz beim magistratischen Bezirksamt für den 8. Bezirk hat. Mit Rücksicht auf die erhöhte Anforderungstätigkeit des Wohnungsamtes musste bald an die Errichtung weiterer Senate geschritten werden, um zu ermöglichen, dass die Wohnungsanforderungen rasch durchgeführt werden und die Einsprüche gegen die Anforderungsbescheide im allgemeinen Interesse so rasch als möglich zur Entscheidung gelangen. Der Bestand eines einzigen Mietamtes für den Geltungsbereich des gesamten Wiener Gemeindegebietes hatte den Vorteil, dass eine einheitliche Spruchpraxis gewährleistet war und eine Zersplitterung in den Entscheidungen vermieden wurde. Seit Juli d. J. ist aber die Wohnungsanforderungstätigkeit dezentralisiert worden und es wurden damals in jedem Wiener Gemeindebezirk Wohnungskommissäre bestellt, welche für ihren Bezirk die Anforderungen vornehmen. Um die Einheitlichkeit der Spruchpraxis beizubehalten und, da sich das Mietamt der Stadt Wien sehr bewährt hat, wurde bisher an dem bestehenden einen Mietamt festgehalten und nur die Zahl der Senate auf 5 vermehrt, welche täglich Vor- und nachmittags Verhandlungen abhalten. Es hat sich aber gezeigt, dass trotz dieser ausserordentlichen Tätigkeit der Senate diese Aufgabe nicht bewältigt werden kann, weil infolge der gesteigerten Tätigkeit der Wohnungskommissäre täglich rund 40 Einsprüche aus allen Wiener Bezirken einlaufen, die nicht zeitgerecht erledigt werden können. Aus diesem Grunde muss nunmehr an die Dezentralisierung des Einspruchsverfahrens geschritten werden. Die Befürchtung, dass eine Zersplitterung der bisher einheitlichen Rechtsprechung eintreten könnte, ist heute so ziemlich geschwunden, weil sich bereits gewisse Grundsätze festgelegt haben, welche sowohl den Wohnungskommissären, als auch den Mietamtsvorsitzenden in den Bezirken bekannt sind.

Der Referent stellt daher den Antrag; 1.) In Abänderung des Stadtratsbeschlusses vom 28. November ¹⁹¹⁸ wird mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Dezentralisierung des Anforderungsverfahrens und Bestellung von 21 Wohnungskommissären nunmehr die Fällung der Entscheidung über die gegen die Anforderungsbescheide der Wohnungskommissäre erhobenen Einsprüche, den in den Bezirken bestehenden Mietämtern übertragen. 2.) Das Mietamt der Stadt Wien hat sich nun-

mehr auf jene Ansprüche zu beschränken, welche gegen die vom Wohnungsamt der Stadt Wien erlassenen Entscheidungen eingebracht werden. 3.) Dem Mietamt 8 sind auch die Einsprüche zuzuweisen, die sich auf Doppelwohnungen in Nachbargemeinden beziehen.

StR. Dr. Kienböck bemerkte, dass das Wohnungsamt der Gemeinde Wien, wie man in den Zeitungen gelesen habe, eine Generalaufnahme sämtlicher Wohnungen im Gemeindegebiete plane. Er stehe dieser Absicht sympathisch gegenüber und es scheine ihm ganz richtig zu sein, dass eine Wohnungsaufnahme stattfinde, weil man nur auf diese Weise ein klares Bild von den leerstehenden, nicht benützten Wohnungen etc. bekommen könne. Er sei dafür, dass in dieser Beziehung eine systematische Aktion Platz greife. Selbstredend müsse dieselbe aber auf gesetzlichen Wege durchgeführt werden. Es müsse Gewicht darauf gelegt werden, dass die Wohnungen nur von amtlichen Organen aufgenommen werden. StR. Kürber sprach ebenfalls für die Durchführung dieser Aktion und betonte insbesondere, dass man gewisse Hotels, die jetzt zu Kanzleizwecken etc. verwendet werden, in dieselben ein ^{beziehen möge.} StR. Dr. Scheu hob hervor, dass wegen der Evakuierung von Privathäusern und Aemtern, die bisher von Behörden oder Militär in Anspruch genommen werden, bereits Schritte eingeleitet worden seien. Dieselben oheinen, auch schon eine Wirkung ausgeübt zu haben, nachdem solche bisher für Kanzleien verwendete Wohnungen bereits freigegeben wurden. Natürlich sei es notwendig, dass man über das, was freiwillig hergegeben werde, hinausgehe und dem Wohnungsamt ^{hierzu} die notwendigen Machtmittel an die Hand gebe, weil sonst kein entsprechender Erfolg erzielt werden könne. Weiters teilte er mit, dass die Anforderung der Stundenhôtels schon im Zuge sei. StR. Vaugoin erklärte sich damit einverstanden, dass eine Wohnungskommission geschaffen werde, ^{die} ^{die Kommission} müsse im Stadtrate beschlossen werden. ^{die} dürfe keine einseitige Zusammensetzung aufweisen. Entweder sei es eine amtliche Kommission oder wenn Räte beigezogen werden würden, dann müssten eben alle Räte beigezogen werden. Bezüglich der Stundenhôtels ist er der Anschauung, dass in denselben hauptsächlich Heimkehrer untergebracht werden sollen. StR. Schmid sagte, dass noch immer die Gerüchte von der Demolierung der Rossauerkaserne herumgehen. Er erklärte sich als entschiedener Gegner dieses Demolierungsprojektes, da man die Kaserne, wenn schon nicht zu Wohnzwecken, so zur Unterbringung von Aemtern verwenden könne. Auch das Freihaus könnte, wie dies StR. Breuer bereits beantragt habe, für Wohnzwecke neuerlich instand gesetzt werden.

VB. Hoss machte darauf aufmerksam, dass man nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Geschäftslokale revidieren müsse, weil zweifellos viele Geschäftslokale, die in der letzten Zeit

wie Pilze aus der Erde geschossen seien, keine Notwendigkeit sind. StR. Dr. Grün befr. ~~antwortete~~ ^{antwortete} nochmals seinen bereits seinerzeit gestellten Antrag, dass auch eine Revision jener Geschäftslokale Platz greife, die bei Tag geschlossen und nur bei Nacht für Zwecke des Schleichhandels geöffnet seien.

Der Vorsitzende VB. Immerling glaubt, dass es am zweckdienlichsten sei, wenn der ^{Stadtrate} ^{einigen} ^{elagierenden} ^{Bericht} ^{vorlegen} ^{würde.} ^{Er} ^{würde} ^{des-} ^{halb} ⁱⁿ ^{diesem} ^{Sinne} ^{beim} ^{Bürgermeister} ^{intervenieren.} Die Referentenentwürfe wurden angenommen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.
Wien, 1. Neues Rathaus.

35. Jahrgang, Wien, Freitag, den 19. September 1919, Nr. 376.

Ausgabe neuer amtlicher Einkaufscheine. Vom Montag, den 22. d.M. angefangen werden neue amtliche Einkaufscheine ausgegeben, welche von einem noch besonders zu verlautbarenden Tage an in Kraft treten werden. Die Ausgabe findet bei den Brotkommissionen statt. Mitzubringen sind der derzeitige Einkaufschein und ein Ausweisdokument des Haushaltungsvorstandes. Die derzeitigen Einkaufscheine werden den Inhabern nach Einsichtnahme zurückgestellt und bleiben bis auf weiteres in Kraft. Die Besitzer der neuen Einkaufscheine sind verpflichtet, von ihrem bisherigen Kaffeelieferanten, bisherigen Zuckerlieferanten und bisherigen Lieferanten für frisches Schweinefleisch dessen Firma und die bisherige Nummer der Kundenliste an der hierfür vorgeschriebenen Stelle des Kartenstammes innerhalb zweier Tage eintragen zu lassen. Eine Änderung der Abgabestelle anlässlich der Ausgabe der neuen Einkaufscheine ist nicht zulässig, da die neuen Scheine nur eine Fortsetzung der bisherigen bilden und eine Neuordnung nicht stattfindet. Es werden daher von den neuen Einkaufscheinen die Abschnitte mit den Ziffern 1, 2 und 3, Rayonierungsabschnitte für Kaffee, Zucker und frischem Schweinefleisch bei den Brotkommissionen abgetrennt, desgleichen werden die Abschnitte für Zucker und Kaffee für die Monate August und September abgetrennt welche auf den neuen Einkaufscheinen angebracht wurden, weil die Ausgabe der Scheine bereits im August geplant war. Die Ausgabe findet statt für die Haushalte und Einzelpersonen mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A - E am 22. September, F - H am 23. September, J - L am 24. September, M - Q am 25. September, R, S, Sch am 26. September, St, T, Z am 27. September von 8 Uhr früh bis 11 Uhr mittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 19. September 1919.

Nach zwei monatlichen Ferien trat heute der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Anlässlich des Friedensschlusses wurde der Gemeinderat vom Bgm. Reumann einmal während der Ferien zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen.

Vorsitzender Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Der Wiener Gemeinderat nimmt seine Arbeiten in einer Zeit wieder auf, in der die viel geprüfte Stadt Wien von einer durchdringenden Katastrophe ereilt wird. Die bisherige Kohlennot ^{hat} einen gänzlichen Mangel an Kohle Platz gemacht, der unsere gesamte Wirtschaft zu vernichten droht. Die Anstrengungen, die staatlicherseits und von gemeindewegen erfolgten, blieben fruchtlos. Zusicherungen, die gemacht wurden erfüllten sich nicht. So kann Deutschösterreich nicht leben! Der Anschluss an Deutschland der diesen Staat lebensfähig gemacht hätte wurde nach dem Friedensvertrag verwehrt. Geknebelt, in seiner freien Bewegung gefesselt, ist Deutschösterreich, ist Wien auf die Hilfe der Entente, auf die Hilfe derer, die uns zur Unfreiheit verurteilt haben.

Wir standen heute Vormittag vor der Gefahr, dass der Strassenbahnverkehr augenblicklich eingestellt wird, denn die Zufuhr von Kohle sank neuerlich. Der verfügbare Kohlenvorrat betrug nurmehr $\frac{1}{2}$ Waggon. Die Massnahmen, die beschlossen wurden und am Sonntag in Kraft treten - gänzliche Einstellung des Strassenbahnverkehrs, Achtuhrsperrung aller Lokale und der Haustore - sind schwer zu ertragen. Dabei droht in naher Frist die Sistierung der Stromabgabe für industrielle Zwecke und damit ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Geradezu völlig entnützend ist aber der Gedanke, dass diese noch nie in einer Grossstadt dagewesenen Einschränkungen sich schon in der guten Jahreszeit, in den Monaten bescheidenen Kohlenverbrauches ereignen. Wie soll es erst werden, wenn die Tage kürzer werden, die Kälte hereinbricht, wenn die Zufuhren

naturgemäss Störungen unterliegen? Ich appelliere an die Wiener Bevölkerung auch diesen harten Schlag mit jenem bewunderungswürdigen Mut, jener martyrerhaften Ausdauer zu tragen, mit der sie bisher Hunger und Not aller Art geduldig erlitten hat. Die Hand ist aber zum Schwur erhoben, niemals wieder eine Zeit kommen zu lassen, in der einige wenige Herrscher so grauenvolles Unglück über ein Volk heraufbeschwören können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Die Entente hat uns den Frieden diktiert! Sie trägt eine furchtbare, alles Menschenmass übersteigende Verantwortung, wenn sie unseren Zusammenbrüche untätig zusieht!

Hiermit erkläre ich die Sitzung, in der wir konstatieren müssen, welches Unglück uns ereilt hat, für eröffnet.

Bgm. Reumann verliest den Spendeneinkauf.

Gespendet haben: Architekt Otto Wagner Arbeiten aus dem Nachlasse seines Vaters.

Dr. Josef Neumayer, Bürgermeister der Stadt Wien i. R. seine von R. Hartig modellierte Porträtplakette.

Ing. Satori dem Uhrenmuseum der Stadt Wien einen von ihm erfundenen Regulator.

Viktor Franz Preitensteiner, Cafetier für die armen Wiens 200 K.

Die Direktion des Wiener Vergnügungsparkes, ehemals Kaisergarten 9710 K.

Julius von Szemö, Gutsbesitzer, für wohlthätige Zwecke 130.000 K. Der Betrag wird sukzessive den durch den Krieg in Not geratenen Arbeiterfamilien und den Familien von Kleingewerbetreibenden zugewiesen.

Der Bürgermeister gibt einen Bericht über den Stand der Vergebung von Bauarbeiten für die Notstandsarbeiten der Gemeinde Wien. Hiernach stellt sich die Summe der Gesamtkosten auf rund 13.5 Millionen Kronen im letzten Berichtsabschnitte, auf eine Gesamtsumme der bisher zur Ausschreibung gelangten

Arbeiten mit rund 38.3 Millionen Kronen. Die Gesamtsumme der bisher an Unternehmer vergebene Arbeiten beträgt rund 29.3 Millionen Kronen.

Schriftführerin GRin Marie Bock verliest den Einlauf.

GR. Schmitz (chr. soz.) interpelliert wegen der Erlassung des Verbotes des Rucksackverkehrs; die Interpellation war für die Gemeinderatssitzung vom 29. Juli eingebracht, wurde aber, da diese Sitzung keine geschäftsordnungsmässige war, nicht behandelt. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister als verantwortliches Haupt der Stadt Wien im Hinblick auf das Verbot des Rucksackverkehrs Vorsorgen für den ungehinderten Transport der rayonierten Lebensmittel für die gegenwärtig auf Sommerfrische weilenden Wiener getroffen hat und welche Schritte er zum ausreichenden Schutz der in Betracht kommenden Personen gegen Sekaturen und Schädigungen unternommen hat.

Bgm. Reumann: Das Verbot des sogenannten kleinen Rucksackverkehrs erstreckte sich nach dem Erlasse der Landesregierung nicht auf Lebensmittel aller Art, die ein Wiener seinen in einer Sommerfrische weilenden Angehörigen bringen oder senden wollte, sofern er sich mit einem bezüglichen Generaltransportschein ausweisen konnte. In dieser Beziehung konnte sich daher jeder Wiener vor Sekaturen und Schädigungen schützen; allerdings haben sich die Sommerfrischler solche Generaltransportscheine nur in einer verhältnismässig geringen Zahl ausstellen lassen. Bei diesem Anlasse will ich aber, da die vorliegende Anfrage jetzt wohl nicht mehr aktuell ist, zur Beruhigung der Wiener Bevölkerung noch auf folgenden ausdrücklich aufmerksam machen: Gelegentlich der Rückkehr der Wiener Sommerfrischler wird diesen in vielen Bezirken und Gemeinden der Rücktransport ersparter Lebensmittel gestattet und ihnen zu diesem Zwecke ein Transportschein von der bezüglichen politischen oder Gemeindebehörde ausgestellt; die so gedeckten Lebensmittel sollen angeblich - konkrete Fälle wurden nicht angegeben - den Sommerfrischlern auf den Wiener Bahnhöfen von den Aufsichtsorganen abgenommen worden sein. Ich habe den Magistrat beauftragt, gegen dieses gesetzwidrige Vorgehen sofort bei den zuständigen Stellen energisch Stellung zu nehmen; der Magistrat berichtet mir nunmehr, dass die Aufsichtsorgane der Wiener Bahnhöfe genauestens informiert und angewiesen worden sind, dass so gedeckte Lebensmittel den rückkehrenden Sommerfrischlern unter keinen Umständen beschlagnahmt werden dürfen.

GR. Schmitz (chr. soz.) fragt, welche Schritte der Bürgermeister getan hat, beziehungsweise, welche Vorkehrungen er beabsichtigt, um die bisher im Rucksackverkehr nach Wien gebrachten Milchmengen auch künftig hin nach Wien schaffen und ausschliesslich den Säuglingen und den Kindern über 12 Monaten zuwenden zu lassen. Auch diese Interpellation war für die Sitzung vom 29. Juli bestimmt.

Bgm. Reumann: Ich habe bereits in den Tagesblättern veröffentlicht, dass das seinerzeit über Antrag des Wiener Stadtrates statuierte ausnahmslose Verbot des Rucksackverkehrs, das in der Öffentlichkeit teilweise sehr skeptisch aufgenommen wurde, den beabsichtigten Zweck der Vernehrung der Milchzufuhren nach Wienvolllauf erreichte. Tatsache ist, dass die in Wien einlangenden Milchmengen im steten Ansteigen begriffen sind und das trotz des Umstandes, dass ein grosser Teil sonst für die Zufuhr nach Wien freier Milch von den Tausenden von Sommerfrischlern auf den flachen Lande konsumiert wurde. Da aber das durch das Verbot des Rucksackverkehrs mehr gewonnene Milchquantum von 9000 Litern täglich nur an Kinder bis zu einem Jahr und Kranke ausgegeben wird, so ist dem Wunsche des Herrn Antragstellers, die seinerzeit im Rucksackverkehr nach Wien gelangten Milchmengen auch künftig nach Wien zu schaffen und damit Säuglinge und Kinder zu betheiligen, Genüge geleistet und dies umso mehr als sehr bezweifelt werden muss, ob die seinerzeit im Schleichhandel eingebrachte Milch tatsächlich nur Säuglingen und Kranken zu Gute gekommen ist. Bei dieser Sachlage bin ich naturgemäss nicht in der Lage, mich für eine Änderung des bestehenden Zustandes einzusetzen.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) interpelliert wegen des Preisirrtumes beim Verkaufe von aus den städtischen Vorräten stammenden Kipflerkartoffeln am 20. August und weist darauf hin, dass die Frage, wem, da der Preisunterschied von K 6.96 auf K 3.96 den kaufenden Verbrauchern nicht rückvergütet wurde, der unerwartete Mehrertrag zufliesst und welche Verwendung er gefunden hat. Ist aber der Irrtum in der Preisfestsetzung beim Einkauf durch die Gemeinde unterlaufen, dann ergibt sich im Gemeindehaushalte ein nennenswerter Fehlbetrag. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Angelegenheit restlos aufzuklären.

Bgm. Reumann: Vom Staatsamte für Volksernährung wurde Mitte Juli 1. J. für Kipflerkartoffeln ein dreifacher Preis der Rundkartoffeln grundsätzlich festgelegt. Die n. 8. Landeswirtschaftskommission hat in Entsprechung dieses Grundsatzes in ihrer Sitzung vom 18. Juli 1919 für die Kartoffeln der Ernte 1919 folgende Uebernahmspreise für das Kilogramm festgesetzt: Für Rundkartoffeln K 1.-, für Kipflerkartoffeln K 3.-, für Frühkartoffeln, das sind die bis längstens 15. August 1919 abgelieferten Rundkartoffeln K 2.-. Der letztere Termin wurde dann bis 31. August 1919 erstreckt. Ueber den Uebernahmspreis von Kipflerkartoffeln, die vor dem 15. August abgeliefert würden, wurde nichts bestimmt, da der Landesregierung von fachlicher Seite mitgeteilt wurde, dass Kipflerkartoffeln vor dem 15. August nicht geerntet würden. Es wurden aber bereits vor dem 15. August Kipflerkartoffeln der Gemeinde Wien von der Kriegsgetreideanstalt zugewiesen. Ueber telefonische Anfrage des Magistrates bei der Kriegsgetreideanstalt wurde mitgeteilt, dass dieser Anstalt von der Landesregierung und dem Amte für Volksernährung der Kipflerpreis mit K 6.- per kg angegeben worden sei, und wurde daher mit Berücksichtigung des Schwundes, der Spesen der Gemeinde Wien und der Händlerspannung ein Kleinverkaufspreis von K 6.96 für das Kilogramm festgesetzt. Als dann die bekannten Szenen auf den Märkten vorfielen, bat der Magistrat bei der Landesregierung neuerlich telefonisch angefragt, welche erkläre, dass die Preisfestsetzung von K 6.- per kg nicht zu Recht bestehe und dass der Kipflerubernahmspreis ohne Rücksicht auf den Ablieferungstermin nur K 3.- per kg betrage. Auf diese Erklärung hin wurde der Kleinhandelspreis entsprechend herabgesetzt. Der zuvielbezahlte Uebernahmspreis wurde von den Produzenten zum Teil gelegentlich von Neuanlieferungen bereits hereingebracht, zum Teil ist diese Einhebung im Gange. Der Verkauf von Kipflerkartoffeln wurde nach den Vorfällen auf den Märkten bis zur Festsetzung des neuen Preises sofort eingestellt, sodass nur eine verhältnismässig geringe Zahl von Verbrauchern zu dem teuren Preise einkaufte. Die Kipflerkartoffeln wurden ausserhalb des Rahmens der Rayonierung als Zubusse gegen einfache Durchlochung der Mehlbezugskarte abgegeben und ist eine Zurückzahlung des zuvielbezahlten Betrages mangels einer Kontrolle des tatsächlichen Einkaufes von Kipflerkartoffeln nicht möglich. Das finanzielle Ergebnis des Geschäftes mit Kipflerfrühkartoffeln steht noch nicht fest.

2

GR. Earl Hay (chr. soz.) fragt, ob das Vorgehen der Organe der städtischen Gaswerke, die beim Gasrohrverbrauch in den Haushaltungen die Anzeige an die Polizeidirektion erstatten, richtig ist und wenn nicht, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um in Zukunft die Bevölkerung vor ungerechtfertigten Polizeitrafen zu schützen und das durch die bisher erflossenen ganz ungerechtfertigter Erkenntnisse getane Unrecht sofort zu beseitigen.

Bgm. Reumann: Für Haushalte, in denen sich ausser Gaskecheinrichtungen kein anderer Kochherd befindet, ist der tägliche zulässige Gasverbrauch mit 3 Kubikmeter bemessen. War jedoch in solchen Haushaltungen ein geringerer Gasverbrauch als der höchstzulässige vorgeschrieben, so erfolgte die Neubemessung in sinngemässer Anwendung der betreffenden Verordnung. Hatte demnach ein Haushalt vor dem 4. Dezember 1916 beispielsweise ein Bezugsrecht auf täglich 3.4 Kubikmeter, so beträgt der nunmehr zulässige Gasverbrauch 3 Kubikmeter; betrug der zulässige Verbrauch unter 3 Kubikmeter, so trat in die Bemessung keine Änderung ein.

GR. Zimmerl (chr. soz.) fragt mit Bezugnahme auf die vor einigen Tagen verlautbarte Zuweisung von Petroleum, ob den Bürgermeister bekannt ist, dass die Hausbesorger keinerlei Beleuchtungsmaterial zugewiesen bekommen, ob er geneigt ist, zu intervenieren, dass den Wiener Hausbesorgern Petroleum, das sie zur Ausübung ihres Dienstes brauchen, zugewiesen wird.

Bgm. Reumann: Die Bestimmungen über die Ausgabe neuer Petroleumbezugskarten beruhen auf der Verordnung der Landesregierung vom 21. August. Insofern Hausbesorger bezüglich ihrer Wohnung ausschliesslich auf Petroleumbeleuchtung angewiesen sind, wird ihnen eine Petroleumbezugskarte ausgefolgt. Eine weitergehende Berücksichtigung konnte wegen des ausserordentlichen Mangels an Petroleum nicht stattfinden. Ein besonderer Bedarf der Hausbesorger muss daher durch Verwendung von Wachskerzen oder durch Karbidbeleuchtung gedeckt werden.

GR. Marie Wilsch (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, mit allem Nachdruck die Räumung der Volksschule in II. Bezirk, Untere Augartenstrasse 3 von der Stadtschutzwache zu erwirken und die massgebenden Behörden darauf aufmerksam zu machen, dass sich in 2. Bezirk für die Unterbringung der Stadtschutzwache genügend Objekte befinden.

Bgm. Reumann: Ueber die wiederholten Aufforderungen zur Räumung dieses Schulgebäudes hat die Polizeidirektion mitgeteilt, dass die Räumung mangels eines geeigneten Ersatzobjektes bisher undurchführbar war, dass aber die Bemühungen, ein entsprechendes Lokal zu finden, fortgesetzt werden. Die Polizei wird neuerlich eindringlichst ersucht werden, die für die Instandsetzung des Schulgebäudes für den Unterricht notwendige Räumung unverzüglich zu veranlassen.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) verweist auf die Nachrichten, die besagen, dass alle jene Lehrkräfte, die nach dem neuen Gesetze pensionberechtigt sind, nicht mehr zu Leitern ernannt werden sollen und fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um die auf Leiterstellen anspruchsberechtigte Lehrerschaft vor dem ihr durch diesen Vorgang allfällig neuerlich zugefügten Unrecht zu schützen.

Bgm. Reumann: Die in der Anfrage berührte Angelegenheit fällt ausschliesslich in den Wirkungskreis des Bezirksschulrates. Ich werde die Anfrage als Antrag behandeln und sie der Schulbehörde zur weiteren Veranlassung übermitteln.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) weist darauf hin, dass die Vorrückung vieler Lehrkräfte der Wiener Schulen auch Leiterstellen durch das Verbleiben pensionsreifer Schulleiter gehindert wird. Nach einer schätzungsweise Zusammenstellung würden durch die Pensionierung der pensionsreichen Schulleiter gegen 80 Leiterstellen an Bürgerschulen und bei 150 Leiterstellen an Volksschulen zur Vorrückung frei. Der Interpellant fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenke, um in dieser wichtigen Angelegenheit eine befriedigende Lösung zu finden.

Bgm. Reumann: Die berührte Angelegenheit fällt in den Wirkungskreis der Schulbehörden; ich werde daher die Anfrage als Antrag behandeln und an den Bezirksschulrat weiterleiten.

GR. Schleifer (Soz. Dem.) betont, dass den Fingerhüften die Zahlung von Steuern gestundet wurde, dass ihnen aber nach ihrer Rückkehr vom Militärdienste Verzugszinsen angerechnet werden und fragt ob der Bürgermeister bereit ist, bei den zuständigen staatlichen Behörden dahin zu wirken, dass von amtswegen eine Löschung aller Verzugszinsen und Mahngebühren, sowie die Rücknahme aller Exekutionen für die den Kriegsteilnehmern gestundeten Steuern erfolgt.

Bgm. Reumann: Hinsichtlich der Verzugszinsen wird bemerkt, dass die Stundungen der administrativen Exekution nach den derzeit geltenden Vorschriften wohl keine Nachsicht der Verzugszinsen im Gefolge haben; es ist aber immerhin möglich, dass zurückgekehrten Kriegsteilnehmern bei Rückständen für mehrere Jahre auch Verzugszinsen für mehrere Jahre aufgerechnet werden. Darin liegt zweifellos eine Härte. Da aber die Gemeinde aus eigener Machtvollkommenheit keine Abhilfe schaffen kann, wird die Anfrage der Finanzlandesdirektion abgetreten werden.

GR. Klimes (Tscheche) bespricht in einer Interpellation die Vorfälle bei der Abreise der Wiener Sokoln nach Zmaín am Nordwestbahnhof und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, künftighin bei den kompetenten Faktoren seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass sich derartige, das gegenseitige freundschaftliche Verhältnis zwischen der deutschösterreichischen und tschechoslovakischen Republik, welches die tschechoslovakische Minderheit in Wien vollen Ernstes mit voller Aufrichtigkeit anstrebt, gefährdende Vorkommnisse nicht mehr wiederholen und dass einigen skrupellosen Hetzern das Handwerk gelegt werde, die bei jeder Verantwortlichkeitsgefühls sich zu Handlungen hinreissen lassen, durch welche die schwerköpfige Wiener Bevölkerung, ob deutsch- oder tschechoslovakisch, noch mehr geschädigt und noch grösseren Entbehrungen ausgesetzt werde.

Bgm. Reumann: Ich werde von dieser Anfrage dem Herrn Staatssekretär für Inneres zur weiteren Verfügung Mitteilung machen.

GR. Kohl (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass sich Leute unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Schleichhandels von der Gemeinde eine Konzession oder einen Gewerbeschein zu verschaffen wissen, womit sie billig Lebensmittel kaufen können, die sie dann wieder teuer verkaufen. Er fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Erteilung von solchen Konzessionen und Gewerbescheinen eingestellt wird.

Bgm. Reumann: Der gewerbsmässige An- und Verkauf von Lebensmitteln ist ein freies Gewerbe und kann der Gewerbeschein nicht verweigert werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind. Ausser der Gewerbeberechtigung ist aber noch eine besondere Bewilligung der politischen Bezirksbehörde notwendig, die nach freiem Ermessen ausgefertigt wird und die von der politischen Landesbehörde jederzeit widerrufen werden kann. Beschwerden über Missbräuche der besonderen Erlaubnis sind der Magistratsabteilung 17 nicht bekannt. Immerhin könnten die magistratischen Bezirksämter angewiesen werden, Bewilligungen zum Lebensmittelhandel nur ganz verlässlichen Bewerbern zu erteilen und in Fällen eines Missbrauches bei der Landesregierung die Zurücknahme zu verlangen.

GR. Josef Müller (chr. soz.) fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die magistratischen Ämter zu beauftragen, alle Schulbücher, soweit sie der Gemeinde zum Kauf angeboten werden, käuflich zu übernehmen.

Bgm. Reumann: Von der städtischen Lernmittelverwaltung wurden die für die Volksschulbücher in Betracht kommenden Vorläge von der eventuell bevorstehenden unentgeltlichen Abgabe der Schulbücher in Kenntnis gesetzt und ersucht die Geschäftsleute hierauf aufmerksam zu machen. Ueber etwaige Kaufangebote von Büchern seitens der Schulbücherverschleisser wird der Magistrat unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse dem Stadtrate entsprechende Anträge vorlegen.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) betont, die schlechte Beschaffenheit der städtischen Marmelade und erwähnt die Gerüchte, dass sich in Besitze der Gemeinde noch grössere Mengen befinden sollen, wovon bereits ein Teil in Gährung übergeht. Er fragt, ob der Bürgermeister bereit ist, um den verbreiteten Gerüchten entgegenzutreten, eine Kommission zur Überprüfung und Untersuchung der Marmelade einzusetzen, die dem Gemeinderate Bericht zu erstatten hätte.

Bgm. Reumann: Da in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit eine erschöpfende Besprechung der angeschnittenen Fragen nicht möglich ist, wird die Beantwortung in der nächsten Sitzung erfolgen.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) spricht in einer Anfrage von den in Schwechat in den Jahren 1915-1917 eingemieteten Kartoffeln, die zum grössten Teile zu Grunde gegangen sein sollen und ersucht den Bürgermeister erheben zu lassen wieviel Waggons eingemietet und wieviel Waggons gesunder Kartoffel aus den Mieten dem Konsum zugeführt wurden, und wünscht, dass bei der heurigen Kartoffelernte zur Aufbewahrung der Kartoffel jene Kreise herangezogen werden, die sich schon vor dem Kriege mit dem Einwintern von Kartoffeln beschäftigt haben, wobei für eine richtige Aufbewahrung seitens der Einlagerer Garantien gegeben werden müssten.

Bgm. Reumann: Im Herbst 1915 wurden 837 Waggons eingemietet, 768 in den Verkehr gebracht, daher Schwund 69 Waggons oder rund 8%. Im Herbst 1916 eingemietet: 1479 Waggons, in den Verkehr gebracht 1400 Waggons, Schwund betrug 79 Waggons oder 6%. 1917: eingemietet: 2661, in den Verkehr gebracht 2382, Schwund 279 Waggons, 10%. Im Herbst 1918 fand keine Einmietung statt, da das Kartoffelgeschäft für das kommende Versorgungsjahr der Wiener Obst- und Gemüseverteilungsstelle übertragen wurde. Diese beabsichtigt weder Einlagerungen noch Einmietungen vorzunehmen, sondern die Kartoffeln sofort an jene Verbraucher abzugeben, die in der Lage sind, ihren Wintervorrat selbst aufzubewahren.

GR. Kohl (sozialdem.) verlangt in seiner Interpellation die Weiterleitung der J2 wagen bis zum Praterstern mit Rücksicht auf den starken Verkehr zur Nordbahn.

Bgm. Reumann verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, in dem es heisst, dass infolge des bedeutend eingeschränkten Verkehrs auf der Nordbahn sogar die zur Entlastung der 2er Linie eingeführte Linie 02 aufgelassen wurde. Der derzeitige bestehende Verkehr genüge. Ganz abgesehen von der augenblicklichen Kohlennot könne an die Einführung einer ganz neuen Linie insoweit nicht gedacht werden, als früher betriebene Strecken eingespart bleiben.

GR. Untermüller (chr. soz.) und Paulitschke (chr. soz.) verweisen in einer Anfrage darauf, dass das Schulgebäude VI., Mittelgasse 24 seit Mai leer steht und trotzdem mit den Instandsetzungsarbeiten erst Ende August begonnen wurde. Dadurch wurde es unmöglich, dass das Schulgebäude mit Beginn des Schuljahres seinen Zwecke zugeführt wird. Vermutlich um die Arbeiten zu beschleunigen, wird jetzt sogar an Sonntagen gearbeitet, wodurch den dort beschäftigten Arbeitern ihr gesetzlicher Ruhetag genommen weseheint. Es wird die Anfrage gestellt. 1.) Ist der Herr Bürgermeister geneigt die städtischen Ämter anweisen zu wollen, dass freierwerdende Schulgebäude ungesäumt den notwendigen Instandsetzungsarbeiten unterzogen werden? 2.) Ist der Herr Bürgermeister bereit, alles vorkehren zu wollen, dass Sonntagsarbeit wirklich nur in unaufschiebbaren Fällen gefordert wird?

Bgm. Reumann: Die Schule wurde Ende Mai in äusserst verfallenen Zustände von der Heeresverwaltung zurückübernommen. Im Monate Juni wurden die Aufnahmen der umfangreichen durchzuführenden Arbeiten vorgenommen, die Kostenanschläge verfasst und die Vergebung der Arbeiten eingeleitet, deren Genehmigung durch den Stadtrat am 16. August erfolgte. Gleich zu Beginn der Arbeiten ergaben sich Schwierigkeiten infolge des Mangels an Arbeitskräften. Es war dem Ersteher der Baumeisterarbeiten, trotz Unterstützung durch das Bstadtbauamt nicht möglich, die Zahl der Arbeiter so zu vermehren, wie es der Umfang der Arbeiten und deren Dringlichkeit erfordert hätten. Um die Verögerung in der Arbeitsdurchführung halbwegs wett zu machen, wurden gegen die Sonntagsarbeit ausnahmsweise kein Einwand erhoben. Die Schule wird trotz dieser Erschwernisse aller Voraussicht nach bis Ende d.M. für Schulzwecke benützungsfähig sein.

GR. Gabriela Walter (chr. soz.) stellt folgende Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister geneigt dafür Sorge zu tragen, dass den Mitgliedern der Brotkommissionen eine Erhöhung der Zehrgelder in der Weise zu teil werde, dass für je drei Arbeitsstunden 10 Kronen ausbezahlt werden?

3

Bgm. Reumann: In dieser Angelegenheit sind bereits Verhandlungen im Zuge, deren Ergebnis noch nicht abgeschlossen ist.

GR. Vaugoin (chr.-soz.) verweist in einer Anfrage darauf, dass über Intervention des Wiener Bürger- und Ständerates der Bürgermeister den Wohnungskommissären der magistratischen Bezirksämter in einer Zuschrift freigestellt hat, die Vertreter des Bürger- und Ständerates zu den Wohnungskommissionen einzuladen. Von dieser Verfügung des Herrn Bürgermeisters hat der Magistratsrat Dr. Pappe im XX. Bezirk Gebrauch gemacht und zu den Wohnungskommissionen ausserdem Arbeiterräte auch die nominierten Vertreter des Bürger- und Ständerates beigegeben seinen Willen die Vertreter des Bürger- und Ständerates zu den Kommissionen eingeladen habe, erklärte er, dass er als Beamter aus objektiven Gründen sowohl die Vertreter des Bürger- und Ständerates, als auch die Arbeiterräte zu den obgenannten Kommissionen eingeladen hatte und auch weiter einladen werde, bis seitens des Herrn Bürgermeisters eine andere Entscheidung herbeigeführt werde. Diese Erklärung wurde scheinbar seitens des Bezirksvorstehers nicht angenommen und Herr Dr. Pappe kurze Zeit darauf in den V. Bezirk als Bezirksamtsleiter versetzt. Der neuernannte Wohnungskommissär zog nunmehr die Bürgerräte nicht mehr zu den Wohnungskommissionen bei und erklärte auf die Anfrage des Obmanns der Bezirksgruppe XX des Bürger- und Ständerates, dass er der Bezirksvorsteherung unterstehe und deren Weisungen befolgen müsse. Er könne daher ohne Auftrag des Bezirksvorstehers Einladungen an die Mitglieder der Wohnungskommission nicht aussenden. Ueber diesen Vorfall herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung des XX. Bezirkes mit Recht Entrüstung, weshalb ich an den Herrn Bürgermeister folgen Antrag stelle. Aus welchem Grunde erfolgte die Versetzung dieses objektiv tätig gewesenen Beamten, die dann wie eine Massregelung aussieht? - Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Herrn Bezirksvorsteher des XX. Bezirkes darauf aufmerksam zu machen, dass das magistratische Bezirksamt eine von der Bezirksvorsteherung vollständig unabhängige Behörde ist und dass daher jeder Einfluss auf den Betrieb des magistratischen Bezirksamtes seinerseits ungehörig und über seinen Wirkungskreis hinausgehend ist, sowie dass er die Weisungen seines obersten Chefs des Herrn Bürgermeisters zu beachten und keinen gegenteiligen Einfluss auf die Beamtenschaft auszuüben hat? - Ist der Herr Bürgermeister geneigt, das Wohnungsamt zu beauftragen, den neuen Kommissär für den XX. Bezirk dahin zu informieren, dass er mit voller Objektivität nur nach den Weisungen des Herrn Bürgermeisters und des Wohnungsamtes vorzugehen und gegenteiligen Weisungen des Herrn Bezirksvorstehers keine Folge zu leisten hat? -

Bgm. Reumann: Vor allen muss ich betonen, dass das Recht „ der Zuweisung des Personals beim Magistrate und bei allen Gemeindeämtern und Gemeindeanstalten “ nach Paragraph 86 des Gemeindestatutes mir zusteht. Nichtsdestoweniger stehe ich nicht an, dem Herrn Interpellanten mitzuteilen, dass die Versetzung des Magistratsrates Dr. Pappe vom XX. in den V. Bezirk wegen fortdauernder Unstimmigkeiten zwischen den Bezirksvorsteher und dem genannten Bezirksamtsleiter im Interesse einer klaglosen Amtsführung erfolgte und auch dem Wunsche des letztgenannten entsprach. Eine Massregelung desselben liegt daher keineswegs vor, ebensowenig wie derartige Versetzungen in früherer Zeit als Massregelungen gemeint oder empfunden wurden. Von einer Ueberschreitung des Wirkungskreises des Bezirksvorstehers ist mir nichts bekannt, doch werde ich nicht ermangeln, weitere Erhebungen zu pflegen. - Desgleichen werde ich sicherlich darüber wachen, dass der neue Wohnungskommissär des XX. Bezirkes die im obliegenden Verpflichtungen mit voller Objektivität nach meinem und des Wohnungsamtes Weisungen versieht, was ich aber bis jetzt bei dem Bezirksamtsleiter, der versetzt wurde, nicht bemerken konnte.

GR. Koppensteiner: (christ.-soz.) ersucht den Bürgermeister die Gründe der Versetzung des Bezirksamtsleiters des 20. Bezirkes Magistrats-Rates Dr. Pape mitzuteilen.

Bgm. Reumann: Diese Anfrage ist durch die Beantwortung der Interpellation des GR. Vaugoin erledigt.

GR. Koppensteiner: (christ.-soz.) führt aus, dass der Bezirksvorsteher des 20. Bezirkes Josef Janacek bei der Durchführung der Wahlen des Ortsschul-

rates und des Armeninstitutes nur die sozialdemokratische, die tschechische und die jüdisch-nationale Liste berücksichtigt hat, die Liste der christlich-sozialen Partei aber trotz des bestehenden Verhältniswahlrechtes zurückgewiesen hat. Er fragt, ob der Bürgermeister gesonnen ist, ^{der} bestehende Gemeindevahlordnung gemäss, diesen Wahlakt für Null und nichtig zu erklären.

Bgm. Reumann: Ich werde über diese Angelegenheit Erhebungen pflegen lassen und dann berichten.

GR. Feldmann: (Nat.-Dem.) weist auf die vorstehenden Aenderungen beim Bezirkswirtschaftsamt der Stadt Wien hin und ersucht, dem Bürgermeister mitzuteilen, wie sich der Gemeinderat für den Fall der Abtretung der ganzen Geschäftsführung an das Volksnährungsamt seinen Einfluss sichert, und ob der Bürgermeister geneigt ist, in dieser Frage, bevor sie in den Stadtrat und in den Gemeinderat kommt, alle Parteien, also auch die kleineren Minderheitsparteien zu informieren und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Bgm. Reumann: In der Angelegenheit des Abbaues des Bezirkswirtschaftsamtes hat der Stadtrat am 10. ds. Mts. Beschlüsse gefasst; er hat auch ein Komitee zur Beratung dieser Frage eingesetzt. Eine weitere Erörterung der Angelegenheit derzeit nicht angemessen, um den vom Stadtrate eingesetzten Komitee nicht vorzugreifen.

GR. Körber (christ.-soz.) beantragt im Frühjahr im 2. Bezirk in der Kothbaurerlache rechts von der Hauptalle ein Volkskinderbad zu errichten.

GRin Marie Wielsch: (christl.-soz.) beantragt, in der Schule II., Aspernallee den Unterricht in 5 selbständigen Normalklassen nebst einer Anschlussklasse sofort aufzunehmen.

GR. Schmölzner (chr.-soz.) beantragt die Fertigstellung des gradlinigen Durchzuges der Erdbergerstrasse zum städtischen Gaswerk in Simmering.

GR. Thonner (Soz.-Dem.) beantragt die auf dem Währinger Friedhof befindlichen Grabstätten von Robert Blum, Wenzel Messenhauser und Alfred Becher, die verfallen und mit Gras überwachsen sind, wieder herzustellen, mit einem Erinnerungszeichen zu schmücken und dauernd zu erhalten.

GR. Gross (Soz.-Dem.) beantragt das Einvernehmen mit der Regierung herzustellen, zwecks Schaffung eines neuen, beziehungsweise Aenderung des alten Heimatsrechtgesetzes, unter Berücksichtigung nicht nur der Zeit des Aufenthaltes, sondern besonders der wirtschaftlichen Verhältnisse der Aufnahmewerber.

GR. Zimmerl (chr.-soz.) weist auf die geeignete Lage und die geeigneten Baulichkeiten der ehemaligen Hofstallung für die Abhaltung einer Wiener Messe hin, wodurch diese historische Gebäude in seiner bisherigen äusseren Form erhalten bliebe und stellt den Antrag, dass sich die Gemeinde an einer Aktiengesellschaft der Gründung der Wiener Messe mit 2 Millionen Kronen beteilige und die hofräthliche Verwaltung, die Landesverwaltung etc. auffordert, zur Vorbereitung der Gründung ist ein Komitee einzusetzen, in das die obgenannten Körperschaften Vertreter zu entsenden hätten.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bgm. Hoss (christl.-Soz.) berichtet über die Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses, betreffend den Verkauf einer Liegenschaft in Hütteldorf aus der Maria Nickelstiftung. Seine Anträge werden angenommen.

Nach einem Berichte des Vize-Bgm. Hoss (christ.-soz.) wird zur Erhaltung der Amts- und Anstaltsgebäude ein Zuschusskredit von 80.000 K und für die Gebäudehaltung der Schulhäuser ein Zuschusskredit von 115.000 K für das Jahr 1918/1919 bewilligt.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Aenderung der grundsätzlichen Bestimmungen für Grabsteinerhaltungswidmungen, welche auf Grund von Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes notwendig wurden. Seine Anträge wurden angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Breitner (Soz.-Dem.) werden dem Verband der Angestellten der Gemeinde Wien für Kanzleizwecke ausserdem bis jetzt überlassenen Räumen noch die derzeitigen Räume der Stadtbuchhaltung Abt. Xc unentgeltlich überlassen. Ebenso wird dem Verbands eine Kanzlei für den Leiter der vom Verbands geleiteten Kriegsküche am neuen Amtshause überlassen.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über ein Mehrerergebnis für die Schlackenverföhrung vom Simmeringer Gaswerk zum Kontumazmarkt und zur Döblerhofgasse. Es wird ein weiterer Betrag von 500.000 K genehmigt und somit der Gesamtkredit auf 1.050.000 K erhöht. Weiters wird dem Feld- und Industriebahn-Werken das 15%ige Entgelt bis zur Errichtung des Betrages von 157.000 K genehmigt.

StR. Breitner (Soz.-Dem.) referiert über die Neuregelung der finanziellen Verhältnisse der Donau-Regulierungskommission. Hiemit erklärt sich der Gemeinderat damit einverstanden, dass das gesetzliche Bau-Programm vom Jahre 1912 hinsichtlich der noch nicht vollendeten Bauten und der voraussichtlichen Mehrkosten revidiert und die Weiterführung der Arbeiten im gesetzmässigen Wege geregelt wird, dass die Kommission die gesetzliche Ermächtigung erwirke, bis zu dieser Regelung für noch nicht begonnene Arbeiten die bewilligten Kredite zur Vollendung der dringendsten Arbeiten zu verwenden und dass die Kommission bis zur Erlangung der Ermächtigung die Effekten des Reservefonds für die seinerzeitige Ausgestaltung des Hochwasserschutzes in Wien belehne.

Nach einem Berichte des StR. Breitner (Soz.-Dem.) wird der Statutensänderung des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zugestimmt.

StR. Breitner: (Soz.-Dem.) berichtet über Massnahmen gegen die Verwüstung des Czertoryskiparkes in Währing. Die Umwandlung eines Teiles dieses Parkes in eine öffentliche Gartenanlage, sowie die Schaffung eines Durchganges von der Kreuzgasse zur Stadtbahnbrücke wird mit einem Kostenaufwande von 42.000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Breitner (Soz.-Dem.) wird dem Verbands der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs die Stundung des gewährten unverzinslichen, nach 6 Monaten rückzahlbaren Darlehens von 500.000 K bis längstens 30. Juni 1920 bewilligt.

GR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Finanzlage der Gemeinde Wien und beantragt aus den Beständen des Investitionsanlehens des Jahres 1914 einen Betrag von 30 Millionen Kronen vorschussweise zur Deckung laufender Erfordernisse zu verwenden. Weiters beantragte er bei der Gebarung im Jahre 1919/20 dahin zu trachten, dass mit diesem Vorschlag im Vorausschlag vorhergesehen Ausgaben das Auskommen gefunden werde und dass nachtrag und Zuschusskredite nach Tunlichkeit zu vermeiden sind. Der Referent berichtet zur Begründung seines ersten Antrages über die Finanzlage der Gemeinde, wobei er erwähnt, dass von den 22 Millionen, die vom Lande als staatliche Zuweisungen für die Gemeinde abzuführen sind, erst nach langen Verhandlungen eine Kontorzahlung von 10 Millionen Kronen geleistet wurde. Das liquidierende Kriegministerium, Schuldet der Gemeinde 14 1/2 Millionen für Wiederherstellung von Schulhäusern und 4 1/2 Millionen für verbrauchten Koks, Gas- und Elektrizität, doch ist trotz wiederholter Vorstellungen bloss die lächerliche Kontorzahlung von 50.000 Kronen in Aussicht gestellt worden. Das vom Staate zugesprochene Erträgnis der Verzerhungssteuer mit 12 Millionen Kronen und der in Aussicht gestellte Anteil an der Hauszinssteuer mit 24 Millionen ergibt für das erste Quartal eine Forderung von 9 Millionen an den Staat, die aber bisher nicht berücksichtigt wurde, da sich die Nationalversammlung mit der Angelegenheit noch nicht beschäftigt hat. Den Krankenanstaltsfond mussten wir, da er vor der Pfändung stand 9 Millionen Kronen vorschliessen. Eine Verschlechterung der Finanzlage Wiens bildet auch der Umstand, dass alle Unternehmungen mit einem Defizit schliessen. Vorschüsse mussten gewährt werden. 10 Millionen dem Elektrizitätswerk, um 14 Millionen haben das Gas- und Elektrizitätswerk neuerdings angesucht und auch die Strassenbahn wird an uns herantreten, wenn jetzt der Betrieb auch nur für kurze Zeit eingestellt werden müsste. Es handelt sich also um 23 Millionen Kronen, die bis jetzt nicht eingegangen sind, jedoch im Vorausschlag mit Berücksichtigungen gezogen wurden. Die finanzielle Lage der Stadt Wien wird aber noch schwer erschüttert sein, weil wir noch nicht am Ende der aufsteigenden Linie der Teuerung angelangt sind. Um Zuschusskredite und dergleichen zu vermeiden, wird in nächster Zeit dem Stadt- und Gemeinderat eine Neuerung der Budgetpost von 210 Millionen Kronen für Bauten unterbreitet werden, damit nur jene Bauten vollführt werden, mit denen obige Post das Auslangen findet. (Angenommen).

4

GR. Biber (chr.-soz.) berichtet über die Erbauung einer Doppelschule im 10. Bezirk, auf den zwischen Trostgasse und Hartnauhgasse einerseits, sowie Halberghetgasse und Gussriegelstrasse andererseits gelegenen Grundstück der Gemeinde und beantragt den schätzungsweise Kostenbetrag von 5.982.000 Kronen zu genehmigen.

GR. Wawerka (chr.-soz.) weist auf die Notwendigkeit dieses Schulbaus aus verschiedenen Gründen hin. Das Schulhaus erbaue im südwestlichen Teil des Bezirkes, der dichtbevölkert sei und wo eine Vermehrung der Bevölkerung stattfindet. Die Bedenken des Magistrats, dass die Schülerzahl im Rückgang begriffen sei, sei belanglos. Denn er spricht von einem Rückgang von 2.200 Schülern, was bei der Annahme von 40 Schulen im Bezirke pro Schule eine Entlastung von nur 50 Schülern und wenn man jede Schule mit 10 Klassen rechnet, für jede Klasse bloss 5 Schüler ausmache. Wenn das neue Gebäude mit 30 Lehrzimmern, für je 40 Schüler annehme, so ergebe sich für jede im Bezirk bestehende Schulklasse bloss eine Entlastung von 3 Schülern. Gerade im 10. Bezirk sei der Bau einer Schule notwendig, da die Volksschule in der Quellenstrasse 23 gänzlich geschlossen werden musste, da sich die vorzunehmenden Wiederherstellungsarbeiten bedeutend höher stellen, als der Bau einer neuen Schule. Eine weitere Notwendigkeit dieses Bau in Angriff zu nehmen, bildet der Umstand, dass dieser Bau unter dem am 19. Februar 1919 vom Gemeinderat in Aussicht genommenen Notstandsbauteil zur Bekämpfung der Arbeitsnot sich befindet. Es spreche alle Umstände dafür, dass dieser Bau unverzüglich unternommen wird. Um jedoch eine rasche Inangriffnahme des Projektes zu sichern stellt GR. Biber den Antrag, das Stadtbauamt zu beauftragen, die Offertverhandlungen sofort aufzuschreiben, damit die, für die Verwaltungsperiode 1920 für diesen Bau eingestellte Summe auch tatsächlich zur Verwen-

GR. Jorde (Soz.-Dem.) Es gilt frühere Sünden gützumachen. Gerade die äusseren Bezirke wurden in den letzten Jahrzehnten stiefmütterlich behandelt. Es ist die Gefahr vorhanden, dass trotz dem guten Willen der Mehrheit das Geld nicht vorhanden sein wird, um die Schule so rasch zu bauen, wie es gewünscht. Die Lehrerschaft fordert, dass künftig bei jedem Schulbau eine eigene Kommission, in der auch Lehrer, Aerzte und Architekten vertreten sind, gebildet wird, welche die Baupläne zu prüfen hätte. Bei der Bauführung muss auch darauf Rücksicht genommen werden, dass die neue Schulreform vor allem auf den Arbeitsunterricht begründet sein wird. Es mögen daher die entsprechenden Arbeitsäle eingebaut werden. Ich wende mich dagegen, dass diese Schule 30 Klassen aufweisen soll; die Lehrerschaft hat die sogenannten Mammuschulen verurteilt. Eine weitere Forderung ist die rechtzeitige Fertigstellung der Schule. Ich erwarte, dass das Lehrpersonal an der Schule sofort systemisiert wird, damit nicht die Schule mit ganz jungen unerfahrenen Lehrern den Unterricht beginnen muss.

StR. Biber (chr.-soz.) bemerkt in seinem Schlussworte, dass bei den grossen Freisschwankungen eine Bau-Ausschreibung im heurigen Jahre der Ausschreibung im nächsten Jahre gar nicht entsprechen würde. Er schliesst sich daher dem Antrag Wawerka mit der Einschränkung an, dass das Stadtbauamt beauftragt wird, die Arbeiten im Frühjahr des nächsten Jahres derart zeitgerecht auszuschreiben, dass die Arbeiten bei Beginn der Bausaison sofort in Angriff genommen werden können. Wenn behauptet wurde, dass frühere Sünden gützumachen sind, so trifft das nicht zu, denn es wurde gerade auf dem Gebiete des Schulbaues und Schulwesens in der letzten Zeit hervorragendes geleistet, Leistungen, die nicht nur in unserer Vaterstadt volle Anerkennung gefunden, sondern im gesamten Auslande uneingeschränktes Lob erfahren haben. (Zustimmung bei den Christlichsozialen).

Bei der Abstimmung wird der Stadtratsantrag mit der vom Referenten vorgeschlagenen Abänderung, betreffend die Bauschreibung angenommen; die Anträge Wawerka und Kramer werden genügend unterstützt.

StR. Bombeck (soz.-Dem.) bringt die Schlussabrechnung über verschiedene Herstellungen und Erweiterungsbauten bei den städtischen Gaswerken zur Kenntnis und werden die durch diese Arbeiten auflaufenden Kosten im Gesamtbetrage von rund 3.000.000 K genehmigt.

GR. Dr. Alma Seitz (christl. soz.) berichtet über den Antrag

betreffend die Aufhebung des Eheverbotes für Fürsorgerinnen des Jugendamtes.

GR. Gabriele Walter (christl. soz.) dankt der Referentin für ihr Eintreten im Interesse der Jugendfürsorgerinnen und bittet um Annahme des Antrages.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

Ueber Antrag des StR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.) wird eine Zuschrift des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten betreffend die Regelung der Bautätigkeit während der Uebergangswirtschaft zur Kenntnis genommen.

Nach einem Berichte des StR. Speiser (Soz.-Dem.) wird den rechtskundigen Beamten, die im abgelaufenen Unterrichtskurse zur fachlichen Ausbildung der im Konzeptsdienst verwendeten Kanzleiorgane vorgetragen haben, mit 30 K für jede Stunde festgesetzt. Dem Mitgliedern der Prüfungskommission wird für die bereits abgehaltenen Prüfungen eine Entschädigung von 30 K und für künftige Prüfungen eine Entschädigung von 20 K für jeden Prüfungshalbtag unter der Voraussetzung gewährt, dass an jedem Halbtage mindestens 8 Kursteilnehmer zur Prüfung gelangen (gelangten).

StR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die bereits bekannten Bedingungen der unentgeltlichen Abgabe von Lernmitteln an die Kinder der städt. Schulen.

GR. Kunschak (christl.) erhebt gegen die Behandlung von Geschäftsstücken im Gemeinderate und gegen die Führung der Verhandlungen überhaupt Einspruch. Während im Gemeinderate beraten und abgestimmt wird, ist das in Rede stehende Referat schon zur Tat umgesetzt worden und die Kernmittel wurden an den Schulen bereits verteilt. Wenn die Sache rasch behandelt werden muss, so liessen sich doch Mittel und Wege finden, sie dem Gemeinderate rechtzeitig zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Der in Rede stehende Gegenstand finde auch nicht die volle Zustimmung seiner Partei, weil sie auf dem Standpunkte stehe, dass mit den Mitteln der Gemeinde nicht ohne dringende Veranlassung in einer solchen Art umgegangen werde; bei der Abgabe von Lernmitteln soll die Kaufkraft der Eltern keine Rolle spielen. Seine Partei sehe auf dem Standpunkte, dass den Kindern, deren Eltern in wirtschaftlich schlechten Verhältnissen leben, die Lernmittel beigestellt werden. Es bestehe ja der Schulzwang, aber dieses Argument könne nicht dazu führen, dass man auch den Kindern reicher Eltern die Lernmittel unentgeltlich zur Verfügung stelle. Wenn dagegen die erzieherischen Rücksichten angeführt werden, so ist Redner der Meinung, dass das Gefühl der Armut bei den Kindern nicht abgeschafft werden kann, da es ja auch noch andere Einrichtungen, wie die unentgeltliche Abgabe von Schuhen, die öffentliche Ausspeisung bestehen, die den Unterschied zwischen arm und reichen Kindern immer wieder kennzeichnen werden.

GR. Skaret (Soz.-Dem.): Aber in der Schulklasse kommt der Unterschied nicht zum Ausdruck.

GR. Kunschak (christl.-soz.) betont, dass er auch in der Schulklasse zum Ausdruck komme, da sich die armen Kinder immer von den reichen unterscheiden. Durch die Verteilung der Lernmittel kann der Unterschied zwischen arm und reich nicht verwischt werden. Der Erfolg, der angestrebt wird, stehe in keinem Verhältnisse zu dem Aufwande, der gemacht werden muss. Es wird auch mit dem angenommenen Betrage nicht das Auslangen gefunden werden und es wird bald im Gemeinderate ein Nachtragskredit angefordert werden müssen. Feinlich habe es auch berührt, dass der Beschluss jetzt gefasst wurde, in dem Augenblicke, wo die ganze Versorgung mit Lernmitteln bis zum Ende abgeschlossen ist. Hiedurch sei ein schwerer Eingriff in das Geschäftsleben begangen worden, der bei vielen Geschäftsleuten eine schwere Schädigung nach sich ziehen wird. Es gebe hier nur das eine Mittel, dass die betreffenden Geschäftsleute der Gemeinde ihre Vorräte verkaufen.

Redner betont, dass seine Partei für den Antrag stimmen werde, aber unter Protest, dass etwas beschlossen werde, was bereits durchgeführt wird, unter Protest gegen den Erfolg, an den sie nicht glaubten, und unter Protest gegen die Schädigung der Geschäftswelt.

GR. Grünwald (Soz.-Dem.) stellt den Antrag: Es möge der Stadtrat in Erwägung ziehen in wie weit die einheitliche Herstellung der Lernmittel im kommunalen Betrieb erfolgen kann. In dieser Richtung kann ein grosses Stück praktischer Sozialisierung getan werden. Wenn dem Einwande erhoben wird, dass wir mit der Eigenregie in der Gemeinde mit Rücksicht auf die Forderungen der Arbeiter in der letzten Zeit nicht gerade günstige Erfahrungen gemacht haben, so muss den entgegengehalten werden, dass es sich hier nicht um kommunalmonopolistische Betriebe handelt, weil die Herstellung von Lernmitteln sicherlich ausserhalb dieser in anderen Betrieben erfolgt, in welchen schon seit langen geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestehen. Bezüglich der Schulbücher wurde bisher auf Kosten der Eltern die allergrößte Korruption betrieben. Es ist allen Fachleuten bekannt dass die Aenderung der Auflage der Schulbücher in nichts anderem bestand, als dass man das Titelblatt weggerissen oder aus einer Druckplatte irgend ein belangloses Wort herausgestochen und ein anderes hineingesetzt hat, nur um die Herstellung einer Neuauflage zu ermöglichen und zu begründen. Ich bitte bei der Durchführung meines Antrages auf dieser Frage ihr Augenmerk zuzuwenden. (Beifall links).

GR. Amalie Seidel (Soz.-Dem.): Wir bedauern ganz ausserordentlich, dass wir nicht in der Lage sind die Unterschiede zwischen arm und reich aufheben zu können. Aber es ist unser unausgesetztes Bestreben, diese Unterschiede zunächst auszugleichen und dahin zu wirken, dass sie einmal verschwinden. Was uns bei der Durchführung dieser Anträge leitet, ist das Bewusstsein, dass wir den kleinen armen Kindern in der Klasse das Gefühl ersparen wollen, Menschen anderer Gattung zu sein, bloss deswegen, weil ihre Eltern nicht in der Lage sind für die Lernmittel aufzukommen, die man in der Schulklasse braucht. Es müssen die Unterschiede zwischen arm und reich wenigstens dort ausgeglichen werden, wo sie ausgeglichen werden können. Dass wir dabei eine alte Forderung unseres sozialdemokratischen Kommunalprogramms verwirklichen, wird nicht bestritten. Unser Programm hat den Vorrang den vernünftigen Forderungen der Pädagogen, die bisher in Oesterreich immer taube Ohren gefunden haben, nachzukommen. Wir bedauern ausserordentlich, dass wir nicht in der Lage sind, die Klassengegensätze vollständig zu beseitigen, wir werden aber alles tun eine Gesellschaftsordnung zu verbessern oder zu beseitigen, die schon diesen Klassenunterschied den kleinen Kindern fühlbar macht. (Beifall links.)

GR. Forstner (Soz.-Dem.) beklagt, dass die christl.-soziale Presse die Angelegenheit nicht von dem Standpunkte aus aufnahm, wie sie es wert gewesen wäre und wiederum mit der Judenfrage verknüpfte, zu dem sie die Sozialdemokraten als Judenschutztruppe hinstellte. Es habe sich aber lediglich darum gehandelt, dem armen Kinde die Schulbücher in einer Weise zu geben die nicht verletzend ist und um die Gleichheit der Kinder in diesem Belange herzustellen. Er stimme den Ausführungen des GR. Kunschak, dass dadurch der Unterschied nicht weggewischt werde, zu, jedoch soweit Lernmittel in Betracht kommen, so sei der Unterschied nunmehr weggewischt. Es gehe nicht an, wegen einer geringen Anzahl von Papierhändlern gegenüber Tausenden von Kindern eine so wichtige Aktion aufzuschieben.

Frau GR. Walter (christl.-soz.) verlangt in Hinblick auf den Passus, dass vom Schulleiterkredit auch das Handarbeitsmaterial zu beschaffen sei, die unverzügliche bedeutende Erhöhung dieser Kredite, da bisher nur wenige Kinder in Betracht kamen und sich die Preise um das Zehnfache gesteigert haben. Diese Massnahme müsse aber sofort veranlasst werden, damit die Schulleitungen die Bestellungen machen können. Gegen das Gerücht, dass die noch lagernden in den Schulen verfertigten Kälteschutzmittel aufgetrennt und deren Wolle zum Unterricht im Stricken und Häkeln wieder verwendet werden sollen, sprach sich die Rednerin wegen der schlechten Qualität derselben aus, und beantragte, dass die für diesen Zweck hergestellten Sachen an Bedürftige abzugeben seien.

Nach dem Schlussworte des Referenten, der insbesondere hervorhob, dass die grösseren Geschäftsleute rechtzeitig von der Möglichkeit der kostenlosen Beistellung der Lernmittel durch die Gemeinde verständigt wurden, wurde der Referentenantrag einstimmig angenommen.

StR. Weigl (Soz. Dem.) berichtet über die Lohnregelung im städtischen Fuhrwerksbetriebe, nach den den Bediensteten unter den Wochenlohn eine monatliche Feuerzulage von K 150.- und für jedes Kind bis zum 18. Lebensjahre monatlich K 50.- bekommen. Den Garagemeistern und Werkführern wird eine Qualifikation zulage von monatlich K 100.- gewährt. Ueberstunden werden für Handwerker und Wagenlenker mit K 4.50, für Hilfsarbeiter mit K 3.60 bezahlt. Auch hinsichtlich der Versorgung mit Dienstkleidern wurde eine Regelung beschlossen und die Anträge des Referenten wurden angenommen.

Nach einem Berichte des GR. Dr. Scheu (Soz. Dem.) wird der, der Landesversammlung vorschlagende ~~Entwurf~~ Gesetzentwurf, betreffend die Besorgung der Kanal- und Senkgrubenräumung innerhalb des Gemeindegebietes von Wien und der Ermächtigung der Gemeinde zur Einhebung von Gebühren für die Besorgung dieser Arbeit genehmigt.

StR. Dr. Scheu (Soz. Dem.) berichtet über die Kosten für die Herstellung der städtischen Wohnhäuser im XII. Bezirk. Für die Fertigstellung dieser Bauten wird die Genehmigung eines Betrages von rund K 1.5 Millionen Kronen vorgeschlagen.

GR. Dr. Ehrlich (Jüd. Nat.) verweist darauf, dass diese Häuser bis auf den Verputz von einem Baumeister hergestellt wurden, der im August 1914 einrückte und im Oktober 1918 vielfach ausgezeichnet von der Front zurückgekehrt ist und sich um die Zuführung dieses Baues dann gekümmert hat. Da die Häuser mittlerweile von der Gemeinde Wien erworben wurden, habe ich mich an VB. Emmerling gewandt, dass eine öffentliche Ausschreibung erfolgt und die Fertigstellung des Baues unter der Hand vergeben wird. Es sollte der Heimkehrer, der sein ganzes Material, Gerüst u. s. w. am Bau hatte, Gelegenheit haben, sich um den Bau zu bewerben. VB. Emmerling hat mir erklärt, ~~das~~ dass gar keine Spur davon sei, dass der Bau unter der Hand vergeben werde. Umso mehr war ich überrascht, als ich im Protokoll des Stadtrates gelesen habe, dass eine öffentliche Ausschreibung nicht stattgefunden hat, sondern dass man über das offensichtliche Interesse des Bauarbeiters hinweg, den Bau einem anderen Baumeister übergeben hat. Ich protestiere dagegen, dass von einer öffentlichen Ausschreibung abgegangen wurde, bittet den Bericht des Stadtrates nicht zur Kenntnis zu nehmen und stellt den Antrag, die Angelegenheit an den Stadtrat zurückzuweisen.

Referent StR. Dr. Scheu (Soz. Dem.) spricht sich gegen die Rückverweisung aus, da die Sache vollständig spruchreif sei. Seiner Abstimung wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt.

GR. Hiber (Christl.-Soz.) findet die Ausführungen des GR. Ehrlich für vollkommen berechtigt und bezieht die Vorgänge

wiese als tadelnswert und nicht korrekt. Es war selbstverständlich, dass man in einem solchen Falle, wo es sich um die Fortsetzung eines Baues handelt, zuerst mit jenem Baumeister hätte in Verhandlung treten müssen, der den Bau begonnen hat.

Vize-Bgm. Emmerling: Es ist richtig, dass Kollege Ehrlich mit Baumeister Kaufmann bei mir war. Ich habe damals gesagt, ich halte eine öffentliche Ausschreibung für zweckmäßig, aber schliesslich sagte ich ~~das~~ als Laie und musste mich dem Gutachten des Bauamtes fügen, das sagte, dass bei einem Ende 1914 eingestellten Baues unendliche Ausmessungen stattfinden müssen, so dass im Falle einer öffentlichen Ausschreibung durch diese Arbeiten die Sache so hinausgeschoben würde, dass sie nicht den beabsichtigten Zweck im November den Bau zu vollenden, ausgesprochen hätte. Kaufmann kam auch zu mir, und sagte, wie es Herr Ehrlich heute tut, dass hinter den Kulissen gearbeitet werde und da er weiters sich ausdrückte, dass er wisse, dass der andere Baumeister Beziehungen habe, erklärte ich ihm, dass ich weiter mit ihm nichts zu reden habe. Denn kam Baumeister Melcher zu mir und erklärte, dass der Arbeiterrat die Weiterführung des Baues untersagt habe, Kaufmann kam selbst mit einem Briefe vom Arbeiterrat, doch nehmen wir keine Rücksicht, weil wir bestimmt wussten, dass sich der Meidlinger Arbeiterrat mit einer solchen Sache nicht befassen werde. Der Bau selbst ist eine typische Zinkseerne, die wert gewesen wäre, niedrigerlassen zu werden, und die wir nur wegen der Wohnungsnot fertig machten.

GR. Dr. Plaschkes (Jüd.-Nat.): betont, dass es sich darum gehandelt habe, die Arbeit demjenigen Baumeister zu geben, der billig arbeitet und eine hübsche Arbeit für die Gemeinde macht. Die Berufung auf den Arbeiterrat ist nicht glücklich, Kaufmann hat in dem Briefe des Arbeiterrates nichts zu tun; es ist ein Brief an den Bürgermeister gekommen, der den Bürgermeister in grosser Aufregung veraset hat. Der Bürgermeister habe sich damals gekümmert, wenn Sie die Arbeit bekommen hätten, so bekommen sie Sie jetzt nicht. Die Sache stehe so, dass der vermögende Melcher dem Kaufmann vorgezogen wurde, aber nicht in einer öffentlichen Konkurrenz. Redner spreche nicht von einer „Freundenwirtschaft“ und von Dingen, die hinter den Kulissen vorgehen, was da geschehen ist, ist eine flagrant Verletzung jeglicher Grundsätze. Die Erklärung des Stellvertreters, ist eine Unrichtigkeit. Er ist in das Ratherratsüberl gegangen, hat sich den Vize-Bürgermeister Emmerling herausufen lassen und hat mit ihm ~~gesprochen~~ gesprochen. In diesem Falle heisst es den Stadtratsbeschluss ablehnen.

GR. Schmitz (Christl.-Soz.) betont, dass ihm eine Äusserung des Referenten interessiere, die sich mit seiner Äusserung eines anderen Referenten deckt, die auf den Zeitmangel und die Dring-

lichkeit Bezug nimmt. Die Äusserung des Zeitmangels treffe nicht zu, als ~~aus~~ des Bezirksarbeiterrates an Baumeister Melcher, an den denn schon vor dem Sommer hat man sich mit der Frage beschäftigt. Bürgermeister und Stadtrat. Drohbriefe geschrieben worden sind, alle Mitglieder des Wohnungsfürsorgeausschusses werden verwundert darüber sein, dass eine Angelegenheit, die er schon beraten wurde, so spät und ohne Befragen des Wohnungsfürsorgeausschusses auf die Tagesordnung des Gemeinderates komme. Es ist auch keine allgemeine Ausschreibung erfolgt, zu der Zeit gedug gewesen wäre.

Bgm. Neumann meint, dass er nicht geglaubt hätte, dass ein ungemein fertiger Arbeiter die Arbeit nicht bekommen sollte, der Bau zeige, dass der, der ihn angefangen habe, ihn nicht fertig stellen könne.

GR. Dr. Plaschkes (Jüd.-Nat.) Kaufmann war 8 Jahre im Felde.

Bgm. Neumann betont, dass die Anlage des Baues eine solche sei, in dem die Proletarier hineingezwängt werden sollten. Und wenn man glaube, dass man einem Baumeister, der so baut, die Arbeit übergeben werde, irre man. Es sei auch mit Mittel der Erpressung gearbeitet worden. ~~Es~~ Er hätte sich geschämt, bei einer solchen Sache dabei zu sein, aber die Herren haben es nicht unterlassen, mit gefälschten Briefen eines Arbeiterrates zu arbeiten.

Rufe: Wer?

Bgm. Neumann sagt, es sei mit dem Mittel der Einschüchterung des Baumeisters versucht worden und eine solche Sache wage man hier zu vertreten. Da gehört ein Stück Unverfrorenheit dazu. (Rufe: Oho!) Es sei keine Ursache vorhanden, sich um diesen Herrn anzunehmen, Es sei so vorgegangen worden, damit eine Schädigung der Gemeinde hinten gehalten werde. Der Bürgermeister schäme sich dieser Tat nicht, und wenn man wolle, könne man sich überzeugen, mit welchen Mitteln da gearbeitet wurde.

GR. Dr. Plaschkes (Jüd.-Nat.) betont, dass in diesem Saale wohl noch keine solche Rede, wie Sie der Bürgermeister gehalten habe, gesprochen worden sei. (Rufe Oho!) Er verwehrt sich dagegen sich vom Bürgermeister so behandeln zu lassen und meint, dass es nur zu begreiflich sei, ~~warum~~ warum sich der Herr Bürgermeister so aufrege; er habe vielleicht das Gefühl, dass nicht richtig vorgegangen wurde. Der Bürgermeister habe auch den Mut zu sagen, dass sich Redner zu Erpressungen hergegeben habe, obwohl er erst am Tische des Bürgermeisters erfahren habe. Die Rede, die man heute vom Bürgermeister gehört habe, müsse man sich merken.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.): Eure Reden auch! Das ist politische Gehässigkeit!

GR. Heilmann (Soz.-Dem.): Ich stelle fest, dass der Bezirksarbeiterrat den Baumeister Kaufmann absolut nicht kennt.

wurde festgestellt, dass die unterfertigten Namen im Kataster der Arbeiterräte absolut nicht vorhanden sind. Die Wohnungskommission des Arbeiterrates hat festgestellt, dass ~~er~~ diese Briefen vollständig fern steht, und dass sie nur will, dass der Bau endlich fertiggestellt wird. Der Arbeiterrat gibt sich nicht als Vorspann für einen Heimkehrer her, ob er nun jüdisch oder christlich ist. Der Arbeiterrat hat eine Untersuchung eingeleitet, weil er den Verdacht hatte, dass Kaufmann diesen Briefen nicht fern steht, weil die Schilderung des Heimkehrers in den Briefen an den Bürgermeister genau dieselbe ist, die uns heute gegeben wurde. Nachdem uns seitens des Stadtrates die Versicherung gegeben worden ist, dass nur dann, wenn Baumeister Melcher den Bau bekommenes möglich ist, ihn bis zum Novembertermin fertigzustellen, hat der Arbeiterrat sich einverstanden erklärt. Der Arbeiterrat hat mit der Sache absolut nichts zu tun.

Der Referent verweist in seinem Schlusswort, dass nur das einmütige Bestreben den Bau bis November fertig zu bringen. Der Beweggrund war von der öffentlichen Ausschreibung abzusehen. Zur Richtschnur musste und das Gutachten des Bauamtes dienen. Wir hatten lediglich die Pflicht für die Öffentlichkeit zu sorgen. Warum wir den Baumeister Kaufmann die Arbeit nicht gegeben haben, wissen wir. Baumeister Melcher war ein Mann zu dem Gemeinde Vertrauen haben konnte. Kaufmann ist zwar ein Heimkehrer, doch müsse man Leute, mit denen man Verträge schliesst, genau ansehen, ob sie vertrauenswürdig sind. Baumeister Kaufmann ist ein Mann, der diesen Bau für einen Bauspekulanten ausgeführt hat. Letztere sind in den Augen der Gemeindefunktionäre Menschen, die ihren Vorteil höher stellen, als die Gemeinschaft. Die Baumeister solcher Bauten, bauen schlechter, ungesunde und lichtlose Wohnungen, wie sich es eben beim Bau in der Dampfbrückstrasse gezeigt hat, weil der Baumeister der solche Bauten ausführt den schädigen Vorteil des Bauunternehmers wahr. Ein Architekt, der sich zu diesem Zweck hergibt, kann das Vertrauen einer sozialdemokratischen Gemeindegemeinschaft nicht für sich in Anspruch nehmen. Auch muss ich entschieden den Ausdruck „Freundenwirtschaft“ zurückweisen, den Baumeister Melcher ~~gibt~~ als anständiger, verlässlicher und leistungsfähiger Baumeister. Ich erkläre, dass der Standpunkt Ehrlichs, das Kaufmann weder moralisch noch gesetzlich ein Recht hatte, die Weiterführung des Baues zu erhalten und dass es im Interesse der Gemeinde war, dass sich der Stadtrat nicht im Widerspruch zum Bauamt stellte.

Die Abstimmung wird bis zur Abstimmung über die anderen der nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates unterliegenden Referate ausgesetzt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. September 1919, Nr. 377.

Abgabe von Schweinefett. Vom 21. bis 27. September werden 12 kg Schweinefett per Person ausgegeben, sodass auch die Fettkartenabschnitte für nicht-rayoniertes Fett auf Einlösung kommen. Bei den städtischen Schweinespekabgabestellen werden pro Person 12 kg Schmalz zum Preise von K 5.34 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 158 und der beiden Abschnitte Nr. 158 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila farbigen Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

Abgabe von Kipflerkartoffeln. Sonntag bis Mittwoch werden in den Bezirken 5, 9, 20 Kipflerkartoffeln, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von K 3.84 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „R“ der Kartoffelkarte abgegeben. - Dienstag bis Donnerstag in den Bezirken 10 und 11 gegen Abschnitt M.

Mehlabbgabe. In der kommenden Woche wird auf Grund der gelben bzw. lilafarbenen Mehlbezugskarten sowohl bei den städtischen Mehlabbgabestellen als auch bei den Konsumentenorganisationen $\frac{1}{2}$ kg Mehl pro Kopf als Wochenration ausgegeben.

Zwiverba. An Rayonierte pro Kopf: $\frac{1}{2}$ kg Mehl, 12 dkg brasilianisches Schmalz, $\frac{1}{2}$ kg Kartoffel auf Buchstaben „R“ der Kartoffelkarte und 2 Eier. Auf Grund der Milchkarte für Kinder aller vier Altersstufen 1 kg Haferflocken zum Preise von K 5.40. - An Nichtrayonierte: Kunsthonig 1 kg K 5.20, Reisgrieß in ital. Originalpackung $\frac{1}{4}$ kg K 4.75, Kindernährmehl in ital. Originalpaketen $\frac{1}{4}$ kg K 5.-, Salz $\frac{1}{2}$ kg 50 h, Sardellensenf 1 Glas K 4.10, Betragonsenf 1 Glas K 2.80, Marmelade 1 kg 9.08, verschiedene Sorten Kognak und Liköre, Rum, Slobowitz, Tee, Mineralwasser, Paradeismark, Kaffeesusätze, Gewürze, Essig, Masol, ferner kommt in Verkauf also Kochkisten in 3 Grössen gegen Bar- oder Teilzahlung, diverse Hexgläser und Apparate zu Originalpreisen, Schmierseifenersatz, Sirax Waschpulver, Schuhcreme, Schürzen, Chiffon und Knabenstübe aus Zeitblattstoff. - Die Filiale Floridsdorf bleibt wegen Renovierung bis einschliesslich Donnerstag, den 25. September geschlossen, weshalb wir unsere Kunden ersuchen Freitag und Samstag ihre rayonierten Waren zu beheben.

Der heutige Strassenbahnverkehr. Entgegen den verbreiteten Gerüchten, dass der Strassenbahnverkehr im Laufe des heutigen Tages vorzeitig eingestellt werden soll, wird mitgeteilt, dass die Strassenbahn heute regelmässig bis zum normalen Betriebschluss am Abend verkehrt. Auch der Verkehr der Bahnhof-Kundlinie wird heute aufrecht erhalten. Die vollständige Betriebseinstellung beginnt morgen früh.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 20. September 1919, Nr. 378.

Das Kuratorium zur Speisung bedürftiger Kinder hat an die Gemeinde Wien das Ersuchen gerichtet, Massnahmen zu treffen, welche durch die dormalige kritische finanzielle Lage des Kuratoriums geboten sind, um den Fortbetrieb der Ausspeisungen ermöglichen soll. Unter diese Angelegenheit berichtete in der letzten Stadtratsitzung StRin. Seidel, welche in ihrem Referate hervorhob, dass sich die Forderungen des Kuratoriums nach zwei Richtungen hin erstrecken. Das erste Verlangen richtet sich auf eine Erhöhung der von der Gemeinde Wien zu entrichtenden Kostportionen von 30 auf 47 h pro Portion. In zweiter Linie wird ein Rückersatz des Betriebsabganges pro 1918 im Betrage von 332.000 Kronen gefordert. Die grosse Teuerung der Lebensmittel in den letzten Monaten und auf der anderen Seite Lohnforderungen der Angestellten begründen das Begehren, das als durchaus gerechtfertigt bezeichnet werden muss. Das Kuratorium besorgt im Namen und im Auftrage der Gemeinde Wien täglich die Zubereitung und Ausgabe von rund 50.000 Ausspeiseportionen, eine Ziffer, die sich jetzt in den Sommermonaten infolge der dormalen etwas günstigeren Marktbeschickung auf rund 40.000 gesenkt hat, von der aber anzunehmen ist, dass sie sich im bevorstehenden Winter wiederum um ein bedeutendes erhöhen wird. Die Gemeinde Wien hat, wie die Referentin hervorhob, ein dringendes unmittelbares Interesse daran, dass in dem Betriebe dieser Ausspeisung so weiter dem Kuratorium anvertraut wurde, keine Stockung eintritt und ihre Möglichkeit bewahrt bleibt, durch den eventuellen Ausbau dieser Verköstigungsanrichtung für einen etwa zu gewärtigenden steigenden Bedarf in der Zukunft Vorsorge zu treffen. Von diesem Gesichtspunkte aus könne gegen die Gewährung des Ansuchens des Vereines um Erhöhung der Kostportionen nichts eingewendet werden. Was die Deckung des Betriebsabganges von 332.000 Kronen anlangt, so könne darüber derzeit kein Beschluss gefasst werden, weil es nicht erwiesen ist, dass dieser Betriebsabgang allein durch die Führung der unentgeltlichen Ausspeisung entstanden ist. Es besteht im Gegenteil die begründete Vermutung, dass ein Teil des Defizites durch die Kriegsküchen, welche von dem gleichen Kuratorium geführt werden, verursacht wurde. Die Kosten, welche dem Kuratorium beziehungsweise der Gemeinde Wien durch die Steigerung der Preise der Lebensmittel und die Lohnerhöhungen des Personales entstanden sind, sind so hoch, dass die Gemeinde Wien und der Staat nicht imstande sind, sie aus eigenem zu leisten, dass vielmehr auch die mit der Ausspeisung beteiligten, einen Regiebeitrag von 30 h pro Portion entrichten werden müssen. [An diese Ausführungen schloss sich eine längere Wechselrede, in der StR. Müller (Mittel) die Verhältnisse in den Kriegsküchen und Ausspeisestellen im allgemeinen einer ausführlichen Kritik unterzog, wobei er darauf hinwies, dass die in den Kriegsküchen gebotenen Speisen zum grössten Teil fast ungeniessbar genannt werden müssen.]

StR. Rummelhardt wies darauf hin, dass auch ein Beitrag von nur 30 h manchen armen Leuten eine unerschwingliche Ausgabe bedeuten werde und dass es deshalb notwendig sein werde, den wirklich Unbemittelten das Essen weiterhin unentgeltlich zu verabfolgen. Hierzu sei es aber notwendig entsprechende Erhebungen vornehmen zu lassen.

StR. Dr. Grün bemängelte es, dass eine viel zu geringe Aufsicht über die Kriegsküchen vorhanden sei und dass deshalb die Wirtschaft mit den zugewiesenen Lebensmitteln oft keine ganz einwandfreie genannt werden könne. Die Arbeiter hätten in manchen Fällen hier bereits helfend eingegriffen und verschiedene Kriegsküchen bei Leiterinnen und Personale ausserordentlich belastendes Material zu Tage gefördert. Das Essen in den Kriegsküchen sei so schlecht, dass in vielen Fällen von Schweinebesitzern mehrere Portionen bestellt werden,

um als Schweinefutter verwendet zu werden. Vielfach sei aber für das Essen die Bezeichnung Schweinefutter zu gut. Redner beantragte eine ausserordentlich schnelle Kontrolle der Kriegsküchen.

StR. Körber weadet sich dagegen, dass von Arbeiterräten Revisionen in einer derart verletzenden Weise vorgenommen werden, dass sie eine schwere Beleidigung für die Leiterinnen der Kriegsküchen darstellen. In der Kriegsküche „Donaustadt“ haben z.B. die Arbeiterräte die Räume der Kriegsküche und die Wohnung der Leiterin derselben aufs genaueste durchstöbert, aber kein belastendes Material zu Tage fördern können. Als sie unverrichteter Dinge weggingen, haben sie laut vor allen Leuten erklärt: Wir werden Euch schon noch erwischen! Revisionen in solch beschämender Art müssen unbedingt vermieden werden.

Nach einem Schlusswort der Referentin wurden ihre Anträge, die sich auf Erhöhung der Kostportionen, die Ablehnung der Tragung des Betriebsabganges und Einhebung eines Regiebeitrages für die unentgeltliche Ausspeisung beziehen, als Antrag des StR. Rummelhardt, dass bis zum Abschlusse der Erhebungen, an die Unbemittelten das Essen weiterhin zu verabfolgen sei, angenommen.

Aus dem Rathause. In der kommenden Woche tritt der Stadtrat Mittwoch und Donnerstag zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält Freitag nachmittags eine Sitzung ab. Die Tagesordnung bilden die in der letzten Sitzung nicht erledigten Geschäftsstücke.

Die Sprechstunden bei Vizebürgermeister Winter. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass Vizebürgermeister Winter nur Dienstag vormittag Vorgesprächen entgegennehmen kann.

Ferienkolonie „Innere Stadt“. Die durch die unermüdete Arbeit des Armenratsobmannes Ignaz Hübnisch in die Ferienkolonie Kronstein entsendeten 100 Knaben und Mädchen aus dem 1. Bezirke sind dank der ausgezeichneten Versorgung und Pflege durch den Kronsteiner Gasthofbesitzer Heubner, dessen Frau und Töchter und der fürsorglichen Leitung des Lehrers Karl Eiselein und dessen Frau, sowie der liebevollen Beaufsichtigung und Führung der Lehrerinnen Sahulka und Schindler und des Lehrers Karwat körperlich ausserordentlich erholt und in geistiger Frische in Elternhaus zurückgekehrt.

Abgabe von Untersündholz. Vom 22. bis 27. September werden an jeden Haushalt je 5 kg Untersündholz gegen Abtrennung des Buchstabens M der Mehlbezugskarte abgegeben. Der Preis ist derselbe.

Bgm. Reumann berichtet über die bereits bekannte Angelegenheit der Neuregelung der landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde Wien und begründet in ausführlicher Weise die bereits mitgeteilten Anträge des Stadtrates.

Der Vorsitzende VB. Emmerling vertagt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit der Debatte für die nächste Sitzung. Die Uebrigen der nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates unterliegenden Referate werden sodann en bloc angenommen.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 22. September 1919, Nr. 379.

Die Kohlennot. Die Lage der Stadt Wien hat sich bezüglich des Kohleneinlaufes und der Kohlenvorräte nicht gebessert; es kann eher von einer Verschlechterung gesprochen werden. Die Beförderung ~~auf~~ der auf den Bahnhöfen einlangenden Lebensmittel auf die Märkte konnte die Strassenbahn in der heutigen Nacht zur Not bewältigen, so dass auch für die Approvisionierung Wiens gefährdet erscheint. Wann der Strassenbahnverkehr wieder aufgenommen werden kann, kann noch nicht gesagt werden; es hängt dies von dem Kohleneinlauf und von dem Ergebnis der Verhandlungen, die in Prag geführt werden ab.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 22. September 1919, Nr. 379.

Gemeinderätliche Ausschüsse. Als Mitglieder der nachbenannten Körperschaften wurden vom Gemeinderate gewählt: Beirat zur Förderung der Angelegenheiten des Versatz-Verwahrungs- und Versteigerungsamtes: die Gemeinderäte Blum, Amalie Pölzer und Panosch; Schiedsgericht für Lagerhausstreitigkeiten die Gemeinderäte Hackl, Hengl, Körber, Kokrda, Rausnitz und Dr. Odehnal; Ausschuss zur Beratung der Angelegenheiten des Kleingartenwesens die Gemeinderäte Angeli, Adèle Bartisal, Doppler, Fischer, Grolik, Hackl, Hofbauer, Iser, Marie Kramer, Kreuzer, Josef Müller, Rzechak, Schmitz, Siegel und Vaugoin; Kommissionen für das öffentliche Ausspisewesen die Gemeinderäte Rudolfine Fleischner, Gohut, Käthe Königstetter, Josefine Kurzbaner, Josef Müller, Amalie Pölzer, Amalie Seidl und Wehr; Kuratorium der Josefine Kögiswarter'schen Kinderspital Stiftung: VB. Emmerling und GR. Rotter.

Die Gemeinderatssitzung am Freitag beginnt nicht um 5 Uhr sondern schon um 4 Uhr nachmittags.

Sauerkraut wird in dieser Woche ohne Karte und ohne Einschränkung der Menge um 70 h für das kg abgegeben.

Der Abbau des Bezirkswirtschaftsamtes. Bekanntlich hat der Stadtrat den Beschluss gefasst, mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse den Abbau der einzelnen Stellen des Bezirkswirtschaftsamtes mit tunlichster Beschleunigung und in möglichst weitgehenden Masse durchzuführen. Mit der Liquidierung der Stellen wurde ein stadträtliches Komitee betraut, das die Aufgabe, insbesondere die Verwertung der noch vorhandenen Vorräte im Einvernehmen mit der Mag. Abt. für Approvisionierung durchzuführen hat.

Abgabe von Kartoffeln. Mittwoch bis Freitag werden im 12. Bezirk Kartoffeln jugoslavischer Herkunft, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg und im 16. Bezirk $\frac{1}{2}$ kg Kipflerkartoffeln pro Kopf zum Preise von K 3.84 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „N“ der Kartoffelkarte in beiden Fällen abgegeben.

Der Strassenbahnverkehr im Juli. Die genaue Zusammenstellung der Personenbeförderung der Strassenbahn nach Inkrafttreten der erhöhten Tarife weist für den Juli folgende Ziffern auf: Auf Einzelfahrscheine wurden 38,406.556 Personen, das sind um 4,844.572 Personen oder 11.2 % weniger als im Juli 1918 befördert. Dabei haben im Berichtsmonat 861.038 Personen die neu eingeführten ermässigten Vorverkaufs- Hin- und Rückfahrscheine benützt. Auf Zeitkarten wurden im Juli 1919 2,114.800 Fahrten unternommen, das sind gegen Juli des Vorjahres um 216.400 oder 11.4 % mehr. Die Summe aller Fahrgäste ergibt im Juli 1919 eine Minderzahl von 4,628.172 bzw. 10.3 %. Bei dieser Berechnung mussten die Zahlen für die Einzelfahrscheine am 21. Juli (Streik) und für den vorhergehenden Tag wegen des frühzeitigen Betriebsschlusses schätzungsweise eingesetzt werden, die sich aus dem Durchschnitte der Werkstage nach dem 21. Juli ergeben haben.

Der Hauptausschuss des Verbandes der städtischen Angestellten hält am Freitag den 26. ds. um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags in der Volkshalle eine Sitzung ab.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, den 23. September 1919, Nr. 381.

Ein Angebot an den Bürgermeister. Der Eigentümer des in Wien erscheinenden Blattes „The World Market“ (Der Weltmarkt) Ogeringeneur Gradinger hat sich am Samstag erbötig gemacht, der Stadt Wien Kohle und Lebensmittel zu verschaffen. Montag langte im Präsidialbüro des Rathauses ein Brief ein, in dem in dieser Sache 25.000 Kronen für Propagandazwecke verlangt werden. Auch an die verschiedenen Kreise der Bevölkerung Wiens sollen von „Weltmarkt“ Briefe mit dem Ersuchen gerichtet werden, Spenden für Propagandazwecke zur Verfügung zu stellen. Diese Briefe enthalten die Bemerkung, dass die Durchführung der finanziellen und sonstigen Arbeiten einem Komitee übertragen ist, dessen Präsidium zu übernehmen, Bgm. Reumann bereits zugesagt habe. Es ist überflüssig zu bemerken, dass die Gemeinde Wien die verlangten 25.000 Kronen nicht geben wird, ebenso dass auch Bgm. Reumann keine wie immer geartete Zusage getan hat und dass er der ganzen Sache vollkommen fernsteht.

.....

Die Erweiterung des Hietzinger Friedhofes. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Siegel die zur Durchführung der Erweiterung des Hietzinger Friedhofes notwendigen technischen Arbeiten mit einem Kostenbetrage von rund 125.000 K bewilligt.

.....

Von den städtischen Bädern. Die 17 Volksbäder wurden im August von 327.819 Personen besucht; den stärksten Besuch hat das Bad in der Gudrunstrasse mit rund 33.400 Personen aufzuweisen. Das Theresienbad in Meidling besuchten 59.069 Personen, das Kaiser Franz Josefbad in Hernals 52.117 und die Floridsdorferbadeanstalt 17.510 Personen. Von den Sommerbädern, die insgesamt 294.919 Besucher aufweisen, steht an erster Stelle das Strandbad Gänsehäufel mit 162.040 Besuchern, dann kommen das Strombad im Kahlenbergerdorf, das Freibad „alte Donau“ das Hernalser Voll- und Schwimmbad und an letzter Stelle das Bad „Aspern“ im Mühlwasser mit 1312 Personen.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 24. September 1919, Nr. 382.

Ausgestaltung des Kraftstellwagenverkehrs. Ausgabe von 13 Millionen Kronen.

In den Sitzungen des Stadtrates vom 18. und 24. d.M. haben sich die Stadträte mit den Anträgen der Strassenbahndirektion wegen grosszügiger Ausgestaltung des Kraftstellwagenbetriebes befasst und haben im Sinne eines vom StR. Breitner erstatteten Referates nach dem Ergebnis der zwischenzeitig erfolgten Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Firmen folgende Beschlüsse gefasst: Es gelangen sofort 45 Chassis für Benzinwagen bei der Firma A. Fross-Büssing und 30 Elektrochassis bei der Firma Österr. Daimler Motoren A.G. zur Vergebung. Bezüglich der Batterien und deren Instandhaltung wurde gleichzeitig mit der Akkumulatorenfabrik A.G. ein zwanzigjähriger Vertrag abgeschlossen. Die Vergebung der Wagenkästen wird im Offertwege geschehen. In der Debatte, die sich an diesen beiden Tagen über den Gegenstand entspann, wurde zunächst darauf hingewiesen, dass beide Firmen nach den Wiener Verhältnissen ihre Berechtigung und Notwendigkeit haben. Der Elektrowagen bietet den Vorteil, dass er geräuschlos und geruchlos ist und dass mit seiner Einführung auch den Interessen des Elektrizitätswerkes im hohen Masse gedient ist. Dem gegenüber steht aber der Nachteil, dass der elektrische Betrieb an ganz bestimmte Ladestationen gebunden ist, die grosse Kosten verursachen und deren Errichtung mangels geeigneter Plätze auf erhebliche Schwierigkeiten stösst. Auch ist er infolge des Gewichtes der mitgeführten Batterien gegenüber den Benzinwagen im Nachteil und kann auch nicht die in Wien vielfach starken Steigungen ohne weiteres überwinden. Der Benzinwagen ist freizügig, aber gegenwärtig infolge des ausserordentlich hohen Preises von Benzin überaus teuer. Regierungsrat Schmid wies in längeren Ausführungen darauf hin, dass er unbedingt darauf beharren müsse, dass die Elektrowagen, denen zweifellos die Zukunft gehört, gegenüber den Benzinwagen nicht zurückgesetzt würden und dass an Stelle der ursprünglich vorgeschlagenen Ziffer von 50 Benzinwagen und 25 Elektrowagen eine Verschiebung zu Gunsten der letzteren erfolge. Die der Ausführung dieses Verlanges entgegenstehenden Schwierigkeiten würden bei gutem Willen sicher zu überwinden sein. Die seither stattgehabten Verhandlungen haben tatsächlich die Möglichkeit geboten, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. In den Verhandlungen, die seitens des eingesetzten Komitees, bestehend aus Regierungsrat Schmid und dem Referenten, mit den in Betracht kommenden Firmen geführt wurden, und die sich äusserst schwierig gestalteten, ist es gelungen, gegenüber den gestellten Offerten eine Herabsetzung um insgesamt 630.000 Kronen und eine Reihe anderer ergänzender Bestimmungen durchzusetzen. Unter anderem wurde von der Firma Fross-Büssing der Gemeinde ein Optionsrecht auf weitere 45 Wagen innerhalb eines Jahres nach Lieferung des gegenwärtigen Schlusses eingeräumt. Der gesamte Aufwand, welcher der Gemeinde durch diese Bestellung erwächst, beträgt 13 Millionen Kronen, was bei der derzeitigen Finanzlage Wiens und, da es sich um die letzten Reste des Investitionsanlehens handelt, schwer ins Gewicht fällt. Die Wagen werden im Laufe des Jahres 1920 zur Ausführung gelangen und haben die Firmen die Verpflichtung auf sich genommen den Gemeindeauftrag allen übrigen Ordres vorzuziehen. Gelegentlich der heutigen Beratung erstattete Ober-Inspektor Berbalg von den Strassenbahnen auch einen Bericht über die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse, dem folgendes zu entnehmen ist: Es sind gegenwärtig 12 Wagen im Betriebe, die in den nächsten Tagen eine kleine Steigerung auf 16 erfahren werden. Mit Rücksicht auf den ungeheuerlichen Ansturm, dem die Kraftstellwagen angesichts der Einstellung des Strassenbahnverkehrs ausgesetzt

sind, ist es notwendig die Wagen mit 3 Chauffeuren zu besetzen, um eine Demolierung der Betriebsmittel zu verhüten. Es werden in späterer Folge noch 10 Wagen für die Sachdemobilisierung eingestellt werden; doch erfordern dieselben umfangreiche Herstellungen, so dass vor Ablauf von 3 bis 4 Monaten keinesfalls zu rechnen sein wird. Das Referat wurde einhellig genehmigt.

Im Anschluss daran stellte StR. Breitner den Antrag, dass die Direktion der Strassenbahnen angewiesen werde, für die Kraftstellwagen unter keinem Titel ermässigte oder Freikarten zu gewähren und soll diese Verfügung ausnahmslos sich auch auf die Gemeinderäte und sonstigen Funktionäre, die auf der Strassenbahn Freikarten haben, erstrecken. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 24. September 1919, Nr. 383.

Kohleneinlauf. In der heutigen Stadtratsitzung brachte VB. Winter einen Bericht über den Kohleneinlauf in der Zeit vom 14. bis 20. September zur Kenntnis, wonach der Einlauf an Ostrauer Kohle für das städtische Gaswerk 68%, an Nordwestböhmischer Kohle für die städtischen Elektrizitätswerke 32% und an Hausbrandkohle 20,7% der vereinbarten Menge betrug.

Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Breitner über die Erhöhung der Beiträge der Feuerversicherungsgesellschaften für Feuerwehrrwecke. Er wies darauf hin, dass schon gelegentlich der Budgetberatung wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben worden sei, dass die gegenwärtigen Beiträge in keinem Verhältnisse zu den Auslagen stehen, welche die Gemeinde Wien für das Feuerlöschwesen hat, die ungefähr 14,2 Millionen Kronen betragen und dass sowohl die Anstalten, als auch die Versicherten grosse Vorteile aus den mustergiltigen Einrichtungen der Wiener Feuerwehren geniessen, indem sie geringere Schadenersätze, bzw. niedrigere Prämien zu zahlen haben. Da die Gemeinde Wien für die Feuerlöschrichtungen stets steigende Aufwendungen zu machen hat, so erscheint es gewiss gerechtfertigt, wenn der bisherige Beitrag von 2% der Bruttoprämien einkommen auf 25% erhöht werde. Anlässlich der Budgetberatung sei bereits von einer Erhöhung auf 30% die Rede gewesen. Er (der Referent) beantrage jedoch nur 25% und bitte um die Annahme dieses Antrages. VB. Hoss findet den Standpunkt des Referenten begründlich; dennoch könne er seinen Antrag nicht zustimmen, weil damit eine neue Belastung des Hausbesitzer- und Mieterstandes verbunden sei. StR. Vaugoin äusserte dieselben Bedenken, worauf StR. Breitner in seinen Schlussworten ausführte, dass sein Antrag eigentlich keine Menerung sei, nachdem, wie er schon früher erwähnt habe, bei der Budgetdebatte eine Erhöhung von 30% in Aussicht genommen worden sei. Der gesamte Ertrag, welcher der Gemeinde aus diesem Titel zuflüsse, berechne sich mit 2,7 Millionen und die erhöhten Kosten verteilen sich bei 1,500.000 Mietern auf durchschnittlich 5 bis 6 Kronen. Diese neuerliche Belastung gehöre eben mit zu den Verteuerungen unter denen wir jetzt zu leiden haben. Trotz der Erhöhung werde übrigens nur ein Viertel der Kosten, die die Gemeinde für Feuerlöschzwecke hat, gedeckt.

Bei der Abstimmung wurde der Referentenantrag mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Abgabe von Kipflerkartoffeln. Donnerstag bis Samstag werden im 7. Bezirk Kipflerkartoffeln, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf zum Preise von Kr 3,84 für das kg, gegen Abtrennung des Abschnittes „0“ der Kartoffelkarte abgegeben. Die noch ausstehende Belieferung des 2. und 17. Bezirkes wird sofort nach Einlauf der avisierten Sendungen erfolgen.

„Zewiverba“: Neueingelangt: Aepfel 1 kg K 3,60, dänische Rinderplockwurst 1 kg K 50,-, Ofir (Putzpulver) per Flasche K 2,50, Zahnpulver per Stück K 1,-, Kalodont per Stück K 2,60, ferner ist noch ein kleiner Rest von Kunsthonig zum Preise von K 5,20 per kg im Verkauf. Ueber die Zeit der Verkehraueinstellung werden die Verkaufs- und Geschäftsstunden auf die Zeit von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags festgesetzt. Mit Eintritt normaler Verkehrrhältnisse treten auch wieder die normalen Geschäftsstunden in Kraft.

Zur Kohlenfrage. Bgm. Reumann erstattete in der heutigen Stadtratsitzung einen Bericht über die Kohlenversorgung Wiens in den letzten Tagen. Er hob hervor, dass die Versorgung nach wie vor eine vollkommen ungenügende sei und dass von dem erforderlichen Tagesquantum von 5.700 Tonnen nur ein Bruchteil einlaufe. In den letzten vier Tagen gestaltete sich der Einkauf an Kohle für Hausbrand, Gewerbe und Industrie folgendermassen: Am 20. September langten 596 Tonnen, am 21. September 485 Tonnen, am 22. September 465 Tonnen und am 23. September ebenfalls 465 Tonnen Kohle ein. Die Elektrizitätswerke erhielten am 20. September 69 Tonnen, am 21. September 84 Tonnen, am 22. September 435 Tonnen. Die Einkäufe im Gaswerke waren zufriedenstellend, jedoch nur so hoch, dass der Tagesbedarf knapp gedeckt werden konnte. Die geringfügige Besserung, welche die Einläufe beim Elektrizitätswerk und beim Gaswerk aufweisen, lässt keine optimistischen Schlüsse zu.

Wie bekannt, haben die vollkommen unzulänglichen Zuschüsse neuerliche Verhandlungen mit dem tschechoslovakischen Staate veranlasst. VB. Emmerling wurde am gestrigen Tage vom Bürgermeister nach Prag entsendet, um an diesen Verhandlungen teilzunehmen.

Wie bereits gestern gemeldet wurde, sind an den Bürgermeister von verschiedenen Seiten Angebote auf englische und amerikanische Kohle gerichtet worden. Diese Angebote konnten fast durchwegs nicht verwendet werden, da ihnen jede ernste Grundlage fehlte und die Kohle in keinem Falle greifbar war. Die Verhandlungen, welche auf Lieferung amerikanischer Kohle abzielten, haben keinen Erfolg gezeitigt, denn, wie das letzte Telegramm aus Amerika besagt, ist dieses nicht im Stande an Deutschösterreich Kohle abzugeben.

Die verschiedenen Vorschläge, die gemacht wurden, den Strassenbahnverkehr wenigstens in den Früh-, Mittags- und Abendstunden aufrecht zu erhalten, können auf Grund der Anforderungen der Strassenbahndirektion keine genügende Berücksichtigung finden, weil sie dem bezweckten Erfolg, Kohlen zu ersparen, damit ein Vorrat angesammelt werde, nur in ungenügender Weise entsprechen. Der Bürgermeister wendet sich sodann gegen die politische Ausnützung der durch die Kohlenkalamität entstandenen Lage und betont, dass es der Gemeinde, trotz aller unermühtlichen Bemühungen vollkommen unmöglich war, diese Katastrophe, der man mit offenem Auge entgegengehen musste, abzuwenden. Alle Hilfsquellen, die in den früheren Jahren und noch vor kurzer Zeit durch die Anforderung der in Wien lagernden Kohlenvorräte vorhanden waren, sind jetzt veräugt, die einzige Hilfe, welche die Gemeinde erwarten kann, seien die Zuschüsse aus dem Auslande.

An den Bericht kämpfte sich eine längere Debatte.

StR. Kienböck betonte, dass der Vorwurf, der der Gemeinde gemacht werde, dass sie mit den Sparmassnahmen früher hätte einsetzen sollen, richtig ist. Wenn es sei nicht gleichgiltig, ob etwas im Juli oder August gemacht werde oder erst vor Einbruch des Winters. Damals habe man in der Gemeinde eben zu optimistisch gesehen. Was den Vorwurf, den einzelne Tagesblätter erhoben haben, anbelange dass man die Strassenbahndrosselung wegen der erhöhten Einnahmen durchgeführt habe, so müsse er sagen, dass dieser Vorwurf nicht berechtigt sei und auch nicht von seiner Partei gemacht worden sei. Weiters fragte Redner, ob schon für Ersatzmitteln in irgend einer Weise vorgesorgt worden sei. Vorläufig habe man davon noch nichts gehört. Es müsse aber doch auch gesagt werden, was an Stelle der Strassenbahn und an Stelle des Hausbrandes treten werden, wenn es auf längere Zeit wirklich/unmöglich sein sollte, die erstere im Betrieb/und den letzteren auszugeben. Was die Holzaufbringung anbelange, so sei nach Ansicht des Redners damit ein vollständiger Mißgriff getan worden. Er habe sich davon überzeugt, dass die Holzbeschlagnahmen unwirksam sind und dass sie kein positives Ergebnis haben werden. Es müsste daher auch nach dieser Richtung auf einen ganz anderen Wege etwas vorgekehrt werden. Man müsste, gehe es wie immer, die Vorräte, welche vorhanden sind, zu erwerben trachten. Vielleicht gelingt uns dann die Holzbeschaffung wenigstens einigermaßen in die Wege zu leiten.

StR. Täubler; Kollege Kienböck hat es für seine Partei abgelehnt, dass aus dieser Sache politisches Kapital geschlagen werde. Ich sag es ganz offen, dass ich nicht der Ueberzeugung bin, dass die Gegenseite ~~keine~~ ^{denen} kein politisches Kapital schlagen will. Wenn Kollege Kienböck oder ein anderer ~~etwas~~ ^{etwas} haben wollte, so haben die Herren bisher immer den Weg zum Bürgermeister gefunden. Warum wurde er auch in diesem Falle eingeschlagen? Dass die Gemeinde Vertretung in dieser Angelegenheit vielleicht etwas zu optimistisch war, und dass es vielleicht zweckmässig gewesen wäre, die Einstellung des Strassenbahnverkehrs schon im Sommer vorzunehmen, will ich zugeben, aber meine Herren, das ist eine Weisheit, die hinterher kommt. Warum war denn die Gemeinde so optimistisch? Sie war so optimistisch, weil sie glaubte, dass die Massnahmen, die sie durchgeführt hat, wirken werden. Weil sie geglaubt hat, dass der Vertrag, der schon im August mit der Tschechoslovakei abgeschlossen wurde, gleich und nicht erst jetzt ratifiziert werden wird. Dass die Verträge, die gemacht wurden, nicht eingehalten werden und dass der Hauptvertrag erst jetzt ratifiziert wurde, das wissen wir eben erst jetzt. Dass wir damals vertraut haben, ist nicht verwunderlich, weil es sonst üblich ist, dass Verträge eingehalten werden. Was die Drosselung des Strassenbahnverkehrs betrifft, so bezweifle ich sehr,

dass die Herren der Minorität, wenn auch sie für diese Einstellung verantwortlich wären, so gesprochen hätten. Denn ich erinnere mich, dass die Herren sehr aufgeregt waren, als wir nicht die Kaffeehäuser bis 12 Uhr nachts beleuchten lassen wollten. Solche Betrachtungen hinterher, sind meiner Anschauung nach, sehr unangebracht. Tatsache ist, dass wir weder hier in Wien, noch in Deutschösterreich diese Fragen lösen können, weil es eben nicht in unserer Macht liegt. Selbst wenn Wundermenschen an der Spitze der Regierung des Landes und der Gemeinde stünden, wäre es nicht möglich, diese Frage aus eigener Kraft zu lösen, und Kohle und Lebensmittel herbei zu schaffen. Wir sind auf den guten Willen, auf die Gnade anderer angewiesen und wenn uns die im Stiche lassen, so können wir eben dagegen nichts machen.

Redner wendete sich sodann gegen Auslassungen in Tagesblättern die den verantwortlichen Faktoren zum Vorwurfe machen, dass sie nicht auf der Höhe der Organisation stünden. Dass sei vollkommen unrichtig und es trage nur dazu bei im Ausland über uns ein falsches Licht zu verbreiten. Alle Faktoren hätten das Menschenmögliche geleistet und ihre Pflicht zweifellos restlos erfüllt.

StR. Breitner wies darauf hin, dass es lächerlich sei, dass für die Einstellung der Strassenbahn in den Sommermonaten irgend welche Bedenken wegen des Ertrages massgebend gewesen seien. Das könne doch wirklich niemand ernstlich glauben. Hier handle es sich vor allem darum, ob man besser ~~die~~ ^{die} Vorräte aufzuzehren und die Katastrophe rasch eintreten zu lassen oder dieselbe hinauszuschieben. Das ist eine Frage der Taktik und die Ansichten können darüber zweifellos verschieden sein. Wir haben zugewartet, und zwar insbesondere mit Rücksicht darauf, dass wir den Friedensvertrag abwarten wollten, weil wir glaubten, dass dann die Lieferungen wieder einsetzen werden. Heute handelt es sich auch nicht darum, ob wir den Verkehr auf der Strassenbahn zwei Stunden am Morgen und zwei am Abend hätten ~~lassen~~ ^{lassen} lassen sollen, sondern heute ist ~~es~~ ^{es} ob wir überhaupt aus diesem Winter mit der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung herauskommen werden. ~~Das~~ ^{Das} ist eine Frage, bei der es zweifellos kein Politikum gibt. Was die Holzfrage betrifft, so ist Redner gleichfalls der Ueberzeugung, dass die Wirkung der diesbezüglichen Verordnung eine verfehlte sein wird. Die Verordnung wird in der Praxis keine Wirkung haben, es werden erst im Jänner und Februar Holzmassen gebracht werden können, aber auch in dieser Beziehung ist zweifellos nach Möglichkeit alles vorgekehrt worden.

StR. Hackl teilte mit, dass bis heute 150.000 Raummeter trockenholz Holz geschlägert worden seien und dass davon 10.000 Raummeter an fahrbaren Strassen liegen. Dieses Holz könnte demnach auch mit Automobilen nach Wien gebracht werden. Die Holzbringung stehe jedenfalls nicht günstig, aber auch nicht gänzlich ungünstig, weil

viele Holzmassen in der Umgebung von Wien Greifbar wären. Von diesen Holzmassen seien bereits 45.000 Raummeter geschlägert. Die Organisation zur Bringung des Holzes sei bereits eingeleitet und Redner glaube, dass bereits in den nächsten Tagen mit der Abfuhr ~~begonnen~~ ^{begonnen} werden können.

StR. Dr. Kienböck brachte den Antrag ein, dass das städtische Holzpersonal auf einige Wochen der Holzaktion zur Verfügung gestellt werden solle. Dieser Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und darauf die Debatte abgebrochen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 25. September 1919, Nr. 324.

Preiserhöhung für Rathauskellerweine. Im Stadtrate berichtete StR. David über eine Sitzung der Rathauskellerkommission, in der beschlossen wurde die Preise der heurigen Weine von K 2.50 auf K 3.50, die der alten von K 3.50 auf K 4.00 bzw. K 5.- und die der Rotweine von K 3.50 auf K 4.50 zu erhöhen. Spezialweine sollen von K 10.- auf K 14.- und 15.- K erhöht werden. Die bezüglichen Anträge des Referenten wurden ohne Debatte angenommen.

Der Fuhrwerkverkehr über die Kaiser Franz Josef Brücke. Von Morgen ab ist auf die Dauer der Einstellung des Strassenbahnverkehrs der Verkehr für Fuhrwerke über die in Bau befindliche Kaiser Franz Josefs Brücke nach und von Floridsdorf gestattet.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 25. September 1919, Nr. 335.

Zur Kohlenfrage. In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde die Debatte über die Kohlenfrage fortgesetzt.

StR. Vaugoin betonte, dass die Abordnung der Gemeinde Wien, welche in Prag war, bei keiner der dortigen zuständigen Stellen erklärt habe, dass die Gemeinde Wien mit einem geringeren Quantum als angesprochen wurde, das Auskommen finden könne. Die Tschechoslowakei ist verpflichtet nach dem neuen Verträge 5.200 Tonnen täglich zu liefern und wir haben erklärt, dass dieses Quantum weit unter der Menge stehe, das die Gemeinde bedürfe. Unser ganzes Bestreben war darauf gerichtet eine Erhöhung, nicht aber Erniedrigung des Quantums zu erzielen. Redner polemisierte nun gegen die Ausführungen des StR. Täubler und erklärte, dass es der Minorität nicht eingefallen sei, aus der Kohlenfrage politisches Kapital zu schlagen. Die Lage, in der wir uns befinden, sei viel zu ernst, als dass man daraus ein Politikum machen dürfe. Redner habe auf der Reise gesehen, wie schlimm unsere Lage ist. Die Tschechoslowakei sei bedeutend besser mit Kohle versorgt als wir. Der Zugverkehr sei dort fast normal, es verkehren dort die Schnellzüge wie im Frieden und in der Stadt Prag selbst würden allerorts Kohlen abgeladen. Es sei deshalb nicht richtig, dass uns die Tschechen nicht besser mit Kohle beliefern könnten, als es tatsächlich geschehe. In der Tat würde Deutschland von den Tschechen viel besser mit Kohle beliefert als wir, es erhalte die Kohle pünktlich und täglich. Eine bedeutende Rolle spiele jetzt auch der Waggonmangel. Der gemeinsame Wagenpark sei tatsächlich auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Die Regierung müsse dahin trachten, dass jeder Sukzessionsstaat seinen eigenen Wagenpark erhalte. Ministerpräsident Tuma hat uns selbst erklärt, dass der Wagenmangel ein Hauptgrund der schlechten Belieferung sei und er hat auch erklärt, dass die Deutschen pünktlich ihre Wagen beistellen. Er wollte sich deshalb auch schon an Frankreich um Wagen wenden, welches solche im Ueberflusse habe. Würden Wagen beigestellt werden, so glaube er, würde die Belieferung viel rascher und prompter vor sich gehen. In verschiedenen Blättern habe er

gelesen, dass, wenn wir mit Deutschland vereinigt wären, wir keine Kohlennot hätten. Das sei nicht richtig. Dagegen sei richtig, wenn wir zu Deutschland gehören würden, mit mehr Recht Kohle fordern könnten; ob wir sie aber auch erhalten würden, sei allerdings eine andere Frage. Denn in Deutschland herrsche selbst Kohlennot, und namentlich in Süddeutschland seien die Kohlenverhältnisse noch ärger als bei uns. Die Kohlenförderung Deutschlands habe im Frieden nahezu 300 Millionen Tonnen betragen, sie betrage jetzt kaum 40 Millionen Tonnen und davon müssten noch 20 Millionen Tonnen an die Entente abgegeben werden. Die Ursache der Minderförderung liege in der geringeren Arbeitsleistung und in den Waggonmangel, der sich auch in Deutschland recht fühlbar mache. Nicht, dass zu wenig Waggon vorhanden wären, sondern ein Grossteil derselben sei reparaturbedürftig. Die Arbeiten zu deren Wiederherstellung gehen zu wenig rasch von statten. Dessenungeachtet habe er aber das Empfinden, dass sich die Verhältnisse in Deutschland bald wieder bessern würden, und dass Deutschland wieder hoch kommen werde. Was die amerikanische Kohle betreffe, so sei es allerdings richtig, dass sie wahnsinnig teuer sei. 16.000 K für ein Waggon Kohle sei ein erschreckender Preis. Dessenungeachtet müssten wir aber alle amerikanische Kohle, die greifbar sei, beziehen und er sei auch überzeugt davon, dass der Bürgermeister in dieser Frage bereits alles vorgekehrt habe. Es gäbe eben keine andere Rettung für uns. Redner glaube übrigens, dass dieser Kohlenpreis auch von manchen Industrien ertragen werden könnte; so namentlich von der Exportindustrie. Würden sich gewisse Industrien zum Bezuge von Kohle bereit erklären, und amerikanische Kohle beziehen, so würde zweifellos unsere Valuta dadurch gestärkt und die Arbeitslosigkeit gebannt werden, so dass wir vielleicht über den Winter hinweg kommen könnten. Wenn sich Redner die Frage vorlege, was nunmehr geschehen solle, so müsse er darauf verweisen, dass vor allem ein Ersatzverkehr geschaffen werden müsse. Am besten wäre es natürlich, wenn der Stadtbahnverkehr zum Teile wieder aufgenommen werden könnte. Andererseits aber könnte die Gemeinde vielleicht einen teilweisen Stellwagenverkehr aktivieren und auch die alten Tramwaywaggon könnten, wenn es schon sein müsse, für den Winter wieder in Betrieb gesetzt werden. Durchgreifend geholfen könne allerdings nur werden, wenn Wasserkräfte in ausreichendem Masse als bisher zur Erzeugung von elektrischer Kraft herangezogen werden. Für die Hausbeheizung müsse auf Holz gegriffen werden. Redner schliesst, indem er erklärt, es sei ihm ganz klar, dass unter den heutigen Verhältnissen Oesterreich nicht bestehen könne. Es müssten daher diejenigen, die Oesterreich zu seinem heutigen Zustand verurteilt haben, helfend eingreifen, damit Oesterreich die Möglichkeit geschaffen werde, weiter zu leben.

StR. Körber besprach die Holzversorgung und trat insbesondere dafür ein, dass der Holzstelle mehr Machtbefugnisse als bisher eingeräumt werden.

StR. Speiser: Von Seite der Minorität sind zahlreiche Gründe angeführt worden dafür, dass das eine oder andere nicht geschehen sei. Ich glaube nicht, dass irgend-etwas versäumt worden wäre. Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, dass es sich den Herren von der anderen Seite tatsächlich um eine sachliche Debatte handelt, aber wenn darauf hingewiesen wurde, dass die Arbeiter hauptsächlich daran schuld sind, dass wir die heutige Kohlennot haben, so wird es notwendig sein, einen weiteren Blick in die Vergangenheit zu werfen und alle Gründe zu erörtern, in welcher Weise die heutige Kohlenförderung mit der Arbeiterfrage im Zusammenhange steht. Ich möchte aber darauf heute nicht eingehen und begnüge mich mit dem Gesagten.

StR. Josef Müller hat den Bürgermeister darauf acht zu haben, dass die Kriegsküchenbetriebe mit genügend Holz und Kohle versorgt werden. Die Kriegsküchenbetriebe könnten im Winter derart ausgestaltet werden, dass durch sie zirka 1 Million Personen verköstigt werden könnten.

StR. Dr. Kienböck ^(Christlichsozial) verwiederte auf die Ausführungen des StR. Täubler in der gestrigen Sitzung und betonte, dass es seiner Partei nicht beifalle, die Kohlenangelegenheit politisch auszuschrotten. Bezüglich der Holzaufbringung könne er allerdings den Vorwurf nicht ersparen, dass in letzter Zeit unter den Holzarbeitern neuerlich eine Bewegung hervorgerufen worden sei, die die Arbeit derselben stark beeinträchtige. Jetzt komme es aber vor allen darauf an, dass viel Holz geschlägert werde und eine Bewegung, wie die gegenwärtige, hemme und schädige die Schlägerung in bedeutender Masse. Er müsse deshalb den Appell an die Majorität richten, dass diese Bewegung; so rasch als möglich wieder unterdrückt werde.

StR. Breitner ^(Sozialdemokrat) sagte, dass man aus der Debatte doch den Eindruck gewinne, als ob immer wieder der Versuch gemacht werden würde, die Angelegenheit seiner Partei als Verantwortung aufzuerlegen. Tatsächlich habe jedoch die Minorität immer, wenn Einschränkungen beantragt worden seien, den Versuch gemacht, die Einschränkungen zu lockern. So sei es ^{auch} bei der Sperrstunde gewesen. Redner sei jedoch der Ueberzeugung, dass die Kohlenfrage absolut kein Politikum sei, sondern eben eine Angelegenheit, die die Allgemeinheit betreffe und die für diese überaus schwer ins Gewicht falle.

StR. Biber (chr. soz.) bemerkte, dass die in den Berichten angegebenen Zahlen über die Holzversorgung Wiens wohl absolut sehr hoch seien, für die Versorgung der Grossstadt aber kaum in Betracht kommen. Es müsse getrachtet werden solche Mengen von Holz anzubringen, die tatsächlich ermöglichen, einen Ersatz für die Kohlenversorgung zu bilden.

StR. Hackl (Soz. Dem.) gab über die Ziele der Holzversorgung noch folgende Aufschlüsse: Es werde getrachtet vorläufig die Holzversorgung für die Mindestbemittelten sicher zu stellen. Bei der Annahme von 400.000 Mindestbemittelten die wöchentlich 20 kg Holz erhalten sollen, werden täglich ungefähr 3.334 Raum meter Holz benötigt. Gegenwärtig sind ungefähr 160.000 Raummeter Holz geschlägert und greifbar, welches Quantum für rund 40 Tage ausreichen wird. Diese Aktion kann dennoch nur als als Notbehelf betrachtet werden, da ja eine Menge von 20 kg Holz für eine Familie auf keinen Fall ausreichen. Zu den Arbeiten, welche für die Einbringung des Holzes erforderlich sind, werden 1.600 Arbeiter, 378 Pferdezüge, 42 Automobile und 22 Waggon täglich benötigt.

Bgm. Reumann sagte in seinem Schlussworte, dass infolge verschiedener Zuweisungen, die gestern dem Elektrizitätswerke gemacht wurden, ^{es} es möglich gewesen ^{sei}, 33 Waggon auf Lager zu legen, so dass heute der Stand der Vorräte beim Elektrizitätswerke ungefähr 200 Waggon betrage. Die Bemühungen gehen ununterbrochen dahin, diesen Vorrat auf jene Höhe zu bringen, dass der Strassenbahnverkehr auf längere Zeit gesichert sei.

Was die Bemühungen um die Beschaffung amerikanischer Kohle anlangt, so seien diese bereits durch längere Zeit geführt worden, doch haben sowohl die von der Gemeinde, als auch die von anderen Stellen geführten Verhandlungen bisher keinen Erfolg gezeitigt.

Der Bürgermeister legte hierauf einen Magistratsbericht betreffend die eventuelle Einführung eines Ersatzverkehrs vor. In dem Berichte wird darauf hingewiesen, dass vor Kurzem die Autobusslinie Schottengasse - Stefansplatz - Nordbahn eröffnet wurde und dass getrachtet wird, so bald als möglich die Linie Stefansplatz - Oper - Südbahnhof zu eröffnen und auch die Linie Stefansplatz - Wollzeile - Bürgertheater in den Verkehr zu setzen. Mehr als die Durchquerung der Inneren Stadt mit dem sich am Stefansplatz kreuzenden Linien und der anschliessenden Verbindung zum Nord- und Südbahnhof lassen sich mit den vorhandenen Betriebsmitteln der Stellwagenunternehmung in den nächsten Monaten nicht machen. Der Autobus kommt daher weder wader noch auch im Winter als Ersatzverkehrsmittel nicht in Betracht. Von Pferdewagenbetrieb sind noch 30 Stellwagen vorhanden, die anderweitig Verwendung finden müssen. Für diese

keine Bespannung, wozu täglich 3 Paar Pferde notwendig sind, beige stellt werden. Die städtischen Arbeiter werden in die entfernten Betriebe mit städtischen Lastautos befördert, wozu 23 Autotaxi verwendet werden. Wegen Benzinmangel kann die Gemeinde nicht mehr Lastautos, also zur Beförderung fremder Fahrgäste, dienstlich machen. Es käme noch die Heranziehung des privaten Fuhrwerkes in Betracht, entweder des ganzen Privatfuhrwerkes und zwar sowohl der Personen wie aller Art von Lastwagen, sowie aller Pferde oder doch wenigstens des Lohnfuhrwerkes, also der Autotaxi, Fiaker und Einspänner. Theoretisch wäre eine solche Heranziehung wohl denkbar, aber sie scheitert an den Schwierigkeiten der Durchführung. Soweit sie nicht für andere wichtige Zwecke benötigt werden, könnte eine Beschlagnahme der erwähnten Fuhrwerke und der nötigen Pferde erwirkt werden. Schon dieses Kriterium wird Schwierigkeiten bereiten. Abgesehen von den Lohnwagen müssen zahlreiche private Wagen im öffentlichen Interesse den Besitzern ganz oder teilweise belassen werden; noch mehr gilt dies von den Pferden, die in Wien ohnehin nicht zu viel sind. Aber selbst wenn doch eine größere Anzahl von Pferden und Wagen im Liquidationswege aufgebracht werden könnte, so wäre es ungemein schwierig, sie zu einer entsprechenden Personenbeförderung zusammen zu fassen. Der Gemeinde kann allerdings für Wagen und Pferde Requisitionsrecht eingeräumt werden, sie hätte aber für die Durchführung des Betriebes keine Exekutivgewalt. Selbst wenn ihr ein solches Recht zugestanden wird, wird sie es praktisch nicht ausüben können. Im Militärstaat war es möglich, da hatte die Heeresverwaltung die nötigen Machtmittel, die sie unter Umständen gewiss auch der Gemeinde zur Verfügung gestellt hätte. Jetzt gibt es aber keine so starke Zentralgewalt und die Gemeinde hat noch weniger Machtmittel, um die Fuhrwerks- und Pferdebesitzer zu zwingen, ihre Wagen und Pferde nach bestimmten Weisungen bereit zu stellen oder die Kutscher zu zwingen, nach diesen Weisungen zu fahren. Auch die Frage der Vergütung für die Beistellung der Wagen und Pferde ist schwer zu lösen. Die Kutscher werden sich mit behördlich fixierten Löhnen nicht zufrieden geben und wenn sie dazu gezwungen werden, widerwillig fahren, woraus neue Verwicklungen entstehen können. Die Gemeinde müsste für jeden Schaden an Pferden und Fuhrwerken aufkommen; auch drohen bei der Rückstellung an die Eigentümer mehr oder minder berechtigte Entschädigungsforderungen. Die Frage der Haftpflicht für Beschädigungen von Sachen oder Verletzung von Fahrgästen und Passanten kann grosse finanzielle Tragweite haben. Eine Versicherung für eine kurze Zeit und unter solchen Umständen wird, falls sie überhaupt erreichbar ist, gleichfalls viel kosten. Das finanzielle Ergebnis wird ausserst unbefriedigend, ja für die Gemeinde belastend sein. Die Fahrpreise müssen von der Gemeinde in mässigen Grenzen gehalten werden. Ist der Fahrpreis aber mässig, so wird bei den grossen Auslagen ein riesiges Defizit die Folge sein, was die bestandene Pferdestellwagenunternehmung gezeigt hat. Den Bedürfnis der Bevölkerung kann dabei nur zu einem sehr geringen Bruchteile Rechnung getragen werden. Es ist, wenn auch keine statistischen Daten zur Verfügung stehen, sicher, dass die Zahl der Personen, die so befördert werden könnten, weder zu der Zahl der sonst von der Strassenbahn beförderten Personen noch zu den Auslagen in Verhältnis steht. Die Autotaxi, Fiaker und Einspänner kommen für einen Massenverkehr nicht in Frage. Sie haben sich übrigens von selbst in den Dienst zu stellen und Sache der Polizei-

behörde ist es, darüber zu wachen. Eine Vereinigung unter Leitung der Gemeinde erscheint aus ähnlichen Gründen, wie sie bei den anderen Fuhrwerken angeführt wurden, unzulässig, unzweckmässig und die Gemeinde finanziell belastend.

StR. Dr. Kienböck (christl. soz.) meint, dass der Bevölkerung mit einem Berichte nicht gedient sei. Der Bürgermeister müsse den Auftrag geben, einen Ersatzverkehr einzurichten, denn die Tatsache, dass in dieser Sache etwas getan wurde, muss auf die Bevölkerung einen guten moralischen Eindruck machen.

Personalmangel könne nicht vorgeschützt werden, denn bei der Strassenbahn seien so viele Leute zum Nichtstun verurteilt, die leicht für die Einrichtung eines Ersatzverkehrs verwendet werden könnten.

Bürgermeister Reumann hob sodann noch hervor, dass die vom StR. Dr. Kienböck vorgeschlagenen Ersatzmittel für den Strassenbahnverkehr recht unvollständig sein würden. Wir haben ungefähr 15 Strassen, welche von den Vororten gegen den Ring zu einmünden. Wir könnten bestenfalls jede solche Strasse von einem Stellwagen befahren lassen, vorausgesetzt, dass wir das hiezu nötige Pferdmaterial aufreiben und die Kehrichtabfuhr einstellen. Wir hätten damit dann das eine angenehme erreicht, dass wir einen Stellwagen durch die Strassen rasen sehen würden, welcher 20 Personen aufgenommen hätte und ein Ersatzmittel sein soll. Die Bevölkerung macht sich aber schon jetzt über die Ersatzmittel lächerlich. Ich muss schon sagen, dass ich mich mit dem, was mir bisher als Ersatzmittel vorgeschlagen wurde, nicht auf die Strasse traue. Wenn ein praktikabler Betrieb mir gesagt werden könnte, so würde ich gewiss einen Ausweg darin sehen und mir dieses Ersatzmittel beschaffen, um wenigstens einigermaßen eine Milderung der Kalamität herbeizuführen. Ich werde nächste Woche noch einen eingehenden Bericht über die Holzbeschaffung erstatten und ebenso einen solchen über die Kohlenlage.

Der Bericht des Bürgermeisters wurde zur Kenntnis genommen.

Das Marmeladengeschäft mit der Firma Mor Fekete. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Breitner über die Auflösung des Vertrages mit der Firma Mor Fekete in Tribuswinkel wegen Marmeladeherzeugung. Dieser Vertrag sei am 28. April 1917 geschlossen worden und er sei das unangenehmste und odioseste Geschäft, welches die Gemeinde in der Lebensmittel Sache zum Abschluss gebracht habe. Er enthalte lauter drückende Bestimmungen und für die Gemeinde auch nicht einen Vorteil. Die Gemeinde habe dadurch auch nicht den geringsten Nutzen, sondern nur Schaden, weil dadurch, dass die Herstellung der Marmelade überaus schlecht gewesen sei, das Prestige der Gemeinde gelitten habe. Zur Zeit stehe die Sache so, dass die Gemeinde aus der letzten Produktion 200 Waggon übernehmen musste, wovon 175 Waggon in einem völlig ungeniessbaren Zustande waren. Aus diesem Grunde, wie aus anderen Gründen sei es zu Ausgleichsverhandlungen mit der Firma gekommen, die schliesslich zu einem für die Gemeinde vorteilhaften Uebereinkommen geführt hätten. Es ist die Abmachung getroffen worden, dass die vorhandene Marmelade, 175 Waggon, zu einem annehmbaren Preise übernommen werden könne. Allerdings müsse sich die Gemeinde verpflichten Zucker und Kohlen zum Unkochen der Marmelade beizustellen. Es sei dies in der heutigen Zeit eine sehr schwere Bedingung, allein die Marmelade müsse ungekocht werden, weil sie sonst gänzlich verloren sei. Aus dem Uebereinkommen resultiere für die Gemeinde kein finanzieller Schaden, wohl aber habe, wie schon erwähnt, durch die Verbindung das Prestige der Gemeinde eine Einbusse erfahren.

(Christlichsozial)
StR. Körber meinte, dass es nicht zweckentsprechend sei, der Firma Kohle und Zucker zu geben, insbesondere Zucker, weil es nicht feststehe, dass die Firma den Zucker auch zur Marmeladebereitung verwende.

StR. Breitner erwiderte, dass das Unkochen der Marmelade unter allen Umständen notwendig sei und dass man der Firma die Möglichkeit dazu bieten müsse, weil sonst der Schaden ein noch grösserer sein würde. Mit Geld könne man sich daher mit der Firma nicht auseinandersetzen. Im Uebrigen sei eine Ueberwachung der Fabrik eingeleitet worden. Selbst wenn heute seine Anträge abgelehnt würden, so gebe es nichts anderes als Zucker und Kohle hinauszuschicken, weil man die Marmelade nicht zu Grunde gehen lassen könne. Die Referentenanträge wurden angenommen.

Anforderung von Stundenhotels. Unter Bezugnahme auf die jüngst veröffentlichte Notiz über das Hotel City wird vom Wohnungsamt mitgeteilt, dass dieses Hotel bereits für Wohnzwecke angefordert wurde. Insgesamt sind in den letzten Tagen in Wien 30 Stundenhotels, 21 zur Gänze, 9 teilweise, angefordert worden. Hinsichtlich 5 Hotels ist die Anforderung in Rechtskraft erwachsen, hinsichtlich der übrigen ist teils die 3 tägige Einspruchsfrist noch offen, teils ein Einspruch in Verhandlung. Ein Teil der Hotels soll der Unterbringung der aus den Nachbarstaaten vertriebenen Deutschösterreicher insbesondere der Eisenbahnbediensteten dienen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Wicheu.
Wien, 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 26. September 1919, Nr. 386.

Ausgabe neuer Kohlenausweise. Anfangs Oktober werden in der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags durch die zuständigen Brotkommissionen die neuen Küchen- und Zimmerbrandkarten ausgegeben, und zwar für Wohnungsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A bis C und E am 2. Oktober, D, F bis G am 3. Oktober, H bis J am 4. Oktober, K und L am 5. Oktober, M bis O am 7. Oktober, P bis R am 8. Oktober, S, Sch und St am 9. Oktober und T bis Z am 10. Oktober. Bemerkt wird, dass gegenüber dem Vorjahre insofern eine Aenderung der Bestimmungen eingetreten ist, als nunmehr Haushalte, welche über ein Gasbratrohr verfügen, jenen Haushaltungen gleichgestellt werden, welche bloß einen Gaskocher besitzen. Die neuen Bezugscheine und Kohlen-(Koks)bezugskarten für Gewerbe, Betriebe und Anstalten werden auf Grund einer neuen Bedarfsüberprüfung von amtswegen zugestellt werden. Jene Parteien, welche bis zum 25. Oktober 1. J. eine amtliche Aufforderung nicht erhalten haben, können nach diesem Zeitpunkte ihren Anspruch beim Kohlenkommissär des zuständigen magistratischen Bezirksamtes geltend machen.

Abgabe von Kartoffeln. Vom Samstag bis Dienstag werden im 2. Bezirk $\frac{1}{2}$ kg Rundkartoffeln pro Kopf zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „N“ der Kartoffelkarte abgegeben. Gleichzeitig werden im 1., 3., 4. und 15. Bezirk $\frac{1}{2}$ kg Kipflerkartoffeln zum Preise von K 3.84 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „O“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 26. September 1919, Nr. 387.

Das tschechische Pressbüro über die Kohlenlieferung Wiens. Bgm. Reumann bemerkte in der gestrigen Stadtratsitzung zu dem in der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichten Bericht des tschechischen Pressbüros „Tschechische Darstellung über die Kohlenlieferung Wiens“ folgendes: Es ist richtig, dass Wien in normalen Zeiten sich hauptsächlich mit ober-schlesischer Kohle versorgt hat. Ebenso richtig ist aber auch, dass der ober-schlesische Kohlenbezug infolge des deutschen Friedensvertrages sehr bedeutend eingeschränkt ist, und dass es ganz unmöglich ist, aus Oberschlesien unseren Kohlenbedarf der Hauptsache nach zu decken. Deutschland hat im Friedensvertrage solche Lieferungsverpflichtungen an Frankreich und Belgien übernommen, dass ihm aus seinem Westrevieren für den eigenen Bedarf nur sehr wenig ertübrigt und dass es daher die Förderung aus den ober-schlesischen Kohlenrevieren in ganz begrenzter Masse für den Bedarf Deutschlands heranzuziehen gezwungen ist; demzufolge kann es an Oesterreich gegen ehemals nur ganz unbedeutende Mengen abgeben. Es ist daher sofort seitens der deutschösterreichischen Regierung mit der Prager Regierung wegen der Kohlenlieferungen Wiens aus dem tschechoslovakischen Staatsgebiete in Verhandlungen getreten worden und es kann auch mit dem tschechoslovakischen Staate die bekannten Verträge zustande, die die Kohlenlieferung Wiens für den Hausbrand, für die städtischen Gaswerke und für die städtischen Elektrizitätswerke zum Gegenstand hatten. Selbstverständlich kann mit den in diesem Vertrage seitens der

Prager Regierung zugesagten Mengen die Stadt Wien das Auslangen nicht finden, es sollen vielmehr diese Mengen einen kargen Ersatz für die Minderlieferungen aus Oberschlesien bilden.

Auch die weitere Behauptung des tschechischen Pressbüros, dass die Kohlenlieferungen für die Gaswerke, Elektrizitätswerke und für den Wiener Hausbrand sich seit Juli auf beinahe gleicher Höhe hielt, ist richtig. Diese nun seit Monaten andauernden Minderlieferungen sind auch die Ursache der heutigen kataströphalen Lage in der Kohlenversorgung Wiens und es sind auch bereits seit Monaten die angestrengtesten Bemühungen der Gemeinde Wien und des deutschösterreichischen Staatsamtes dahin gerichtet, dass die Prager Regierung die vertraglich zugesagten Mengen zur Anlieferung bringt.

In dem dem Monate Juli vorausgegangenen drei Monaten betrug die Lieferung Tschechiens im fördertägigen Durchschnitte an das Gaswerk 812 t, an das Elektrizitätswerk 577 t, Hausbrand 1150 t. Seit 1. Juli beträgt diese Lieferung an das Gaswerk 1014 t, an das Elektrizitätswerk 336 t, Hausbrand 711 t.

Die geringen Vorräte, die die städtischen Elektrizitätswerke hatten, sind infolge der Minderlieferungen aufgezehrt und führten zur Einstellung der Strassenbahnen. Das gleiche gilt auch bezüglich des Hausbrandes, von dem die bescheidenen Küchenbrandquoten von 20 kg pro Woche und Haushalt seit Monaten in kaum 50% des Bedarfes eingelöst werden können. Die Konklusion des tschechischen Pressbüros, dass der Grund des Kohlenmangels im Wien im Nichteinlangen anderer Kohlensendungen gelegen ist und nicht in dem Nichteinlangen der tschechischen Kohlensendungen entspricht nicht den Tatsachen.

Wir haben vielmehr unsere heutige verworfene Lage fast ausschliesslich den Minderlieferungen aus dem tschechoslovakischen Staatsgebiete zuzuschreiben.

Wine Schweizer Spende für Wiener Mittelschüler. Die Schüler der kunstgewerblichen Abteilung der Gewerbeschule Zürich haben zu Gunsten der notleidenden Wiener Mittelschüler eine Sammlung veranstaltet. Als Werbemittel benutzten sie eine von einer Schülerin der graphischen Fachklassen entworfene Ansichtskarte. Das Ergebnis der Sammlung, 14.545 Kronen, 45 h, wurde kürzlich vom Präsidenten des Züricher Hilfskomitees, Redakteur Julius Bierbaum, dem städtischen Jugendamt zur Ueberweisung überreicht. Direktor Gold des Jugendamtes hat dem Unterstaatssekretär Otto Elböckel ^{in Wien} bereits übergeben. Die Schülerschaft der Gewerbeschule Zürich und deren Direktor Altherr brauchen wohl nicht besonders des aufrichtigsten Dankes der Wiener Mittelschüler versichert zu werden.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, am 26. September 1919.

Bgm. Reumann verliest zu Beginn der Sitzung einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kohlenzufuhr: Meine Damen und Herren! Die Zustände bezüglich der Kohlenzufuhren haben bisher eine Besserung nicht erfahren. Im Gegenteil es hat sich gezeigt, dass sie konstant abnehmen. Aus der nordwestböhmisches Kohleneinlauf, der für den Betrieb der elektrischen Strassenbahn in die Wag-schale fällt hat sich bisher nicht günstiger gestaltet. Er betrug für den Hausbrand am 22. und 23. d.M. je 465 t, am 24. 339 t, am 25. bei den Elektrizitätswerken liefen am 22. 435 t, am 23. 167 t, am 24. 125 t und am 25. 224 t ein. Ausführliche Nachrichten über die Ergebnisse der Prager Verhandlungen liegen zwar noch nicht vor, doch scheint der Schluss nicht unbegründet dass diese Verhandlungen eine Besserung der Kohlenversorgung erwarten lassen. Der Herr Staatssekretär für Handel und Gewerbe hat heute früh telegrafisch bekanntgegeben, dass die letzten auf den Bahnbetrieb bezüglichen Sparmassnahmen aufzuheben seien. Das Telegramm lautet: Der die Stromabgabe an Bahnen einschränkende Teil der letzten Sparmassnahmenbestimmun-

gen ist mit Wirksamkeit vom Montag den 29. September 1919 sofort aufzuheben. Es geht daraus hervor, dass jene Verhandlungen, die in Prag wieder angeknüpft wurden aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Resultat geführt hatten, dass von Seiten des Staatssekretärs für Handel, Gewerbe und Bauten nunmehr an die Gemeinde Wien herangetreten werden konnte, ab Montag den 29. ds. den Strassenbahnverkehr wieder zu eröffnen. Alles weitere muss ich vollständig dem Herrn Staatssekretär überlassen, die Gemeinde trifft künftighin, wenn es wieder zu Yalacitäten kommen, keine Verantwortung. Der Staatssekretär hat dieses Telegramm entsendet, da er wohl die Gewissheit hat, dass der Betrieb wirklich aufgenommen werden kann. Wenn nun der Herr Staatssekretär die Versicherung gibt, dass der Verkehr aufgenommen werden kann, werde ich keinen Moment zögern, denn Verkehr aufnehmen zu lassen. So steht die Sache für mich....

Zwischenrufe von Seite der Christlichsozialen und deren Beantwortung durch die Sozialdemokraten machen die übrigen Ausführungen des Bürgermeisters unverständlich. Auf einen unvornehmaren Zwischenruf des GR. Untermüller (Chr. Soz.) ruft GR. Forstner (Soz. Dem.) die Herren machen nur Parteipolitik! GR. Bernmann (Soz. Dem.) Zerdik ist doch euer Parteigenosse! Kurs (Sozialdem.): Habt ihr kein Vertrauen zu ihm?

Bgm. Reumann: Es ist wohl vollkommen unangemessen mit diesem Unglück der Bevölkerung so zu spielen. Das Urteil überlasse..... (die übrigen Worte des Bürgermeisters sind unverständlich)

Der Lärm erhebt sich von Neuem. GR. Forstner (Soz. Dem.) ruft in den Saal. Deshalb habt ihr zum Krieg gehetzt? GR. Untermüller (Chr. Soz.): Lesen sie die Arbeiterzeitung vom August 1914! GR. Forstner (Soz. Dem.) Habt ihr keinen anderen Zweck als die Gegenrevolution herbeizuführen? GR. Huber (Chr. Soz.): Die Erwiderung steht auf sehr schwachen Füßen! GR. Breuer (Chr. Soz.): Habts vielleicht Angst vor der Gegenrevolution? GR. Kunschak (Chr. Soz.): Also jetzt tun wir wieder Gemeinderat spielen und nicht Wählerversammlung! Frau GR. Glöckel (Soz. Dem.): Der Christlichsoziale Zerdik war doch in Prag! GR. Huber (Chr. Soz.): Ja wie der Emmerling allein draussen war hat er nichts ausgsichtigt!

Nachdem sich der Lärm gelegt hat führt Bürgermeister Reumann weiters aus: Es hat uns allen schwere Sorge gekostet 7 Tage lang von der Bevölkerung die Verantwortung zu haben. Ich muss sagen, dass ich beglückt davon war, dass dieses Telegramm von Seiten des Staatssekretärs eingelangt ist. Ich glaube, dass ich aus dem Herzen aller spreche, wenn ich der Wiener Bevölkerung den Dank dafür ausspreche, dass sie diese Last mit so grosser Geduld getragen hat und noch Samstag und Sonntag zu tragen haben wird. Von den Sparmassnahmen wird also die Bestimmung bezüglich des Strassenbahnverkehrs ausser Kraft gesetzt werden, er wird aufgenommen, ebenso der elektrische Verkehr von Wien nach Baden und nach Pressburg. Was die Torsperre anlangt, wird sie bis 8 Uhr aufrecht erhalten und hat sich der Staatssekretär vorbehalten nach seiner Rückkehr einen Bericht zu erstatten und die Angelegenheit wegen der weiteren Sparmassnahmen in die Hand zu nehmen. Die Kommission weilt gegenwärtig in Berlin um dort entsprechende Abmachungen zu treffen und wird dann in Prag die Abschlussverhandlungen vornehmen. Ich bitte dies vorläufig zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe ihnen damit klar gelegt, in welcher Situation wir uns gegenwärtig befinden.

Gesendet haben: Ein unbekannter Wohltäter für die Armen des 14. Bezirkes K 100.--;

der Arbeiterrat des 14. Bezirkes für die Armen des Bezirkes Rudolfsheim K 5000.-- und Tassilo Festetics anlässlich des Sieges seines Hengstes Pazman im „Wiener Derby“ für die Armen der Stadt Wien K 10.000.

Schriftführer GR. Hammerschmidt verliest den Einlauf.

2

Auf eine Anfrage des GR. Feldmann (Nat. Dem.) in der letzten Sitzung, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Beschaffenheit der städtischen Marmelade teilt der Bürgermeister mit, dass die Einsetzung der verlangten Kommission gegenstandslos geworden ist, weil die Überprüfungen zu dem Ergebnis geführt haben, dass der Marmeladevertrag einverständlich gelöst wurde und die Restbestände der Gemeinde an Marmelade verkauft worden sind. Die Gemeinde hat sich hierbei, um einen etwaigen Bedarf der Wiener Bevölkerung an Marmelade sicherzustellen, vom Ersterer ein Vorbezugsrecht gewährt.

Die Anfrage des GR. Koppensteiner (chr.-soz.) betreffend die Annullierung der Wahlen in den Ortsschulrat und das Armeninstitut im 20. Bezirk, die in der letzten Sitzung gestellt wurde, beantwortet der Bürgermeister damit, dass die Wahl der Vertreter im Ortsschulrat von der Bezirksvertretung ihres Bezirkes durch absolute Stimmenmehrheit zu erfolgen hat. Wenn eine Bezirksvertretung, wie es im angeführten Falle geschehen ist, die Wahl nach dieser Bestimmung durchgeführt hat, kann eine solche gesetzlich vorgenommene Wahl nicht für Null und nichtig erklärt werden. Der Protest gegen die im 20. Bezirk vorgenommene Armenratswahl ist im Stadtrate anhängig und kann daher eine Verfügung nicht getroffen werden.

Bgm. Reumann: Gemeinderat Kunschak hat in Angelegenheit der Ausweisung der jüdischen Flüchtlinge eine Interpellation eingebracht, die aber nicht in die Kompetenz des Gemeinderates gehört. Ich werde die Interpellation dem Landeshauptmann zusenden und mache den Gemeinderat Kunschak darauf aufmerksam, dass er die Interpellation auch im Landtage einbringen kann. (Rufe: Kunschak ist nicht im Landtag!)

GR. Kunschak (chr.-soz.) weist auf die Einstellung des Strassenbahnverkehrs hin, die die Stadt in eine Lage gebracht hat, welche täglich unerträglich wird und zur vollkommenen Lähmung des Lebens der Grossstadt führen muss. Die Bevölkerung erwartet einen eingehenden Bericht über die Lage der Kohlenversorgung, über die Möglichkeit den Strassenbahnverkehr wieder aufzunehmen, über die Bereitstellung von Ersatzverkehrsmitteln, die bisher vollkommen ausgeblieben sind und über Massnahmen, welche zur Versorgung der Haushalte mit Brennmaterial getroffen worden sind. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister diesen Bericht ungesäumt erstatten und eine Aussprache über diese höchst dringliche Angelegenheit im Gemeinderate herbeiführen wolle.

Bgm. Reumann: Ich werde dem Wunsche des Interpellanten Rechnung tragen, und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung einen Punkt betreffend die Kohlenversorgung setzen lassen, so dass darüber auf breiter Grundlage Aussprache gepflogen werden kann.

GR. Ertner (deutschnational) weist darauf hin, dass die im Laufe des Sommers aus den Lagerhäusern ausgegebenen Eier fast zu 60 bis 80 % für den Genuss unbrauchbar waren und fragt, wann die Eier eingelagert wurden, wie diese verwahrt und warum sie nicht früher in verwendungsfähigen Zustand ausgegeben wurden.

Bgm. Reumann: In den Lagerhäusern waren von 3. Februar bis 9. September 1918 keine Eier eingelagert und wurden im Laufe des Sommers Eier ab Lager nicht ausgefolgt. Erst am 9. September sind wieder Eier in das Kühltagehaus eingebracht worden. Diese befinden sich noch dort und sind von einwandfreier Beschaffenheit. Die Kühlräume für die Aufbewahrung der Eier sind hierzu eigens geschaffen worden und eignen sich, wie die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen, für diesen Zweck in ausgezeichnete Weise. Der Ankauf der gesamten Eier für

Deutschösterreich und für Wien wird übrigens von der deutschösterreichischen Eierinkaufsstelle besorgt, die auch die Verteilung der Eier im Einvernehmen mit der Gemeinde vornimmt. Die Qualität der ausgegebenen Eier war allerdings eine minderwertige, so dass tatsächlich per Kiste sich Abfälle von 15 bis 30% im Durchschnitt ergaben. Erfreulicherweise ist in allerletzter Zeit in dieser Hinsicht eine Besserung eingetreten und ist speziell die Qualität der in dieser Woche zur Ausgabe kommenden Eier eine gute.

GR. Ertner (deutschnational) betont, dass die Rechnungen von den Lagerhäusern für gelieferte Waren an die Abnehmer äusserst saumselig übersendet werden, dass hierdurch ein grosser Minusverlust entsteht und es vorkommen kann, dass Fakturierungen überhaupt unterbleiben. Er fragt, ob der Bürgermeister diese Sache untersuchen lassen und Ordnung in diese unkaufmännische, der Gemeinde Schaden verursachende Gebarung bringen lassen wolle.

Bgm. Reumann: Die Lagerhäuser der Stadt Wien sind nicht Eigentümer, sondern nur Verwahrer der eingelagerten Waren und haben Fakturierungen von ausgefolgten Waren nicht vorzunehmen. Die Ausfolgung geschieht nach dem Auftrage der Hinterleger entweder franko oder gegen Erlag des Kaufpreises. Ein Zinsenverlust oder sonstiger Schaden für die Gemeinde ist in beiden Fällen ausgeschlossen. Die Anfrage dürfte vermutlich solche Fälle ins Auge fassen, in denen die Wareneigentümer die Rechnungslegung über die von den Lagerhäusern abligonierten Lagergüter selbst durchzuführen haben. Es wird sich empfehlen, dass mir die ins Auge gefassten bestimmten Fälle mitgeteilt werden.

GR. Beer (Soz. Dem.) weist auf die schlechte Beschaffenheit der an der Brigittenauerlände liegenden Bootshütte hin und fragt, ob der Bürgermeister die zuständigen städtischen Organe beauftragen wolle, dass jede Gefährdung der persönlichen Sicherheit verhütet und die in der Hütte befindlichen Rettungsboote in Verwahrung genommen und einer Beaufsichtigung und Bestandaufnahme unterzogen werden.

Bgm. Reumann: Die Bootshütte gehört nicht der Gemeinde, sondern es ist Johann Heidinger mit der Bereitstellung, Unterbringung und Instandhaltung der Rettungsboote für den Hochwasserdienst betraut. Der Stadtrat hat die Kosten für die Abschliessung und Einrichtung zweier Stadtbahnbögen an der Spittelauerlände für die Unterbringung der Boote bewilligt, wofür diese in aller kürzester Zeit gebracht werden.

GR. Beer (Soz. Dem.) bespricht die Zustände in Obdachlosenheim im 20. Bezirk sowie die Massnahmen zur Milderung des Obdachlosensendes und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass ohne jede Verzögerung in den Unterkunftsräumen Kochherde errichtet werden und dass Stroh zur Füllung der Lagerstellen in genügender Menge und in einwandfreier Beschaffenheit zur Verfügung gestellt wird. Weiters fragt der Interpellant, ob der Bürgermeister angesichts des kommenden Winters die Errichtung von Notstandswohnungen durch Adaptierung geeigneter Militärbaracken und Objekte veranlassen wolle, sowie die Errichtung von Schutzstellen in denen Arbeits- und Obdachlose Speisen und warme, alkoholfreie Getränke zu billigen Preisen erhalten.

Bgm. Reumann: Die Unterkunftsbaracken in Obdachlosenheim sind vorläufig der Gemeinde bis Ende Dezember d. J. zur Verfügung gestellt und sollten ursprünglich nur zur vorübergehenden Notunterkunft dienen. Da das Gebäude Zentralheizung hat, fehlten in den einzelnen Zimmern Heiz- und Kocheinrichtungen. Für 22 von den vorhandenen 27 Zimmern ist bereits vor mehreren Wochen die Lieferung von transportablen Kochherden bestellt worden. Auch für die übrigen 5 Zimmer wurden die erforderlichen Herstellungen genehmigt. Die Strohsäcke haben noch die vom Verein beigestellte Füllung; ein Teil der Strohsäcke wurde neu gefüllt. Was die Errichtung von Notstandswohnungen durch Adaptierung von geeigneten Objekten betrifft, so werden alle erreichbaren mit den vorhandenen

Hilfsmitteln bewohnbar zu machenden Objekte herangezogen. Was die Schutzstellen betrifft wird von Wohnungsamt mit dem andern in Frage kommenden Aemtern das Einvernehmen gepflogen werden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) fragt über der Bürgermeister die eheste Ausgabe von fünf, zehn und zwanzig Heller Papierscheinen zum Zwecke der Behebung der Kleingeldnot veranlassen wolle.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde hätte auf Grund der Vollzugsanweisung des Staatsamtes der Finanzen vom 21. November 1918 die Möglichkeit Ersatzgeldzeichen (Notgeld) herauszugeben. Da es sich aber nicht um eine nur lokale Erschöpfung handelt, sondern sich der Kleingeldmangel im ganzen Gebiete der Republik fühlbar macht, ist es Sache des Staates und nicht einer einzelnen Gemeinde, hier einzugreifen. Es kann der Gemeinde nicht zugemutet werden, die im Verhältnisse zu dem geringen Wert der Geldzeichen sehr hohen Kosten einer Papiergeldausgabe und das Risiko der Fälschungen allein auf sich zu nehmen. Ich habe die Interpellation zur Veranlassung genommen, in einer an das Staatsamt der Finanzen gerichteten Zuschrift auf die Notwendigkeit einer Abhilfe durch Herausgabe eines Notgeldes aufmerksam zu machen.

GR. Hernstein (Soz. Dem.) sagt, dass die Wohnungsanforderungsverordnung der Landesregierung eine Lücke enthält, da sie nicht die Anforderung von Räumen für gewerbliche Zwecke beinhaltet. Hunderte von Werkstätten und Verkaufslökalen seien gesperrt und würden als Magazine benützt, viele stehen vollständig leer. Die Firma Meinhabe in Ottakring ungefähr 50 solche Räume gemietet, wo nichts anderes als leere Flaschen eingelagert sind. Der Interpellant fragt, ob der Bürgermeister bei der Landesregierung Schritte wegen Erlassung einer Nachtragsverordnung unternehmen wolle, die die Anforderung von Räumen zu Verkaufs- und Betriebszwecken ermöglicht, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Ermöglichung produktiver Arbeit dadurch zu unterstützen, dass er einen Teil der Bevölkerung, der diese Arbeit leisten wolle, die Möglichkeit dazu gibt und ob er geneigt ist die Erwirkung der Nachtragsverordnung so zu beschleunigen, dass diese bei der Generalbegehung der Häuser am 10. Oktober wirksam angewendet werden kann.

Der Bürgermeister erwiedert, dass das Wohnungsamt schon vor längerer Zeit diese sehr notwendige Nachtragsverordnung an zuständiger Stelle angeregt habe. Er werde diese Anfrage zum Anlass einer Betreibung bei der Regierung in dem erwähnten Sinne nehmen.

GR. Dr. Odehnal (chr.-soz.) weist darauf hin, dass in vielen Schulen des XVIII. Bezirkes die vom Gemeinderate bewilligten Lernmittel in höchst unzureichender Menge vorhanden sind und dass das Material für den Handarbeitsunterricht fast in allen Schulen vollständig fehlt, so dass der regelmässige Unterrichtsbetrieb nicht in wünschenswerter Weise aufgenommen werden kann. Auch Schulen anderer Bezirke sollen an diesem Mangel leiden. Es gehe nicht an, dass ein vom Gemeinderate gefasster Beschluss nicht auch voll und ganz und innerhalb einer solchen Zeit durchgeführt wird, dass er die gewisse allgemein beabsichtigte Wirkung erzielt. Der Interpellant fragt, ob dem Bürgermeister diese Tatsachen bekannt sind und was er zu thun gedenkt, um diese ehestens aus der Welt zu schaffen.

Bgm. Reumann: Als der Antrag betreffend die unentgeltliche Ausgabe von Lernmitteln bei den Aemtern in Verhandlung stand, wurde schon von der städtischen Lernmittelverwaltung wegen Lieferung mit dem betreffenden Lieferanten Fühlung genommen. Infolge der allgemeinen schlechten Produktionsverhältnisse haben jedoch auch die schon im Februar bestellten Hauptlieferungen Verzögerungen erfahren, wodurch die umfangreiche Arbeit der Verteilung der Lernmittel und die Zuweisung an die einzelnen Schulen nicht durchwegs bis zum Schulbeginn geschehen konnte. Es musste auch mit der eventuellen Herausgabe neuer

Lehrmittel geteilt werden, was die Verleger veranlasst hat, mit der Herstellung der Bücher zurückzutreten. Eine Zurücksetzung der Schulen eines Bezirkes bei der Fälligkeit ist ausgeschlossen. Von einer eingetragenen Störung des

Unterrichtes kann wohl bei den grossen in jeder Schule vorhandenen Vorräten aus den Vorjahren und bei den zugestellten grossen Mengen an Lernmitteln nicht gesprochen werden. Es ist bisher keine Klage von einer Schulleitung über einen Mangel an Lernmitteln eingelangt. Die Lieferung der noch ausstehenden Lernmitteln wird mit grösstem Nachdruck betrieben. Was das Handarbeitsmaterial betrifft, so wird dies nicht von der Lernmittelverwaltung beigegeben, sondern ist auch nach der neuen Vorschrift von den Schulleitungen im Handeinkauf bei Geschäftsläden des betreffenden Bezirkes anzuschaffen.

GR. Kunschak (chr. soz.) verweist in einer Anfrage darauf, dass ein grosser Teil der Wiener Volksschulen nicht über die erforderlichen Mengen von Lernmitteln verfügt und daher zahlreiche Schüler mit Lernmitteln nicht beteiligt werden könnten, was als eine schwere Schädigung des Unterrichtes und der Schulkinder bezeichnet werden müsse. Er stellt die Anfrage, ob dem Bürgermeister, der von ihm gerügten Sachverhalt bekannt ist und ob er veranlassen wolle, dass ohne Verzögern den Schulen die erforderlichen Lernmittel beigegeben werden.

Bgm. Reumann: Für diese Anfrage gilt das Vorhergesagte.

GR. Thaller (Soz. Dem.) interpelliert wegen der Zustände, die durch die Mistablagerung auf dem Klopsteinplatz und Umgebung verursacht werden.

Bgm. Reumann: Diese Ablagerungen sind ein altes Uebel, welches in der Tat so rasch als möglich zu beseitigen wäre. Leider mangelt es jetzt auch an dem nötigen Pferdmaterial um die notwendigen Abfuhr sicherstellen zu können. Sobald sich die Verhältnisse bessern, muss mit diesem Uebel gebrochen werden.

GR. Dr. Glasauer (chr. soz.) verweist in einer Anfrage darauf, dass Tausende von Bewerbern, welche durch die Erfolge der Schrebergärtner angetrieben, sich um geeignete Plätze bewerben, derzeit von Verbands der Schrebergärtner bzw. vom Wirtschaftsamt der Gemeinde Wien abgewiesen werden müssen, obwohl gerade mit Rücksicht auf die schwierige Lebensmittelversorgung die intensive Bodenbewirtschaftung gefördert werden müsste. Im Wiener Gemeinde Gebiete befinden sich grosse Grundflächen, welche Eigentum der Gemeinde Wien, öffentlicher Fonds, sowie auch von Grundspekulanten sind. Es wäre im öffentlichen Interesse gelegen, wenn solche Grundflächen, sofern sie nicht vom Eigentümer selbst bewirtschaftet werden oder bereits zu Gartenzwecken verpachtet sind, dem Vereine der Schrebergärtner bzw. dem Wirtschaftsamt der Gemeinde Wien über Anforderung nach Bedarf zur Verfügung gestellt werden müssten. Es wird an den Bürgermeister die Anfrage gestellt, ob derselbe geneigt ist, etwas zu veranlassen, damit die Ansuchen um Zuweisung von Schrebergärten erfüllt werden könnten.

Bgm. Reumann: Leider kann nicht ohne weiters verfügt werden, dass alle zur Verfügung stehenden Grundflächen dem Kleingartenwesen zugewiesen werden. Wenn die Möglichkeit gegeben ist, werden Ansuchen und Zuweisung von Grundflächen stets berücksichtigt. Ich werde mir über die Angelegenheit einen Bericht erstatten lassen und das erforderliche veranlassen.

GR. Machet (Tscheche) stellt an den Bürgermeister eine Anfrage, betreffend die angeblich geplanten Gewalttätigkeiten gegenüber tschechischen Kindern und Gasthäusern, wo sich solche Kinder zusammenfinden, solange für sie die nötigen Schulen nicht freigemacht werden.

GR. Untermüller (chr. soz.): In Gasthäusern kommen eure Kinder zusammen?

GR. Klimes (Tscheche): Wann ihr uns keine Schulen gebt, müssen sie in Gasthäusern zusammenkommen.

GR. Rotter (chr. soz.): Bei uns wollt ihr alle möglichen Schulen und in Deutschböhmen sperrt ihr eine Schule nach der anderen.

GR. Klimes (Tscheche): Die tschechische Fohle können sie brauchen, aber die tschechischen Schulen nicht. (Lebhaftes Zwischenrufe). Ihr seid Verbrecher!

GR. Grünbeck (chr. soz.) Ihr Kriegsverräter!

GR. Klimes (Tscheche): Mir sind stolz darauf, dass wir Oesterreich zer-

schmettern haben. Wir haben auch zur Republik verholfen. Innen sind die Habburger Lieber. (Zwischenrufe)

GR. Untermüller (chr. soz.): Herr Bürgermeister, er hat uns Verbrecher geheissen!

Bgm. Reumann: Ich habe nichts gehört.

Der Bürgermeister erklärt nach Verlesung der Interpellation, dass er dieselbe dem Polizeipräsidenten übermitteln werde.

GR. Feldmann (Nat. Dem.) beantragt, die Gültigkeit der Streckenkarten der Strassenbahn auch auf Feiertage auszuweiten.

GR. Machet (Tscheche): stellt einen Antrag auf Zuweisung eines Teiles der Lustbarkeitssteuer, welche bei Veranstaltungen der hiesigen tschechischen Vereine eingenommen werden, an die Vereinigung „Maj“ zur Veranstaltung unentgeltlicher Veranstaltungen und Konzerte für tschechische Arbeiter.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt. Vize-Bgm. Hoss übernimmt den Vorsitz.

In Erledigung der Tagesordnung gelangt zuerst das Referat des Bürgermeisters Reumann über die Auflassung der landwirtschaftlichen Betriebe der Gemeinde Wien aus der letzten Gemeinderatssitzung zur Erörterung und wird die Debatte hierüber eröffnet.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.) betont, dass es sich in dem vorliegenden Referate um die Lösung des Vertrages bezüglich der Beteiligung an der Brucker Zuckerfabrik und um die Pachtungen der südlich und nördlich der Donau liegenden Dreher'schen und der Fondsgüter handelt. Die Beteiligung an der Zuckerfabrik wurde beschlossen und der Bürgermeister selbst hat das Referat hier erstattet. Hierbei war die Erwägung massgebend, dass man sich auf die staatliche Bewirtschaftung des Zuckers nicht verlassen könne und dass die Stadt Wien selbst die Sache in die Hand nehmen müsse. Man war bereit mit 40 % in die Aktien-Gesellschaft einzutreten und den Rübenanbau bis zu 25% zu übernehmen. Nun stehen wir vor dem Antrage zu genehmigen, dass dieses in Aussicht genommene Geschäft gelöst werde. Wir können dies nur zur Kenntnis nehmen, denn in Wirklichkeit ist es ja schon geschehen. Der Referent hat in seinem Berichte diese Haltung damit begründet, dass das Gutachten von einem Angestellten der Firma Redlich in Göding als Sachverständigen abgegeben wurde. Nun hat ein anderer Sachverständiger gesagt, dass die Sache schlecht ist. Das kann nicht befriedigen, da man ja gewusst hat, dass der Sachverständige Hamscha bei der Firma Redlich war. Nach dem Gemeinderatsbeschlusse hätte aber die Sache gemacht werden müssen. Wir sind im Stadtrate damit überrascht worden, dass man von der Abgelegenheit abgegangen ist. Dieser Vorgang muss gerügt werden. In erster Linie muss geprüft werden, ob es notwendig ist, dass die Gemeinde in die Zuckerfabrikation eingreift, oder ob sie sie dem Staate überlassen soll. Die Stellungnahme ist von einer gewissen Unsicherheit getragen. Wenn wir heute für diesen Antrag im Referate stimmen werden, so deswegen, weil wir daran nichts mehr ändern können und weil wir von der jetzigen Gemeindeverwaltung nicht erwarten, dass sie sich bei dem Vertrage besonders hätte günstig hätte betätigen können.

Anders werden wir uns zu den Pachtverträgen wegen der Dreher'schen und der Fondsgüter verhalten. Der Gemeinderat hat der Pachtung unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Gemeinde zur Hälfte an dem Geschäft beteiligt ist. Aus dem heutigen Referate geht aber ganz etwas anderes hervor. Die ganze Sache ist jetzt anders konzipiert. Die Gemeinde soll nicht zur Hälfte an dem Geschäft teilhaben, sondern nur ein Drittel; je ein Drittel soll Dreher und der Fondsverwaltung zufallen. Die Gemeinde hat also die Verwaltung nicht selbst in der Hand. Auf Grund der Vorlage, die dem Gemeinderate hier unterbreitet wird, kann man sich kein genaues Bild machen. Ich aber kann ihnen sagen, dass die Geschäftsführung von drei Geschäftsführern gemacht werden soll. Einen hat die Verwaltung der Fondsgüter, einen der Staat und einen die Gemeinde. Der leitende Geschäftsführer soll der der Gemeinde sein. Wenn sich also die 3 Geschäftsführer nicht einigen können, so werden eben die 2 Drittel mehr ausgeben, als das eine Drittel. Für die Gemeinde fällt in dieser verwurzelten Konstruktion der Grund der Beteiligung weg. Eine Beteiligung gegenüber 2 Dritteln hat keinen Sinn. Man kann nach Italien fahren, um ein Geschäft zu machen, man kann zuhause bleiben, weil man kein Geschäft macht, es hat aber keinen Zweck, bis nach Liesing zu gehen, um ein Geschäft zu machen. (Rufe: Sehr richtig!) Es ist auch bedauerlich, dass die ganze Sache so spät verhandelt wird, und es ~~am~~ ist auch gesagt worden, dass nichts mehr zu ändern übrig bleibt, weil der Betrieb schon am 1. Jänner auf Kosten der Gemeinde läuft. Man hätte eben rechtzeitig mit Dreher verhandeln sollen, was aber nicht geschehen ist. Man stellt uns jetzt vor ein Entweder-Oder und es bleibt nichts anderes übrig, als den Vertrag zu schliessen. Wir können einen Sinn an der Sache nicht finden und trachten Sie die Verantwortung allein tragen zu können. Es kann nicht verschwiegen werden, dass die Bevölkerung von Wien an der jetzigen Gemeindevirtschaft so wenig Freude hat (Rufe: Sehr richtig!). Wir müssen uns überzeugen, dass wir dabei alle Leidtragende sind. Wenn man aber zur Ueberzeugung kommt, dass man die Sache nicht allein führen kann, dann hätte man dahin trachten sollen, dass der Vertrag gelöst wird. Die Christlichsozialen könnten daher für diesen Punkt des Referates nicht stimmen.

GR. Breitner (Soz. Dem.): Die Vorlage ist ^{schon} etwas sonderbar. Am 30. Mai hat der Gemeinderat ^{schon} seine Zustimmung gegeben, dass diese Pachtverträge mit Dreher und der kaiserlichen Gernaldirektion vollzogen werden und hat den mit der Brucker Zuckerfabrik abgeschlossenen Vertrag gut geheissen. In der heutigen Vorlage wird die Auflösung des Uebereinkommens mit der Zuckerfabrik beantragt und werden die anderen Pachtverträge in einer von der ersten ^{schon} Form ^{abweichenden} Form vorgelegt.

4

Das erfordert selbstverständlich eine sehr eingehende Beggründung. Ueber- raschend ist nur, dass gerade die Herren von der christlichsozialen Par- tel diese Aufklärungen provozieren. Das zwingt nämlich, wieder ein Kapitel aus der bestverwalteten Stadt zu erzählen, was im Interesse des ohnehin tief gesunkenen Ansehens besser vermieden worden wäre. Grundlage der ersten Pachtverträge war die Expertise des landwirtschaftlichen Sachverständigen, als welcher im November 1918 Herr Johann Hamscha engagiert worden war. Er wurde im Nebenamte angestellt und recht gut bezahlt, verfügt tatsächlich über glänzende Fachkenntnisse, hatte aber eine einzige schlechte Eigen- schaft; er war und ist Prokurist A.G. für Zuckerfabrik in Göding. Da er- gibt sich nun die seltene Tatsache, dass sämtliche Verträge, um die es sich heute handelt, mittelbar oder unmittelbar mit dieser Firma, deren Haupt- aktionäre die Herren Redlich sind, innig zusammenhängen.

Die Brüder Redlich sind nämlich in sehr hohem Masse an der Brucker Zucker- fabrik interessiert und diese wieder hat das eminenteste Interesse an den Großpachtungen, da diese zum Rübenbau mit 25% verhalten werden. Die Be- schlüsse des Stadtrates, in dem Bürgermeister Dr. Weisskirchner als Be- richterstatter fungierte, beruhten auf diesem Gutachten. Es wird noch nie- mals dagewesen sein, dass der Käufer dem Prokuristen des Verkäufers als Berater wählt. Das war der früheren Verwaltung vorbehalten.

Als wir dann aber bei den Lebensmittelverträgen tiefgeforschten, hatten wir einen gründlichen Verdacht gegen alles, was die frühere Verwal- tung beschlossen hat. Wir haben andre Expertisen eingeholt. Die von uns be- rufenen Experten, die besten Fachleute Oesterreichs, haben ein Gutachten abgegeben, das mit jenem Hamscha's im Widerspruch ist. Die Herren Hamscha eignen sich im grossen und ganzen nicht für den Rübenbau. Es wäre ein schwerer Verlust, wenn man gezwungen wäre, diese Gründe zu 25% mit Rüben bebauen zu lassen. Aber in den Vertrag steht weiters, dass jeder von der Gemeinde auch späterhin gepachtete Grund mit 25% Rübe bebaut werden müsse.

++++

Die Fortsetzung der Rede Breitners folgt auf einem späteren Bogen.

++++

GR. Kunschak (chr. soz.): Der Finanzreferent, der am allerbesten ver- walteten Stadt hat es versucht einen Mooren weiß zu waschen, was ihm nicht gelungen ist. Herr StR-Breitner scheint es ganz übersehen zu haben, dass er eigentlich gar nicht die trifft, die er heute treffen will, son- dern den Referenten von heute, seinen eigenen Bürgermeister. Die Angele- genheit hat uns im Gemeinderat am 30. Mai beschäftigt und wurde durch ein- stimmigen Beschluss erledigt. Der Referent am 30. Mai war der damalige und heutige Bürgermeister Jakob Reumann, und einstimmig haben seine Parteige- nossen diesen Verträgen ihre Zustimmung erteilt. Wenn der Finanzreferent versucht, heute gegen uns zu polemisieren, so scheint das auf einen Ge- dächtnisfehler zurückzuführen zu sein (Rufe: Sehr gut!), was bei der vielen Arbeit, mit der er belastet ist, nicht zu verwundern ist. Es wird uns eine Änderung eines Vertrages empfohlen, welchem der Bürgermeister in folgender Weise charakterisierte: „Ich möchte nach den weitest gehenden Erhebungen, welche gepflogen worden sind, anlässlich dieser Sachlage den Schluss ziehen, dass die Gemeinde Wien alle Ursache hat, auf diese Aktion

die durchgeführt werden soll, einzugehen.“ (Rufe: Hört!) Der Bürgermeister selber beruft sich in seinem Urteil darauf, dass die weitestgehenden Erhe- bungen gepflogen wurden.

GR. Täubler (Soz. Dem.): Vom Bürgermeister Dr. Weisskirchner!

GR. Kunschak (chr. soz.): Herr Bürgermeister Reumann ist doch nicht der Phonograph des Herrn Bürgermeisters Weisskirchner.

GR. Täubler (Soz. Dem.): Bürgermeister Reumann hat in einer Zwangslage das Referat übernommen; vom Bürgermeister Weisskirchner.

GR. Kunschak (chr. soz.): Da halten Sie, Herr GR. Täubler, den Bürger- meister für fähig, dass er ein ihm vom Dr. Weisskirchner übergebenes Re- ferat, worin Sympathie steht, Herr Bürgermeister Reumann hat nach Hütteldorf zu fahren und sich dort zu erkünnen, erstattet hätte. (Heiterkeit.-Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist echt Kunschak!) Der Bürgermeister sagte damals, dass die Vertragsverhältnisse für die Gemeinde ungemein günstige sind und dass besonders für den Vertrag mit der Zuckerfabrik spricht, dass sie sich in einem Zustande befindet, der voraussetzen lässt, dass der Betrieb mit vollem Erfolg geführt werden kann. Wenn sie glauben, dass diese Erhebungen nur von Dr. Weisskirchner gepflogen worden sind, so schauen sie die Ausführungen des Bürgermeister Reumann näher an und sie werden finden, dass er diese Erhebungen selbst gepflogen hat. (Rufe rechts: Hört!) Der Bürgermeister erklärte damals: „Ich mache aufmerksam, dass am 10. Mai die Zuckerfabrik von mir und Dr. Weisskirchner besichtigt worden ist, dass die Güter im vorzüglichen Zustande befunden wurden und dass be- züglich der Zuckerfabrik nur gesagt werden kann, dass die Einrichtungen allen Anforderungen entsprechen und dass bezüglich des Bauzustandes nur das Beste gesagt werden kann. Die Fabrik ist wirklich prächtig eingerich- tet und es wäre zu wünschen, dass sie die Herrn Gemeinderäte selbst in Abgeschein nehmen, damit sie sich an Ort und Stelle überzeugen, wie präch- tig die Einrichtung ist.“ Auf Grund dieser vom Herrn Bürgermeister persönl- lich vorgenommenen Besichtigung ist er zu dem Entschluss gekommen, dass der Vertrag ein ungemein günstiger ist, und hat Sie verführt, dass Sie für diesen Vertrag einstimmig votiert haben, und wir haben auch dafür ge- stimmt. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sie hat Weisskirchner im Stadtrat schon eingefädelt.) Wir leugnen gar nicht, dass die Christlichsozialen diese Aktion eingeleitet haben. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür. Das ist wiederum ein Argument gegenüber dem Finanzreferenten Herrn StR. Breitner, der uns belehren wollte, was wir hätten machen sollen, zuerst die Land- wirtschaft und dann die Milchwirtschaft. Dabei hat StR. Breitner ganz über- sehen, dass die Verhältnisse unter welchem wir die Milchwirtschaft begonne haben, wesentlich andere waren als heute. Damals hat die Möglichkeit, Land- wirtschaften zu übernehmen, für die Gemeinde Wien nicht bestanden, und es hat sich darum gehandelt die Milchproduktion möglichst rasch mit allen Mitteln, die aufgebracht werden konnten, zu heben.

Dass diese Milchwirtschaft nicht fortgeführt werden konnte, darüber waren sich die Christlichsozialen klar, als sich eine andere Möglichkeit gab, diese zu ergreifen. Sie kommen nun nach so kurzer Zeit und werfen einen Vertrag um. Sie werden nicht behaupten wollen, dass es in Ihren Intentionen liegt, Private wirtschaften zu lassen. Sie leben ja im Zeitalter des Sozialismus und nun wollen Sie sagen, wir sind mit einem Drittel zufrieden. Wenn Stadtrat Breitner sagt, dass es keine Gefahren für die Sozialisierung mehr gib, so möchte ich ihn doch um Aufklärung bitten. Aber Ihnen grant eben vor dem voraussichtlichen Ergebnis Ihrer Wirtschaft, Sie haben eben auch Leute, die nicht eingeschoren sind, auf ihre Gedankengänge. Ich brauche hier nur den Namen Duda nennen, der Ihnen das Gropen gelehrt hat. Wenn Sie nun mit einer gewissen Verdächtigung gegen die Christlichsozialen mit dem Hinweis auf den

Präsidenten Redlich offerieren, da könnten Sie sich ja deutlicher ausdrücken, was Sie meinen. Sie wissen nichts zu sagen und legen Wert darauf, dass sich die Bevölkerung etwas g hinzudenke. Die Gemeinde ist mit Redlich in Vertin- dung gekommen, weil auf den Gütern Verträge mit der Zuckerfabrik Auspitz gelastet haben, und die Zuckerfabrik gefragt werden musste, weil Rechtsan- sprüche da waren. Ueber die Beteiligung des Redlich sagt der Referent, in dieser Hinsicht der Präsident Redlich als verdienstvoller Vermittler in der Angelegenheit aufgetreten sei. Es hat mit Redlich nichts bestanden, was für verdächtig befunden werden könnte, was ja auch die Worte des Bürgermei- sters sagen. Wir haben nicht unsere Taktik geändert, sondern wir bleiben bei dem Vertrag, den der Gemeinderat über Antrag des Bürgermeisters am 30. Mai einstimmig zum Beschluss erhoben hat. Wenn Sie dringende Gründe haben, so lässt sich ja reden. ~~Aber Sie werfen uns eine Änderung der Taktik vor.~~ Aber Sie werfen uns eine Änderung der Taktik vor.

Wir befinden uns auch in einem gewissen Misstrauen den zu erwartenden Erfolgen gegenüber. Wenn ich dies sage, so stütze ich mich auf eine Reihe von Erfahrungen. Ich bin ganz damit einverstanden, dass die Gemeinde land- wirtschaftliche Betriebe übernimmt und bewirtschaftet, um den Grossagrarier in die Karten zu schauen. Aber was hier unternommen wird ist ein gewagtes Spiel und es kann ein Misserfolg erzielt werden.

GR. Skarat (Soz.-Dem.): Wir haben ja keine Juristen bestellt!

GR. Kunschak: Wir haben ja Möglichkeit, uns über einige Ergebnisse zu unterrichten, wobei wir froh sein müssen, wenn die Agrarier ihre Preise nicht revidieren. Auf dem Gute in Tausendblum und in Herrenhub bei Neu- lengbach wurden im Jahre 1914 14 Waggons Kartoffeln und 11 Waggons Getreide der Allgemeinheit zugeführt. Heuer wurde kein Kilogramm der Öffentlichkeit überlassen, die Wirtschaft ist passiv geworden und es wurden nur 5 Waggons

Kartoffeln abgeliefert. Fünf Joch Rüben mussten eingeeckert werden. Die Ver- waltung schiebt alle Schuld auf den Mangel an Arbeitskräften. Es soll nicht möglich gewesen sei, von Wien mit seinen 120.000 Arbeitslosen Ar- beiter nach Neulengbach zu bringen. Es ist auch ganz interessant zu hören, dass weibliche Hilfskräfte für Krautjäten 6 Kronen täglich, einen Liter Milch und 60 dkg Mehl täglich bekommen haben. Interessant wäre zu wissen, woher das Mehl genommen wurde. Für das Mähen von einem Joch Wiese mussten 80 K Taglohn bezahlt werden, und ebenso ein Liter und 60 dkg Mehl. Jeder Landwirt wird Ihnen aber sagen, dass ein Joch Wiese 80 K Mählohn nicht ver- trägt. Wenn vielleicht auch Ihre landwirtschaftliche Produktion zu einem solchen Resultat führt, dann Gnade uns vor denen, gegen die Sie ausziehen, um sie auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu schlagen. Es hat auch ein Arbeiter für das Ausräumen eines Baches bei dreitägiger Arbeit 780 K bekommen. Wenn der Herr Bürgermeister materialistisch veranlagt ist, so wäre es besser, er würde statt Bürgermeister zu sein, Bachausräumen gehen.

Ich betone nochmals, dass wir unsere Stellungnahme nicht geändert ha- ben, mögen Sie beschliessen, was Sie wollen, wir können warten, bis uns der erste Bericht aus diesen Geschäfte vorliegt. Gutes erhoffen Sie sich selber nicht, denn sonst würden Sie den erhofften Rahm für sich selbst bereit halten, um ihn servieren zu können. Aber Sie haben die Meinung dass das, was da heraus kommt, nur Seifenschaum ist, und dass sich die Bevölkerung wird einseifen lassen. (Lebhafter Beifall bei den Christ- lich-Sozialen).

5

GR. Schwarz-Hiller (vereinigte demokr. Partei): Ich habe mich pro gemeldet, nicht weil mir das Referat so gut gefällt, sondern weil bereits der Referent feststellte, dass das abgeschlossene Verträge sind, die sich nicht abändern lassen, und weil ich dafür eintrete, dass ~~xxx~~ bei wirtschaftlichen Beratungen, wo es sich um das Wohl und Wehe der Gemeinde handelt die Redner sich entpolitisieren sollen. Parteipolitik soll es in dieser schweren Zeit nicht geben. Ich werde mich in meinen Ausführungen jeder Politik enthalten und meinen Bedenken in ~~xxxx~~ rein sachlicher Weise entwickeln. In erster Linie will ich feststellen, dass sich im Gemeinderate seit 30 Jahren nichts geändert hat. So war es, wie mir Ältere Leute erzählen, unter Brix, so habe ich es unter den früheren Regim erlebt und so ist es auch jetzt, dass die Plenarsitzungen zu einer reinen Formsache geworden sind. Dessen ist sich wohl jedes Gemeinderatsmitglied bewusst. Ich halte es für ganz falsch und unrichtig, dass wenn hier wirklich etwas geleistet werden soll, ein Paar Frauen und Herren, die ganze Verwaltung sind. Erst wenn das Stadtratprinzip aufhört, wird es anders werden.

Gegen das Referat bin ich nicht, ich werde für dasselbe stimmen, denn ich stehe auch auf dem Standpunkte, dass ein Gemeinderatsbeschluss abgeändert werden kann, wenn die, wie die Verwaltung der Gemeinde wirklich führen, dafür verantwortlich sind, zur Erkenntnis gelangen, dass nicht der Durchführung eines vom Gemeinderate genehmigten Beschlusses, der Verwaltung Schaden entstehen könnte. Ja, ich halte es sogar für Ihre Pflicht, derartige Beschlüsse zu statieren. Es bleibt aber die Frage offen, ob es zu Abänderungen kommen muss, wenn die Sache früher überlegt würde, und Sie nicht einzelne Menschen machen, sondern, wenn der ganze Gemeinderat ohne Unterschied der Partei zur Mitarbeit herangezogen wird. Ich muss konstatieren, dass ich am 30. Mai 1919 wie das Protokoll ausweist, der einzige war, ausser Kokrda und Feldmann, die Bedenken hegten, der Beanstandungen machte. (Verliest die betreffenden Stellen des Protokolles aus dem Amtsblatte). Der Gemeinderat soll wegen meiner einmal im Jahre einberufen werden, man hat ihn ja auch nicht einberufen, als die am 19. August dessen Einberufung verlangte, um über die Kohle zu sprechen, sondern erst ein Monat später und hat dann überhaupt nicht über die Kohlen gesprochen. Wenn man ihn aber einberuft, soll man ernst und seriös an der Angelegenheit mitarbeiten. Was überhaupt ist das Recht der Wiener Bevölkerung, eines Wiener Gemeinderates und ist nicht unbillig. Ein weiterer Punkt, den ich damals betont habe, es war wie die neue Majorität einzog, die Abdscht, eine Reihe von Betrieben zu municipalisieren. Ich verweise auf meine 10 jährige Tätigkeit im Gemeinderate, wo ich immer für städtische Sozialisierung war, aber immer meine Gegenbedenken offen vertreten habe.

Ich halte auch jetzt den Boden dieser schwierigen Uebergangszeit nicht als das richtige Tempo für Municipalisierungen, da auch die Gemeinde nicht über die nötigen technischen Verwaltungseinrichtungen verfügt. Wir müssen uns auf Sachverständige verlassen, wie im vorliegenden Falle. Es wird der früheren Gemeindevertretung vorgeworfen, dass sie Juristen in die Verwaltung einsetzte. Wären aber immer Fachleute eingesetzt worden, glauben Sie, dass Sie immer in allen Fällen sicher gegangen wären. Was die Sache selbst betrifft, ist kein Grund vorhanden, warum diese Verträge nicht hätten abgeschlossen werden sollen. Man hätte am 30. Mai die Sache überlegen sollen, ob man das Geschäft machen soll oder nicht, aber heute darüber zu debattieren, ist unnötig. Staatliche, städtische und bürokratische Betriebe werden immer schlechter gehen, und immer weniger tragen, als

Privatbetriebe. Ich glaube auch nicht, dass wir insbesondere auf landwirtschaftlichen Gebiete nicht einmal in der Lage sein werden, selbst hinter die Preiskalkulation zu kommen. Wir werden so teuer produzieren, dass eine weitere Preiserhöhung der Landwirte für gerechtfertigt erscheinen wird. Dass die Zuckerfabrik und nicht aus der Not gerettet hätte, ist selbstverständlich, dass haben wir nicht beabsichtigt, sondern wir wollten bloss Einfluss gewinnen. An den Bürgermeister, die Vize-Bürgermeister und die sonstigen Faktoren appelliere ich heute, denn ich halte es unmöglich, dass einige wenige Leute, eine Riesenverwaltung führen. Das ~~xxx~~ hat sich nie bewährt, ich bin der Ansicht, dass dieses System, wie es jetzt eingerichtet ist und aus der Vergangenheit stammt, nicht das richtige ist, nur bei gemeinsamer Mitarbeit des ganzen Gemeinderates wird sich das richtige System ergeben, deshalb wünsche ich eine Aenderung des Statutes und einzig allein damit hängt die schlechte oder gute Verwaltung zusammen.

GR. Erntner: (deutschnational)regt, dass derartige Referate immer erst kurz vor dem Beginn der Sitzung vorgelegt werden, so sei es auch am 30. Mai gewesen. Es wurde damals der ganze Pachtvertrag in einer Weise geschändert, dass die Bedenken der anwesenden Gemeinderäte schwanden. Jetzt erst stelle sich heraus, dass die Verträge abgeändert werden müssen. Jetzt hören wir von Gutachten des Dr. Hanscha u.a.w. Doch sei ein Sachverständiger in diesem Falle zu wenig, es müssen in Zukunft verschiedene Fachleute befragt werden. Kaufmännische Vorsicht sei bei Vertragsabschlüssen am Platze.

GR. Dr. Pollak (Zionist): Ich war der einzige Redner am 30. Mai, der sachliche Bedenken gehegt hat. Ich habe damals bereits erklärt, dass es schwer für die Gemeinde sein wird, den Boden mit 25% Rübe zu bebauen. Weiters aber auch erwähnt, dass es ein Unding sei, dass sich die Gemeinde Wien in ähnlicher Weise für alle in Zukunft zu pachtenden Gründen verpflichte. Ich habe auch gebeten, mit Hinsicht auf die Akten zu geben, an den Bürgermeister hat aber geantwortet, weiter denn hinköme, wenn er das jedem Herrn gewähren würde. (Rufe: Hört!) Redner bittet den Bürgermeister, den Herren, die sich für Sachen interessieren, den Einblick in die Akten zu gewähren. Er bezeichnet weiter den Vertrag für eine Blamage der Gemeinde Wien, Schuld sei nicht Bürgermeister Reumann, sondern der Beschluss sei am 1. Mai, also Bürgermeister Weiskirchner da war, im Stadtrate gefasst worden. Dies hat auch GR. Vaugoin seinerzeit rühmlich hervorgehoben. Redner weist darauf hin, dass sich die Zuckerfabrik Bruck im Mai habe von 2 Erwägungen leiten lassen, vor der Angst der Sozialisierung und vor der Angst, dass ihr die ungarischen Gründe wegfallen könnten. Es nimmt ihn Wunder, ~~xxxxx~~ aus dem Munde eines Bankdirektors, zu hören, dass 60% des Ertrages als Aufgeld gezahlt werden müssen. Die Zuckerfabrik ist weit

mehr als 60% Agio wert. Redner bespricht die zukünftige Gestaltung der Zuckerproduktion und kommt zu dem Schlusse, dass Redlich später doch lachen wird, weil die Gemeinde die Zuckerrüben nach Bruck liefern müssen, weil Bruck am nächsten liegt. Redner meint auch, dass man hätte auch mit der Zuckerfabrik Bruck zu einem ganz anderen Resultate hätte kommen können. Die Zuckerfabrik Bruck hätte sich wahrscheinlich auch mit 60 oder 80 % begnügt. Hier fällt der Fehler dem Referenten zu. Es gehe eben nicht an, über solche Dinge, den Magistrats-Direktor allein das Urteil fällen zu lassen, sondern beim Abschlusse solcher Geschäfte müssten auch Kaufleute und Industrielle gehört werden. Der Gemeinderat darf nicht zur blossen Abstimmungsmaschine gemacht werden.

Redner weist auf seine Ausführungen im Mai hin, wo er den Vertrag als günstig erklärt hatte, wenn er auch einige Härten, die abzuschleifen gewesen wären, gehabt hat. Er erklärt es für ungünstig, wenn die Gemeinde den Vertrag jetzt löst.

In seinen Schlussworte betont Bgm. Reumann zunächst, dass es die Sozialdemokraten, als sie zur Majorität gekommen sind, als Grundsatz aufgefasst haben, dass der Gemeinderat nicht als Abstimmungsmaschine sein dürfe, sondern sich an den vielfältigen Aufgaben der Gemeindeverwaltung beteiligen muss. Es seien alle Vorbereitungen getroffen, das Gemeindestatut wird geändert werden, um den berechtigten Wünschen nach Mitarbeit Rechnung zu tragen.

Wenn Dr. Pollak erklärt habe, dass ihm nicht Einblick in die Akten gewährt worden sei, so meint der Bürgermeister, dass dies auch in entsprechender Weise verlangt werden solle.

Eunschak habe, wie gewöhnlich mit Zitaten geredet und habe eine Menge Aussprüche vom Bürgermeister zitiert, wenn ^{es} sich ergibt, dass jene Voraussetzungen, die zuerst an dem Antrage gut waren, zweifelhaft erscheinen, dann ist es eben Pflicht jeden Vertreters genau zu prüfen, ob da ~~es~~ nicht ein Versehen vorliege, was zu den weitgehendsten Folgerungen führen könnte. Wenn diese Prüfung vorgenommen wurde, dann wisse er nicht, warum man dann einen Vorwurf erhebe. Es wäre doch nur zu wünschen, dass immer so vorgegangen wird. Der Bürgermeister halte Redlich für einen ehrlichen Makler.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.); StH. Breitner hat davon anders gesprochen.

Bgm. Reumann betont, dass es ihm auch gelungen sei, das Agio von 100 auf 75% zu ermässigen. In 3 Tagen habe er das Agio um 15% herabgedrückt. Auch die Erhöhung des Pachtschillings um 100 K gegenüber der Gödinger Zuckerfabrik habe er beanstandet. Bezüglich der Herabminderung der 25% des Rübenanbaues gäbe die Antwort dahin, dass eine Aenderung des gegenwärtigen Verhältnisses nicht mehr stattfinden könne.

Bgm. Breitner

Es war bei diesen Verträgen aber auch nicht entsprechend berücksichtigt worden, dass alle landwirtschaftlichen Betriebe Deutschösterreichs heruntergekommen sind, da während der letzten 5 Jahre der Boden ausgesaugt und der Viehstand weit mehr als dezimiert wurde. Wir haben uns gesagt, dass es nicht allein Sache der Gemeinde sei, die Schäden zu beheben. Wir gelangten zur Ueberzeugung, dass sich der Staat an diesem Werke beteiligen müsse und es ist uns wirklich gelungen, eine finanzielle staatliche Beihilfe zu erlangen.

Dadurch erklärt sich die Beteiligung des Staates, der sich bereit gefunden hat, über seine Beteiligung hinaus den Verlust der Viehzucht bis zu 10 Millionen zu tragen. Allerdings unter der Bedingung, dass die Aktion ganz Niederösterreich zu Gute kommt. Wir haben aber auch die ebenmalige kaiserliche Generaldirektion an den Dreherischen Gütern beteiligt. Dadurch ist eine einheitliche Verwaltung der Güterkomplexe ermöglicht, was einen ausserordentlichen Vorteil bedeutet. Wir haben aber ausserdem eine sehr weitgehende Ermässigung des Pachtschillings erreicht.

Ausserdem haben wir jene Stelle des Vertrages nach der jede Erhöhung der Steuer die Gemeinde allein zu tragen hätte, dahin mit Erfolg abgeändert, dass nunmehr Dreher, Steuererhöhungen über das Steuerausmass von 1914 zur Hälfte und die Generaldirektion zur Gänze trägt. Es ist auch unrichtig, dass die Pachtung der Güter in einen unlöslichen Zusammenhang mit der Zuckerfabrik stehen. Würde doch die Pachtung der Güter im Stadtrat am 15. April und die Beteiligung an der Zuckerfabrik erst am 8. Mai beschlossen. Am 15. April konnte man noch

nicht wagen, dass man sich an der Zuckerfabrik beteiligen wird. Was nun die Angelegenheit der Kompliziertheit des Verwaltungsgapparates betrifft, so gebe ich zu, dass es Verluste gegen wird, wenn sich diese drei Kongressen hermannen, aber es ist nicht einnehmend, dass dies geschieht, weil jeder mit einem Drittel am Verlust beteiligt ist. Man könnte nie ein Kompromiss-

6
Verhältnisse eingehen, wenn man immer von einer solchen Voraussetzung ausgeht und ich verstehe nicht, warum die Christlichsozialen ein so grosses Vertrauen zur Brucker Zuckerfabrik gehabt haben, an der die Gemeinde doch nur mit 40 % beteiligt war. Innerhalb des ganzen Kompagnieverhältnisses hat aber die Gemeinde Wien unter allen Umständen ein Übergewicht, weil es die Person des Präsidenten und eines Vicepräsidenten beistellt! Als es nicht gelungen ist, mit der Brucker Zuckerfabrik den Vertrag entsprechend abzuändern, damit die Pachtungen nicht zu schwer belastet seien, haben wir das Anerbieten auf Auflösung des Vertrages angenommen.

Bezüglich der Dreherischen und der General-Direktions-Güter ist ein solches Anerbieten nicht gestellt worden. Es wäre aber auch schwer möglich gewesen, ein solches herbeizuführen. Die christl.-soz. Mehrheit hat im April dieses Jahres der Uebernahme des Betriebes ab 1. Mai auf Rechnung der Gemeinde Wien zugestimmt. Wir hatten zur Zeit, als an die neuen Verhandlungen geschritten wurde, bereits einen Betrag von 22 2 Millionen Kronen aus Gemeindemitteln investiert

den Anbau besorgt, die Ernte hereingebracht und tragen daher hierfür die volle Verantwortung. Bürgermeister Weisskirchner hat nun mit der Leitung der Pachtungen zwei Juristen betraut, so wie beim Kraut. Es wäre ein Rattenschwanz von Prozessen entstanden und es wäre uns wirklich schwer gefallen, den Nachweis zu erbringen, dass wir den Anbau und die Ernte wirklich fachgemäss durchgeführt haben. Es war aber auch vom einem anderen Gesichtspunkte wünschenswert, dass wir in irgend einer Form allerdings mit sehr geteiltem Risiko diese Pachtung aufrecht erhalten. Dass wir nur ein Drittel haben, ist vom wirtschaftlichen Standpunkte nicht zu bedauern, denn unsere Politik muss darauf hinzielen, möglichst billig abzugeben, um preisregulierend zu wirken. Auf Gewinn ist unsere Absicht hierbei gar nicht gerichtet und wenn wir also zwei Kompagnons haben, kann es gerade bei diesem Betriebe uns nicht schädigen. Dieser andere Grund ist die erspriessliche Beendigung der Einstellwirtschaft von Kühen. Auch in dieser Beziehung hat die frühere Verwaltung höchst sonderbar gehandelt. ^{normalen} Nach dem Menschenverstande ist es etwas ^{naturngemässes}, wenn man 800 bis 1000 Kühe anschafft, sich auch den dazugehörigen Grund und Boden zu schaffen

Die Gemeinde Wien ist ^{gefallen} andere Wege gegangen; sie hat die Kühe auf allen möglichen Gütern eingestellt. Die Nutzung der Dungung ist Privaten zugute gekommen und wir haben beim ehemaligen Herrn Baron Thasonat die aller unangenehmsten Erfahrungen gemacht. Wir haben ein Melkergebnis von ungefähr 4 Liter pro Tage gehabt, (Hört!) und es würde uns erwidert, 2 Liter werden beim Melken weggetrunken. Das kommt davon, wenn man sädtsche Kühe in fremde Betriebe einstellt. Die Gemeinde ^{kaufen oder jäh} nicht hergehen und die Kühe verkaufen. Wir hätten die ruinnöse Art der Einstellwirtschaft, an der die Gemeinde Millionen verloren hat, fortführen müssen und daher war es notwendig, in diese Pachtungen einzutreten. Es ist uns ^{überraschend} nicht so sehr überraschend, dass die Herren von der Minderheit heute eine etwa geänderte Haltung einnehmen, nicht so sehr, weil sie zu uns kein ^{Vertrauen hegen} Vertrauen hegen, sondern weil heute geänderte Verhältnisse vorliegen. Heute handelt es sich nicht mehr, um eine Rettungsaktion für die Habsburger, heute ist es festgestellt, dass die Güter einen Bestandteil des österr. Staatsgutes bilden, ^{heute ist die Gefahr der Sozialisierung nicht mehr so gross.} Wir als Gemeinde Wien, eine Vereinigung von Grosskonsumenten, haben aber nach wie vor das lebhafteste Interesse hinter die Kulissen der Grossagrarien zu blicken und zu wissen ob die Preise ihre Begründung finden. Nachdrücklich sei noch betont, dass durch die Aenderung der Pachtverträge nicht das allergeringste sich daran ändert, dass der gesamte Ertrag nach Wien geliefert werden muss. Es ist vielmehr gerade durch die Beteiligung des Staates gesichert, dass vor den Toren Wiens eine grossartige Milchwirtschaft ermöglicht wird, wozu wir aus eigener Kraft nicht die Möglichkeit gehabt hätten--

hinter die Kulissen der Grossagrarien zu blicken und zu wissen, ob die Preise, die jeweilig angerechnet werden, ihre Begründung finden.

Wir hätten als Mehrheit einen höchst einfachen Standpunkt gehabt. Wir haben die einhellige Bewilligung gehabt, die ^{Verträge} ~~Verträge~~ ^{abzuschliessen} ~~abzuschliessen~~ abzuschliessen. Wir sind einen viel schwierigeren Weg gegangen und haben uns mit jedem einzelnen der ^{Wochenlang} ~~Wochenlang~~ herumgestritten. Wir haben das Risiko der Gemeinde sehr bedeutend herabgesetzt, die Viehaufzucht, welche Sache des Staates ist, in ^{solche} ~~die~~ Bahnen gelenkt, dass ein Verlust bis zu 10 Millionen Kronen vom Staate getragen wird, ~~und den Vertrag mit der Brucker Zuckerfabrik gelöst.~~ Wir haben eine einheitliche Leitung der beiden Komplexe gesichert, und ^{Wir können} ~~Wir können~~ ^{mit gutem Gewissen sagen,} dass diese Verträge, wie sie in der geänderten Form nach den Gutachten ~~nicht von Prokuristen des Dreher und der Generaldirektion, sondern von vollkommen unabhängigen~~ ^{failliten} ~~Meckes~~ vorliegen, für die Gemeinde Wien allem menschlichem Ermessen nach kein Risiko in sich schliessen, ^{das} ~~das~~ ^{die Produkte} ~~unbedingt~~ ^{nach Wien kommen müssen und wir doch einen Einblick haben in einem grossagrarischem Betrieb, ~~das~~ ^{was} ~~wir~~ ^{haben} ~~die Möglichkeit haben, unsere Einstellwirtschaft zu liquidieren, und aus der~~ ^{in starkem Masse, um aus} ~~der schlechtesten Verwaltungen der Welt hindüber zu kommen in eine besser verwaltete Stadt.~~ (Lebhafter Beifall links)}

Schluss der Rede von Baron

Wir haben das Interesse der Gemeinde Wien voll und ganz gewahrt. Mir liegt es gänzlich ferne auf dieser Sache irgend jemand Vorwürfe zu machen. Aber uns kann kein Vorwurf gemacht werden, weil wir so vorsichtig gewesen sind und eine nochmalige Ueberprüfung der ganzen Angelegenheit durchgeführt haben und zu einem anderen Ergebnisse gelangt sind. Es ist ^{hier} ein ganz bedeutender Erfolg erzielt worden und nunmehr sagen die Herren, sie stehen auf dem Boden des alten, also des schlechten Vertrages, das kann ich wirklich nicht begreifen. Wir können Ihnen da nicht folgen, wir akzeptieren den besseren Vertrag und da erbitte ich Sie die vorgelegten Anträge anzunehmen. (Lauter Beifall links)

Bei der Abstimmung werden die Stadtratsanträge angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Biber (chr. soz.) wird für die Instandsetzung der Lagerhauslokomotive I ein Betrag von rund 95.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Breitners (Soz. Dem.) werden die Kosten für die Neuanschaffung von Kraftstellwagen genehmigt.

GR. Breitner (Soz. Dem.) beantragt die Auflösung der Verträge der Gemeinde Wien mit Mör Fekete über Marmelade der Erzeugung.

VB. Winter übernimmt den Vorsitz.

GR. Haider (chr. soz.) erklärt, dass er sich verpflichtet fühle öffentlich darzutun, dass tatsächlich bei diesem Vertrage für die Gemeindeverwaltung kein Nachteil erwachsen ist. Er tue es nur deshalb um der jetzigen Majorität die Gelegenheit zu hehehmen die Sache parteipolitische auszunutzen.

Frau GR. Kurzbauer (chr. soz.) erklärt, dass sie als Hausfrau wohl wisse, dass die mit Salzen versetzte Marmelade nicht besserungsfähig sei, es wäre daher schade um den Zucker und die Kohle. Man solle nicht gutes zu schlechtem legen. Nach einem kurzen Schlusswort wird der Referentenantrag genehmigt.

GR. Dr. Grün (Soz. Dem.) referiert über die Bezugserhöhung der Hilfsärzte im Jubiläumspital.

GR. Dr. Odehnal (chr. soz.) spricht sich dagegen aus, dass man Sekundärärzte die im Spital wohnen ein Ad Jutum von 2000 Kronen gewähre, während die ausserhalb des Spitals wohnenden nur 1600 Kronen erhalten sollen und bezeichnet es als ungerecht ein ad Jutum wänder Wohnungszufälligkeit abhängig zu machen. Weiters hält er die für Sekundärärzte, Assistenzärzte und Aspiranten festgesetzte Wohnungsschädigung von 100 Kronen und wünscht die Erhöhung dieser Post auf 150 Kronen. Zum Schlusse stellte er diesebzügliche Abänderungsanträge.

7

StR. Dr. Grün betont in seinem Schlussworte, dass den Aerzten unter der christlich-sozialen Herrschaft nicht die gerechtesten Wünsche erfüllt worden seien. Unter lebhaften Zwischenrufen führt der Referent aus, dass die Erhöhungen durchschnittlich ~~um~~ 225% betragen, dass die Kriegszulage um rund 100 % erhöht wurde und dass diese Forderungen im Einvernehmen mit den Aerzten geregelt wurden. Jetzt kommen auf einmal Sie (zu den christlich-sozialen gewendet) und lizitieren hinauf.

GR. Untermüllen; Sie haben selber gesagt, dass nicht alles bewilligt worden ist.

StR. Dr. Grün: Sie können vielleicht bei der Hundesteuer reden, aber nicht bei den Aerzten.

Darauf erhebt sich bei den Christlich-Sozialen stürmische Protestrufe: Das ist kein Referent mehr! Das lassen wir uns nicht bieten.

GR. Dr. Kienböck geht zum Referententisch: Das müssen Sie zurücknehmen Herr Referent!

In der Mitte des Saales tobt ein grosser Lärm, die Gemeinderäte geraten hart aneinander, Bezirksvorsteher Langer (Sozialdemokrat) macht besonders erregte Zwischenrufe und drohende Gebarden gegen die Christlichsozialen und wird nur mit Mühe von seinen Parteigenossen zurückgehalten. Der Lärm dauert geraume Weile.

Vize-Bgm. Winter gibt unausgesetzt das Glockenzeichen.

~~xxx~~ StR. Dr. Grün ~~hat~~ erklärt die während seines Referates getanen erregten Worte nicht getan haben zu wollen.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) Das genügt nicht.

Vize-Bgm. Winter: Ich habe leider bvernehmen müssen, dass ~~es~~ von beiden Seiten die parlamentarischen Sitten nicht beachtet worden sind und ich bitte die Herren in Zukunft, derartige Fälle möglichst zu vermeiden. Einschreiten kann ich dagegen nicht, da meinem Wunsche auf Vorlage des stenografischen Protokolles nicht Rechnung getragen werden kann. Die Stenografen erklären ^{Sie} übrigens, dass infolge des grossen Lärmes die Zwischenrufe nicht aufnehmen konnten.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge mit den Stimmen der Mehrheit angenommen, die Abänderungsanträge des GR. Dr. Chedenl abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, 27. September 1919, Nr. 388.

Abgabe von Salzspeck. Vom 28. September bis 4. Oktober werden bei den städtischen Schweinespeckabgabestellen pro Person 12 kg Salzspeck zum Preise von K 4.50 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 159 und der beiden Abschnitte Nr. 159 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Die Preiserhöhung ist infolge der Verschlechterung unserer Valuta notwendig geworden. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote bei den Verschleißstellen ihrer Konsumentenorganisation.

Haferflocken und Pferdefleisch für Mindestbemittelte. In der 118. Aktionswoche bekommen alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Haferflocken pro Person des Haushaltes zum Preise von 40 h gegen Abtrennung des Abschnittes 29 in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Mittwoch, den 1. Oktober von A - F, Freitag, den 3. Oktober von G - K, Samstag, den 4. Oktober von L - N und Montag, den 6. Oktober von S - Z. Ausserdem wird die Abgabe von Wohlfahrtsfleisch (Pferdefleisch) an jene Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine stattfinden, die in den Ständen X., Eugenplatz, Quellenstrasse und Kolombusplatz rayoniert sind. Abgetrennt wird der durch die Nummer IV gekennzeichnete Abschnitt des rosafarbenen Einkaufscheines. Für jede Person des Haushaltes werden 10 kg zum Preise von K 1.- abgegeben. Die Abgabetermine sind dieselben wie für Haferflocken. An die offenen Kriegsküchen und Wohlfahrtsinstitute wird in der 125. Fürsorgeweche für jede Person 1/8 kg Leguminosenmehl (zum Preise von K 12.- per kg), an die unentgeltlichen Ausspeisstellen für jede Person 1/8 kg Haferflocken (zum Preise von K 3.20 per kg abgegeben werden.

Zewiverba. Unsere neu errichtete Filiale im XVI. Bezirk Richard Wagnerplatz wird am Montag, den 29. September eröffnet. Zum Verkauf gelangen alle Artikel mit Ausnahme der rayonierten Waren, welche erst ab 6. Oktober dortselbst ausgegeben werden. Unsere Kunden werden daher ersucht die rayonierten Waren für die kommende Woche noch in unserer Zentrale zu beheben.

An Rayonierte pro Kopf: Die vorgeschriebene Wochenmenge und 3 Eier. Augustzucker, ab Dienstag Kipflerkartoffel zum Preise von K 3.84 per kg. An Nichtrayonierte: Grüne getrocknete Erbsen 1 kg K 12.50, Mohn 1 kg K 30.-, ital. Reisgrös 1/2 kg K 4.75, ital. Kindermehlmehl 1/2 kg K 5.-, dänische Rinderpleckwurst 1 kg K 50.-, Äpfel 1 kg K 3.60, Sardellenenf 1 Glas K 4.10, verschiedene Sorten Kognak und Liköre, Slibowitz, Tee, Kaffeeszusätze, Seifenseifenersatz 1 kg K 5.40, Kochkisten in drei Grössen gegen Bar- oder Teilzahlung. Neueingelangt: Ofir Putzmittel 1 Flasche K 2.50, Kalodont Zahnpulver 1 Schachtel K 1.-, Kalodont Zahnpasta 1 Tube K 2.60, Einheitstoiletteseife gegen Abtrennung 1 Seifenmarke 1 Stück K 1.80.

Kohlenabteilung: Unsere Kunden werden aufmerksam gemacht, dass die Zustellung von Kohle erst dann aufgenommen wird, bis ein entsprechendes Quantum Kohle dem Verband zur Verfügung gestellt wird. Es wolle daher jeder solange bei seinen bisherigen Lieferanten weiterbeziehen, bis die erste Zustellung seitens des Verbandes erfolgt.

Die Wiederaufnahme des Strassenbahnverkehrs. Bekanntlich wird der Strassenbahnverkehr Montagfrüh mit dem normalen Betriebsbeginn im vollen Umfange wieder aufgenommen, wie er am 20. ds. eingestellt werden musste. Die mit der Wiederaufnahme des Strassenbahnverkehrs in Verbindung gebrachten verschiedenen Gerüchte von einer Fahrpreiserhöhung entbehren jeder Grundlage.

Kartoffelabgabe. Sonntag bis Mittwoch werden im 6., 8., 18., 19. und 20. Bezirk 1/2 kg Kartoffeln pro Person zum Preise von K 2.60 für das kg gegen Abtrennung des Abschnittes „O“ der Kartoffelkarte abgegeben. - Die in den vorherigen Ausgabelisten gemeldete Lieferung der 9. Bezirkswirtschaft wird später erfolgen.
Sauerkraut wird ohne Einschränkung der Menge und ohne Vorweisung einer Ausweiskarte zum Preise von 70 h für das kg abgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Samstag, den 27. September 1919, Nr. 389.

Die Mitwirkung des Staates bei der Tragung des verlorenen Bauaufwandes.

Der Wiener Gemeinderat hat seinen Beschluss über die Mitwirkung der Gemeinde an der Tragung des verlorenen Bauaufwandes bei Erbauung von Häusern mit Kleinwohnungen im allgemeinen an die Voraussetzung geknüpft, dass Staat und Land entweder einen Anteil an der Ausfallhaftung übernehmen oder eine gleichwertige weitgehende Steuerfreiheit einräumen. Die in dieser Richtung mit der Landes- und Staatsverwaltung gepflogenen Verhandlungen führten zu einem vorläufigen Ergebnisse. Die Landesverwaltung hat zwar unter Betonung der trostlosen Finanzlage des Landes, welche die Landesverwaltung ausserstandsetze, auch nur den dringendsten sozialen und kulturellen Aufgaben und Bedürfnissen des Landes zu entsprechen, dormalen ihre Mitwirkung abgelehnt und bloss erklärt, dass sie die Aktion der Gemeinde mit Interesse weiter verfolgen und eine finanzielle Förderung derselben für den Zeitpunkt in Aussicht nehmen, in welchem die finanzielle Lage des Landes dies gestatten wird.

Das Staatsamt für soziale Verwaltung hat sich im Einvernehmen mit dem Staatsamt der Finanzen grundsätzlich bereit erklärt, bei den an die Firma Stigler & Russ und Gustav Menzel vergebenen Bauten und bei der Wohnanlage der Ein- und Mehrfamilienhäuser Baugenossenschaft für Eisenbahner in Gross-Jedlersdorf an der Tragung des verlorenen Bauaufwandes mit 2/5 der Kosten mitzuwirken.

Ueber die zu diesem Beschluss führenden Verhandlungen berichtete StR. Dr. Scheu (Soz. Dem.) in der letzten Stadtratsitzung und wies darauf hin, dass das vorläufige Ergebnis der Verhandlungen mit der Staatsverwaltung nicht die Forderung der Gemeinde erfülle, da an Stelle der generellen Regelung der Frage der Mitwirkung des Staates am verlorenen Bauaufwande lediglich die Mitwirkung an den drei genannten Einzelfällen ausgesprochen wurde. An Anbetracht der von allen Seiten an die Regierung heranretenden finanziellen Ansprüche wäre jedoch nicht zu erreichen gewesen, dass sich die Regierung jetzt grundsätzlich und allgemein zur Mitwirkung bereit erklärt. Die Gemeinde konnte die gebotene Beschränkung der Regierung nicht verkennen und musste sich begnügen ihre Mitwirkung gegenwärtig wenigstens insoweit zu erreichen, als es sich um die bereits begonnenen Bauten handelt. Mit Rücksicht auf die bauökonomischen Verhältnisse, die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baumaterialien, die fortschreitende Verteuerung dieser Materialien und die immer steigenden Lohnverhältnisse hat StR. Dr. Scheu bei den Verhandlungen mit den Staatsämtern die Erklärung abgegeben, dass die Gemeinde derzeit nicht beabsichtige, weitere Neubauten unter Inanspruchnahme einer staatlichen Beteiligung an der Deckung des verlorenen Bauaufwandes zu vergeben. Diese Erklärung beinhaltet lediglich eine augenblickliche Einschränkung des Programmes der Gemeinde mit Rücksicht auf die Neubauten. Dagegen wird mit allem Nachdruck daran festzuhalten sein, dass die öffentlichen Körperschaften an der Vollendung der vor dem Kriege begonnenen Bauten mitzuwirken haben, da nur hierdurch ein sonst nicht gutzumachender Schaden verhütet und die Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte vermieden werden kann.

Dem Berichte des Obmannes des gemeinderätlichen Ausschusses für städtische Wohnungsfürsorge StR. Dr. Scheu wurde zugestimmt.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche Mittwoch, Donnerstag und Freitag Vormittag zu Sitzungen zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag um 3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen bis

Verwendung von Stroh zu Streuzwecken. Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft hat von einer Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung betreffend die Beschränkung der Verwendung von Stroh zu Streuzwecken Abstand genommen.

Jubiläum des Philharmonikers Alois Markl. Am 1. Oktober jährt sich zum 40. Male der Tag, an welchem der nunmehr in Ruhestand befindliche Hofmusiker Alois Markl in den Verband der Hofoper getreten ist. An diesem Tage begeht Markl sein 40-jähriges Jubiläum als Mitglied der Wiener Philharmoniker, deren Vorstand er seit ungefähr zwei Jahrzehnten ist. Markl ist ein geborener Wiener der im hiesigen Konservatorium sein Studium vollendet hat. Anlässlich seines 60. Geburtstages hat der Gemeinderat am 9. Juni 1916 ihm, in Anerkennung seiner besonderen Verdienste, die er sich um das Wiener Musikleben erworben hat, das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen.

Kartoffelzuweisungen. Händler, Konsumentenorganisationen, Anstalten und dergleichen, welche die Kartoffelbezugsanweisungen bisher beim Bezirkswirtschaftsamte Wien, Kartoffelabgabestelle, erhoben haben, erhalten diese Anweisungen vom Mittwoch, den 1. Oktober 1919 angefangen nur mehr bei der Gemüseverteilungsstelle, I., Bauernmarkt 22, Mezzanin.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Montag, den 29. September 1919, Nr. 390.

Die Wohnungsanforderungen in Wien. StR. Dr. Scheu berichtete in der letzten Stadtratsitzung über das bisherige Ergebnis der Wohnungsanforderung in Wien. Er teilte mit, dass unter der Gültigkeit der alten Regierungsverordnung in der Zeit vom 13. November 1918 bis 30. Juni 1919 insgesamt 551 Wohnungen rechtskräftig angefordert wurden. Alle diese Wohnungen wurden an die dürftigen Parteien zugewiesen. Vom 30. Juni 1919 angefangen, als die neue Verordnung in Kraft getreten war, welche die Ermächtigung zur Anforderung bedeutend erweiterte, stieg die Zahl der rechtskräftig angeforderten Wohnungen bedeutend. Im Juli wurden 150 Wohnungen angefordert, hievon 59 Kleinwohnungen, 71 Mittelwohnungen und 20 grosse Wohnungen. Im August ist die Zahl der rechtskräftig angeforderten Wohnungen auf 284 gestiegen, von denen 140 Kleinwohnungen, 86 Mittelwohnungen und 58 Wrosse Wohnungen waren. Hierzu muss bemerkt werden, dass die Zahl der ausgesprochenen Anforderungen mehr als doppelt so gross ist. Das erfreuliche Anwachsen des Ergebnisses der Anforderungen ist auf den fortschreitenden Ausbau der Organisation und auf die allmähliche Beseitigung verschiedener die planmässigen Anforderung störenden Unregelmässigkeiten zurückzuführen. Der Referent hob hervor, dass es von der Bevölkerung vielfach störend empfunden wird, dass zwischen der Anforderung und dem Augenblicke, in welchem die Wohnung wirklich zugewiesen werden kann, oft ein erheblicher Zeitraum verstreicht. Die Beseitigung des Einspruchsrechtes, das häufig gefordert wird, ist aber äusserst bedenklich und kann in einem Rechtsstaate/durchgeführt werden, da die Wegnahme einer Wohnung einen doch überaus schweren Eingriff in die wirtschaftliche und rechtliche Lage des Inhabers bedeutet.

Die bisher erreichte rechtskräftige Sicherung von über 1000 Wohnungen ist erst dann richtig einzuschätzen, wenn man die ungeheuren Schwierigkeiten bedenkt, welche der Neubau dieser 1000 Wohnungen verursacht hätte. Es wird mit entsprechend verstärktem Apparat auch weiterhin in der Wohnungsanforderung fortgeföhren werden, wobei auf die Ausschaltung der bisher störendsten Momente gedrungen werden muss. Dies sind die zumeist auf Denunziation begründete Herbeischaffung des Materials durch die Arbeiterräte und manche Willkürlichkeiten in der Zuweisung und Inanspruchnahme von Wohnungen. Der erstere Uebelstand wird durch die bereits in Vorbereitung befindliche Wohnungsaufnahme und eine Ausgestaltung des Meldewesens über leerstehende Wohnungen zu beseitigen sein.

Die Fälle von Willkürlichkeiten und Ungesetzlichkeiten hängen allerdings mit der politischen Gesamtlage zusammen und ergeben sich auch auf anderen Gebieten. Es ist zu hoffen, dass auch diese Fälle mit der umfassenden Durchführung der Anforderung verschwinden. Zahlmässig sind sie zwar nicht beträchtlich, ihre hauptsächlichste Wirkung liegt aber in der ungünstigen Einflussnahme auf das allgemeine Rechtsgefühl. Selbstverständlich gehen mit der Wohnungsaufnahme auch alle sonstigen Aktionen, die Nutzbarmachung von Palästen, grösseren Gebäuden, Anforderung von Hotels, Schaffung von Unterkünften in Barackenlagern und dergleichen Hand in Hand.

Zu diesem Berichte sprachen StR. Richter (Soz. Dem.) und die christlichsozialen Stadträte Dr. Kienböck, Josef Müller, Rummelhardt und Biber, die sich besonders mit der bevorstehenden Wohnungsaufnahme befassten und verlangten, dass dem Stadtrate vor Inangriffnahme dieser Aktion ein Bericht hierüber vorgelegt werden möge. Berichterstatte StR. Dr. Scheu (Soz. Dem.) betonte, dass die Wohnungsaufnahme nicht vor den 15. Oktober beginnen werde und dass dem Stadtrate vorher noch Gelegenheit geboten sein werde, dazu Stellung zu nehmen.

Der Bericht des Wohnungsamtes über die Anforderungen von Wohnungen wurde zu Kenntnis genommen.

Heimkehrer aus Sibirien. Bgm. Reumann hat eine in Swinemünde am 21. September aufgegebene Karte nachfolgenden Inhalt erhalten: Anfangs Oktober kommen in Wien ungefähr 100 Wiener aus russischer Kriegsgefangenschaft, Permer-, Tobolskar Gouvernament, die ausgerissen sind, an. Bitte dies der Bevölkerung bekanntzugeben, damit die Anverwandten verständigt werden. Unterzeichnet ist die Karte von Plachy Josef, Weiss Wilhelm und Mühlfeit Theodor, alle des ehemaligen Schützenregimentes Nr. 1.

Geflügelübernahms- und Verteilungsstelle. In dieser Woche kommen folgende Nummern zur Belieferung: Am 30. September vormittag: 351 - 455, nachmittag: 456 - 511, 1. Oktober vormittag: 456 - 511, nachmittag: 351 - 455, 2. Oktober vormittag: 1 - 150, nachmittag: 151 - 350.

„Zewiverba“. Unsere neu errichtete Filiale in XVIII. Bezirk, Martinstrasse wird am 1. Oktober l. J. eröffnet und gelangen folgende Waren zum Verkauf: Grüne getrocknete Erbsen 1 kg K 12.50, Kipflerkartoffel pro Person 1 kg K 3.84, Aepfel 1 kg K 3.60. Ab 6. Oktober Verkauf aller rayonierten Waren. Kohlenabteilung: Unsere für den Kohlenbezug angemeldeten Kunden werden aufmerksam gemacht, dass die Zustreifung der Kohle erst dann aufgenommen wird, bis ein entsprechendes Quantum dem Verbands zur Verfügung gestellt wird. Es wolle daher jeder solange bei seinem bisherigen Lieferanten weiter beziehen, bis die erste Zustellung seitens des Verbandes erfolgt ist. Nach Erhalt der ersten Lieferung ist die Kohlenbezugskarte umgehend an unsere Kohlenabteilung einzusenden.

Die Gefahren der Ersatzbeleuchtung. Durch die Einführung der Azetylen-Ersatzbeleuchtung in zahlreichen Geschäftsbetrieben und Haushalten wird insofern eine Explosions- und Feuersgefahr geschaffen, als vielfach das Karbid nicht zweckmässig gelagert, die Behandlung der Gas- und Beleuchtungskörper Leuten anvertraut ist, die hierin nicht genügend bewandert und bezüglich der Gefahrmomente nicht unterrichtet sind. Die Hauptgefahr ist aber in der Behandlung der Karbid-Rückstände gelegen, die meist noch unvergaste Teile enthalten, so dass am Hinterlegungsorte die Azetylenentwicklung unbehindert weiter schreitet, wobei sich Dämpfe bilden, die, mit atmosphärischer Luft gemischt, ein gefährliches Gemenge ergeben, das beim Zutritte von offenem Lichte zu Explosionen und Bränden führen kann. Die unschädliche Beseitigung der Karbidrückstände geschieht am besten auf die Art, dass sie in Abwesenheit von Flammen oder glühenden Körpern vorgenommen, die Rückstände in eisernen Behältern an einem gut lüftbaren Orte hinterlegt und schichtweise mit trockenem, feinkörnigen Sande bedeckt und diese Behälter samt Inhalt in einer jede Gefahr ausschliessenden Weise entfernt werden. Auf keinen Fall dürfen Rückstände in Aborten, Binalaufgitter, Ausgüsse oder Kanäle geleert werden. Für die Herstellung und Verwendung von Azetylen und für den Verkehr mit Karbid sind genaue Vorschriften in der Ministerial-Verordnung vom 10./9.1912, R.G.Bl. Nr. 185 enthalten, deren Uebertretung unter Strafanandrohung gestellt wird.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.

Wien, 1., Neues Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, den 30. September 1919, Nr.391.

Die Kartoffelzuweisungen. Händler, Konsumentenorganisationen, Anstalten und dergleichen, welche die Kartoffelbezugsanweisungen bisher beim Bezirkswirtschaftsamt Wien, Kartoffelabgabestelle, behoben haben, erhalten diese Anweisungen vom Mittwoch, den 1. Oktober 1919 angefangen nur mehr bei der Gemüseverteilungsstelle, I., Bauernmarkt 22, Mezzania.

Die Erholungsheime für städtische Angestellte. Bekanntlich hat der Verband der städtischen Angestellten für seine Mitglieder Erholungsheime geschaffen. Die Heime in Waldegg und Gutenstein, die den Sommer über geöffnet waren, wurden jetzt geschlossen. Der Betrieb des Erholungsheimes in Neuhaus bei Weissenbach an der Triesting soll ganzjährig geführt werden, um auch während der Wintermonate den städtischen Angestellten Erholung bieten zu können. Infolge des günstigen Bahnverkehrs erfreut sich das Erholungsheim in Neuhaus an Sonntagen eines guten Besuches. Ein oder zweitägige Unterkunft und gute Verpflegung bei mässigen Preisen ist auch ohne vorhergehende Anmeldung sicher gestellt. Es ist zu hoffen, dass die städtischen Angestellten von dieser Einrichtung zahlreichen Gebrauch macht.

Todesfall. Der Volksschuldirektor i. P. Johann H. Fastenbauer ist gestern im 83. Lebensjahre einem Schlaganfall erlegen. Der Verstorbene war vom Jahre 1859 bis 1906 als Lehrer und Oberlehrer in Mariahilf tätig gewesen und daher im Bezirke Mariahilf allseits bekannt. Fastenbauer wirkte auch durch lange Jahre als Armen- und Ortsschulrat im Bezirke.

Verählung. Magistrats-Oberkommissär Dr. Karl Fenzel hat sich mit Fräulein Mizzi Gröschl aus Wilfleinsdorf vermählt.
